

Das Schicksal der Vertriebenen in der SBZ und späteren DDR ist bislang wenig erforscht. Die Beiträge dieses Bandes nehmen das Thema in seinem ostmitteleuropäischen Kontext in den Blick. Besondere Beachtung erfährt dabei die Resilienz der Vertriebenen und ihrer Erinnerungen gegenüber der SED-Geschichtspolitik.

Es geht um den »Umsiedler«-Diskurs in Staat, Kultur und Gesellschaft, um die Behandlung des Themas in der Politik der SED und in der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit, aber auch um die Verarbeitung in Literatur und Film.

Erweitert wird die Perspektive um das Schicksal der Heimatvertriebenen in der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakei sowie um gegenwärtige Fragen der Erinnerungskultur, der Integrationspolitik und der deutsch-polnischen Verständigung nach 1989.

Mit Beiträgen von Heike Amos, Jens Baumann, Gundula Bavendamm, Carl Bethke, Stefan Donth, Bernd Fabritius, Tilman Asmus Fischer, Bernard Gaida, Hartmut Koschyk, Irena Kurasz, Michael Schwartz und Matej Spurný.

ISBN 978-3-95410-274-7



9 783954 102747 24,- € [D]

www.bebra-wissenschaft.de

HARTMUT KOSCHYK | VINCENT REGENTE (HG.)

Vertriebene in SBZ und DDR

Vertriebene in SBZ und DDR

KOSCHYK
REGENTE (HG.)



be.bra
wissenschaft.verlag

be.bra
wissenschaft.verlag

Vertriebene in SBZ und DDR

VERTRIEBENE IN SBZ UND DDR

Herausgegeben von Hartmut Koschyk und Vincent Regente
im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e. V.

be.bra
wissenschaft verlag

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

Eine nicht-kommerzielle Nutzung und Weitergabe des Werks ist gemäß den Bedingungen der Creative Commons Public License CC BY-NC-ND 4.0 gestattet.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH

Berlin-Brandenburg, 2021

KulturBrauerei Haus 2

Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin

post@bebraverlag.de

Umschlag: typgerecht berlin (Foto: © Gerhard Weber, Bildbeschreibung auf Seite 219)

Satz: Zerosoft

Schrift: Dutch 801 SWA 10/13pt

Druck und Bindung: Multiprint, Kostinbrod

ISBN 978-3-95410-274-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Geleitwort	11
<i>Reinfried Vogler</i>	
Geleitwort	13
<i>Bernd Fabritius</i>	
Die Vertreibung als europäische Verflechtungsgeschichte – Ein persönliches Geleitwort.....	21
<i>Hartmut Koschyk</i>	
I. Die SBZ/DDR als Aufnahmegebiet.....	25
Heimlich im Zoo – Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR.....	27
<i>Gundula Bavendamm und Carl Bethke</i>	
Die Vertriebenenpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre	45
<i>Stefan Donth</i>	
»Umsiedler« und Altersarmut: Zur sozialen Notlage vertriebener alter Menschen in der SBZ und frühen DDR.....	69
<i>Michael Schwartz</i>	

II. Der »Umsiedler«-Diskurs in der DDR	105
Der »Umsiedler«-Diskurs in der DDR in Staat, Kultur und Gesellschaft 1949 bis 1989	107
<i>Heike Amos</i>	
Heimatvertriebene Christen in der SBZ und DDR – Biografische Schlaglichter zur geistlichen und lebenspraktischen Bewältigung des Vertreibungsschicksals in einem vertriebenen- und kirchen- feindlichen Umfeld	129
<i>Tilman Fischer</i>	
III. Die Heimatverbliebenen in der VRP und der ČS(S)R. . . .	141
Die deutschsprachige Bevölkerung in der Volksrepublik Polen . .	143
<i>Irena Kurasz</i>	
Die deutschsprachige Bevölkerung in der Tschechoslowakei nach der Zwangsaussiedlung	165
<i>Matěj Spurný</i>	
IV. Die Bedeutung der Vertriebenen heute	181
»Nur der Himmel ist geblieben, sonst ist das ein anderes Land.« – Die Rolle der Vertriebenen am Beispiel der deutsch- polnischen Verständigung	183
<i>Bernard Gaida</i>	
Verspäteter Neuanfang – Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektive. .	193
<i>Jens Baumann</i>	
V. Anhang	217

Vorwort der Herausgeber

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen und Siedlungsgebieten Ostmitteleuropas erklärte die SED-Führung bereits Anfang der 1950er Jahre für erfolgreich abgeschlossen. Zudem propagierte sie, durch den Aufbau des Sozialismus die vermeintlich ökonomischen Grundlagen des Faschismus beseitigt und somit die notwendigen Lehren aus der Geschichte gezogen zu haben. Derart selbstbewusst äußerte sich die SED bereits wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg einerseits zur Problematik des Umgangs mit dem Erbe des nationalsozialistischen Deutschlands und andererseits zu »Deutschlands Problem Nummer eins«¹ – die Integration von vielen Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen, die am Ende des Krieges ihre Heimat verlassen mussten.

Während in der frühen Bundesrepublik Politiker und Vertriebenenvertreter davon ausgingen, erst am Beginn der Integration zu stehen – ohne dabei den noch lange verfolgten Wunsch auf Rückkehr aufzugeben –, behauptete die SED-Führung, diese ihr Herrschaftsgebiet demografisch und ökonomisch ja besonders treffende Herausforderung bereits bewältigt zu haben. Auf welcher Grundlage konnte die sozialistische Diktatur solche Behauptungen in die Welt setzen? Wie gestaltete sich die soziale und kulturelle Integration der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone und folgend in der DDR?

Diesen Fragen widmete die Deutsche Gesellschaft e. V. unter Leitung ihres Referenten Jan Rössel, gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen e. V. und dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, eine Tagung im November 2019, die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie durch das Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN) e. V. – Nordost-Institut gefördert wurde. Diese Konferenz stieß auf eine erfreulich große öffentliche Aufmerksamkeit

– sowohl in der Wissenschaft als auch bei Betroffenen sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Zugleich wurde bei der Tagung durch die Vorträge, Podiumsdiskussionen und nicht zuletzt durch eine Vielzahl von Wortbeiträgen von Vertriebenen, die in der DDR gelebt haben, deutlich, dass das Thema zu den wenig aufgearbeiteten Bereichen der DDR-Geschichte gehört.

Diesem Defizit möchten die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung sowie die Deutsche Gesellschaft e. V. mit diesem erweiterten Tagungsband begegnen. Wir sind dankbar, dass das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages durch seine Unterstützung aus Mitteln für Maßnahmen der Vertriebenen zur Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas diese Publikation ermöglicht hat. Dem be.bra-Verlag sei für die professionelle und zugewandte Begleitung bei der Entstehung des Bandes gedankt.

Der Band versammelt Beiträge von Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Politik und Verbänden, um diesen Teil der deutsch-deutschen Geschichte in ihrem ostmitteleuropäischen Kontext und aus verschiedenen Blickwinkeln aufzuarbeiten. Ohne ihre Beiträge könnte dieses Buch nicht vorliegen. Den Mitwirkenden sei daher vielfach gedankt.

Gundula Bavendamm und Carl Bethke stellen in ihrem Beitrag die Frage in den Mittelpunkt, wie sich die SBZ und spätere DDR als Aufnahmegebiet für Flüchtlinge und Vertriebene darstellte. Besondere Beachtung erfährt die Resilienz der Vertriebenen gegenüber der SED-Geschichtspolitik. Die sozialhistorische Tiefenanalyse von Michael Schwartz befasst sich mit dem schweren Schicksal alter Menschen, die nach der Vertreibung die SBZ/DDR erreichten.

Die Beiträge von Heike Amos, Tilman Asmus Fischer und Stefan Donth widmen sich dem »Umsiedler«-Diskurs in Staat, Kultur und Gesellschaft. Sie thematisieren die Verhandlung des Komplexes in der Politik der SED und der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit, ebenso wie die Auseinandersetzungen in Literatur und Film. In den Blick genommen werden dafür kulturelle Nischen, die eine Beschäftigung mit dem Thema unterhalb des Schweigeparadigmas ermöglicht haben. Tilman Asmus Fischer untersucht anhand einiger Beispielbiografien das Schicksal vertriebener Christen in der DDR, die unterschiedliche Wege der Verarbeitung ihrer Vertreibungsgeschichten aufzeigen.

Ohne die Untersuchung der Beziehung der DDR zu den »sozialistischen Bruderländern« und der Darstellung des dortigen Lebens der deutschen Heimatverbliebenen wäre eine derart angelegte Studie unvollständig. Irena Kurasz und Matěj Spurný behandeln daher in ihren Beiträgen das Schicksal der Heimatverbliebenen in der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakei.

Mit einigen weiterführenden Beiträgen gelangt der Band in die Gegenwart. Bernard Gaida diskutiert aus Sicht der deutschen Minderheit in Polen die deutsch-polnische Verständigung nach 1989. Vervollständigt wird der Band mit einem Arbeitsbericht des Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler in Sachsen.

Mit der vorliegenden Publikation hoffen wir zu einem besseren Verständnis des Schicksals der Vertriebenen in der DDR beizutragen und damit zugleich Perspektiven für die weiterhin notwendige Beschäftigung mit ihrer Geschichte aufzuzeigen. In diesem Sinne wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Berlin und Goldkronach im Herbst 2020

Hartmut Koschyk

Vincent Regente

Anmerkungen

- ¹ Dies war Ende der 1940er Jahre eine gängige Einschätzung. Siehe: Das Problem Nummer eins (Interview mit Matthias Beer), *Stuttgarter Zeitung*, 17.02.2020, URL: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.serie-ankunft-in-der-fremde-das-problem-nummer-eins.49301201-b039-4cf8-963c-56e14f342ee7.html>; letzter Zugriff: 26.11.2020.

Geleitwort

Reinfried Vogler

Der Großteil der in den Jahren 1945 bis 1947 aus ihren Heimatlandschaften in Ost-, Südost- und Mitteleuropa vertriebenen Millionen Deutschen kam in die Amerikanische und Britische Besatzungszone Restdeutschlands; nicht zuletzt, weil die Sowjetunion mit großem Nachdruck darauf drängte. Nach der amtlichen Statistik der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) waren 1950 dort rund 4,4 Millionen »Umsiedler« ausgewiesen, deren Zahl sich später durch Binnenwanderung und Familienzusammenführung auf 1,7 Millionen reduzierte.

Während es in der Bundesrepublik Deutschland seit den 1950er Jahren eine rege Forschung zur Thematik der deutschen Heimatvertriebenen gab, war die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem »Umsiedler«-Problem in der DDR tabuisiert. Die erste Studie, die diese Bevölkerungsgruppe erwähnte, ist in den 1970er Jahren erschienen. Im darauffolgenden Jahrzehnt hat der Staat zwar weitere Forschungsarbeiten zur Lage der »Umsiedler« genehmigt, nichtsdestoweniger blieben sie hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Vielfalt weit hinter den Forschungen in der Bundesrepublik zurück.

Anders als in den Westlichen Besatzungszonen (WBZ) und der Bundesrepublik hatte das Schicksal der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR keinen Platz im öffentlichen Diskurs. Die Begriffe »Vertreibung« und »Vertriebene« waren nicht zugelassen – sie existierten schlichtweg nicht. Stattdessen war die Rede von »Umsiedlung« und »Umsiedlern« oder auch von »Neubürgern«. Mit diesen Bezeichnungen versuchte die DDR das erlittene Leid und Unrecht der Vertriebenen zu kaschieren – zum einen, weil deren Integration und Arbeitskraft Voraussetzung für den Aufbau des neuen sozialistischen Staates war; zum anderen, weil sie befürchtete, dass deren Erinnerungen an die alte Heimat, Flucht und Vertreibung einen

Nährboden für Stimmungen gegen die verbündeten sozialistischen Bruderstaaten bereiten könnten.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik, die gegenüber den Vertriebenen aufgrund der offenen Frage nach einer möglichen Rückkehr in die alte Heimat eine Strategie der »Eingliederung auf Vorbehalt« verfolgte, forcierte die DDR umgehend eine Politik der Zwangsassimilation. Charakteristisch war hierbei auch, dass sie jegliche Form von Selbstorganisation verbot, sodass eine Vernetzung der Vertriebenen in der DDR offiziell nicht möglich war – von Kontakten zu Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik oder zu den Heimatverbliebenen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten ganz zu schweigen.

Entsprechend zur unterschiedlichen Politik in Ost und West ist auch die Aktenlage eine andere, da die DDR ab den 1950er Jahren keine spezifischen statistischen Erhebungen zu den Vertriebenen mehr durchführte. Auch wenn die Wende 1989/90 dazu beigetragen hat, dass im Laufe der letzten drei Jahrzehnte zahlreiche Forschungsarbeiten zur Situation und Geschichte der Vertriebenen in der ehemaligen DDR entstehen konnten, sehen sich Wissenschaftler dennoch mit einer ungünstigen Quellsituation konfrontiert. Umso erfreulicher ist es, dass mit den Sachbeiträgen der vorliegenden Publikation weitere Forschungslücken zur Vertriebenenproblematik in der DDR geschlossen werden können. Die Beiträge beweisen einmal mehr, dass Geschichte nie nur schwarz-weiß ist, sondern immer in einer Vielzahl von Nuancen changiert.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen dankt der Deutschen Gesellschaft, dass sie mit dieser Arbeit dazu beiträgt, ein einschneidendes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte aufzuarbeiten und transparent zu machen und die Ergebnisse mit dieser Publikation auch einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Reinfried Vogler

Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Geleitwort

Bernd Fabritius

Als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten freue ich mich, ein Geleitwort zu dieser Publikation vorlegen zu dürfen. Der Band befasst sich mit einem vielschichtigen Untersuchungsgebiet: »Vertriebene in SBZ und DDR«. Zugegebenermaßen handelt es sich dabei um einen so lehrreichen wie bisher leider wenig beachteten Aspekt der Vertreibungsgeschichte. Umso größer ist das Gewicht, das wissenschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Diskussionen dieses Themas zukommt. Schließlich sind die Ergebnisse nicht nur für die Geschichtswissenschaft wichtig.

Als für die Vertriebenenpolitik zuständiger Beauftragter der Bundesregierung erhoffe ich mir viele wichtige Impulse und weitere Erkenntnisse für meine politische Arbeit. Denn die Geschichte der Vertriebenen in der DDR ist ein Teil unserer kollektiven Biografie und unseres kollektiven Gedächtnisses.

Als ein Element der gesamtgesellschaftlichen Vergangenheitsbewältigung und der Aufarbeitung des SED-Unrechts hat sie eine ausgeprägte heimatpolitische Komponente. Der Begriff Heimat erfährt in der gesellschaftlichen Debatte eine neue Dimension – besonders, nachdem die neu geschaffene Abteilung Heimat des Bundesinnenministeriums die Federführung für die Heimatpolitik der Bundesregierung übernommen hat. Die Bundesregierung ist bestrebt, auf der Grundlage eines modernen, zukunftsgerichteten Heimatverständnisses den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen städtischen und ländlichen Räumen im gesamten Bundesgebiet zu schaffen. Die heimatpolitischen Aufgaben umfassen die Gestaltung aller Fragen des Zusammenlebens von der Integration bis zum bürgerschaftlichen Engagement und die Arbeit der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« unter unterschiedlichen thematischen Aspekten wie Daseinsvorsorge, Mobilität

und demografischer Wandel sowie die Raumordnung, Regionalpolitik und Landesplanung.

Wir wollen aber viel mehr: Unsere kulturelle Identität und das Bewusstsein unserer tradierten Lebensweisen stärken und diese mit dem unbedingten Gestaltungswillen für die Zukunft verbinden.

Es ist wichtig, dass wir 70 Jahre nach Gründung der DDR und im 30. Jahr ihres Untergangs die Lehren aus der Geschichte des SED-Unrechts gezogen haben. Dies betrifft zwar nicht alle Menschen, wenn ich auf manche Wahlergebnisse blicke, aber die meisten Menschen in Deutschland. Das hat richtungsweisende Bedeutung für die Zukunft.

Der Deutschen Gesellschaft e. V. ist es gelungen, die führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet der historischen Forschung zur Vertriebenenpolitik der DDR für diese Publikation zu gewinnen. Das Schicksal der Heimatvertriebenen war aus dem offiziellen Erinnerungskanon der DDR so gut wie ausgelöscht. Dieser Befund ist Ausgangspunkt unserer Auseinandersetzung mit der Geschichte. Aber wie kam es dazu?

Begriffe sind Zeugen ganzer Epochen. Ideologisch vorgegebene Sammelbegriffe verraten die Gesamtausrichtung staatlicher Erinnerungspolitik. Prägnant und deutlich wie kein anderes steht das Wort »Umsiedler«, das die SED bereits kurz nach der DDR-Gründung zum »ehemaligen Umsiedler« degradierte, für die Tabuisierung und Verharmlosung des leidvollen Schicksals einer großen Bevölkerungsgruppe in der DDR. Währenddessen etablierte sich in Westdeutschland der Begriff »Vertriebene« oder »Heimatvertriebene« als selbstgewählte Bezeichnung organisierter Betroffener und bekam 1953 mit dem Bundesvertriebenengesetz eine staatsrechtliche Verankerung. Darüber hinaus waren weitere Begriffe – Zwangsumgesiedelte, Flüchtlinge, Evakuierte, Zwangsdeportierte, heimatlose Heimkehrer oder in der britischen sowie amerikanischen Besatzungszone gar Neubürger (new citizens) oder Einwanderer (immigrants) – im Gebrauch. Keiner der Begriffe war allein ausreichend geeignet, um das Elend des persönlichen Schicksals und die Tragweite der Vertreibung als nachwirkende Kriegsfolge zu umfassen und wiederzugeben.

Der Siegeszug des Unwortes »Umsiedler« begann bekanntlich in der Sowjetischen Besatzungszone, in Berlin, wo bereits im September 1945 auf Befehl der sowjetischen Militäradministration eine »Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler« gegründet wurde.

Nach dem Willen ihres Direktors, des bayerischen Kommunisten Joseph Schläffer, sollte »nur Antifaschisten Wohnraum zur Verfügung gestellt werden«. Ein eigentlicher Akt der Humanität und Solidarität wurde so zur Gesinnungsfrage erklärt. Lediglich die Flut der Millionen Flüchtlinge machte diese Pläne unerfüllbar, denn die Wucht dieses Zustroms war übermäßig und Ostdeutschland wurde am schwersten getroffen.

So war im Land Mecklenburg-Vorpommern eine Bevölkerung von rund 1,5 Millionen Menschen ansässig. Laut Mitteilungen der Militärregierung vom August 1945 sollten dort nun drei Millionen Deutsche aus dem Gebiet östlich der Oder angesiedelt werden. Dass mindestens noch eine weitere Million Menschen hinzukommen würde, konnte sich die Landesverwaltung kaum vorstellen. Auf einem Raum, der bisher 1,5 Millionen Menschen in Arbeit gesetzt und ernährt hatte, hätten nun 5,5 Mio. Menschen Wohnung, Nahrung und Arbeit finden müssen.¹ Auch wenn diese Schätzungen in Mecklenburg-Vorpommern letztlich nicht vollumfänglich eintrafen, verdeutlichen sie eine – anhand der Berechnungen – realistische Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen jenseits der Oder. Es handelte sich größtenteils um Frauen und Kinder; zur Arbeit einsatzfähig waren von diesen Menschen nur 20 Prozent.

Auch Jahre später waren es gerade diese Schwächsten, die von der Vertriebenenpolitik des Arbeiter-und-Bauern-Staates hart getroffen wurden. Die Anknüpfung von Unterstützungsleistungen des Staates an die Werkstätigen-Eigenschaft des Empfängers zeigte ebenfalls die Ideologisierung dieser Politik. Sie führte zu einer deutlichen Diskriminierung der vielen Kinder, der versehrten und älteren Menschen, die geflüchtet oder vertrieben worden waren.

Ein anderes Beispiel: Allein im 30.000 Einwohner zählenden Wittenberg sollten laut »Plan der Umsiedlerbetreuung der Provinz Sachsen« vom August 1945 nahezu 15.000 Menschen aufgenommen werden. Mit etwa 10.000 Flüchtlingen am Jahresende 1945 war diese Fünfzig-Prozent-Quote schon fast erfüllt, und der Strom der Ankömmlinge war noch lange nicht versiegt. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns des Ausmaßes der SBZ und DDR als Aufnahmegebiet bewusst werden.

Welche Strategie verfolgte die DDR bei der Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung? Das genaue Kontrastprogramm zur Bundesrepublik: Verdrängung jeder Erinnerung, Assimilation und verordneter Heimatverzicht. Bereits der Zweite Parteitag der SED im September

1947 bereitete ideologisch die Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung nach kommunistischer Lesart vor.

Mit der DDR-Gründung und dem Görlitzer Grenzabkommen über »die friedliche Oder-Neiße-Grenze« wurden aus Vertriebenen endgültig »ehemalige Umsiedler«. Ihrer Assimilation im DDR-System und dem verordneten Heimatverzicht stand nichts mehr im Wege. Der totalitäre Unterdrückungsstaat musste zwangsweise ihre neue Heimat werden.

Die SED-Diktatur setzte auf verstärkte Repression. Wer die Oder-Neiße-Grenze in Frage stellte oder Flucht und Vertreibung thematisierte, riskierte strafrechtliche Verfolgung. Jegliche Organisation, jeglicher Zusammenschluss von Vertriebenen wurde untersagt. Aus Rundfunk und Fernsehen wurden alle Lieder und Melodien der Vertriebenen des ehemals deutschen Ostens verboten. Für das Kriegsfolgeschicksal der Heimatvertriebenen, für ihre Entrechtungserfahrung gab es im engen ideologischen Korsett der DDR schlicht keinen Platz.

Etwa 800.000 Vertriebene packten deshalb bis zum Bau der Mauer ihre Koffer und zogen weiter – in die Bundesrepublik und nach Westberlin. Für viele, die das nicht getan hatten, wurde dann der Rückzug ins Private die einzige Alternative – im familiären Kreis war die Vertreibung als Erinnerung an eine Ungerechtigkeit sehr wohl ein Thema, während in der Öffentlichkeit darüber nicht gesprochen wurde. Insofern bin ich dankbar, dass in dieser Publikation auch die kulturellen Aspekte einer privat organisierten Erinnerungsarbeit beleuchtet werden.

Die Verdrängung des Themas »Flucht und Vertreibung der Deutschen« aus dem Geschichtsbewusstsein in der DDR hat viele, ganz persönliche und emotionale Facetten. Hierfür will ich ein prominentes Beispiel geben: Wolfgang Thierse, der ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages, 1943 in Breslau geboren, erinnert sich: »In der DDR war all diese Erinnerung strikt Privatsache, auch die Wehmut und der Schmerz, die mit ihr verbunden waren. Sie durften nicht sichtbar, nicht hörbar werden, hatten keinen Ort, außer in den Kirchengemeinden. Wir waren ja nicht Flüchtlinge oder Vertriebene, sondern wurden offiziell Umsiedler genannt, als hätten wir einen schlichten Umzug veranstaltet. Die Unterdrückung des Schicksals und der Erfahrung von Flucht und Vertreibung ging so weit, dass es einer Kraftanstrengung bedurfte, um zu verhindern, dass Wrocław und nicht Breslau als mein Geburtsort in den Ausweis eingetragen wurde.«

Dieses persönliche Zeugnis fasst exemplarisch das Leid der mehreren Millionen Menschen in der DDR, die doppeltes Leid erfahren haben, zusammen. Sie wurden nicht nur ihrer Heimat gewaltsam beraubt, sondern auch ihrer Erinnerung. Dennoch haben die Vertriebenen mit ihrem Mut und Zusammenhalt aus der DDR ihre neue Heimat gemacht.

Hinter dem Eisernen Vorhang haben sie mit sehr viel Elan, mit starkem Willen, mit hoher Motivation und Schaffenskraft den Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes maßgeblich vorangetrieben. Auch sie – Sudetendeutsche, Schlesier, Ostpreußen, Ostpommern – hatten nicht nur ihren Durchsetzungswillen, unternehmerisches Können und ihre Hartnäckigkeit im Gepäck. Sie brachten Ihre Traditionen, Kultur, Bildung und Brauchtum, sie brachten ihre christliche Glaubensüberzeugung und Frömmigkeit mit. All dies wurde ausgeblendet, unterdrückt und totgeschwiegen.

Diese fehlerhafte, kurzsichtige staatliche Politik des bewussten Vergessens und Verdrängens statt des bewussten Erinnerns ist ein bleibender kultureller Verlust, ein Nachteil, der auch 30 Jahre nach dem Mauerfall nachwirkt. Die DDR-Sozialisation hinterließ Lücken im Geschichtsbild ihrer Bürger.

Beste Beweis sind die Geschichtsbücher. Zunächst waren die Lehrwerke der DDR nur Übersetzungen aus sowjetischen Schulbüchern mit einzelnen Textpassagen von deutschen Autoren. Sie waren somit getränkt von kommunistischer Ideologie und Propaganda, verzerrten Geschichtsbetrachtungen, seltsamen Fakteninterpretationen, gezielter Verschweigung von nicht genehmen Ereignissen, Daten und Tatsachen oder gar kompletten Lügen und Verfälschungen. Das Thema »Vertreibung« beziehungsweise »Aussiedlung« wurde auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz reduziert, alles verpackt in propagandistischem Wortschatz. Der komplette Verlauf der Vertreibungen wurde auf die im Zuge der Potsdamer Konferenz festgelegte Zwangsaussiedlung reduziert. Evakuierung, Flucht sowie wilde Vertreibungen werden überhaupt nicht erwähnt. Sie haben demnach einfach nicht stattgefunden.

Dazu möchte ich als Beispiel eine Passage aus einem »Lehrbuch für den Geschichtsunterricht der erweiterten Oberschule. 12. Klasse« von 1961 aus Berlin zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz zitieren: »Aus den Gebieten ostwärts der Oder und Neiße, der ČSR und Ungarn sind alle Deutschen nach Deutschland umzusiedeln. Die Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse waren für das deutsche Volk hart und

schwer; die Völker wollten die Sicherheit, dass sie nicht wieder das Opfer imperialistischer deutscher Aggression würden. Aber sie boten dem deutschen Volke zugleich eine gute Grundlage für eine demokratische Entwicklung.«² Das war das Konzept der DDR-Geschichtsschreibung! Diese Version der Vertreibung blieb bis 1989 für die Schüler in der DDR unverändert.

Das besagte Jahr 1989 brachte die Samtenen Revolutionen vom Balkan bis zum Baltikum und die friedliche politische Wende in der DDR. Das war ein epochaler Befreiungsschlag, der nachhaltig starke, fruchtbare Kräfte in ganz Europa freisetzte. Ein vereintes Europa mit offenen Grenzen: Vor 30 Jahren fiel nicht nur die Berliner Mauer, sondern es rückte auch die alte, angestammte Heimat in Pommern, Schlesien, Ostpreußen und dem Sudetenland politisch näher und wurde wieder erreichbar.

Dafür bin ich als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sehr dankbar.

Vor 15 Jahren erfolgte der Beitritt der Staaten Ostmitteleuropas zur EU. Die deutschen Heimatvertriebenen reichten den seit 1945 dort lebenden Polen, Russen, Litauern und Tschechen die Hand, wie in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vor 70 Jahren festgeschrieben. Heute ist man dort willkommen wie bei Freunden.

Gerade diesen Brückenbau unterstützt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen seiner Heimatpolitik mit der Förderung der verständigungspolitischen Maßnahmen der Vertriebenenorganisationen.

Die Bandbreite der Aussöhnung und Verständigung erörtert die Publikation unter anderem am Beispiel der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Dieser thematische Abschluss ist besonders wichtig. Er markiert nicht nur den Übergang von Vergangenheit zur Gegenwart, sondern weist den Weg in die Zukunft.

Eine Zukunft, für die es sich lohnt, die Geschichte so genau zu erforschen, wie es sich diese Publikation zum Ziel gesetzt hat. Ich wünsche ihr eine große Leserschaft.

Bernd Fabritius

Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Anmerkungen

- ¹ Olschewski, Berit: »Freunde« im Feindesland. Rote Armee und deutsche Nachkriegsgesellschaft im ehemaligen Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz 1945-1953, Berlin 2009, S. 98.
- ² Mühlstädt, Herbert; Siegel, Heinz: Neueste Zeit. Lehrbuch für den Geschichtsunterricht der erweiterten Oberschule. 12. Klasse, Berlin 1961, S. 260-263.

Die Vertreibung als europäische Verflechtungsgeschichte – Ein persönliches Geleitwort¹

Hartmut Koschyk

Ich bin 1959 in der fränkischen Königstadt Forchheim als Kind heimatvertriebener Oberschlesier geboren. Ein Teil meiner Verwandten verblieb nach 1949 in Oberschlesien, einen Teil verschlug es in die Sowjetische Besatzungszone und spätere DDR, der größte Teil gelangte in die westlichen Besatzungszonen, die spätere Bundesrepublik Deutschland. Auch bei der Familie meiner Frau verhält es sich so: Ihre Eltern stammen aus Böhmen, Familienangehörige sind nach West- und Mitteleuropa vertrieben worden oder verblieben in der angestammten Heimat.

Die Bewahrung der familiären Einheit im geteilten Deutschland war für mich von Kindheit an eine wichtige Erfahrung, legten meine Eltern doch größten Wert darauf, die familiären Bande sowohl in die DDR als auch nach Oberschlesien lebendig zu erhalten. Ab den 1970er Jahren war es auch möglich, dass Verwandte aus der DDR und aus Oberschlesien an Familienfeiern in der Bundesrepublik teilnehmen konnten. So war ein gesamtdeutsches Bewusstsein in unserer Familie kein Lippenbekenntnis, sondern gelebte Wirklichkeit.

In meiner Funktion als Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV) in den Jahren 1987 bis 1991 und als Vorsitzender der Arbeitsgruppe »Vertriebene und Flüchtlinge« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1990 bis 2002 war ich intensiv mit dem Aufbau von Verbandsstrukturen der Heimatvertriebenen in der DDR im Zeitraum vor der deutschen Einheit befasst. Meine ersten diesbezüglichen Besuche in der DDR erfolgten unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989.

Überall in der im Umbruch befindlichen DDR war damals der starke Wille vieler Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen spürbar, sich endlich offen zur angestammten Heimat, zur landsmannschaftlichen Zu-

gehörigkeit und zu dem erlittenen Vertreibungsschicksal zu bekennen und in entsprechenden Organisationen zusammenschließen zu dürfen.

Man wollte die neu gewonnene Freiheit dazu nutzen, um endlich gemeinsam und öffentlich über Erlebtes und Erlittenes, Heimat und Herkunft, Geschichte und Gebräuche sprechen und sich zur schicksalsgeprägten Identität bekennen zu können. Sehr schnell fanden sich in den wieder- oder neu entstehenden mitteldeutschen Bundesländern bis hinunter auf die kommunale Ebene Persönlichkeiten bereit, für die ehrenamtliche Führungsstruktur von landsmannschaftlichen Gliederungen oder des BdV zur Verfügung zu stehen. Am Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 gab es bereits eine stabile Verbandsstruktur des BdV und der ostdeutschen, sudetendeutschen und südostdeutschen Landsmannschaften im Beitrittsgebiet, die von unten nach oben gewachsen war.

In Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl und dem damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble gelang es uns als BdV-Führung, im Einigungsvertrag die Überführung des Bundesvertrieben- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) auf das Beitrittsgebiet zu übertragen, vor allem auch dessen »Kulturparagrafen« 96 mit seiner Förderverpflichtung des Bundes und der Länder für die Bewahrung des Geschichts- und Kulturerbes der Heimatvertriebenen. Aufgrund der sehr schnell gewachsenen Verbandsstrukturen des BdV und der Landsmannschaften erkannten auch die Verantwortlichen der frei gewählten DDR-Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière die Notwendigkeit, den dortigen Vertriebenen eine gesetzliche Anerkennung zu gewähren.

Zeitgleich erfolgte übrigens auch die Unterstützung des BdV für den Aufbau oder den Umbau von Organisationen der deutschen Minderheiten in den sich im Umbruch befindlichen Staaten des sogenannten »Ostblocks« und bei der Entwicklung von Förderprogrammen der Bundesregierung für diejenigen Deutschen, welche nicht in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen, sondern in ihrer angestammten Heimat in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in der damaligen Sowjetunion verbleiben wollten.

Im Sommer 1990 lud mich Professor Manfred Wille, Historiker an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg, zusammen mit seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern, zu einer Tagung in die alte Kaiserstadt ein, um mir als BdV-Generalsekretär sowie Vertretern der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung die in Magdeburg bis dato erfolgten Forschungen über die Aufnahme und Eingliederung der »Umsiedler« genannten Vertriebenen in die Sowjetischen Be-

satzungszone und spätere DDR vorzustellen. Wir waren tief beeindruckt, wie es ihm und seinen Mitarbeitern gelungen war, noch zu DDR-Zeiten dieses »Tabu-Thema« wissenschaftlich zu bearbeiten und dabei wichtige Forschungsergebnisse zu erzielen. Wir unterstützten Professor Wille fortan bei seinen Bemühungen, mit der Forschungslandschaft hinsichtlich der Aufnahme und Eingliederung von Heimatvertriebenen in der damaligen Bundesrepublik Deutschland in Kooperation zu treten und von Seiten des Bundesministeriums des Innern auch finanzielle Unterstützung für seine weitergehende Forschung zu erhalten.

Es gelang Professor Wille, in den Jahren 1996 bis 2003 insgesamt drei wissenschaftliche Bände über die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zu erarbeiten. Seine Tätigkeit in Forschung und Lehre konnte er nach der Fusion der Pädagogischen Hochschule mit der Otto von Guericke-Universität Magdeburg bis zu seiner Emeritierung 1999 fortsetzen. Der 2014 verstorbene Historiker hat sich um die wissenschaftliche Enttabuisierung des Schicksals der Heimatvertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR bleibende Verdienste erworben und somit einen wichtigen Beitrag für die innere Einheit Deutschlands geleistet.

In meiner Funktion als Vorsitzender der Arbeitsgruppe »Vertriebene und Flüchtlinge« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war es mir ein wichtiges Anliegen, die Förderverpflichtung des Paragraphen 96 BVFG auch für Projekte und Einrichtungen in den damaligen neuen Bundesländern mit Leben zu erfüllen. Dies ist durch die Errichtung des Schlesischen Landesmuseums in Görlitz oder des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald sowie durch vom Bund geförderte Stiftungslehrstühle an Universitäten in den neuen Bundesländern gelungen.

Auch hat mich in dieser Parlaments-Funktion ein sozialpolitisches Thema zu Beginn der 1990er Jahre sehr stark in Anspruch genommen: die sogenannte »Einmalleistung« für Vertriebene als Anerkennung des erlittenen Vertreibungsschicksals. Dadurch wurde auch der Tatsache Rechnung getragen, dass die Vertriebenen in der damaligen Bundesrepublik Deutschland den sogenannten »Lastenausgleich« erhalten hatten.

In nicht einfachen Gesprächen konnte ich den damaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel davon überzeugen, dass unbeschadet der hohen Transferleistungen aus dem Bundeshaushalt für das Beitrittsgebiet diese personengebundene Zuwendung nicht allein aufgrund ihrer materiellen Bedeutung, sondern gleichsam als staatliche Würdigung des

erlittenen Vertreibungsschicksals für die innere Einheit Deutschlands politisch unverzichtbar war.

Das wiedervereinigte Deutschland sollte und musste sich dazu bereitfinden, gegenüber den in die Sowjetische Besatzungszone und die spätere DDR vertriebenen Ost-, Sudeten- und Südostdeutschen offiziell und formell die Anerkennung ihres schweren Schicksals durch diese Einmalleistung als staatlichen Akt vorzunehmen, den die DDR-Führung aus ideologischen Gründen und aus Rücksicht auf die sozialistischen Bruderstaaten jahrzehntelang verweigert hatte. Viele Heimatvertriebene in den neuen Bundesländern haben die Gewährung dieser staatlichen Leistung in Anerkennung des erlittenen Vertreibungsschicksals zuallererst als eine Art »moralische Rehabilitierung« empfunden.

30 Jahre nach der Erlangung der staatlichen Einheit Deutschlands ist das Bewusstsein für das Schicksal von Flucht und Vertreibung Millionen Deutscher infolge des von Hitler entfesselten Zweiten Weltkrieges und der Barbarei des Nationalsozialismus in ganz Deutschland gleichermaßen ausgeprägt. Die politische, zeitgeschichtliche, künstlerische und gesellschaftliche Aufarbeitung dieses Themas erfolgt in West und Ost gleichermaßen. Der Austausch darüber mit unseren östlichen Nachbarn erscheint im Osten des geeinten Deutschlands manchmal sogar intensiver als im westlichen Teil, was an der unmittelbaren Nähe zu Polen und der Tschechischen Republik, aber auch an einer größeren kulturellen Affinität im Osten Deutschlands zu Mittel- und Osteuropa liegen mag.

So war es sicher nicht nur der Symbolik geschuldet, dass am 3. Oktober 2020 in Dresden eine Tagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung mit Vertretern des BdV und der Landsmannschaften einerseits und Vertretern der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten aus Mittel-, Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion stattfand, die neben dem Bundesministerium des Innern, für Heimat und Bau auch vom Beauftragten des Freistaates Sachsen für Heimatvertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten unterstützt wurde.

Anmerkungen

¹ Es handelt sich hier um das überarbeitete Geleitwort zur Konferenz »Vertriebene in der DDR – Zum Umgang mit einem Tabu« der Deutschen Gesellschaft e. V. am 14. November 2019 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig.

I. Die SBZ/DDR als Aufnahmegebiet

Heimlich im Zoo – Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR¹

Gundula Bavendamm und Carl Bethke

Gegenstände des Alltags, im Laufe der Zeit zu musealen Objekten geworden, machen Zeitgeschichte oftmals in staunenswerter Weise lebendig. Das gilt auch für das abgebildete Tonbandgerät der Marke Kometa aus den 1970er Jahren. Es ist sowjetischen Ursprungs und gehört zur Sammlung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Der Schenker, Rudolf Arndt, hielt damit vermutlich im Dezember 1976 in der DDR heimlich Gespräche mit seiner 1900 in Romankowa (Wolhynien) geborenen Mutter fest. Das Aufnahmegerät und die Tonbänder hatte er sich seinerzeit über Kontakte zur Roten Armee besorgt.

Ganz besonders interessierte ihn, was seiner ursprünglich aus Wolhynien stammenden Mutter im Laufe ihres Lebens widerfahren war. 1915 wurde das Mädchen aus ihrem Heimatdorf hinter den Ural evakuiert beziehungsweise durch die russische Armee dorthin deportiert. 1940 folgte die sogenannte Umsiedlung aus Wolhynien in das von der Deutschen Wehrmacht besetzte »Warthegau« in Polen durch NS-Behörden. 1945 musste die nunmehr Dreißigjährige von dort vor der Roten Armee nach Deutschland fliehen. Arndt selbst war bei der Flucht drei Jahre alt und eines von zwölf Kindern. Der Stiftung überließ er 2017 nicht nur das Aufnahmegerät, sondern auch die Tonbänder. Wenn man sie abspielt, ist seine Mutter zu hören, wie sie über ihre bewegte und leidvolle Lebensgeschichte spricht. Das Gerät wird in der Dauerausstellung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung zu sehen sein.

Dieses auf den ersten Blick unscheinbare Tonbandgerät steht durch seine gleichsam verborgene Geschichte für das Thema dieses Bandes: der Umgang mit der millionenfachen Erfahrung von Flucht und Ver-



Das Aufnahmegerät von Rudolf Arndt, mit dem dieser die Lebensgeschichte seiner Mutter aufzeichnete.

treibung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) beziehungsweise in der ehemaligen DDR. Obwohl eine schwerwiegende Erfahrung von Millionen Menschen, wurde ihr Schicksal in der Öffentlichkeit weitgehend beschwiegen, dadurch marginalisiert und teilweise auch tabuisiert. Vor 1990 war über diesen Teil der Geschichte der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen auch in der Bundesrepublik nur sehr wenig bekannt. Das entspricht dem bis heute häufig anzutreffenden und gerade in letzter Zeit stark diskutierten Unwissen, ja, einer mangelnden Vorstellung vom Leben in der DDR.

Im Folgenden fokussiert sich dieser Beitrag auf soziale und ökonomische Aspekte der Ankunft und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Ostdeutschland bis etwa zur Zeit des Mauerbaus.

Quellenlage und Forschungsstand

Seit 1990 hat sich die Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen im östlichen Teil Deutschlands als Forschungsfeld neu etabliert. Über die DDR-Zeit hat insbesondere Heike Amos geforscht. Auf Grundlage von Dokumenten der SED und Quellen des Ministeriums für Staatssicherheit veröffentlichte sie 2009 und 2011 zwei wegweisende Monographien.² Viele andere Autoren jedoch beschränkten sich vornehmlich

auf die 1940er und 1950er Jahre. Zu den bekanntesten Arbeiten zählen die Habilitationsschrift von Michael Schwartz³, sowie die als Vergleich zwischen der SBZ und Polen angelegte Dissertation von Philipp Ther⁴.

Diese durchaus etwas einseitige zeitliche Schwerpunktsetzung ist das Resultat einer besonderen Quellenlage: In der SBZ widmeten sich anfänglich mehrere sowjetische und deutsche Behörden auf unterschiedlichen Ebenen den Flüchtlingen und Vertriebenen, insbesondere die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU). Dann aber, nach Gründung der DDR 1949 und dem Görlitzer Abkommen mit Polen im darauf folgenden Jahr, verschwanden die euphemistisch als Umsiedler bezeichneten Menschen als Kategorie aus den Strukturen und Statistiken ebenso rasch wie fast vollständig. Folglich liegen viele der zur Geschichte der Vertriebenen in Westdeutschland existierenden Editionen und Quellen für Ostdeutschland nicht vor. Besondere Bedeutung haben daher andere Zeugnisse erlangt, etwa aus kirchlicher Provenienz. Eine wichtige Rolle spielen Zeitzeugeninterviews, Literatur und Film, Methoden ethnologischer Feldforschung sowie Untersuchungen zu Lebensläufen und Kollektiv-Biografien.⁵ Hinzu kommt, dass viele Darstellungen zur SBZ die Aufnahme von Flüchtlingen in der letzten Phase des Krieges meist nur streifen. Dabei stellen Flucht einerseits und Vertreibung andererseits eng miteinander verbundene Forschungsfelder dar. Den Mehrwert einer vergleichenden Betrachtung zeigt etwa die Studie von Martin Holz über die Insel Rügen.⁶

Die Situation bei Kriegsende

500.000 bis 600.000 deutsche Flüchtlinge aus Südosteuropa erreichten Deutschland bis Ende 1944, teils zu Fuß, mit Pferden und Leiterwagen in sogenannten Trecks, teils auch per Bahn. Neben Österreich und Schlesien nahmen auch Bayern, Thüringen und Sachsen Menschen auf. Beispielsweise kamen von 90.000 deutschen Flüchtlingen aus Kroatien etwa 20.000 in Thüringen unter.⁷ Während man zunächst noch von Evakuierung sprach, setzte sich im Grunde zeitgleich mit dem Abmarsch der Trecks aus den deutschen Siedlungsgebieten in Südosteuropa im Oktober 1944 auch bei den Behörden immer mehr der Begriff Flüchtlinge für diese Menschen durch.⁸ In Deutschland wurden viele dieser Entwurzelten mit Unterstützung des Volksbunds für das Deutschtum

im Ausland (VDA) bei der einheimischen Zivilbevölkerung einquartiert. Andere kamen in Aufnahmelager der Volksdeutschen Mittelstelle oder wurden von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) in Schulgebäuden versorgt. Zunächst bemühte man sich noch um eine Betreuung, etwa durch spezielle Radiosendungen. Doch das änderte sich, wie das Beispiel Schlesien zeigt, bald in den Regionen, in denen die meisten Menschen aufgenommen worden waren. Im Januar 1945, als die Front näher rückte, wurden viele dieser Evakuierten zusammen mit anderen Flüchtlingen weiter westwärts verlegt, beispielsweise in Lager im südlichen Sachsen.

Die Zahl der bis Kriegsende im Gebiet der späteren SBZ untergebrachten Flüchtlinge beziffert Manfred Wille auf 1,5 Millionen, davon 700.000 in Mecklenburg.⁹ Andere Schätzungen gehen von rund einer Million Flüchtlingen nur in Sachsen aus.¹⁰ Die räumliche Nähe zu den jeweiligen Herkunftsgebieten östlich von Oder und Neiße spielte bei der regionalen Verteilung der Flüchtlinge eine wichtige Rolle. Zu erinnern ist auch an die 960.000 Evakuierten aus anderen Regionen des Deutschen Reiches, die sich infolge des Luftkriegs im Oktober 1945 in der SBZ befanden. Ihre Rückführung, beispielsweise aus dem sogenannten Bergegau Thüringen nach Düsseldorf oder Frankfurt, sollte die örtlichen Verwaltungen noch auf Jahre beschäftigen. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die Unterbringung der Bedürftigen zu einem der größten sozialpolitischen Probleme. Im Vergleich zu 1939 nämlich hatte sich der Wohnraum bis 1945 durch Zerstörungen um 20 Prozent verringert.¹¹

Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ ab Mai 1945

Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht stellten lokale Behörden den Flüchtlingen zunächst Papiere für die Heimreise aus. Doch ab Anfang Juni wiesen die polnischen Behörden die Rückkehrer an der Grenze ab. Überdies setzten sogenannte wilde Vertreibungen ein, ähnlich denen von Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei nach Sachsen im Juli 1945, die dann von der Potsdamer Konferenz durch Artikel XIII des Potsdamer Abkommens legalisiert wurden. Hatten sich die Flüchtlinge in der Endphase des Krieges oft in Orte und Städte in der nunmehr britischen Besatzungszone begeben, nahm die Zahl der

Vertriebenen nach Kriegsende insbesondere in der SBZ rasch zu: Ende 1947 hielten sich dort 4,4 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene auf. Damit stellten diese nun 24,3 Prozent der Bevölkerung im Vergleich zu 17,7 Prozent in der US-Zone.¹²

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) hatte das dünnbesiedelte Mecklenburg zum wichtigsten Aufnahmegebiet deklariert. Dies galt besonders für die Menschen aus den nun polnischen Gebieten, welche in der SBZ die Mehrheit der Vertriebenen bildeten. Die Volkszählung 1946 zeigte, dass die meisten Pommern, Ostpreußen, Danziger und Balten in Mecklenburg lebten, die Ostbrandenburger jedoch vor allem in Brandenburg und die Schlesier in Sachsen und Sachsen-Anhalt Aufnahme gefunden hatten.¹³

Im Sommer 1946 folgte der planmäßig vorbereitete, sogenannte Abschub von 600.000 Deutschen aus der Tschechoslowakei per Schiff und Bahn. Bereits zuvor waren etwa 42.000 sudetendeutsche »Antifa-Umsiedler« gekommen, meist Sozialdemokraten und Kommunisten. Sie hatten bescheidene Privilegien, etwa die Möglichkeit, mehr Gepäck mit sich zu führen. Diese Ankömmlinge wollten am Aufbau des Sozialismus mitwirken und den desillusionierenden Erfahrungen in der Nachkriegsgesellschaft ihrer Heimat entkommen.¹⁴ Als 1947 Ungarn- deutsche eintrafen, war das bereits die Folge davon, dass sich US-Behörden weigerten, weiterhin Transporte in ihre Zone zuzulassen.

Über die Deutschen aus Jugoslawien war in Potsdam keine Entscheidung gefallen. Mehrere Versuche, diese in ihre Heimat zurückzubringen, scheiterten an der Ablehnung Belgrads. Die SMAD entschied daraufhin, 9.000 von ihnen, die im Lager Forst in der Lausitz interniert waren, ebenfalls in Mecklenburg anzusiedeln. Mit 44 Prozent hatte Mecklenburg 1950 den höchsten Anteil Vertriebener in ganz Deutschland. In mehreren Landkreisen, zum Beispiel in Schwerin, stellten sie sogar die Mehrheit der Bevölkerung. Bessarabische und karpatendeutsche Hintergründe sind in einigen Dörfern Mecklenburgs bis heute erkennbar. Gleichwohl lag eine Ansiedlung nach Herkunftsgebieten grundsätzlich nicht im Interesse der sowjetischen Assimilationspolitik. Bei hochspezialisierten Berufsgruppen machte man jedoch in wenigen Fällen Ausnahmen, darunter bei memelländischen und pommerschen Fischern auf Rügen sowie bei den Beschäftigten der Gablonzer Schmuckindustrie, die die »Bijou-Werke« im Raum Gotha aufbauten.¹⁵

Dauerhaft war es nicht möglich, die Städte für die Neuankömmlinge zu sperren. Allein in Leipzig erhöhte sich die Zahl der Vertriebenen bis 1950 von zunächst rund 30.000 auf etwa 80.000. Der Mangel an Wohnraum war allgegenwärtig. Um die Not wenigstens einigermaßen zu lindern, wurden Flüchtlinge nicht nur in Schulen sowie ehemaligen Wehrmachts- oder Zwangsarbeiterbaracken einquartiert. Zeitweise nahmen die Behörden auch größere Gasthäuser und Ballsäle in Anspruch, beispielsweise den bekannten »Felsenkeller« in Leipzig-Plagwitz.¹⁶

Institutionen der »Umsiedler-Politik« in der SBZ

Vordergründig unterschied sich die Situation in der SBZ von der in der späteren DDR durch ein relativ dichtes Netz an zuständigen Einrichtungen. Doch das erklärte Ziel dieser Politik war die Assimilation. Man wollte Lager möglichst schnell auflösen, um die Vertreibung und damit die neuen Grenzen des sowjetischen Machtbereichs unumkehrbar zu machen. Insofern passt es ins Bild, dass die schon im Juli 1945 gebildeten Flüchtlingskommissionen nicht etwa die Aufgabe hatten, die Heimatlosen zu unterstützen, sondern die in Potsdam beschlossenen Vertreibungen vorzubereiten.

Als übergeordnete Dienststelle zur Koordination und politischen Lenkung wurde am 14. September 1945 die von Kommunisten dominierte Zentralverwaltung Flüchtlingswesen und Heimkehrer gegründet. Ihre Umbenennung in Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im Oktober 1945 geschah auf Veranlassung der sowjetischen Besatzungsmacht. Nachgeordnete Stellen mussten dieser Vorgabe folgen. Der neue Name klinge weniger hart, führte man als Begründung an. Tatsächlich war die beschönigende Sprache Programm. Jeder Gedanke an Rückkehr sollte unterbunden werden. Dies zeigt sich umso klarer, wenn man bedenkt, dass in der britischen und amerikanischen Zone weiter von Flüchtlingen beziehungsweise *refugees* die Rede war.¹⁷

Auch die Einrichtung sogenannter Umsiedlerausschüsse ab 1945 kam nur schleppend voran. Schon 1947 wurde mit den Umsiedlerwochen ein paradoxes Ritual eingeführt. Immer, wenn sich ein Ausschuss auflöste, wurde dies demonstrativ mit einem Kultur- und Unterhaltungsprogramm gefeiert, an dem auch die Kirchen mitwirken durften. Nebenbei versuchte man mit dieser Praxis Geld- und Sachspenden ein-



Hopfenbauer, 1953. Die wenigsten Vertriebenen, die vor 1945 in der Landwirtschaft tätig waren, konnten in der SBZ/DDR wieder als Bauern arbeiten.

zuwerben.¹⁸ Bis 1949 wurde nicht nur die ZVU in die Innenbehörde eingegliedert. Auch sämtliche ostdeutsche und sowjetische Behörden, die seit 1945 für die Flüchtlinge und Vertriebenen zuständig gewesen waren, wurden aufgelöst.

Sozial – oder Symbolpolitik?

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) versuchte, die von sowjetischer Seite geforderte rasche Assimilation der Flüchtlinge und Vertriebenen als Sesshaftmachung in einer neuen Heimat zu bewerben. Doch damit war die soziale Lage der Betroffenen nur bedingt in Einklang zu bringen. 1947 lebten in der SBZ noch 20 Prozent der Vertriebenen in Flüchtlingslagern. Die auf einem SMAD-Befehl beruhende Bodenreform war bei Weitem nicht so wichtig für die Eingliederung, wie es offiziell dargestellt wurde: Außer in Mecklenburg stellten einheimische Neubauern die Mehrheit der Begünstigten. Nur etwa zwei Prozent der Vertriebenen, mit Angehörigen rund acht Prozent, erhielten auf diesem Wege Land. Gewiss war der Effekt der Bodenreform auch von den regionalen Verhältnissen abhängig: In Thüringen, wo 14 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche enteignet und umverteilt

wurden, lebten nur vier Prozent der geflohenen oder vertriebenen Neubauern – in Mecklenburg aber 42 Prozent. Hinzu kommt, dass die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten innerhalb kürzester Zeit erheblich zurückging: Unter den Vertriebenen in der SBZ arbeiteten Ende 1946 43,8 Prozent der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, doch allein von 1947 auf 1948 verminderte sich deren Zahl bereits von 444.000 auf 359.000.¹⁹

Dagegen war die SBZ den anderen Besatzungszonen mit der Unterstützung für Bedürftige und Arbeitslose vom 15. Oktober 1946 voraus. Bis 1949 wurde diese Hilfe rund 45 Prozent der Vertriebenen gewährt. Doch solche sozialpolitischen Programme waren nicht von langer Dauer. Den 65 gerade erst gegründeten handwerklich-gewerblichen Genossenschaften, denen Flüchtlinge und Vertriebene angehörten, wurden mit dem Ende der »Umsiedler-Politik« 1949 die gewährten Kredite sofort wieder entzogen. Zum Teil wandelte man die Genossenschaften auch in Volkseigene Betriebe (VEB) um. Den erneuten Verlust von gerade erst erworbenem Grund und Boden empfanden nicht wenige Vertriebene als eine zweite Enteignung.²⁰

Die Oder-Neiße-Grenze

1945 wagte die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) noch auf einen günstigeren Verlauf der neuen Grenze zu hoffen. Für den aus Guben in Brandenburg stammenden Wilhelm Pieck, Mitgründer und Vorsitzender der SED, galt dies sogar noch 1946.²¹ Walter Ulbricht hingegen, der spätere Staatschef der DDR, hatte sich in einer Rede in Berlin schon im Juni 1945 die Forderung nach Gebietsabtretungen zu eigen gemacht. Als abstruse und zugleich diffamierende Begründung führte er an, dass es die Deutschen in den östlichen Landesteilen selbst verschuldet hätten, sich nach 1918 nicht von den ostelbischen Junkern befreit zu haben, und dass der Angriff auf Polen 1939 von Ostpreußen und Schlesien aus erfolgt sei.²² Auch das Beispiel Paul Merker, Mitglied des Zentralsekretariats und des Politbüros der SED, zeigt, wie schwer es dem ostdeutschen Staat fiel, eine ideologisch schlüssige und womöglich marxistische Begründung für die Vertreibungen zu finden. Merker galt als Kopf der Umsiedlerpolitik und verfasste verschiedene Papiere und Denkschriften:²³ Hitlers »Massenumsiedlung« sei für die Deutschen



Aufmarsch in Frankfurt/Oder anlässlich der Unterzeichnung des Abschlussprotokolls über die Oder-Neiße-Grenze, 27. Januar 1951.

zum Bumerang geworden und die vom Nazismus terrorisierten Völker hätten sich davor schützen müssen, dass deutsche Minderheiten erneut zu Werkzeugen des Faschismus würden. Die Vertreibung sei unumkehrbar und die Assimilation der Umsiedler in der DDR folglich unausweichlich. Im Hinblick auf die Vertriebenen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße entbehrte die krude Erklärung, die die Mehrheitsbevölkerung als »Fünfte Kolonne« brandmarkte, jeglicher Logik. Gleichwohl fand sich die Argumentation später auch häufig in Schulbüchern.²⁴

Am 6. Juli 1950 unterzeichnete die ein Jahr zuvor gegründete DDR mit der Volksrepublik Polen den Görlitzer Vertrag. Dieser Akt war der bis dahin wohl wichtigste, weil international viel beachtete, außenpolitische »Erfolg« des neuen Staates. Allerdings stieß der Vertrag auf den Widerstand fast des gesamten Bonner Bundestages. Auch in der DDR gab es Ablehnung, die geeignet war, die Loyalität früherer Sozialdemokraten und Blockparteien in Frage zu stellen. Andererseits hatten sich die Parteigliederungen der SED in dieser Frage immer wieder gegenüber der sowjetischen Seite verantworten müssen. Dies galt besonders

seit einer Resolution von 1946, die eine Regelung der Grenzfrage durch einen Friedensvertrag festschrieb und nicht veröffentlicht werden durfte. Aus Sicht der SED kann man insofern von einer Flucht nach vorn sprechen. Man wollte die enge Bindung an Moskau unter Beweis stellen, obwohl den handelnden Personen bewusst war, dass dies die Partei noch unpopulärer machen würde.²⁵

Das Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler vom 8. September 1950 sollte die vielfache Verbitterung über den drei Monate zuvor unterzeichneten Görlitzer Vertrag abschwächen. Der gelegentlich angestellte Vergleich mit dem Lastenausgleich in der Bundesrepublik ab 1952 ist freilich irreführend: Im Wesentlichen ging es um Kredite für Möbel und Gebrauchsgüter bis zu 1.000 DDR-Mark, die innerhalb von drei Jahren zurückgezahlt werden konnten. Diese Maßnahme richtete sich vor allem an Flüchtlinge und Vertriebene, die sich als Neubauern versucht hatten, sowie andere bevorzugte Berufsgruppen. Schülern und Lehrlingen gewährte man bescheidene finanzielle Hilfen für die Ausbildung. Die Mittel wurden bis 1953 ausgezahlt, doch hatten die Kredite keinen rechnerischen Bezug zum verlorenen Vermögen der Vorkriegszeit.²⁶ Nach Michael Schwartz profitierten 46,5 Prozent der Vertriebenen von der Maßnahme – ein Indiz für die schwierige soziale Lage und die entsprechende Bedürftigkeit dieser ostdeutschen Bevölkerungsgruppe.²⁷

Abwanderung aus der DDR bis 1961

Für Flüchtlinge und Vertriebene gestaltete sich der soziale und berufliche Neuanfang vielfach sehr mühselig und sie blieben im Vergleich zu den Einheimischen mehrheitlich unterprivilegiert. 1953 etwa verfügte ein sogenannter Neubürger in Mecklenburg durchschnittlich über 3,9 Quadratmeter Wohnfläche, ein Einheimischer jedoch über 10,7 Quadratmeter.²⁸ Dora Schneider zum Beispiel, die nach ihrer Vertreibung südlich von Magdeburg aufwuchs, verfügte bis zu ihrem 18. Lebensjahr 1955 nicht einmal über ein eigenes Bett: »Erst 1973 haben wir nach jahrelangem Bemühen eine kleine Wohnung für meine Eltern bekommen.«²⁹

Die Hoffnung, in der Landwirtschaft Fuß zu fassen, gaben viele nach kurzer Zeit auf. Unter den 30.000 Bauern, die allein 1950/51 das ihnen

bei der Bodenreform zugewiesene Land wieder abgaben, waren Vertriebene überproportional vertreten. So lange es möglich war, wanderte diese Bevölkerungsgruppe vor allem in westdeutsche Städte ab. Wer sich hingegen in die DDR-Gesellschaft einfügte, dem boten sich in den ostdeutschen Metropolen durchaus Aufstiegschancen: Angeblich stellten Vertriebene um 1950 in der DDR rund 30 Prozent der politischen Führungselite, vom Bürgermeister bis zum Minister. Auch in der öffentlichen Verwaltung waren sie überproportional häufig vertreten, ebenso etwa unter den Studenten der neugegründeten Hochschule Magdeburg.³⁰

Andererseits flohen rund 900.000 Personen aus der Bevölkerungsgruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen in den Jahren bis zum Mauerbau aus der DDR, rund ein Drittel dieser Gruppe insgesamt. Die SED führte dies in einem internen Papier von 1960 auf den Lastenausgleich in der Bundesrepublik zurück. Vielfach war aber auch die Zwangskollektivierung als eine Art zweiter Vertreibung erlebt worden. In Folge dieser Entwicklungen sank der Anteil der ehemaligen Flüchtlinge und Vertriebenen an der ostdeutschen Bevölkerung von 4,4 Millionen im Jahr 1949 auf 4,1 Millionen im Jahr 1950 und bis 1965 schließlich auf geschätzte 3 bis 3,5 Millionen Menschen.

In der Bundesrepublik hingegen erhöhte sich ihre Zahl von 16,5 Prozent der Gesamtbevölkerung 1956 auf 21,5 Prozent im Jahr des Mauerbaus 1961. Darin sind allerdings auch die Aussiedler enthalten, bei zudem variierenden Berechnungsgrundlagen, etwa im Hinblick auf Kinder.³¹

Eine prekäre wirtschaftliche Situation war aber nur ein Faktor für den Wunsch vieler, der DDR den Rücken zu kehren. Ein anderer Grund spielte ebenfalls eine Rolle: der schwierige Umgang mit den Biografien und Erinnerungen der Flüchtlinge und Vertriebenen, das staatlich verordnete Beschweigen. Erst kurz zurückliegende, einschneidende oder gar traumatisierende Gewalterfahrungen von rund einem Viertel der Bevölkerung hatten aus politischen Gründen keinen Platz in der Gesellschaft. Mehr noch: Man lebte in einem Staat, der ausgerechnet eine Sonderbeziehung zur Sowjetunion unterhielt. Den ostdeutschen Vertriebenen wurde daher eine besondere Anpassungsleistung abverlangt. »Wir waren (sogar) gehalten unsere Erlebnisse aus Freundschaft zur UdSSR zu verschweigen«, beschreibt Doris Festersen aus Königsberg, nach dem Krieg wohnhaft in Arnstadt (Thüringen).³² Solche Zwänge waren für viele Flüchtlinge und Vertriebene nur schwer erträglich.

Der 1930 geborene Lothar Weichsel wollte sich in Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) der Antifa-Jugend anschließen. Doch er war dort schon auf Grund seiner ostpreußischen Herkunft und des in seiner früheren Heimat Erlebten nicht gern gesehen und wurde abgewiesen: »Ich kannte die Helden der Roten Armee von einer ganz anderen Seite, hätte vielleicht drüber reden können. So sagte man mir ›Solche wie Dich können wir hier nicht brauchen«.³³

Über Jahrzehnte war es ehemaligen Flüchtlingen und Vertriebenen in der DDR verboten, sich in größeren Gruppen zu begegnen. Heimliche Aktivitäten in dieser Richtung konnten sogar als sogenannte Kriegs- und Boykotthetze (§ 6 DDR-Verfassung) ausgelegt werden und strafbar sein. Ab 1950 gingen Polizei und Staatssicherheit gegen informelle Treffen und Versammlungen vor und unterbanden diese zum Teil. In Westdeutschland dagegen erreichten die Vertriebenenverbände in den 1950er und 1960er Jahren den Höhepunkt ihres Einflusses. Zu den öffentlichen Jahrestagen der Landsmannschaften kamen Zehntausende.

Anhand von Stasi-Akten konnten Heike Amos und Michael Schwartz zeigen, dass sich Vertriebene trotz der erheblichen persönlichen Risiken – offenbar auf sudetendeutsche Initiative hin – ab Ende der 1940er bis mindestens Ende der 1960er Jahre heimlich im Hallenser und im Leipziger Zoo versammelten, mit hunderten, teilweise bis zu 2.000 Teilnehmern. Auch unter dem Dach der Kirche und in konfessionellen Milieus konnte sich, zumal in Diaspora-Situationen wie in Mecklenburg, ein gewisses Eigenleben halten. 1950 jedenfalls war die Bindung an die Kirche unter Flüchtlingen und Vertriebenen stärker als beim Durchschnitt der Bevölkerung.³⁴

Zusammenkünfte in den Tierparks waren nicht etwa ein Zeichen der Liberalisierung – vieles davon weiß man, weil Teilnehmer bespitzelt, verhaftet und verhört wurden. Doch die Anziehungskraft der Treffen über längere Zeit deutet auf die in der DDR-Forschung oft beschriebenen, komplexen Handlungsoptionen hin – trotz allgemein asymmetrischer Machtverhältnisse in der sozialistischen Diktatur. Es geht um staatlicherseits bewusst geduldete Freiräume und Nischen ohne den Zwang, sich mit dem politischen System zu identifizieren. Offene Auflehnung konnte so verhindert werden, die gesellschaftliche Integration von Teilaffinitäten blieb bis zu einem gewissen Grad möglich. Doch existierten solche Nischen zumeist nur in ganz bestimmten Situationen und stellten für den Einzelnen ein hohes Risiko dar. Das galt oft sogar dann, wenn

man sich dabei auf bestimmte Rechte berufen konnte, wie zum Beispiel beim Heimattourismus, den es inoffiziell auch in der DDR gab.

Fazit

Aus Sicht der SED waren die Vertriebenen neben den Kirchen, den ländlichen Mittelschichten und dem Bürgertum eine der Bevölkerungsgruppen, die den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und ihrer ideologischen Durchherrschung erschwerten. Das sozialistische Regime zielte frühzeitig darauf ab, mit repressiven Mitteln zu erzwingen, dass ehemalige Flüchtlinge und Vertriebene ihr Schicksal hinnahmen. Sogar die bloße Erinnerung, insbesondere an die Vertreibung, wurde aus dem öffentlichen Raum weitgehend verbannt.

Auf sozialpolitischer Ebene ist der »Ausstieg aus der Systemkonkurrenz« (Michael Schwartz) bemerkenswert.³⁵ Trotz ihres ideologiegetriebenen Gestaltungsanspruchs brachte die DDR kein dem Lastenausgleich vergleichbares Gesetzeswerk zur gesellschaftlich gerechteren Verteilung der Kriegsfolgen auf den Weg. Die tatsächlich erbrachten materiellen Hilfen blieben weit hinter denen in Westdeutschland zurück. 1994 beschloss die Bundesregierung eine einmalige Zuwendung an Vertriebene in den neuen Bundesländern in Höhe von 4.000 Euro – eine eher symbolische Geste. Für nicht wenige sind die Langzeitfolgen früherer Verluste und Benachteiligungen vor allem bei der Rente bis heute spürbar.

Die deutsche Wiedervereinigung hat zwar alle Möglichkeiten eröffnet, sich persönlich oder im Verbund mit anderen als ehemaliger Flüchtling oder Vertriebener zu seiner Herkunft zu bekennen. Doch in den vier Jahrzehnten zuvor war es der ostdeutschen Erlebnissgeneration weitgehend verwehrt, Erinnerungen und Traditionen an ihre Kinder und Enkel weiterzugeben. Dadurch ist das Verbandsleben im östlichen Teil Deutschlands deutlich weniger vital als im Westen und die Sorgen um das Fehlen engagierter jüngerer Mitglieder größer. Auch in der historischen Forschung wird in Zukunft noch manches Defizit auszugleichen sein. Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird ab 2021 dazu einen eigenen Beitrag leisten. Aufmerksame Besucherinnen und Besucher der Dauerausstellung werden das eingangs erwähnte Tonband gewiss nicht übersehen, das eine von Millionen Stimmen ostdeutscher Vertriebener für die Nachwelt festgehalten hat.

Anmerkungen

- ¹ Der Beitrag geht zurück auf einen Vortrag auf der Tagung »Vertriebene in der DDR – Zum Umgang mit einem Tabu« am 14. November 2019 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig.
- ² Amos, Heike: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, München 2009; Amos, Heike: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989, München 2011.
- ³ Schwartz, Michael: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR, München 2004.
- ⁴ Ther, Philipp: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956, Göttingen 1998.
- ⁵ Zur Quellenlage vgl. insbesondere Donth, Stefan: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED, Köln/Weimar/Wien 2000. Wustmann, Markus: »Vertrieben, aber nicht aus der Kirche«? Vertreibung und kirchliche Vertriebenenintegration in SBZ und DDR am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens 1945 bis 1966, Leipzig 2013; als Beispiel für eine ethnologisch angelegte Studie siehe: Bretschneider, Uta: »Vom Ich zum Wir«? Flüchtlinge und Vertriebene als Neubauern in der LPG, Leipzig 2016.
- ⁶ Holz, Martin: Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943-1961, Köln 2003.
- ⁷ Die Zahl 500.000 nennt u. a. Zückert, Martin: Die Evakuierungen 1944/45 im Kontext. Hintergründe, Beeinflussungen, Deutungen, in: Zückert, Martin; Schvarc, Michal; Fiamová, Martina: Die Evakuierung der Deutschen aus der Slowakei 1944/45, Göttingen 2019, S. 259-308, hier: S. 305. Ebenso: Lumans, Valdis O.: Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933-1945, Chapel Hill, NC u. a. 1993, S. 255. Diese Zahl dürfte zu niedrig sein, da die im Oktober 1944 festgelegte Aufnahme von 469.000 Evakuierten am 05.11.1944 in Absprache mit dem Reichsminister des Inneren um weitere 50.000 erhöht wurde. Der wesentliche Quellenbestand hierzu sind die Monatsberichte der Volksdeutschen Mittelstelle im Bundesarchiv (BArch) R 59/404 und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes R 1000899 (Inland IIg). Die Berichte enthalten Aufschlüsselungen nach Herkunftsgebieten und die Zuweisungen an einzelne Aufnahmegauen, dabei ist bereits von Flüchtlingen die Rede. Von insgesamt 669.000 »Rückgeführten« aus Südosteuropa wird in BArch NS 19/777, 45-51 gesprochen: Ergänzter Niederschrift aufgrund einer gemeinsamen Arbeitsbesprechung in Wien am 3.11.44 und der bisherigen Erfahrungen und Anordnungen über den Kriegswirtschaftlichen Einsatz der Deutschen aus dem Südosten. Berlin, 10.11.1944. Ähnliche Zahlen nennt Volkmer, Hermann: Die Volksdeutschen in Oberösterreich. Ihre Integration und ihr Beitrag zum Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg, Steinmassl 2003, S. 46.

- ⁸ Dieser Begriff findet sich in der Korrespondenz der beteiligten Stellen, etwa: BArch R 59/29, 168, Schreiben des Volksbunds für das Deutschtum im Ausland, Gauverband München-Oberbayern an die Reichsbahndirektion München, Betr.: Flüchtlingshilfe für Deutsche aus den Volksgruppen, vom 16.10.1944. Ebenso: BArch R 59/29, 131, Schreiben des Reichsführers SS, Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle Templin, an den VDA Gauverband München-Obb., Betr.: Volksdeutsche Flüchtlinge aus dem Südosten, vom 1.11.1944. Darüber hinaus ist die Verbreitung des Flüchtlingsbegriffs ab Oktober 1944 insbesondere über den Bestand des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda nachzuvollziehen (BArch R 55/21345ff.).
- ⁹ Wille, Manfred: Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in der SBZ/DDR, in: Ders. (Hg.): 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzone/Bundesrepublik und SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 29-54.
- ¹⁰ Die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen 1945-1952, in: Thüsing, Andreas; Tischner, Wolfgang (Hg.): »Umsiedler« in Sachsen. Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945-1952. Eine Quellensammlung, Leipzig/Berlin 2005, S. 9-37, hier: S. 17.
- ¹¹ So z. B. Bretschneider, Uta: Neue Heimat Thüringen. Flüchtlinge und Vertriebene um 1945, Erfurt 2017, S. 17, 25. Von 4,6 Millionen Wohnungen waren bei Kriegsende 430.000 zerstört und 650.000 beschädigt; vgl. Wille: Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in der SBZ/DDR, 1997, S. 29-54, hier: S. 40.
- ¹² Vgl. Oltmer, Jochen: Migration im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013, S. 49.
- ¹³ Vgl. Seraphim, Peter-Heinz: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, Berlin 1954, S. 52.
- ¹⁴ Vgl. Wille, Manfred: Die »freiwillige Ausreise« sudetendeutscher Antifaschisten in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands – erfüllte und enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen, in: Ders. (Hg.): Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche, Magdeburg 1993, S. 28-61.
- ¹⁵ Sells, Miriam: Die fremde Hälfte. Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Mecklenburg nach 1945, Schwerin 2012.
- ¹⁶ Schwab, Irina: »Neue Heimat – neues Leben«? Flüchtlinge und Vertriebene in Leipzig 1945 bis zum Beginn der 50er Jahre, Leipzig 1999.
- ¹⁷ Die Akten der Zentralverwaltung (BArch Do2) sind der wichtigste Bestand zur Vertriebenenpolitik in der SBZ. Dokumente aus diesem Bestand bilden die Grundlage für die Quellenedition: Wille, Manfred (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Band 1-3, Wiesbaden 1996-2003.
- ¹⁸ Vgl. Schwartz, Michael: Kontrollierte Partizipation. Die »Umsiedler-Ausschüsse« der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Spannungs-

feld von Sonderverwaltung, Parteipolitik und sozialen Interessen 1945-1949, in: Schraut, Sylvia; Grosser, Thomas (Hg.): Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, S. 161-191.

- 19 Vgl. Schwartz, Michael: »Umsiedler« – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2006, S. 90-101; vgl. Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 658 u. 1145; vgl. Bretschneider: Neue Heimat Thüringen, 2017, S. 37 u. 48-50; vgl. Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, 1998, S. 183-187, 265-269, 332; vgl. Bauerkämper, Arnd: Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945-1960, in: Hoffmann, Dierk; Schwartz, Michael (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Integration in der SBZ/DDR, München 1999, S. 193-214.
- 20 Vgl. Bretschneider: Neue Heimat Thüringen, 2017, S. 46f.; vgl. Schwartz: »Umsiedler« – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR, 2006, S. 93; vgl. Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 572-611.
- 21 Vgl. Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008, S. 196.
- 22 Vgl. die Rede Walter Ulbrichts auf der ersten Funktionärskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin am 25. Juni 1945, in: Wille, Manfred (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 1: Ankunft und Aufnahme 1945, Wiesbaden 1996.
- 23 Vgl. z. B. Merker, Paul: Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems, Berlin 1947.
- 24 Vgl. u. a. Lehrbuch für den Geschichtsunterricht, 8. Schuljahr, V. Teil, Berlin 1952, S. 39; Geschichte und Gegenwartskunde 1945-1956, Berlin 1957, S. 31; Geschichte, Lehrbuch für Klasse 9, Berlin 1972, S. 237.
- 25 Vgl. Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 273-277; vgl. Wille, Manfred: SED und »Umsiedler« – Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt, in: Hoffmann; Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? 1999, S. 91-135.
- 26 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950: Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler; abgedruckt in: Thüsing; Tischner (Hg.): »Umsiedler« in Sachsen, 2005, S. 1031-1036.
- 27 Vgl. Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 893-1116 u. 1160.
- 28 Vgl. Amos: Die *Vertriebenenpolitik* der SED, 2009, S. 44.

- ²⁹ Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (Hg.): Treibgut des Krieges. Zeugnisse von Flucht und Vertreibung der Deutschen, Kassel 2008, S. 27.
- ³⁰ König, Christian: Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR-Aufbaugeneration: Sozial- und biographiegeschichtliche Studien, Leipzig 2015; Parak, Michael: Integration durch Bildung? »Umsiedlerstudenten« und »Umsiedlerkinder« in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, Bonn 2007, S. 75-85.
- ³¹ Zu Zahlen und Statistiken vgl. die grundlegenden Studien von Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Teil I, Bonn 1986; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertriebungsvorbereitung 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974, Bonn 1989. Vgl. ferner die jüngeren Überblicksdarstellungen von Oltmer: Migration im 19. und 20. Jahrhundert, 2013 und ders.: Gewaltmigration, in: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (Hg.): Geflohen – vertrieben – angekommen? Kassel 2016, S. 2-8.
- ³² Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (Hg.): Treibgut des Krieges, 2008, S. 24.
- ³³ Ebd., S. 47.
- ³⁴ Vgl. Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 32-42; vgl. Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 532-537 u. 544-572.
- ³⁵ Vgl. Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 36.

Die Vertriebenenpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre

Stefan Donth

Die 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen, die in Folge des vom Deutschen Reich verlorenen Zweiten Weltkrieges ihre Heimat in den ehemals deutschen Ostgebieten verlassen mussten und in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) strandeten, machten dort durchschnittlich 25 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Dieses Viertel war prozentual ungleich verteilt: Während die eine Million Menschen, die zwischen 1945 und 1952 nach Sachsen kamen, dort etwa 20 Prozent der Bevölkerung ausmachten, kam im bevölkerungsärmeren Mecklenburg-Vorpommern bei nahezu gleich hoher Anzahl von Ankömmlingen auf jeden Alteinwohner ein Flüchtling oder Vertriebener. Die Eingliederung dieser vielen Menschen in die Nachkriegsgesellschaft der SBZ stellte die politische Administration vor große Herausforderungen.

Nach dem Ende der SED-Diktatur 1989/90 rückte die Vertriebenenpolitik stärker in den Fokus der historischen Forschung.¹ Mit der ersten Gesamtdarstellung von Michael Schwartz, die bereits 2004 erschien, wurde eine entscheidende Grundlage gelegt.² Alle vertriebenenpolitischen Grundsatzentscheidungen in der SBZ/DDR wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED getroffen, die anhand sowjetischer und deutscher Archivalien untersucht und ausgewertet worden sind. Wesentliche Ergebnisse werden in diesem Beitrag zusammengefasst. Der erste Teil befasst sich mit den politischen und administrativen Weichenstellungen 1945/46. Vor diesem Hintergrund geht die Untersuchung im zweiten Abschnitt auf die Politik von SMAD und SED während der Wahlen 1946 ein. Danach verlagert sich der Schwerpunkt auf

eine Untersuchung des vertriebenenpolitischen Kurses, mit dem SMAD und SED ihre Ziele in der Verwaltung durchsetzten. Mit der Einflussnahme der SMAD auf die Parteien – insbesondere zur Unterdrückung jeglicher Kritik an der Oder-Neiße-Grenze als zentralem Element der sowjetischen Eingliederungsstrategie – beschäftigt sich der vierte Teil.

Erste politische und administrative Weichenstellungen der SMAD 1945/46

Zu einem der wichtigsten Kriegsziele Stalins gehörte die Westverschiebung Polens und der damit verbundene neue deutsch-polnische Grenzverlauf an Oder und Neiße. Das grundsätzliche Einverständnis der westlichen Alliierten zur Vertreibung der dort ansässigen Deutschen als Folge des vom Dritten Reich ausgelösten Zweiten Weltkrieges wurde im Potsdamer Abkommen festgeschrieben.³

Die am 6. Juni 1945 gegründete SMAD fungierte als zentrale Vertreterin sowjetischer Interessen in Deutschland und verfügte über eine große Machtfülle zur Steuerung und Kontrolle des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der SBZ. Neben dem Politischen Berater, der das sowjetische Außenministerium in der SMAD vertrat, entwickelte sich die SMAD-Propagandaverwaltung (seit 1947 Informationsverwaltung) unter Oberst Sergej Tjulpanov zu einem der wichtigsten Instrumente zur Überwachung und Lenkung des politischen Lebens in der SBZ.⁴ Ihre Mitarbeiter nahmen an allen wichtigen Zusammenkünften der Parteien teil, zensierten Reden und Verlautbarungen, trafen personalpolitische Entscheidungen und steuerten mit Befehlen, Anweisungen, Anordnungen sowie »Hinweisen« und »Ratschlägen« die Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.⁵

Bereits im Sommer 1945 konzentrierte der Stellvertreter des Obersten Befehlshabers der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung, Generaloberst Ivan A. Serov, der auch für die sowjetische Geheimpolizei in der SBZ verantwortlich war, die Zuständigkeit für Aufnahme und erste Unterbringung der Vertriebenen in seiner Hand. Zu diesem Zeitpunkt betrachtete die Besatzungsmacht die Vertriebenenpolitik in erster Linie als eine sicherheitspolitische Frage.⁶

Am 14. September 1945 befahl der Stellvertreter des Obersten SMAD-Befehlshabers, Armeegeneral Wassili D. Sokolovskij, in der

SMAD-Verwaltung für Kommandantendienst sowie in den Abteilungen für Kommandantendienst der Länder und Provinzen, die beide zum Zuständigkeitsbereich Serovs gehörten, eine »Abteilung für Umsiedlung« zu bilden.⁷ Parallel zum Ausbau ihres eigenen Apparates errichtete die SMAD eine »Zeitweilige Deutsche Zentralverwaltung für Umsiedlung« (ZVU) und bildete auch auf Länderebene »Abteilungen für Umsiedlung«.⁸ Zudem untersagte sie, die Begriffe »Flüchtlinge« oder »Ausgewiesene« zu verwenden und schrieb stattdessen den Terminus »Umsiedler« vor.⁹

Die sowjetische Besatzungsmacht gab auch Rahmenbedingungen und organisatorische Umsetzung der Vertriebeneneingliederung in der SBZ vor. Dabei galt es der SMAD als selbstverständlich, dass Vertriebene in den Ansiedlungsorten Quartier erhielten und ihrer beruflichen Qualifikation entsprechend eingesetzt wurden. Eine wesentliche Erweiterung der Zuständigkeiten kündigte die SMAD Ende September 1946 an: Jetzt waren die Umsiedler auch in den »Volkskörper ein[zu]bauen«.¹⁰ Die Besatzungsmacht forderte von der deutschen Verwaltung eine genaue Umsetzung ihrer Vorgaben. Ein umfangreiches Berichtssystem sollte die Information der SMAD über alle relevanten Vorgänge gewährleisten.¹¹ Das Instrumentarium reichte über direkte, auch detaillierte Vorgaben und Interventionen bis hin zur indirekten Einflussnahme auf deutsches Verwaltungshandeln. Zudem befahl die SMAD, ihr regelmäßig über die Stimmungslage der Vertriebenen Bericht zu erstatten. Zahlreiche Anordnungen zielten auf die »Abstellung von Fehlern« – ein Indiz dafür, dass die Umsetzung sowjetischer Anweisungen keineswegs reibungslos funktionierte.¹²

Die Umsetzung der vertriebenenpolitischen Vorgaben der SMAD lag – von wenigen Ausnahmen abgesehen – fast ausschließlich in kommunistischer Hand. KPD-Mitglieder besetzten 1945 alle Führungspositionen in der »Umsiedlerverwaltung« der SBZ.¹³ In den Befehl des Obersten Befehlshabers der SMAD, Marschall Georgi K. Shukov, »Zur zweckmäßigen Verteilung der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone« vom 19. Juli 1945 flossen Überlegungen Walter Ulbrichts mit ein.¹⁴ Weitere wichtige Protagonisten in der ZVU waren etwa der Leiter des Zentralen Suchdienstes, August Mayer, der bereits in der Weimarer Republik für die KPD nachrichtendienstlich tätig gewesen war und vom sowjetischen Militäргеheimdienst geschult wurde. 1951 berief ihn die SED-Führung an die Spitze des DDR-Gefängniswesens.¹⁵ Und der erste Präsident der

ZVU, Josef Schlaffer, der allerdings Ende 1945 nach Differenzen mit der SMAD seinen Posten räumen musste, arbeitete in den 1950ern eng mit der sowjetischen Geheimpolizei gegen die Organisation Gehlen und den Bundesnachrichtendienst zusammen.¹⁶ Bestandteil der kommunistischen Personalpolitik war auch der Aufbau eines parteiinternen Apparates, der die Eingliederung der »Umsiedler« steuern sollte.¹⁷

Vertriebenenpolitische Themen bestimmten bereits im Sommer 1945 die Auseinandersetzungen der Parteien. Kennzeichnendes Element des kommunistischen Vorgehens war die Blockpolitik, mit der politische Konkurrenten, insbesondere aus dem bürgerlichen Lager, an Entscheidungen beteiligt, eingebunden und damit von einer Fundamentalopposition abgehalten werden sollten.¹⁸ Eine erste Belastungsprobe des zentralen Blocks war die Verabschiedung einer Resolution zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz. Hierzu mussten nicht nur die Kommunisten, sondern auf Druck der Sowjets auch SPD, CDU und LDP positiv Position beziehen. Die Resolution konnte erst am 12. August 1945 verabschiedet werden; vorangegangen waren langwierige Auseinandersetzungen insbesondere über die Passagen zur Oder-Neiße-Grenze und zur Vertreibung.¹⁹

Offene Kritik an der neuen deutschen Ostgrenze sowie der Vertreibung wurde von der SMAD rigoros unterbunden, wie folgendes frühe Beispiel zeigt: Bei der Veröffentlichung einer Rede Otto Grotewohls (SPD) vom 14. September 1945 wurde der entsprechende Passus gestrichen, die Betonung des Führungsanspruchs der SPD gegenüber der KPD dagegen zugelassen.²⁰

Die Vertriebenenpolitik von sowjetischer Besatzungsmacht und SED während des Wahlkampfes zu den Gemeinde-, Kreistags- und Landtagswahlen 1946

Die Kommunal-, Kreistags- und Landtagswahlen 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone besaßen für die sowjetische Besatzungsmacht große deutschlandpolitische Bedeutung. Um einen Sieg der SED sicherzustellen, wurde diese von der SMAD massiv unterstützt, während sie die bürgerlichen Parteien systematisch behinderte.²¹

Bereits während der Vorbereitung des Volksentscheids über die Enteignung von »Nazi- und Kriegsverbrechern« in Sachsen, der als Gene-



Mitgliederwerbung des SED-Landesverbandes Thüringen, circa Juli 1946.

ralprobe für die Wahlen galt, befassten sich SMAD und SED mit den Vertriebenen, da zumindest diejenigen stimmberechtigt sein würden, die bis 31. Mai 1946 bereits angesiedelt waren und sich nicht mehr in einem Quarantänelager aufhielten.²² Dabei machten sich SMAD und SED keine Illusionen darüber, dass ihre Politik von den Vertriebenen gerade wegen der Oder-Neiße-Grenze und der Schwierigkeiten bei der Ansiedlung besonders abgelehnt wurde. Deshalb hielten sie die Zahl der Abstimmungsberechtigten in dieser Bevölkerungsgruppe niedrig: Zum einen wurde die Einweisung Vertriebener nach Sachsen gedrosselt, zum anderen räumte die Abstimmungsordnung den Kommunen genügend Spielraum ein, um die Zahl der wahlberechtigten Vertriebenen bei Bedarf zu begrenzen, denn den lokalen SED-Funktionären oblag die Definition des Terminus »angesiedelt«.²³

Unmittelbar nach dem aus sowjetischer Sicht erfolgreichen Volksentscheid wies Tjulpanov die Führung der KPdSU darauf hin, dass die Oder-Neiße-Grenze und die damit verbundene Wahlentscheidung der Vertriebenen »wesentlichen Einfluss auf den Ausgang« der nun bevorstehenden Wahlen hätte.²⁴

Auf Druck der SMAD erörterten die Führungsgremien der SED, wie Vertriebene durch eine gezielte Verbesserung ihres Lebensstandards



Litfaßsäule in Dresden, 1945.

von einer Fundamentalopposition abzuhalten wären.²⁵ Dabei unterstellte die Partei in ihrer Propaganda ein gemeinsames Interesse von Einheimischen und »Umsiedlern« an den sozialstrukturellen Umwälzungen in der SBZ.²⁶ Die SED setzte auf »freiwillige« Hilfsaktionen der einheimischen Bevölkerung, wohl um diese nicht mit Zwangsmaßnahmen zu verprellen.²⁷ Zudem sollten die SED-Kreisleitungen durch die Bildung von »Umsiedlerausschüssen« in erster Linie die CDU einbinden und ihr so eine eigenständige Vertriebenenpolitik erschweren.²⁸ Auch dabei spielte Sachsen eine Vorreiterrolle: Die hier noch von der KPD Ende 1945 initiierte Volkssolidarität zielte zugleich darauf ab, die Verteilung kirchlicher Spenden an Vertriebene zu kontrollieren, was jedoch nur in geringem Maße gelang.²⁹

Als die CDU versuchte, ihr Wählerpotential unter den Vertriebenen stärker auszuschöpfen und zahlreiche Funktionäre die neue Grenze kritisierten, intensivierte die SMAD-Propagandaverwaltung ihre »Gegenpropaganda« und zensierte unliebsame Äußerungen bürgerlicher Politiker.³⁰ Zu den wichtigsten Wahlkampfthemen der bürgerlichen Parteien zählte Tjulpanov neben der Revision der Oder-Neiße-Grenze die vom CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser vertretene These vom »christlichen Sozialismus«, das Streben der SED nach Diktatur und Sozialisierung, die Gleichsetzung des Vorgehens von SED und NSDAP, fehlende Demokratie und die Korruption.³¹ Als Kaiser trotz Verbot die Grenzproblematik auf einer Wahlkampfveranstaltung in Görlitz thematisierte, unterband die SMAD eine Berichterstattung in der Presse. Dennoch verbreitete sich die Forderung Kaisers »blitzschnell« und führte zu einem Ansehensverlust der SED.³²

Erst spät gestattete die SMAD der SED eine flexiblere Haltung zur Ostgrenze, um den bürgerlichen Parteien etwas entgegensetzen zu können.³³ So schwächte der SED-Parteivorstand in seiner Erklärung »SED und Ostgrenze« (12. August 1946) die bisherige Linie ab.³⁴

Wie bereits beim Volksentscheid schränkte die von der SMAD vorgegebene Wahlordnung auch bei den Kommunalwahlen das Wahlrecht für Vertriebene ein und begrenzte dadurch das Wählerreservoir der bürgerlichen Parteien.³⁵ Bei den Kreistags- und Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 dagegen entfielen die für Vertriebene geltenden Beschränkungen der Wahlordnungen. Dadurch erhöhte sich beispielsweise in Sachsen die Zahl der Wahlberechtigten im Vergleich zu den Gemeindevahlen um 255.841 Wählerinnen und Wähler. Davon profitierten vor

allem die bürgerlichen Parteien und die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), während sich die Zahl der für die SED abgegebenen Stimmen nur geringfügig änderte. SBZ-weit gewann die CDU mehr Stimmen hinzu als die LDP.³⁶ Ihr bestes Ergebnis erreichte die SED mit 57,1 Prozent bei den Gemeinderatswahlen, am schlechtesten schnitt sie mit 47,6 Prozent bei den Landtagswahlen ab, wo sie in allen Gemeinden gegen CDU und LDP antrat. LDP und CDU erreichten bei den Landtagswahlen 24,6 und 24,5 Prozent der Stimmen – nur durch die VdgB war damit eine Mehrheit der SED gesichert.³⁷ Als wichtigsten Grund für das schlechte Abschneiden der SED – die SMAD hatte mit deutlich besseren Resultaten gerechnet – benannte die Besatzungsmacht die Haltung der Partei zur Ostgrenze und das Abstimmungsverhalten der Vertriebenen, die mehrheitlich für bürgerliche Parteien votiert hätten.³⁸

Der vertriebenenpolitische Kurs von SMAD und SED ab 1947 in der Verwaltung

Nach den Wahlen ging die SMAD stärker gegen die von ihr registrierte Zunahme »reaktionärer« Bestrebungen sowie die von bürgerlichen Politikern und »noch intensiver von [ehemaligen] Sozialdemokraten« vertretene Forderung nach einer Grenzrevision vor.³⁹ Dazu schwor Stalin die SED-Führung Anfang 1947 auf den Bestand der Oder-Neiße-Linie ein.⁴⁰ Diese Haltung bildete den Rahmen der SMAD-Vertriebenenpolitik.

Alteingesessene und »Umsiedler« mussten sich mit den gegebenen Verhältnissen arrangieren. Die Einheimischen hatten enger zusammenzurücken, während SMAD und SED von den Vertriebenen eine völlige Anpassung an die Gegebenheiten vor Ort erwarteten. Der Erfolg dieses Eingliederungskonzeptes hing nicht zuletzt davon ab, die Bevölkerung von der Endgültigkeit der Grenzziehung an Oder und Neiße und damit von der Unabänderlichkeit der dauerhaften Ansiedlung der Vertriebenen zu überzeugen. In einer im Frühsommer 1947 publizierten Broschüre »Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems« der SED-Führung war bezeichnenderweise nicht von Integration, sondern von »Assimilierung« die Rede. Als wichtigste Hindernisse galten nicht unterschiedliche Dialekte, Konfessionen oder Lebensweisen von Vertriebenen und Einheimischen, sondern das Wirken von »Demagogen«.⁴¹

Eine Verbesserung der Lebensbedingungen sollte dazu beitragen, den Einfluss der SED zu erhöhen und die Brisanz der Grenzfrage zu entschärfen. Deshalb befahl der Erste Stellvertretende Oberste Befehlshaber der SMAD, Generaloberst Pawel A. Kurotschkin, Ende Februar 1947, die Versorgung der Vertriebenen mit Wohnraum und Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt der Tätigkeit von SMAD und ZVU zu rücken.⁴² SMAD, SED und deutsche Verwaltung vermieden es aber, gesonderte Programme für Vertriebene aufzulegen. Eine »Sonderstellung« dieser Bevölkerungsgruppe sollte gar nicht erst entstehen.⁴³

Ein Jahr später – 1948 – änderten sich im sowjetischen Apparat und in der deutschen Verwaltung die vertriebenenpolitischen Zuständigkeiten, die nun bei der SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten und der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) lagen. Die ZVU wurde 1948 auf Weisung der SMAD zunächst der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und dann der DVdI angegliedert.⁴⁴

Dies bedeutete jedoch keineswegs das Ende der SBZ-Vertriebenenpolitik. Gerade im Vorfeld der Wahlen und Abstimmungen von 1949 bis 1951 rückten die Belange dieser Bevölkerungsgruppe wieder verstärkt ins Blickfeld von Besatzungsmacht und SED.⁴⁵

Die SED unternahm große Anstrengungen, die in den Quarantänelagern gerade angekommenen Vertriebenen durch »politische Betreuung« für sich zu gewinnen und den Einfluss kirchlicher Organisationen und der CDU zu neutralisieren.⁴⁶

Mit der Einrichtung der auch vom Alliierten Kontrollrat geforderten Wohnungsausschüsse versuchte die SED vor Ort, die bürgerlichen Parteien an den unbeliebten Einweisungen in Wohnungen Alteingesessener zu beteiligen.⁴⁷ Zentrale Vorgaben zur Zusammensetzung dieser Ausschüsse beschränkten den Anteil der Vertriebenen auf unter 50 Prozent, so dass Vertreter der Kernbevölkerung und in der Regel SED-Mitglieder immer über eine Mehrheit verfügten.⁴⁸

Immer wieder banden SMAD und SED Politiker der CDU und der Liberalen in die Bewältigung der enormen Herausforderungen ein, um von ihrer »Alleinzuständigkeit« ablenken und die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen auch auf bürgerliche Kräfte abzuwälzen. In Sachsen ernannten sie die LDP-Politikerin Ruth Fabisch zur Leiterin der Umsiedlerabteilung im Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge. Die SMAD zählte sie zu denjenigen »progressiven« Politikern, die, so die sowjetische Lesart, zumindest partiell mit der Besatzungsmacht zu-

sammenarbeiteten, weil sie sich ökonomische Vorteile und Aufstiegschancen erhofften, obwohl sie die sozialen Veränderungen ablehnten.⁴⁹

Die SMAD und die vertriebenenpolitischen Konflikte in der SED ab 1947

Neben der Bereitstellung von Wohnraum und Arbeitsplätzen für die Vertriebenen hatte die SMAD die SED zu einer Partei umzuformen, die Vorgaben wie die Oder-Neiße-Linie bedingungslos vertrat. Die SMAD verfügte über vielfältige Informationen, nach denen die SED diesem Anspruch nicht gerecht wurde. Ihr Verhältnis zur Bevölkerung und zu den Vertriebenen hatte sich weiter verschlechtert. Innerhalb der SED registrierte die Besatzungsmacht sogar eine wachsende »Fraktionstätigkeit der Sozialdemokraten«, die die Oder-Neiße-Grenze kritisierten.⁵⁰

Daraufhin verlangte Tjulpanov, die gravierenden Missstände schnellstmöglich zu beseitigen. Aus seiner Sicht bildeten die ablehnende Haltung der alteingesessenen Bevölkerung gegenüber den Neuankömmlingen sowie deren schlechte materielle Lage einen idealen Nährboden für »faschistische Propaganda«, wie die besonders »populären« Losungen zeigten, die die Rückgabe der Ostgebiete und die Rückkehr in die alte Heimat forderten. Die SMAD sollte insbesondere den SED-Führungen in den Ländern »empfehlen«, die »Umsiedler« endlich als eine »Frage von gewaltiger politischer Bedeutung« zu erkennen und für bessere Wohnverhältnisse und ausreichend Arbeitsplätze zu sorgen. Zudem müsste stärker gegen bestehende Vertriebenenorganisationen und Heimatabende eingeschritten werden.⁵¹ Um dieses Ziel zu erreichen, übte die SMAD ständig Druck aus: Ein gemeinsamer Befehl der SMAD-Verwaltung für Kommandantendienst und der Informationsverwaltung vom 7. August 1947 übte scharfe Kritik, weil sich trotz früherer Weisungen die SED immer noch nicht ausreichend mit dem »Umsiedler-Problem« befasse. Jetzt hatte die Partei mit der »allseitigen Hilfe« der Besatzungsmacht ihre Propaganda zu verbessern und die Vertriebenen stärker in das Wirtschaftsleben einzugliedern.⁵²

Das von Tjulpanov geforderte engere Zusammenwirken ökonomischer und politischer Maßnahmen scheiterte in der SBZ oft am unkoordinierten Nebeneinander von wirtschaftlichen und »politischen« SMAD-Verwaltungen.⁵³ An der SED-Parteibasis bekämpfte die Besat-

zungsmacht weiterhin ambivalente Positionen zur Frage der Vertreibung.⁵⁴

Ein Gradmesser des Rückhalts der SED bei den Vertriebenen war deren Mitgliedschaft in der Partei. Innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone bestanden dabei beträchtliche Unterschiede. In Mecklenburg waren Ende Oktober 1947 unter den 200.683 SED-Genossen 53.480 Vertriebene (etwa 25 Prozent), während der sächsische SED-Landesvorstand von wesentlich niedrigeren Werten ausging.⁵⁵ Angaben von Ende 1947 über die Zahl von SED-Mitgliedern aus den Reihen der Vertriebenen in dreizehn sächsischen Kreisen zeigen, dass nur drei Prozent der Partei angehörten, während etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung in Sachsen Mitglied der SED waren.⁵⁶ Vertriebene bildeten in der SED lange eine Sondergruppe und wurden nicht vollständig in die Partei integriert.⁵⁷ Das betraf auch die 40.000 bis 50.000 ehemaligen Mitglieder (einschließlich Angehörige) der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei, die sogenannten Antifa-Umsiedler, von denen etwa 5.000 in Sachsen blieben und die in der Mehrzahl nachrangige Posten im Partei- und Verwaltungsapparat bekleideten.⁵⁸

Besonders im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen mussten SMAD und SED intern die fehlenden Erfolge ihrer »Umsiedlerpolitik« einräumen. Bei den als Reaktion auf die Staatsgründung im Westen erstmalig mit einer Einheitsliste abgehaltenen Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress (15./16. Mai 1949) versuchte die SMAD, ein ihr genehmes Ergebnis sicherzustellen und intensivierte deshalb einmal mehr ihre Vertriebenenpolitik. Dazu sollten die Kirchen stärker kontrolliert, deren Einfluss auf Vertriebene begrenzt und die Bildung von Landsmannschaften verhindert werden. Zudem zensierte die SMAD die Reden zahlreicher leitender SED-Funktionäre.⁵⁹

Trotzdem lag die Ablehnung der Einheitsliste in der gesamten SBZ bei 34,2 Prozent. Bei der Auswertung der Wahlergebnisse durch die SMAD nahm die Wahlentscheidung der Vertriebenen breiten Raum ein. Demnach tendierte diese Bevölkerungsgruppe mehrheitlich zur CDU, die in den Augen der Sowjets durch ihre Position in der Grenzfrage die hohe Zahl von Gegenstimmen zu verantworten hatte. Selbstkritisch räumte die Besatzungsmacht ein, sie habe die Wirkung der »feindlichen Propaganda« unterschätzt und die Umsetzung von Anweisungen an die SED zur Verbesserung der Lage der Vertriebenen unzureichend

kontrolliert. Daraufhin reagierte die Besatzungsmacht intern mit personellen Konsequenzen, verstärkte ihre Anstrengungen zur Anhebung des Lebensstandards der Vertriebenen und forcierte ihr Vorgehen gegen Funktionäre und Mitglieder der bürgerlichen Parteien, die sich kritisch zur Oder-Neiße-Grenze geäußert oder vertriebenenpolitisch engagiert hatten.⁶⁰

Die Situation der Vertriebenen blieb bis in die fünfziger Jahre hinein weit schlechter als die der Kernbevölkerung. Letztlich verbesserte sich die soziale Lage der Vertriebenen auch durch die Bodenreform nur graduell. Die Unterprivilegierung der »Umsiedler«, insbesondere im Hinblick auf Wohnraum und Arbeitsplätze, konnte auch durch das Umsiedlergesetz von 1950 nicht aufgebrochen werden.⁶¹ Erst viel später – in den 1950er und 1960er Jahren – boten sich mehr Vertriebenen Aufstiegschancen, die vor allem junge Menschen beispielsweise im Bildungswesen nutzten.⁶²

Zusammenfassung

Alle wichtigen Entscheidungen zur Eingliederung der Vertriebenen trafen die sowjetische Besatzungsmacht und die SED. Zu den Konstanten ihrer Vertriebenenpolitik gehörte, dass sie von der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze ausgingen. Deshalb waren die Vertriebenen dauerhaft anzusiedeln. Darunter verstand die SMAD nicht nur die Bereitstellung von Wohnraum und Arbeitsplätzen: Ein eigenständiges Sonderbewusstsein der Vertriebenen galt als Hemmnis für die Eingliederung und wurde entschieden bekämpft. In einem Zusammenspiel sicherheits-, wirtschafts- und sozialpolitischer Instrumente versuchte die SMAD, die Vertriebenen durch die gezielte Verbesserung ihrer Lebenslage zuerst politisch zu neutralisieren, um sie danach zumindest partiell für eine Unterstützung der SED-Politik zu gewinnen. Als wichtigstes Instrument sowjetischer Besatzungspolitik hatte die SED die Aufgabe, die Umsetzung der SMAD-Vorgaben auf vertriebenenpolitischem Gebiet sicherzustellen. Eine der zentralen Aufgaben der Partei war dabei, die anderen politischen Kräfte darauf zu verpflichten, die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen.

Die Wahlen 1946 hatten deutlich gemacht, dass die Mehrheit der Vertriebenen die SED-Politik ablehnte. Dazu trugen in den Augen

der SMAD die Haltung der SED zur neuen Grenze im Osten und die schlechte soziale Situation vieler Vertriebenen bei. Dies nutzte die CDU und mobilisierte große Teile dieser Bevölkerungsgruppe als Wähler.

Zu Beginn der fünfziger Jahre kann keinesfalls von einer sozialen Gleichstellung der Vertriebenen mit der einheimischen Bevölkerung gesprochen werden.⁶³ Vielmehr ist die Weiterwanderung von 844.000 »Umsiedlern« aus der sowjetischen in die westlichen Besatzungszonen ein deutliches Zeichen dafür, dass SMAD und SED die Vertriebenen nicht von der größeren Attraktivität und Überlegenheit des sozialistischen Systems gegenüber der Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft des Westens überzeugen konnten.⁶⁴

Anmerkungen

- ¹ Wille, Manfred (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 1: Ankunft und Aufnahme 1945, Wiesbaden 1996. Ders.: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 2: Massentransfer, Wohnen, Arbeit 1946-1949, Wiesbaden 1999. Ders.: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 3: Parteien, Organisationen, Institutionen und die »Umsiedler« 1945-1953, Wiesbaden 2003. Ther, Philipp: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und Polen 1945-1956, Göttingen 1998. Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, Bonn 2008. Schwab, Irina: Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945-1952. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration, Frankfurt a. M. 2001. Thüsing, Andreas; Tischner, Wolfgang: »Umsiedler« in Sachsen. Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945-1952. Eine Quellensammlung, Leipzig/Berlin 2005. Winterstein, Ulrike: Vertriebener Klerus in Sachsen 1945-1955, Paderborn 2010. Donth, Stefan: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945-1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED, Köln 2000.
- ² Schwartz, Michael: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945-1961, München 2004.
- ³ Laufer, Jochen: Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage, Köln/Weimar/Wien 2009. Wille, Manfred: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler – Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens (1945-1948), in: Wille, Manfred (Hg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, S. 27-54. Schreiben Serovs an Berija vom 16. Juni 1945, das dieser an Stalin, Molotov und Malenkov weiterleitete; Gosudarstvennyi Archiv Ros-

- sijskoj Federaciji [Staatsarchiv der Russischen Föderation] (GARF); fond (f.) 9401, opis (op.) 2, delo (d.) 96, Bl. 331. Schreiben Burzevs an Dimitroff vom 20. August 1945 und 12. September 1945 sowie Saposchnikovs an Dimitroff vom 12. November 1945; Rossijskoi centr chranenija i izucenija dokumentov novejszej istorii [Rußländisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte] (RCChIDNI), 17, op. 128, d. 39, Bl. 70-71, Bl. 75-77 u. Bl. 130-132. Bonwetsch, Bernd; Bordjugov, Gennadij; Naimark, Norman M. (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov, Bonn 1998, S. XXXI. Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar/Köln/Wien 1996, S. 38.
- 4 Möller, Horst; Tschubarjan, Alexandr O. (Hg.): SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949, München 2009, S. 243-271 u. 470-477. Bonwetsch et al.: Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. XXIX.
- 5 »Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945-Oktober 1948)«; GARF f. 7317, op. 19, d. 1; SMAD-Handbuch, S. 547-557.
- 6 Geschichte der SMAD-Transportverwaltung aus dem Jahre 1948; GARF, f. 7317, op. 38, d. 1, Bl. 22, Bl. 71 u. Bl. 74. Geschichte der Abteilung Gesundheitsschutz (Juli 1945-Juni 1948); GARF, f. 7317, op. 56, d. 1, Bl. 82. Schwartz, Michael: »Umsiedler« in der Zusammenbruchgesellschaft. Soziale und politische Dimensionen des Vertriebenenproblems in der frühen SBZ, in: Mehringer, Hartmut (Hg.): Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1999, S. 235-262. Schreiben des Politischen Beraters Vyshinskij an Shukov vom 4. August 1945; Laufer, Jochen; Kynin, Georgij P. (Hg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Teil 2 (9. Mai 1945 bis 3. Oktober 1946), russ., Moskau 2000, S. 72-79. Schreiben der Abteilung für Arbeitskräfte an den Chef der Wirtschaftsverwaltung der SMAD, Generalmajor Schabalin, vom 4. September 1945; GARF, f. 7317, op. 50, d. 7, Bl. 65. Schwartz, Michael: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ, in: Mehringer, Hartmut (Hg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 43-96.
- 7 SMAD-Befehl Nr. 013 vom 14. September 1945; GARF, f. 7317, op. 7, d. 10, Bl. 47. Stellenplan der SMAD-Umsiedlerabteilung vom 15. September 1945, Stellenplan für die Abteilungen für Organisation der Statistik und Verteilung der deutschen Umsiedler bei den SMA der Länder und Provinzen vom 14. Oktober 1945; GARF, f. 7317, op. 7, d. 10, Bl. 48-50 u. Bl. 51f.

- ⁸ Befehl Nr. 014 vom 14. September 1945 über die »Gründung einer zeitweiligen deutschen Zentralverwaltung für Umsiedlung«; GARF, f. 7317, op. 7, d. 10, Bl. 53. Stellenplan der »Zentralverwaltung für Statistik und Verteilung der deutschen Umsiedler« vom 14. September 1945; GARF, f. 7317, op. 7, d. 10, Bl. 54-56. Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 73ff.
- ⁹ Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, 1995, S. 60f. Ders.: »Umsiedler« in der Zusammenbruchsgesellschaft, 1999, S. 237f.
- ¹⁰ Tätigkeitsbericht der SMAD-Umsiedlerabteilung für 1946; GARF, f. 7317, op. 9, d. 41, Bl. 236-278. Schwartz, Michael: Apparate und Kurswechsel. Zur institutionellen und personellen Dynamik von »Umsiedler-Politik in der SBZ/DDR 1945-1953, in: Hoffmann, Dierk; Schwartz, Michael (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 105-135.
- ¹¹ Erinnerungen des ZVU-Präsidenten Engel; Bundesarchiv SAPMO-BA, ZPA, SGY 30/1821/1, Bl. 3. Oberst Isakov auf der Arbeitskonferenz der ZVU vom 26. Oktober 1945; BAP DO 1, B 10, Nr. 29, Bl. 194.
- ¹² Bericht über die Arbeit der Verwaltung für Kommandantendienst über die Arbeit im Dezember 1946; GARF, f. 7317, op. 9, d. 41, Bl. 3-21. Tätigkeitsbericht der SMAD-Umsiedlerabteilung für 1946; GARF, f. 7317, op. 9, d. 41, Bl. 236-278. Niederschrift über die Besprechung der Finanzleiter der Umsiedlerabteilungen der Länder und Provinzen vom 12. September 1946; BAP DO 1, B 10, Nr. 30, Bl. 177-180. Schwartz: »Umsiedler« in der Zusammenbruchsgesellschaft, 1999, S. 246.
- ¹³ Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, 1995, S. 60-65. Tätigkeitsbericht der SMAD-Verwaltung für Kommandantendienst für 1946; GARF, f. 7317, op. 9, d. 41, Bl. 53-97. Aktennotiz vom 24. Oktober 1945 für Pieck, Ulbricht und Dahlem über einen Anruf der SMAD; SAPMO-BA, ZPA, NY 4182/1160, Bl. 23. Deutsche Übersetzung eines russischen Schreibens; BAP DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 6. Schreiben Isakovs an Schläffer vom 30. November 1945; BAP DO 1, B 10, Nr. 86, Bl. 10. Personaletat der ZVU, vor Dezember 1945; BAP DO 1, B 10, Nr. 3, Bl. 11-15. Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, 1994, S. 42. Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, 1995, S. 46ff. u. 76. Bericht Ulbrichts vom 17. Oktober 1945 »Über unsere Arbeit in der Verwaltung«; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 792, Bl. 47-49.
- ¹⁴ Schreiben Ulbrichts vom 17. Juli 1945 an die SMAD; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA, ZPA), NY 4182/1160, Bl. 4-6. Befehl des Obersten Chefs der SMAD »Zur zweckmäßigen Verteilung der Bevölkerung der russischen Besatzungszone« vom 19. Juli 1945; Wille: Ankunft und Aufnahme 1945, 1996, S. 55. Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung und Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Nr. 15 vom 27. Juli 1945, in: Befehle des Obersten Chefs der Sowje-

- tischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1945, Berlin 1946, S. 16.
- ¹⁵ Wunschik, Tobias: Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug in der DDR 1949-1989, Göttingen 2018, S. 58f.
- ¹⁶ Heidenreich, Ronny: Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau, Berlin 2019, S. 490-498.
- ¹⁷ Politischer Rundbrief Schlaffers vom 1. Dezember 1945; Bundesarchiv (BAP), DO 1, B 10, Nr. 5, Bl. 110-118. Gedanken und Vorschläge zur Organisation der Parteiarbeit des Ressorts Umsiedlung vom 27. Dezember 1945; Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA), LRS, Mdl 2399. Bericht der Umsiedlerkonferenz der KPD-Bezirksleitung vom 27. Januar 1946 und Richtlinienentwurf zur Organisation der Umsiedlungsarbeit im Bezirk Sachsen; SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/025.
- ¹⁸ Suckut, Siegfried: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986, S. 7-53. Triebel, Bertram: Die Thüringer CDU in der SBZ/DDR. Blockpartei mit Eigeninteresse, Berlin 2019, S. 23-45. Auskunft Semenovs über den Block vom 21. Dezember 1945, Aktennotiz Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ vom 26. Dezember 1945; Laufer; Kynin: Die UdSSR und die deutsche Frage, Teil 2, 2000, S. 201-224, 227-234.
- ¹⁹ Donth: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen, 2000, S. 67-70. Übersicht der Siebenten Abteilung der GlavPURKKA vom 22. August 1945 für den Chef der Propagandaverwaltung des ZK der VKP/b, Alexandrov; RCChIDNI, f. 17, op. 125, d. 319, Bl. 51-58. Schreiben Serovs vom 8. August 1945 an Berija, das dieser an Stalin, Molotov und Malenkov weiterleitete; GARF, f. 9401, op. 2, d. 98, Bl. 95-109 u. Bl. 138-144.
- ²⁰ Donth: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen, 2000, S. 71. Bericht des Informationsbüros der SMAD über die politische Lage in Deutschland vom 3. November 1945. Bonwetsch et al.: Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 20-30.
- ²¹ Schreiben Tjulpanovs an Suslov vom 28. August 1946; RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 245-248. Schreiben Tjulpanovs an den SMAD-Stabschef vom 17. Juli 1946; Archiv Vnesnej Politiki Rossijskoj Federacii [Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation] (AVP RF), f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272-278. Ausführungen Vatniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946; RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4-18. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945-1948, Dresden 1948, Bd. 2.; GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 48. Maßnahmeplan zur Vorbereitung der Wahlen in der SBZ Tjulpanovs an Semenov vom 22. Mai 1946; Laufer; Kynin: Die UdSSR und die deutsche Frage, Teil 2, 2000, S. 420-423. Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht, 1996, S. 44-52. Baus,

- Ralf Thomas: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik, Düsseldorf 2001, 303-341. Kurzweg, Christian: Die Vertriebenenpolitik der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Das Beispiel Sachsen 1945-1950, Hamburg 2004, S. 112-165. Schmeitzner, Mike; Donth, Stefan: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945-1952, Köln 2002, S. 245-257. Suckut, Siegfried: Blockparteien und Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1990, Leipzig 2018, S. 45-53.
- ²² Anordnung vom 31. Mai 1946 zur Durchführung des Volksentscheids; SächsHStA, LRS, Mdl 28, Bl. 411. Aktennotiz vom 29. Mai 1946 des Büros des Landesabstimmungsleiters; SächsHStA, LRS, Mdl 28, Bl. 424. Ausführungen Hegens auf einer Sitzung der Zwickauer SED-Bezirksleitung vom 6. Juni 1946; SAPMO-BA, ZPA, NY 4182/908. Brief eines namentlich nicht genannten sächsischen SED-Funktionärs, Informationsbulletin der SMAD für den Moskauer ZK-Apparat vom 21. Juni 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 156, Bl. 91-97.
- ²³ Memorandum Tjulpanovs für Suslov über die Tagung des Parteivorstandes der SED vom 19.-20. Juni 1946 vom 25. Juni 1946; Bonwetsch et al.: Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 42. Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht, 1996, S. 46-48. Statistiken der ZVU über die sich in Sachsen befindlichen Umsiedler von April und Juni 1946; BAP DO 1, B 10, Nr. 14, Bl. 58f. u. Nr. 23, Bl. 258.
- ²⁴ Schreiben Tjulpanovs an den Stabschef der SMAD über die politische Lage in der SBZ im Juli 1946 vom 17. Juli 1946, Memorandum über die Lage der SED von Tjulpanov vom 1. Juli 1946; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272-278 u. Bl. 279-281. Bulletin zur internationalen und innerdeutschen Information des Informationsbüros der SMAD Nr. 59 (63) vom 10. August 1946 für Panjuschkin. Hier handelt es sich um eine spezielle Ausgabe zur Frage der »Umsiedler«; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 158, Bl. 26-32. Schreiben Korotkevischs an Suslov und Panjuschkin vom 22. August 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 132, Bl. 1f.
- ²⁵ Bericht Tjulpanovs vom 17. Juli 1946 an den Stabschef der SMAD über die politische Lage in der SBZ im Juli 1946; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272-278.
- ²⁶ Bericht über die Sachbearbeiterkonferenz für Umsiedlerfragen am 9. Mai 1946; BAP DO 1, B 10, Nr. 35, Bl. 84-89.
- ²⁷ Richtlinien der Blockparteien vom 20. Juli 1946. Rundschreiben an alle Bezirks- und Kreisvorstände der SED vom 16. August 1946 der Kommunalpolitischen Abteilung des SED-Landesvorstandes; SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/818, Bl. 78f. u. Bl. 101f.
- ²⁸ Abschnitt »Umsiedler, Heimkehrer, Rentner« des Monatsberichts des CDU-Landesverbandes Sachsen Mai 1946; Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (ACDP) III-035-006.

- ²⁹ Donth: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen, 2000, S. 185-188.
- ³⁰ Bericht der SMAS-Abteilung für Kommandantendienst für April 1946; GARF, f. 7317, op. 9, d. 8, Bl. 157-171. Bericht aus Leipzig über die Arbeit der Union auf vertriebenenpolitischem Gebiet im März und April 1946; ACDP III-035-010. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945-1948, Dresden 1948; GARF f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 126. Schreiben Tjulpanovs an Shikin und Bokov vom 6. Mai 1945; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 22-29. Aktennotiz Tjulpanovs vom 7. Mai 1946 über die Stimmung der deutschen Bevölkerung, Aktennotiz Sdorovs vom 16. April 1946; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 43-51 u. Bl. 195-201.
- ³¹ Aktennotiz Tjulpanovs an Bokov vom Mai 1946; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 208-214. Memorandum über die Lage der SED von Tjulpanov vom 1. Juli 1946; AVP RF f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 279-281. Informationsbrief Nr. 10 des Stellvertretenden Chefs der Politabteilung beim Politischen Berater Filipov für den Zeitraum vom 20. Juli - 15. August 1946; RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 214-235. Ausarbeitungen Dr. Geisler, die auf dem Parteitag diskutiert wurden; ACDP VII-011-712. Rede Kaisers vom 16. Juni 1946; ACDP I-090-016/2. Entschließung des CDU-Parteitages zur Flüchtlingsfrage vom 17. Juni 1946; ACDP I-188-001/1. Schreiben Tjulpanovs vom 25. Juni 1946 an Suslov; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 1-5. Einschätzung der 7. Verwaltung der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR, in: Bonwetsch et al.: Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 47f. Agethen, Manfred: Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1953, in: Frölich, Jürgen (Hg.): »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994, S. 47-72.
- ³² Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht, 1996, S. 55. Bericht des Chefs der Propagandaabteilung der Zwickauer Bezirkskommandantur über die Ergebnisse der Gemeindewahlen im Bezirk Zwickau vom 15. September 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 152, Bl. 166-172. Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946; RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 150, Bl. 62. Memorandum Tjulpanovs für Suslov vom 25. Juni 1946 über die Tagung des Parteivorstandes der SED vom 19.-20. Juni 1946, in: Bonwetsch et al.: Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 40-45. Informationsbrief Nr. 8 zur politischen Lage in der SBZ von Semenov vom 10. Juli 1946, in: Laufer; Kynin: Die UdSSR und die deutsche Frage, Teil 2, 2000, S. 538-557.
- ³³ Erklärung des Parteivorstandes »Um Deutschlands Einheit und Lebensfähigkeit« vom 17. Juli 1946, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Berlin (Ost) 1948, S. 74. Beschlussprotokoll der Sitzung des ZS vom 5. August 1946; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.1/21.

- ³⁴ Anlage zum Protokoll der Sitzung des ZS vom 12. August 1946 »SED und Ostfrage«; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.1/23.
- ³⁵ Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht, 1996, S. 45. Protokoll der Blocksitzung vom 9. Juli 1946, in: Suckut: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949, 1986, S. 155. Entwurf einer Wahlordnung für die Gemeindewahlen in der sowjetischen Besatzungszone vom März 1946 und Verordnung zur Wahl von Gemeindevertretungen in der sowjetischen Besatzungszone vom 29. Mai 1946. Die Einschränkungen des Wahlrechts aus gesundheitlichen oder juristischen Gründen bleiben hier ausgeklammert; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/13/309. Anmerkungen zur Wahlordnung vom 5. Juli 1946. Protokoll der Sitzung des SED-Parteivorstandes vom 18.-20. Juni 1946; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/1/4, Bl. 91.
- ³⁶ Braun, Günter: Wahlen und Abstimmungen, in: Broszat, Martin; Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München 1993, S. 381-431. Rückblick auf die Wahlen aus dem Monatsbericht des CDU-Landesverbandes für Oktober 1946; ACDP III-035-007.
- ³⁷ Falter, Jürgen; Weins, Cornelia: Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse, in: Mehring, Hartmut (Hg.): Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1999, S. 215-233. Memorandum Tjulpanovs vom 25. September 1946 über die Ergebnisse der Gemeindewahlen in der SBZ; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 49-61. Arbeitsbericht für die 2. Jahrestagung der CDU in Berlin vom 6.-9. September 1947; ACDP I-090-016/3.
- ³⁸ Ausführungen Watniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946; RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4-18. Memorandum Tjulpanovs vom 25. September 1946 über die Gemeindewahlen in der SBZ; RCChIDNI f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 49-61. Undatiertes Memorandum Tjulpanovs zum Ausgang der Kreis- und Landtagswahlen; AVP RF, f. 0457b, op. 2, n. 8, d. 14, Bl. 125-132. Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945 bis Oktober 1948); GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 5. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945-1948, Dresden 1948, Bd. 2; GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 126. Undatierte und nicht namentlich gekennzeichnete Ausarbeitung »Mängel in der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung bei der Führung der Parteien, Frauen-, Jugend- und anderen Organisationen«; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 62-66.
- ³⁹ Bericht Tjulpanovs an Sokolovskij über die Aktivierung der Tätigkeit der Einheitsgegner in der SBZ; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 16, d. 8, Bl. 188-

193. Bericht Tjulpanovs vom 9. Januar 1947 über die feindliche Propaganda und Verbreitung reaktionärer Ideen in der SBZ vom 9. Januar 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 16, d. 8, Bl. 1-14. Protokoll der Sitzung des Sekretariats vom 3. Februar 1947; SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/779, Bl. 66. Protokoll der SED-Landesvorstandssitzung vom 5. Februar 1947; SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/756, Bl. 314. Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945 bis Oktober 1948); GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 19-21. Bericht Tjulpanovs an Shikin und Sokolovskij vom 7. April 1947 über die Stimmung der Bevölkerung in der SBZ; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 16, d. 8, Bl. 33-47. Bericht Tjulpanovs an Sokolovskij, Makarov, Kurotschkin, Serov und Semenov über die Haltung der Parteien zur Moskauer Konferenz vom 12. Februar 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 50-55. Ergebnisprotokoll einer Beratung leitender Mitarbeiter der Informationsversammlung vom 17. März 1947, welches Tjulpanov am 20. März 1947 an Makarov, Kurotschkin, Serov und Ivanov weiterleitete; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 179-182. Bericht Tjulpanovs für Shikin, Saposchnikov, Smirnov, Sokolovskij, Dratvin und Ivanov vom 31. Mai 1947 über die Aufnahme der Ergebnisse der Moskauer Konferenz in der deutschen Bevölkerung, in: Laufer, Jochen; Kynin, Georgij P. (Hg.): Die UdSSR und die Deutsche Frage 1941-1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Teil 3, russ., Moskau 2003, S. 295-299. Bericht Tjulpanovs und des Chefs der Gewerkschaftsabteilung der Informationsverwaltung an Suslov vom 22. Juni 1947; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 357, Bl. 90-114. Für Semenov bestimmte Auskunft vom 29. Oktober 1947 über die SED; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 42-49.

- ⁴⁰ Bonwetsch, Bernd; Bordjugov, Gennadij: Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar - 7. Februar 1947, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42 Jg. (1994), S. 279-303. Laufer; Kynin: Die UdSSR und die deutsche Frage, Teil 3, 2003, S. 136-156. Badstübner, Rolf; Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 110-126. Von der SED-Führung vorbereitete Materialien »Über den Friedensvertrag und die Regierung für das gesamte Deutschland«, die Suslov am 31. Januar 1947 an Stalin, Molotov und Shdanov weiterleitete; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 1091, Bl. 27-31.
- ⁴¹ Merker, Paul: Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems, Berlin (Ost) 1947, S. 7-22.
- ⁴² Befehl Generaloberst Kurotschkins und des SMAD-Stabschefs Dratvin vom 2./3. April 1947; GARF, f. 7317, op. 8, d. 10, Bl. 140. Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, 1995, S. 54. Schwartz: Apparate und Kurswechsel, 1999, S. 111.
- ⁴³ Hoffmann, Dierk: Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlenkung? Zur Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR (1945-1950), in: Hoffmann; Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? 1999, S. 173-192.

- ⁴⁴ Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, 1995, S. 56ff. Ders.: Apparate und Kurswechsel, 1999, S. 114f. Donth: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen, 2000, S. 256.
- ⁴⁵ Schwartz: Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 477-543.
- ⁴⁶ Befehl Nr. 255 des Obersten Befehlshabers der SMAD vom 19. November 1947; GARF, f. 7317, op. 8, d. 13, Bl. 189f. Tätigkeitsbericht der SMAD-Umsiedlerabteilung für das vierte Quartal 1947; GARF, f. 7317, op. 9, d. 58, Bl. 50-62. Schreiben der DFD-Vorsitzenden Emmy Koenen an die SMA vom 10. August 1947; SAPMO-BA, ZPA, DY 31/1264, Bl. 3. Übersicht über politische und kulturelle Veranstaltungen in sächsischen Umsiedlerlagern von Januar bis August 1947; BAP DO 1, B 10, Nr. 48, Bl. 116-118. Zusammenstellung der politischen Referate vom Dezember 1947; SächsHStA, LRS, Mdl 2397. Hehl, Ulrich von: Flüchtlinge, Vertriebene und die Kirchen, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2006, S. 132-143. Mitzscherlich, Birgit: Diktatur und Diaspora. Das Bistum Meißen 1932-1951, Paderborn 2005, S. 386ff. Thüsing; Tischner: »Umsiedler« in Sachsen, 2005, S. 291-332. Tischner, Wolfgang: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945-1951, Paderborn 2001, S. 385-433. Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 544-571.
- ⁴⁷ Aktennotiz vom 10. März 1948 zur Bildung des Landeswohnungsausschusses; SächsHStA, LRS, MASF 75, Bl. 28. Bericht über die Wohnungsausschusssitzung vom 3. April 1948; SächsHStA, LRS, Mdl 2588.
- ⁴⁸ Materialien der Direktorenkonferenz der ZVU in Eisenach vom 16. Juni 1947, hier das Protokoll der Kommissionssitzung II »Wohnung«; BAP DO 1, B 10, Nr. 31, Bl. 174-193.
- ⁴⁹ Bericht über die Parteiarbeiterkonferenz im Land Sachsen vom 4./5. Juli 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 952, Bl. 129-156. Schreiben Tjulpanovs über den Ausgang der Kreis- und Landtagswahlen in der SBZ; o.D. AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 125-132. Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht, 1996, S. 115. Bericht Koenens über die Diskussionen im Block Anfang 1947; SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/175. SächsHStA, LRS, Mdl Personalakte Ruth Fabisch, Kasten 65. Protokoll der Landesblocksitzung vom 25. März 1947; SächsHStA, LRS, MP 497, Bl. 208-219 u. SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/175, Bl. 17-19. Schreiben Vatniks an Tjulpanov vom 4. Mai 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 7, p. 16, d. 6, Bl. 91-99. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des SED-Landesvorstandes vom 13. September 1948; SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/783, Bl. 302. Zusammenstellung der DVdI vom 29. September 1948 der Selbständigkeit, Leitung der Abteilungen und des Personals innerhalb der Umsiedlerämter in den Ländern; BAP DO 1, B 10, Nr. 1, Bl. 203f. Schreiben General Russkichs an General Shikin vom 10. November 1948 über die Lage in der LDP; GARF,

f. 7317, op. 3, d. 1, Bl. 212-218. Kurzweg: Die Vertriebenenpolitik der Liberal Demokratischen Partei Deutschlands, 2004, S. 201-207. Schmeitzner; Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung, 2002, S. 258-272.

- ⁵⁰ Memorandum Tjulpanovs vom 21. November 1946 über die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf das Interview Stalins; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 199-207. Bericht eines namentlich nicht genannten sächsischen SED-Funktionärs, Bulletin für internationale und innerdeutsche Information Nr. 88/92 vom 16. Dezember 1946; RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 159, Bl. 144-153. Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945 - Oktober 1948); GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 47f. Bericht Tjulpanovs vom 30. Dezember 1946 über die innerparteiliche Lage der SED an Sokolovskij, Kurotschkin, Dratvin, Ponomarev, Panjuschkin, Burzev und Shikin; AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 196-198. Abschnitt »Formen und Methoden der Arbeit der Mitarbeiter der Informationsabteilung«. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945-1948, Dresden 1948, Bd. 2; AVP RF, f. 0457g, op. 1, p. 19, d. 67, Bl. 156-160. Schmeitzner; Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung, 2002, S. 273-408.
- ⁵¹ Schreiben Tjulpanovs an Vatnik vom 4. April 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 7, p. 16, d. 6, Bl. 1f. Aktennotiz der ZS-Abteilung für Arbeit und Sozialfürsorge vom 3. April 1947 an Merker; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 32f. Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, 1995, S. 81ff.
- ⁵² Gemeinsamer Befehl Tjulpanovs und des Stellvertretenden Stabschefs der SMAD und Chefs der Verwaltung für Kommandantendienst, Generalmajor Gorochov, vom 7. August 1947 an die Chefs der Informationsabteilungen und Abteilungen für Kommandantendienst der Länder-SMA und der Kommandantur Berlin; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 16, d. 7, Bl. 262f. Befehl Nr. 0317 vom 10. September 1947 des Obersten Befehlshabers der SMAD. Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945-Oktober 1948); GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 267-269.
- ⁵³ Schreiben Dubrovskijs an Sokolovskij vom 31. Mai 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 7, p. 16, d. 6, Bl. 135-141. Bericht Tjulpanovs vom 9. Juni 1947 über eine Zusammenkunft in der Informationsverwaltung mit den Chefs der Informationsabteilungen der Länder am 3. Juni 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 244-253.
- ⁵⁴ Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945-Oktober 1948); GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 52-54. Bericht von der Instruktorsfahrt nach Sachsen vom 6.-10. Oktober 1947; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/17/54, Bl. 218. Bericht der Informationsabteilung der SMAS über die Arbeit im 4. Quartal 1947 vom 10. Januar 1948; AVP RF, f. 0457b, op. 6, p. 34, d. 15, Bl. 4-49.

- ⁵⁵ Auskunftsbericht über die Umsiedler vom 30. Oktober 1947; AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 160-164. Protokoll der Sekretariatsitzung vom 19. Mai 1947; SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/779, Bl. 224.
- ⁵⁶ Berichtsbögen der SED-Kreisorganisationen von Oschatz, Weißwasser, Löbau, Kamenz, Großenhain, Görlitz, Dresden, Chemnitz, Meißen, Pirna, Döbeln, Borna und Dippoldiswalde; SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/985. Statistischer Jahresbericht der ZVU vom Januar 1948; BAP DO 1-10, Nr. 14, Bl. 93. Sachsen hatte zu diesem Zeitpunkt etwa 5,8 Millionen Einwohner, darunter eine Million Vertriebene und 588.100 SED-Mitglieder.
- ⁵⁷ Protokoll der SED-Landesvorstandssitzung vom 9. Juli 1947; SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/759, Bl. 98.
- ⁵⁸ Aufstellung der Antifa-Umsiedler, die bis Ende 1947 in die SBZ kamen; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/11/225, Bl. 39. Schreiben Franz Dahlems an die ZS-Abteilung für Personalpolitik vom 19. Mai 1947; SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/11/226, Bl. 78. »Verzeichnis der antifaschistischen Umsiedler aus der Tschechoslowakei, die hier bereits in Partei und Verwaltung eingebaut sind« der SED-Landesleitung von Anfang 1947; SächsHStA, LRS, MdI 2389. Foitzik, Jan: Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 Jg. (1983), S. 309-334. Schneider, Uwe: Die deutschen Antifaschisten in der ČSR im Jahre 1945. Die Situation nach Kriegsende und Aussiedlung in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ), in: *Sudetendeutsches Archiv* (Hg.): Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Begleitband zur Ausstellung, München 1995, S. 257-275. Hoorn, Heike van: Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in die SBZ/DDR, Essen 2004.
- ⁵⁹ Braun: Wahlen und Abstimmungen, 1993, S. 390ff. Schreiben des Chefs der SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten an den Stellvertreter des Politischen Beraters vom 25. April 1949 und vom 3. Mai 1949 an Semenov; AVP RF, f. 0457a, op. 7, p. 37, d. 4, Bl. 94 u. Bl. 122-124. Schreiben der SED-Landesleitung an das ZK vom 26. März 1949; BAP DO 1, B 10, Nr. 86. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 28. Februar 1949 über die Kreisparteikonferenzen der SED; AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 102-109. Anweisung Tjulpanovs vom 8. Februar 1949 an die Informationsabteilungen der Länder; AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 58, d. 30, Bl. 19-21. Ausführungen Weidauers vor dem SED-Landesvorstand am 30. Dezember 1949; SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/769, Bl. 308. Schreiben des DVdI-Präsidenten vom 21. März 1949 an den sächsischen Innenminister; SächsHStA, LRS, MdI 277. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948-1949, Dresden 1949; GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 207. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949; AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267-391. Schmeitzner; Donth: Die

Partei der Diktaturdurchsetzung, 2002, S. 498-500. Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR, 2019, S. 209-218.

- ⁶⁰ Braun, Günter: Die Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress, in: Scherstjanoi, Elke (Hg.), Provisorium für längstens ein Jahr. Protokoll des Kolloquiums »Die Gründung der DDR«, September 1991, Berlin 1993, S. 362-368. Weber, Gudrun: »Nun falten Sie den Zettel ...«. Wahlen in der DDR in der Überlieferung der Staatssicherheit (1949-1961), Berlin 2019, S. 41-63. Memorandum Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ im Mai 1949 vom 7. Juni 1949; AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 54, d. 15, Bl. 87-98. Schreiben der Zivilverwaltungsabteilung der SMAS an die vorge-setzte Dienststelle in der SMAD vom 24. Mai 1949 über die Ergebnisse der Volkskongresswahlen; GARF, f. 7212, op. 1, d. 263, Bl. 118ff.
- ⁶¹ Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 973-1115. Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, 1998, S. 208. Plato, Alexander von; Meinicke, Wolfgang: Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der DDR, Berlin 1991, S. 65ff. Bauerkämper, Arnd (Hg.): »Junkerland in Bauernhand«? Durchführung, Ausführung und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996. Ders.: Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945-1960, in: Hoffmann; Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? 1999, S. 193-214. Bretschneider, Uta: »Vom Ich zum Wir«? Flüchtlinge und Vertriebene als Neubauern in der LPG, Leipzig 2016.
- ⁶² Boldorf, Marcel: Fürsorgeunterstützung in Deutschland unter dem Einfluss der Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit (1945-1952), in: Hoffmann; Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? 1999, S. 233-246. Amos, Heike: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, München 2009. Parak, Michael: Integration durch Bildung? »Umsiedlerstudenten« und »Umsiedlerkinder« in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, Bonn 2007.
- ⁶³ Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, 1998, S. 330-354. Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009.
- ⁶⁴ Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/46-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 42f. Memorandum Büttners vom 16. Juli 1949 zur Denkschrift über das Umsiedlerproblem; BAP DO 1, B 10, Nr. 49, Bl. 258. Boldorf: Fürsorgeunterstützung in Deutschland, 1999, S. 239. Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, 1998, S. 270f.

»Umsiedler« und Altersarmut: Zur sozialen Notlage vertriebener alter Menschen in der SBZ und frühen DDR

Michael Schwartz

Der spätere westdeutsche Bundesminister Heinrich Krone, damals ein Mitbegründer der CDU in Berlin, hielt im November 1945 in seinem Tagebuch fest:

»Aus ihrer schlesischen Heimat kam vertrieben und auf einem Handwagen gefahren eine alte Frau von über 80 Jahren in Wilhelmshagen an. Sie fand bei ihrer [dort ansässigen] Tochter die erste ruhige Stunde und wollte bei ihr auch bleiben. Da die Stadt aber jeden Zuzug von Flüchtlingen, und seien es Vater oder Mutter, verboten hat, gab man der alten Frau nur für acht Tage Lebensmittel und forderte sie auf, nach dieser Zeit weiterzuziehen. Noch ehe diese Frist abgelaufen war, starb die Frau und nahm sich selber und ihrer Tochter die Sorge ab, was später mit ihr geschehen solle.«¹

Anders verhielt es sich mit einem alten Vertriebenen-Ehepaar, das Krone im April 1946 in seinem eigenen Haus in Berlin-Wilhelmshagen aufnahm: »Auf einem Handwagen haben sie ihre Habe, die sie aus Tilsit retteten. Er ist fünfundsechzig, die Frau sechzig. Sie wollen von ihrer Pension leben. Wie freuen sie sich, daß sie wieder zwei Räume haben! Ich gebe ihnen ein Federbett, da sie nur eines mitbekommen haben.«²

Das Leben alter Menschen, die ab 1945 von Flucht und Vertreibung gegen Ende des Zweiten Weltkrieges betroffen waren, schwankte demnach zwischen Resignation und einem kargen Neuanfang. Offensichtlich überwogen Depression und Selbstaufgabe: Im Dezember 1946 berichtete Krone von einem Gespräch mit »einer Frau, deren Angehörige aus Ostpreußen flüchten mußten und die in der Ostzone in der Flücht-

lingshilfe tätig« sei. Ausgerechnet von dieser karitativ engagierten Frau habe er »die schrecklichen Worte hören« müssen, »daß sie über jeden Vertriebenen froh sei, der sich zum Sterben hinlege; so hart sei ihr Los und so wenig geschehe, ihnen zu helfen.« Die deprimierende Erfahrung der Helferin: »Überall Schwierigkeiten, viele kalte Herzen. Es fehle der Blick und das Herz für die Not; man scheitere an Zuständigkeiten. Auch die Kirchen täten weniger, als sie tun müßten.« Krone reagierte erschüttert: »Ein furchtbares Urteil«.³

Alte Menschen als »eigentliche Opfergruppe« der Vertreibung

Die Flucht, die Vertreibung und die Zwangsumsiedlung von zwölf bis fünfzehn Millionen Deutschen zwischen 1944/45 und 1948/50 war die größte einzelne ethnische »Säuberung« in der europäischen Geschichte. Auch im weltweiten Vergleich ist sie – neben dem gleichzeitigen Flucht- und Vertreibungsgeschehen in Indien und Pakistan zwischen 1947 und 1950 – eine der umfassendsten. Die Überlebenden dieser Gewaltpolitik wurden 1950 in beiden deutschen Nachkriegsstaaten – ihren Hauptaufnahmegebieten neben Österreich und überseeischen Ländern – auf 12,45 Millionen Menschen beziffert. Die Zahl der Umgekommenen ist unklar und strittig. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler geht von »1,71 Millionen« Todesopfern »während der Vertreibungsaktionen oder auf der Flucht« aus, »so dass insgesamt 14,16 Millionen die bisher größte gewaltsame Bevölkerungsverschiebung erlebt« haben dürften. Insgesamt waren demnach 6,6 Millionen Deutsche aus den zum Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 gehörigen Ostgebieten (die 1945 an Polen und die Sowjetunion fielen) betroffen, ferner drei Millionen Deutsche aus der Tschechoslowakei, 2,1 Millionen aus Polen in dessen Vorkriegsgrenzen, 238.000 aus Jugoslawien, 210.000 aus Ungarn und 133.000 aus Rumänien.⁴ In diese Schätzung von rund 14 Millionen deutschen Vertreibungsoffern sind freilich die ab 1941 innerhalb der Sowjetunion deportierten Russlanddeutschen nicht einbezogen. Bis Mitte 1942 registrierte Stalins Sicherheitsapparat 1,2 Millionen Opfer dieser internen Zwangsumsiedlung nach Osten – vier von fünf deutschstämmigen Sowjetbürgern.⁵

Die große Mehrheit der rund zwölf Millionen ins geteilte Deutschland gelangten Überlebenden, etwa 8,1 Millionen Vertriebene, befand sich 1950 in der Bundesrepublik Deutschland, ein knappes Drittel von 4,1 Millionen Menschen zur selben Zeit in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Vertriebene stellten 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und nachmaligen DDR 24,1 Prozent der Nachkriegsbevölkerung, gegenüber 15,7 Prozent in Westdeutschland. Freilich veränderten sich diese Anteile deutlich durch die Abwanderung vieler Vertriebener aus der DDR nach Westdeutschland, die bis zum Mauerbau von 1961 anhielt. Auch die regionalen Unterschiede waren erheblich: Sie schwankten zwischen 43,3 Prozent Vertriebenenanteil in Mecklenburg-Vorpommern und lediglich 17,2 Prozent in Sachsen. Vertriebene waren in Ost und West gleichermaßen überwiegend zunächst in gering besiedelten und wirtschaftsschwachen ländlichen Regionen untergebracht worden: Angesichts der traditionellen Abwehrhaltung bäuerlich geprägter Gesellschaften gegen »Ortsfremde« ließen sich schwere Hemmnisse für ihre soziale Integration erwarten. Zwar machte sich frühzeitig ein Abwanderungstrend in Industrieregionen und größere Städte bemerkbar, den das westdeutsche, aber auch das ostdeutsche Wirtschaftswachstum in den 1950er Jahren noch verstärkte. Doch diese Abwanderung betraf im Wesentlichen die Arbeitsfähigen, also die Jüngeren, während gerade alte Vertriebene oft in ländlichen Gebieten zurückblieben. Neben der Binnenwanderung wurde in den 1950er Jahren außerdem die Abwanderung in die Bundesrepublik immer wichtiger. An dieser vom SED-Regime als »Republikflucht« verunglimpften Migration, die zwischen 1949 und 1961 etwa 2,7 Millionen Menschen aus der DDR fliehen oder abwandern ließ, waren Vertriebene mit einem Drittel der Migranten überdurchschnittlich beteiligt.⁶

Für viele Vertriebene folgte nach 1945 auf den Schock ihrer Vertreibung ein zweiter Schock bei der Ankunft – die tiefe Enttäuschung nämlich, unter deutschen Landsleuten keine solidarische Aufnahme zu finden, wie man sie erwartet hatte, sondern vielmehr massiv abgelehnt und ausgegrenzt zu werden. Andreas Kossert hat diesen verstörenden Sachverhalt prägnant als »Kalte Heimat« bezeichnet.⁷ Bei allem Wissen um die Verschiedenheit individueller Lebensläufe und Schicksale hat die sozialwissenschaftliche Vertriebenenforschung schon um 1950 die damaligen *unterschiedlichen Generationen der Vertriebenen* als kollektive »Gruppen« mit klar unterscheidbaren Lebenssituationen

wahrgenommen.⁸ Die neuere soziologische Forschung hat diese Einschätzung bekräftigt: Michael von Engelhardt hat hervorgehoben, dass »die Unterschiede zwischen den Generationen [...] in der unmittelbaren Nachkriegszeit relativ deutlich ausgeprägt« gewesen seien und »zum Teil eine bis in die Gegenwart hineinreichende Langzeitwirkung« entfaltet hätten. Diese Unterschiede hätten im Wesentlichen von den altersbedingt sehr verschiedenen Möglichkeiten ihren Ausgang genommen, die eigene Lebensphase nach der brutalen Zäsur der Vertreibung umzustrukturieren und neue Bewältigungs- und Reintegrationsstrategien zu entwickeln – oder eben nicht. Laut Engelhardt stellte *die Generation der alten Menschen* unter den ursprünglichen Vertriebenen – also unter den Erlebnisgenerationen der Flucht und Vertreibung – »die eigentliche Opfergeneration dar, der die Bewältigung des Bruchs in ihrem Leben und die beruflich-soziale sowie soziokulturelle Integration kaum oder gar nicht gelungen« sei. Diese massive Kluft zwischen der alten Vertriebenen- und den jüngeren Altersgruppen habe sich sukzessive dadurch »deutlich abgeschwächt«, dass »die älteren und alten Heimatvertriebenen verstorben sind und [...] die Ungleichheiten zwischen den übrigen Generationen zum Teil nivelliert wurden«.⁹

Gerade alte Menschen mit ohnehin geringer Lebenszeit-Erwartung sahen kaum noch Chancen zu einem selbst gestalteten Neuanfang. Sie blieben überwiegend Opfer des Gewaltgeschehens und der zutiefst ungleichen Verhältnisse im Ankunftsland, ohne die Kraft und die Möglichkeiten, durch eigene Aktivität ihre Lebenssituation grundlegend zu verbessern. Der alten Vertriebenen-Generation gelang es in der Regel nicht mehr, den vertreibungsbedingten Status- und Besitzverlust in ihrer verbleibenden Lebensspanne zu kompensieren: Umso stärker blieb der retrospektive Bezug dieser Generation zur verlorenen alten Heimat und zu einer selbst abgeschotteten Binnenkommunikation unter ihresgleichen – sei es in privaten Kreisen, sei es in Institutionen wie den christlichen Kirchen oder (nur in Westdeutschland ungehindert möglich) in selbstorganisierten Vertriebenenverbänden.¹⁰

Das Los dieser oft früh verstorbenen oder lebenslang randständig gebliebenen alten Menschen, die vom doppelten deutschen Wiederaufbau kaum zu profitieren vermochten, passte von jeher schlecht zu den erinnerungspolitischen Erfolgsgeschichten, die in Ost und West mit Blick auf die Integration der Vertriebenen alsbald richtungsweisend wurden. Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 in seiner



SBZ um 1946, Kreis Meiningen. Die Original-Bildbeschriftung der Zeitschrift »Neue Heimat« lautet: »Herr Eduard Vogel, geb. 27.3.1874 in Konstantinopel, kam im August 1946 mit einem Transport aus der Gegend von Prag als Neubürger in den Kreis Meiningen. Er hat keine Angehörigen und ist sehr zufrieden, dass er in dem Altersheim Aufnahme finden konnte. Er freut sich, dass er seinen Lebensabend in einer solchen Umgebung beschliessen kann.«

vielbeachteten Gedenkrede zum Ende des Zweiten Weltkrieges auch auf das Schicksal der Vertriebenen zu sprechen kam, pries er den nach Anfangsproblemen angeblich rasch erreichten Zustand des »inneren Friedens« zwischen Vertriebenen und Alteingesessenen – und konnte damit nur die jüngeren Generationen meinen: »Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause.«¹¹ Wer Integration feiern wollte, so der Subtext dieser Rede, musste die Kollektiverfahrung der meisten alten Menschen, jener vier Jahrzehnte nach Kriegsende überwiegend längst verstorbenen ältesten Vertriebenen-Generation, nach Möglichkeit ausblenden. Denn dort gab es zu viele bedrückende »Immigrationsschicksale«, wie sie Alexander und Margarete Mitscherlich 1967 in ihrem bemerkenswerten Buch über die deutsche »Unfähigkeit zu trauern« noch offen angesprochen hatten: »[...] Meist älteren Menschen gelingt es nicht, die erwartete kulturelle Anpassung [an die Alteingesessenen] zu leisten, sie behalten ihre mitgebrachten Identifikationen und Wertorientierungen bei, bleiben dadurch ›seltsam«, Fremde, randständig.«¹²

Diese Beobachtung wurde durch spätere lebensgeschichtliche Befragungen von Angehörigen der jüngeren Vertriebengeneration in den 1990er Jahren bestätigt. Die Befragten gaben zu Protokoll, dass ihre Eltern je nach Lebensalter ganz unterschiedliche Erfolge oder

Probleme bei der »Bewältigung von Flucht und Vertreibung« erlebt hätten. Insbesondere solchen Eltern, die zum Zeitpunkt ihrer Vertreibung bereits 60 Jahre alt oder noch älter gewesen seien, sei eine »pragmatische Ausrichtung« ihres Lebens auf die Aufnahmegesellschaft kaum noch gelungen (nur bei zwei Prozent erfolgreich). Einer beträchtlichen Minderheit (42 Prozent) sei zwar ein »Arrangement« unter »Schwierigkeiten« geglückt, doch die große Mehrheit (56 Prozent) habe »gravierende Probleme« bei der Neuausrichtung und eine entsprechend »starke Bindung« an die frühere Heimat gehabt. In der Einschätzung ihrer Kinder hatte diese älteste Elterngeneration – anders als jüngere Eltern-Altersgruppen – fast durchgängig einen dauerhaften sozialen Abstieg erlebt (92 Prozent); nur wenige hätten ein mit der früheren sozialen Lage vergleichbares Niveau zu erreichen vermocht (acht Prozent). Ein sozialer Aufstieg nach 1945 sei in keinem einzigen Fall vorgekommen.¹³

Vertreibung als Ungleichheit vor dem Tode

Im Jahre 1920 wies ein Genfer Statistiker auf den Konnex zwischen unterschiedlicher Lebenserwartung und sozioökonomischer Lage hin und bezeichnete dies, pointiert eine alte Volksweisheit umkehrend, als »Ungleichheit vor dem Tode«.¹⁴ Diese Erkenntnis traf auch auf die katastrophalen Bedingungen der Nachkriegszeit ab 1945 zu, als die materiell ausgeraubten und gesundheitlich erschöpften Vertriebenen, denen soziale Netzwerke zur gegenseitigen Hilfe zunächst häufig fehlten, zu den am schlechtesten gestellten Teilen der deutschen Nachkriegsbevölkerung zählten. Alte Menschen hatten zwangsläufig – wie andere hilfsbedürftige Gruppen, etwa Kinder oder Behinderte – unter den physischen und psychischen Strapazen von Flucht und Vertreibung am stärksten gelitten. Nicht wenige scheinen bald nach ihrer Vertreibung an einer Kombination aus physischer Entkräftung, daraus folgender Erkrankung und seelischer Hoffnungslosigkeit verstorben zu sein. Manche sind buchstäblich verhungert. Auch länger überlebende alte Menschen, so die erst 1949 verstorbene Großmutter eines jungen Ostpreußen, waren gegen Kriegsende durch die Strapazen der Flucht und die anhaltende Unterernährung gezeichnet: »Großmutter war nun nicht mehr die kugelrunde Frau. Abgemagert sah sie aus – und war es ja gelegentlich

auch – wie eine Bettlerin.«¹⁵ Noch bedrückender beschrieb diese ver-fremdete Erfahrung der Wiederbegegnung der achtzehnjährige Günter Grass, als er 1946 seine im Jahr zuvor aus Danzig geflüchteten Eltern in Westdeutschland wiederfand:

»Da standen sie, ärmlich in zu weit gewordene Mäntel gekleidet. Die Mutter verhärtet. [...] Keine oder nur hilflose Wörter. Zuviel und mehr, als sich sagen ließ, war im Verlauf einer Zeit geschehen, die ohne Anfang war und keinen Schlußpunkt finden konnte. Manches kam erst viel später, weil zu schrecklich, oder gar nicht zu Wort. Mehrmals erlittene Gewalt hatte die Mutter verstummen lassen. Sie war gealtert, kränkelte bereits. Und dieses klapprige Männlein sollte mein Vater sein? Er, der sich stets selbstsicher und stattlich um Haltung bemüht gegeben hatte?«¹⁶

Während der Vertreibungen aus den nunmehr polnischen Ostgebieten Deutschlands und aus der Tschechoslowakei fanden sich im Sommer 1945 auf den Landstraßen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) allerorten »hängengeblieben[e]« Alte und Kranke, die vor Erschöpfung mit den übrigen nicht mehr Schritt halten konnten. In den Dörfern der Sowjetzone suchten die Bauern jedoch ausschließlich nach arbeitsfähigen Erntehelfern und kümmerten sich kaum um die Arbeitsunfähigen.¹⁷ Versuche, Alte und Kranke möglichst anderswohin abzuschieben, griffen nicht nur zwischen einzelnen Gemeinden, sondern auch zwischen den Ländern und Provinzen der SBZ um sich. So hatte Thüringen im Herbst 1945 aus Sachsen kommende Zwangs-transporte von Alten, Kranken und Kindern aufnehmen müssen, die nach Einschätzung des Aufnahmelandes höchstens in Krankenzügen hätten transportiert werden dürfen.¹⁸ Selbst in der besser organisierten Phase der auf die chaotischen Vertreibungen folgenden Zwangs-umsiedlungen ab Mitte 1946 führten Planungs- und Versorgungsfehler – etwa das Ausbleiben von Lebensmitteln für Transporte – weiterhin zu sozialdarwinistischen Praktiken: »Die jüngeren Leute schritten zur Selbsthilfe, Alte, Kranke und Kinder mußten eben hungern«, berichtete ein hilfloser Transportleiter. Noch Ende 1947 wurden entkräftete, hungernde Menschen in offenen Güterwaggons transportiert und tagelang schutzlos der Winterkälte preisgegeben.¹⁹ Angesichts solcher Strapazen waren sogar physisch kräftige Erwachsene am Ende schwer erschöpft

und teilweise erkrankt; umso stärker mitgenommen zeigten sich kleine Kinder und alte Menschen.²⁰ Im ersten Nachkriegswinter kam es, wie KPD-Führer Franz Dahlem Ende 1945 intern ungeschminkt feststellte, zum Massensterben unter Vertriebenen: »Draußen sterben die Leute zu Zehntausenden, und die Kinder gehen zugrunde.«²¹ Noch im Mai 1947 attestierte die Sanitätsabteilung der zonalen »Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler« (ZVU) den in der SBZ befindlichen Vertriebenen einen stark unterschiedlichen Gesundheitsstand. Zwar waren die verbreiteten Typhusepidemien des ersten Nachkriegswinters nicht mehr aufgetreten, doch hatte sich die akute Herzschwäche vieler alter Menschen infolge der Strapazen »der plötzlichen Ausbürgerung und durch die lange Reise« deutlich verschlimmert.²² Der frühere NS-Verfolgte und Dresdner Romanistikprofessor Victor Klemperer hielt im Sommer 1947 diese Alltagserfahrung des »nackte[n] Hunger[s]« und der »überall« herrschenden »übermäßige[n] Sterblichkeit« fest.²³ Die die gesamte Bevölkerung bedrohenden Hungerwinter der ersten Nachkriegsjahre wirkten sich unter den vertreibungsbedingt stark geschwächten alten Vertriebenen besonders gravierend aus. Ein weiterer Dresdner Professor und einst von der NS-Diktatur entlassener Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium, der nun als sächsischer Landtagsabgeordneter für den Kulturbund aktiv war, flüchtete sich im Februar 1947 in einem Vier-Augen-Gespräch in zynischen Fatalismus:

»Der Frost habe ›biologische Auslese‹ geschaffen, die Alten u.[nd] Schwachen seien gestorben. [...] Ein Freund habe ihm gesagt, man solle nicht zuviel voraussorgen, die Natur corrigiere selber. [...] Das Allzuviel an Menschen, das sich jetzt in Deutschland zusammendränge[,] werde sich auch von selber reduciren – biologische Auslese!«²⁴

So äußerte sich – laut seinem Gesprächspartner – Professor Hans Reingruber, der spätere erste Verkehrsminister der DDR.²⁵ Er war nicht der einzige, der so dachte. In der SBZ und frühen DDR spielte die Moral jener »lehrreiche[n] Parabel« eine wichtige Rolle, die im Jahre 1945 ein älteres Mitglied der Kommunistischen Partei dem jungen Günter de Bruyn vorhielt, um dessen Mitleid für die notleidenden Vertriebenen zu entkräften: Der Wiederaufbau und die konzentrierte materielle Förderung der dafür unerlässlichen Leistungsträger müsse unbedingten Vorrang haben vor jeder gutgemeinten Sozialfürsorge für Schwache.²⁶

Solche Prioritäten hatten Folgen. Obwohl nicht nach Einheimischen und Vertriebenen differenziert, bietet die nach Altersgruppen gegliederte Mortalitäts-Statistik für das Gebiet der SBZ/DDR (ohne Ost-Berlin) wichtige Einblicke in die überdurchschnittlich hohen Sterblichkeitsraten der unmittelbaren Nachkriegszeit. Hatte die Sterblichkeitsrate bei Männern 1939 (vor Kriegsbeginn) bei 13,3 Promille gelegen, so hatte sie sich 1946 mit 27,3 Promille mehr als verdoppelt; erst 1950 wurde mit 13,1 Promille der Vorkriegswert wieder unterschritten. Auf etwas niedrigerem Niveau – 1939 12 Promille, 1946 19,5 Promille – vollzog sich dieselbe Entwicklung auch bei den Frauen, wo allerdings schon 1949 der Vorkriegswert wieder erreicht wurde. Bei Männern zwischen 60 und 65 Jahren hatte sich im Vergleich zwischen den Jahren 1939 und 1946 die Sterblichkeitsrate fast verdoppelt – von 28,1 auf 43 Promille, um erst 1949 wieder unter den Vorkriegswert zu fallen. Bei Frauen dieser Altersgruppe verlief die Sterblichkeitsentwicklung weniger dramatisch (von 22,1 auf 30,7 Promille), um allerdings bei über 65-jährigen deutlich hochzuschneiden.²⁷ Signifikant war bei den Todesursachen eine Häufung von Infektionskrankheiten, aber auch die unklare Sammeldiagnose »Altersschwäche«.²⁸ Die Todesrate unter alten Vertriebenen dürfte hier angesichts der erlittenen Strapazen während der Vertreibung, aber auch angesichts der materiellen und oft auch psychologischen Notlagen nach der Vertreibung überdurchschnittlich gewesen sein. Dies gilt wohl auch für den Vertriebenen-Anteil an den Selbsttötungen während dieser Zeit. Im Frühjahr 1947 schrieb ein Vertriebener aus Bitterfeld der Umsiedler-Zentralverwaltung, dass zahllose Selbstmorde oder krankheitsbedingte Todesfälle unter Vertriebenen auf die andauernde Hungersnot zurückgingen. Doch in der Öffentlichkeit würden all diese Todesfälle als Problem gar nicht registriert.²⁹

Offenbar war es diese vertreibungsbedingt hohe Mortalitätsrate, die dazu führte, dass der Anteil alter Menschen an der Vertriebenen-Bevölkerung zum Zeitpunkt der ersten Nachkriegs-Volkszählung der SBZ im Oktober 1946 deutlich geringer war als unter der einheimischen Bevölkerung.³⁰ Bis Herbst 1947 erhöhte sich daraufhin der Alten-Anteil unter den Vertriebenen infolge von Neuzugängen der laufenden Zwangsumsiedlungen allerdings drastisch und erreichte bei Männern über 65 Jahren überdurchschnittliche 16,8 Prozent – im Vergleich zu 11,1 Prozent unter der einheimischen Bevölkerung. Weniger ausgeprägt, aber ebenfalls überdurchschnittlich war der Anteil älterer, das heißt über 50-jäh-

riger Frauen, die unter Vertriebenenfrauen 32,2 Prozent ausmachten, unter einheimischen Frauen hingegen nur 30,3 Prozent. Diese alten Vertriebenen beiderlei Geschlechts konzentrierten sich insbesondere in Sachsen und Sachsen-Anhalt.³¹ Gleichwohl taten sich vor allem die Regierungen der nördlichen Agrarländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit lautstarken Klagen über den »Sozialballast« hervor. Im September 1946 warnte der mecklenburgische Umsiedleramtsleiter, ein Funktionär der KPD/SED, sein Land laufe infolge Abwanderung junger Arbeitsfähiger »Gefahr«, ein unproduktives »Altersheim« zu werden, denn man habe derzeit bereits 800.000 nicht arbeitsfähige »Umsiedler« (Alte, Kranke und Kinder) zu versorgen.³² Ein knappes Jahr später diagnostizierte der Schweriner CDU-Sozialminister mit Blick auf die dort lebenden Vertriebenen düster: »Mein Land besteht aus Frauen, Kindern und Greisen.«³³ Im Herbst 1948 stimmte sein brandenburgischer CDU-Amtskollege in die Klage über das vertreibungsbedingte »Altersheim« ein.³⁴ In der Krise der Nachkriegszeit wurden alte Menschen – erst recht, wenn es sich um vertriebene Fremde handelte – allzu leicht als unerwünschter »Sozialballast« wahrgenommen und tendenziell auch so behandelt. Nur selten wurde dieser Einstellung mit engagiertem Tadel begegnet, wie ihn Anfang 1948 der Leiter des Schweriner Kreisumsiedleramtes auf einer Verwaltungstagung zu äußern wagte: Er fühlte sich durch Ausführungen des ZVU-Präsidenten über geplante Zwangsverlegungen alter Menschen an die frühere Nazi-Mentalität vom unnützen, kurz vor dem Tode stehenden »Friedhofsgemüse« erinnert.³⁵

Nicht nur vielen Nachkriegs-Politikern, die den schweren Wiederaufbau zu organisieren hatten, wurden die alten Vertriebenen lästig, Ähnliches scheint auch bei nicht wenigen Familienangehörigen der Fall gewesen zu sein. Die als junges Mädchen aus dem östlich der Oder gelegenen Teil Brandenburgs in die SBZ geflüchtete Christa Wolf hielt jedenfalls in ihrem drei Jahrzehnte nach den Ereignissen veröffentlichten autobiografischen Roman »Kindheitsmuster« den Eindruck der Mitleidlosigkeit zwischen den Generationen fest, als sie schrieb:

»Für die Alten – für die, die seit Jahren vom Tod gebrabbelt hatten, um den Widerspruch der Jüngeren zu hören [...], wurde es Zeit, zu schweigen; denn was jetzt vor sich ging, das war ihr Tod, [...], sie alterten in Wochen um Jahre, starben dann, nicht schön der Reihe nach und aus

den verschiedensten Gründen, sondern alle auf einmal und aus ein und demselben Grund, mochte man ihn Typhus nennen oder Hunger oder ganz einfach Heimweh, was ein überaus triftiger Vorwand ist, um daran zu sterben.«³⁶

Der Vorrang der »Werk tätigen« im Nachkriegs-Deutschland

Auf die katastrophalen Lebensumstände vieler Vertriebener vermochten die Regierungsstellen der SBZ anfangs nur mit gutgemeinten Appellen zu reagieren. Im Februar 1946 ermahnte der Leiter der Umsiedlerabteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) die ihm unterstellten deutschen Umsiedlerbehörden der Länder und Provinzen, sie sollten stets daran denken, »daß alle diese Menschen, unter denen zum großen Teil Frauen, Kinder und Alte sind, unschuldig durch die Kriegereignisse in Not geraten sind und wir verpflichtet sind, alles daranzusetzen, ihnen erträgliche Lebensbedingungen, Wohnung und Arbeit zu schaffen«.³⁷ Der Präsident der ZVU attackierte die verbreiteten Ressentiments gegen Vertriebene und rief die übrigen Zentralverwaltungen der SBZ dazu auf, die »Tragik der alten Menschen« wahrzunehmen, die »nicht mehr schuld am Kriege« seien »als wir alle«. Dieser hochrangige SED-Funktionär wollte es nicht hinnehmen, »sie einfach in irgendwelche Baracken unterzustecken, um sie sterben zu lassen«; stattdessen müssten Altersheime geschaffen werden, um den alten Menschen »einen kleinen Sonnenstrahl für ihren letzten Lebensabend zu geben«.³⁸ Das blieb ein frommer Wunsch: Noch Mitte 1948 gab es zu wenig Altersheime, und diese glichen nach einem Bericht der ZVU allzu oft bloßen »Siechen- und Sterbehäusern«, quasi »weltabgeschlossenen Inseln [...], in denen man ergeben und stumpfsinnig auf den Tod wartet und sich täglich für die ›liebvolle‹ Fürsorge zu bedanken hat«.³⁹

Viele Aufnahmegemeinden taten sich nicht durch Hilfeleistungen, sondern durch spürbare Feindseligkeit gegenüber arbeitsunfähigen Vertriebenen hervor. Im Juni 1946 wurde auf einer Tagung der brandenburgischen Provinzialverwaltung die negative Einstellung der »kleinen Bürgermeister in den Gemeinden [...] gegenüber den Flüchtlingen« offen beklagt: »Die häufig noch auf blankem Stroh in den Lagern untergebrachten Flüchtlinge würden sich selbst überlassen, während

einheimische Bauern breiten Wohnraum besäßen. Auch würde alten, arbeitsunfähigen Menschen, die um Sozialunterstützung nachsuchten, häufig barsch erklärt, sie sollten halt arbeiten gehen.«⁴⁰ Doch diese alten Menschen waren auch den übergeordneten Landesverwaltungen und nachmaligen Landesregierungen nicht willkommen: Aus denselben Motiven, aus denen die Agrarländer sie gern losgeworden wären, verweigerten die Industrieregionen ihre Übernahme. So zeigte sich das Innenministerium von Sachsen-Anhalt 1949 bei einer geplanten »Binnenumsiedlung« von Vertriebenen lediglich an Facharbeitern interessiert, während alte Menschen unerwünscht waren.⁴¹ Die Berliner Zentrale schloss sich dieser Sicht an und suchte »Vorkehrungen gegen jede Art des Abschiebens von alten oder nicht erwünschten Personen« in die Industriegebiete zu treffen.⁴² Der wirtschaftliche Wiederaufbau und die dafür erforderlichen »Werk tätigen« genossen Priorität.

Auch innerhalb der ländlichen Aufnahmegemeinden wurden alte Vertriebene oft zu Abschiebeobjekten. Zahlreiche »Umsiedler« waren ab 1945 in enteigneten Gutsgebäuden notdürftig untergebracht worden. Auch von dort wurden sie verdrängt, als etliche dieser Gebäude ab 1947/48 der Abriss-Politik des von der SMAD verordneten »Neubauernbauprogramms« zum Opfer fielen – oder für politisch wichtigere Nutzungen, etwa als »Maschinen-Ausleih-Stationen« (MAS) oder Volkspolizei-Kasernen, geräumt wurden. Sofern Vertriebene als Untermieter bei Einheimischen einquartiert worden waren, machte sich auch dort bald schon eine Verdrängungstendenz durch Eigenbedarfsklagen geltend. Bis 1947 war es den Behörden angeblich gelungen, 80 Prozent aller Vertriebenen als Untermieter in feste Wohnungen einzuweisen; zwischen 1947 und 1949 wurde die Wohnfläche für Vertriebene durch weitere Umverteilungsaktionen sogar verdoppelt – bei anhaltenden Neuzugängen eine echte Leistung, wenn auch die Qualität des zugewiesenen Wohnraums oft schlecht war. Trotz solcher Erfolge hatten »die Umsiedler« 1949 pro Kopf dennoch »nur etwa die Hälfte des Wohnraumes der altansässigen Bevölkerung« inne. Die geringe Leistungsfähigkeit der frühen DDR-Wohnungsbaupolitik führte dazu, dass der Altwohnungsbestand umkämpft blieb. 1950 häuften sich in Brandenburg Räumungsklagen von Hauswirten gegen einquartierte Umsiedler, und örtliche Wohnungsbehörden nutzten diese Klagen gerade in ländlichen Gebieten, um »die ehem.[aligen] Umsiedler wieder in die schlechtesten Unterkünfte des Ortes überhaupt einzuweisen«. Dieselbe Tendenz,

Wohnungsverbesserungen rückgängig zu machen und insbesondere alte Menschen in unzumutbare Quartiere zurückzudrängen, wurde auch in Sachsen-Anhalt beobachtet.⁴³

Die Krise der Sozialunterstützung

Im Jahr der ersten Landtags- und Kommunalwahlen der Nachkriegszeit (Herbst 1946) wurde für die sowjetzonale Politik eine Demonstration unvermeidlich, »daß man auch die Alten und Hilflosen, die Arbeitsunfähigen und die Kinder der Umsiedler nicht vergessen hat«. Eben dies sollte jene »großzügige Unterstützungsaktion« für alte und arbeitsunfähige Umsiedler belegen, als die der SMAD-Befehl Nr. 304 vom Oktober 1946 in der SED-Presse gefeiert wurde.⁴⁴ Intern relativierte die ZVU die Bedeutung dieser Hilfsmaßnahme allerdings erheblich: Deren Hilfeleistung bleibe so geringfügig, dass die »moralische Verpflichtung« des Volkes zur dauerhaften Unterstützung der nicht mehr arbeitsfähigen Vertriebenen sich darin nicht erschöpfen dürfe.⁴⁵ An Alte und Arbeitsunfähige wurden pro Kopf einmalig 300 Reichsmark (RM), an Kinder je weitere 100 RM ausgezahlt. Kurz vor Gründung der DDR Mitte 1949 ersatzlos eingestellt, hatte diese »einmalige Umsiedlerunterstützung« in knapp drei Jahren Laufzeit insgesamt 401 Millionen RM (bzw. ab Mitte 1948 neue DM (Ost)) gekostet und fast zwei Millionen Empfänger erreicht – 1,2 Millionen Erwachsene und über 763.000 Kinder. Das waren 45,5 Prozent der 1949 registrierten 4,3 Millionen Vertriebenen.⁴⁶ Diese Soforthilfezahlung hatte einen klaren sozialpolitischen Vorsprung der SBZ in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz etabliert, der durch Westdeutschland erst im Sommer 1949 durch das neue »Soforthilfegesetz« und seine nicht einmalig, sondern fortlaufend gezahlte »Unterhalts-hilfe« überboten werden konnte. Seither verkehrten sich die Gewichte drastisch, denn das im September 1950 von der DDR-Volkskammer als ostdeutsche Antwort auf die bundesdeutsche Soforthilfe verabschiedete »Umsiedlergesetz« (offiziell: »Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik«) verzichtete vollständig auf Fürsorgezahlungen an Vertriebene. Dabei wusste man sehr gut, dass die frühere Umsiedlerunterstützung unzureichend geblieben war⁴⁷, und hatte weitere Hilfsmaßnahmen gerade für alte Menschen zunächst durchaus erwogen.⁴⁸



SBZ um 1946, Kreis Meiningen. Die Bildbeschriftung der Zeitschrift »Neue Heimat« lautet: »Ehepaar Utler aus Gablonz/Sudetengau, beide 75 jähig, kamen mit einem Transport ebenfalls im August in den Kreis Meiningen. »Wir fühlen uns hier sehr gut aufgehoben.««

Bereits 1946 war die Einführung der »einmaligen Umsiedlerunterstützung« ein Alarmzeichen gewesen. Denn mit dieser Sondermaßnahme reagierte das politische System auf die tiefe Finanzkrise im regulären Sozialsystem, von dem die meisten alten Vertriebenen auf Gedeih oder Verderb abhängig waren. Im Sommer 1945 hatten die Behörden der SBZ unter dem Eindruck der massenhaften Flüchtlingsströme die Sozialunterstützungssätze drastisch gekürzt: So wurde in Sachsen der Regelsatz von 43 RM auf 20,10 RM fast halbiert.⁴⁹ Zudem war in der von den Kommunen zu tragenden Sozialfürsorge eine ganz uneinheitliche Spreizung der Hilfsleistungen entstanden; nach Schätzungen der zonalen Sozialverwaltung (DVAS) bewegten sich Anfang 1947 die monatlichen Richtsätze der Hauptunterstützung zwischen 35 RM in Sachsen und Brandenburg und lediglich 10 RM in Mecklenburg.⁵⁰ Wenig später stellte sich heraus, dass in einigen Kreisen Mecklenburgs noch weit geringfügigere Sätze (zwischen zwei bis fünf RM) gezahlt wurden oder die Unterstützung sogar gänzlich eingestellt worden war.⁵¹

Vertriebene waren damals überdurchschnittlich von Sozialunterstützung abhängig. Im November 1947 betrug der Anteil der Sozial-

unterstützten an der Gesamtbevölkerung der SBZ 5,5 Prozent. Fast die Hälfte dieser rund 996.000 Unterstützten – 451.902 Personen – waren Vertriebene. Damit war ihr Anteil an den Unterstützungsempfängern doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Fast die Hälfte (46 Prozent) aller Sozialunterstützten der SBZ waren damals Kinder, gefolgt von (meist alleinerziehenden) Frauen (21 Prozent); an dritter Stelle standen Menschen im Rentenalter (15 Prozent), dann kamen Kranke und Invaliden (9,5 Prozent).⁵²

Anfang 1947 diagnostizierte die ZVU, dass »von einer sozialen Sicherung der noch arbeitslosen Umsiedler, der Arbeitsunfähigen und Alten [...] nur bedingt gesprochen werden« könne. Die reguläre Sozialunterstützung sei sehr niedrig bemessen, während die von der SMAD ergänzend gewährte großzügigere Einmalzahlung »keine Dauerhilfe« biete.⁵³ Erst angesichts des niedrigen Niveaus der regulären Sozialunterstützung wird allerdings deutlich, was die einmalige Unterstützungszahlung von mindestens 300 RM für Betroffene damals bedeutete – mindestens ein volles *Jahreseinkommen* an Sozialunterstützung, sofern diese denn gezahlt wurde. Das Problem der bis zu den Währungsreformen von 1948 herrschenden mangelnden Kaufkraft der alten Reichsmark-Währung vermochten beide Subventionsformen nicht zu lindern.

Das Gleichstellungsproblem im Rentenrecht

Nach 1945 war nicht nur das Sozialhilfe-System in Deutschland in eine schwere Krise geraten, sondern auch die Rentenversicherung. Für im Rentenalter stehende Vertriebene war jedoch die Frage ihrer Einbeziehung in die Leistungen des Sozialversicherungssystems der sowjetischen Zone »eines der drängendsten Probleme«. ⁵⁴ Zunächst unterschieden sich alte Vertriebene darin nicht von alteingesessenen alten Menschen, denn Rentenleistungen waren bei Kriegsende 1945 zunächst insgesamt ersatzlos entfallen. ⁵⁵ Hilfeleistungen durch »Notgemeinschaften« und die sozialkaritative Massenorganisation »Volkssolidarität« ⁵⁶ wurden daher in den ersten Nachkriegsjahren ein »integraler Bestandteil der Sozialpolitik« der SBZ – »insbesondere der Altenpolitik«. ⁵⁷ Sobald die Rentenzahlungen wieder einsetzten, wurde allerdings den im Rentenalter stehenden Vertriebenen schlagartig vor Augen geführt, dass sie keine gleichberechtigten Bürger der SBZ waren.

Denn als es im August 1945 der sächsischen Landesverwaltung gelang, »die Zahlung der Sozialrenten für Alte und Invalide wieder in Gang zu bringen« und sogar eine rückwirkende Auszahlung zu veranlassen, profitierten davon ausschließlich alteingesessene Einwohner Sachsens, während die »aus der Tschecho-Slowakei und aus dem Osten« dorthin gelangten Flüchtlinge und Vertriebenen weiterhin der Sozialfürsorge überlassen wurden.⁵⁸ Ebenso verfuhrten die übrigen Länder der SBZ, als dort Rentenzahlungen im Jahre 1946 wieder anliefen.

Der Grund für diese Diskriminierung lag in der regionalen Organisationsstruktur des damaligen Sozialversicherungssystems, die automatisch den Ausschluss derer herbeiführte, die nicht in auf dem Boden der SBZ etablierte Versicherungen eingezahlt hatten. Hier bedurfte es eines sozialrechtlichen Lastenausgleichs für Vertriebene, den die SMAD Mitte 1946 schließlich anordnete. Doch auch nach ihrer grundsätzlichen Einbeziehung in die sowjetzonalen Rentenversicherungssysteme sahen sich viele alte Vertriebene komplizierten Nachweis-Anforderungen mit Blick auf ihre konkreten Ansprüche ausgesetzt, verursacht durch den vertreibungsbedingten Verlust an Dokumenten. Aufgrund dessen kamen vertriebene Rentenbezieher in der SBZ und frühen DDR oft über das Mindestrenten-Niveau nicht hinaus. Immerhin wurden beim Neuaufbau der Einheits-Sozialversicherung der künftigen DDR Strukturentscheidungen getroffen, die später auch für viele Vertriebene relevant werden sollten. Dies betraf nicht nur die grundsätzliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten in der Rentenversorgung (sowie die Einbeziehung früherer Beamter), sondern auch die Begrenzung der Höchstrenten, um mit den so eingesparten Geldern eine Erhöhung der Mindestrenten zu erreichen. Letztere lagen eindeutig »unter dem Existenzminimum« und sollten fortan zumindest »eine Fristung des Lebens ermöglichen«, wie die sächsische Landesverwaltung Mitte 1946 ausführte.⁵⁹ Während in Sachsen die Höchstrenten im August 1945 auf 90 RM begrenzt wurden, was Pensionen früherer Beamter einschloss⁶⁰, wurden die Mindestrenten aber erst zum Juli 1946 auf 30 RM festgelegt. Wie wichtig diese Regelung war, geht daraus hervor, dass »von insgesamt 450.000 Renten im Bundesland Sachsen [...] von dieser [...] Maßnahme 213.000 Renten betroffen« waren⁶¹ – also über 47 Prozent.

Eine Verlagerung der Existenzsicherung arbeitsunfähiger und alter Vertriebener von der überlasteten Sozialfürsorge in die Rentenversicherung war dringend erforderlich. Denn obgleich die Rentengewährung

für Vertriebene oft nur eine geringfügige Besserstellung bedeutete, ja nicht selten unter dem Niveau der Fürsorgerichtsätze blieb⁶², wurde über die Rentenauszahlung auf Landesebene entschieden – ein unschätzbare Vorteil gegenüber dem kommunalen Flickenteppich der Sozialunterstützungen. Mehr noch: Der Rentenbezug stellte auch psychologisch eine wichtige Verbesserung dar. Denn die Betroffenen mussten nicht mehr »der Fürsorge zur Last fallen« (wie es häufig abwertend hieß), sondern konnten durch eigene Lebensleistungen erworbene Versicherungsansprüche geltend machen. Es ging dabei auch, wenn nicht gar primär, um die Anerkennung von Lebensarbeits-Leistungen und um einen Ausweg aus dem traditionell als demütigend begriffenen Status eines Sozialfürsorge-Empfängers.

Im Mai 1946 verfügte die SMAD auf Drängen deutscher Behörden, »Umsiedler« im Rentenrecht »gleich den anderen Bewohnern« der SBZ zu behandeln.⁶³ Damit war die Grundsatzentscheidung zur gleichberechtigten Einbeziehung von Vertriebenen in die Sozialversicherung der SBZ gefallen. Diese Inklusion wurde zumindest in der Einheitsversicherung der Arbeiter und Angestellten ebenso realisiert wie bei der Betriebsversicherung der Reichspost. Hingegen sperrte sich die Reichsbahn gegen eine Inklusion vertriebener Mitarbeiter und wusste dabei offenbar ihre vorgesetzte SMAD-Stelle hinter sich.⁶⁴ Trotz dieser Widerstände erfolgte in der SBZ die Grundsatzentscheidung der Rentengleichstellung vergleichsweise frühzeitig: Denn in den Westzonen Deutschlands war dies erst 1948/49 der Fall, und erst »im Herbst 1949« übernahmen auch »Bahn und Post die volle Altersversorgung der aus den alten Reichsgebieten stammenden Bediensteten«.⁶⁵

Doch auch die sowjetische Grundsatzentscheidung von 1946 wirkte sich realiter sehr unterschiedlich aus. Viele Rentenanträge von Vertriebenen wurden in der Folgezeit schleppend bearbeitet, die Betroffenen blieben oft monatelang ohne Antwort.⁶⁶ Im Oktober 1948 forderte die SMAD von den deutschen Instanzen, Rentenanträge künftig binnen vier Wochen zu bearbeiten und die Auszahlung von Sozialunterstützung an Rentenempfänger »auf ein Mindestmaß herabzudrücken«⁶⁷. Das hatte in der Zwischenzeit offenbar nicht funktioniert.

Eine wirkliche Gleichstellung erhielten zudem nur solche Vertriebene, die ihre Renten- oder Pensionsansprüche lückenlos belegen konnten. Jene hingegen, denen es an geretteten Nachweisen fehlte, sahen sich Ermessensentscheidungen der Verwaltungen ausgeliefert, die äu-

berst unterschiedlich und oft willkürlich ausfielen. Für diesen Personenkreis hielt etwa das thüringische Neubürgeramt im Mai 1946 eine einmalige Beihilfe für ausreichend.⁶⁸ Nach einer im Juni 1946 ergangenen Weisung der SMAD, bei der Rentenauszahlung »nicht zu engherzig [zu] verfahren«, was insbesondere für »diejenigen Umsiedler« gelte, »welche nicht mehr im Besitze eines Pensions- oder Rentenbescheides« seien⁶⁹, wurde hingegen in Brandenburg angeordnet, für den Fall, dass Nachweise fehlten, auch Ersatzbeweismittel zu akzeptieren, zu denen nicht nur »Postabschnitte, Bankausweise usw.« zählten, sondern »notfalls« auch »eidesstattliche Versicherungen der Antragsteller *und* anderer Personen«. ⁷⁰ Doch die Rechtslage blieb offenbar lange länder-spezifisch und damit uneinheitlich.

Außerdem wurden Anträge solcher Vertriebener, die nicht schon vor Kriegsende deutsche Bürger (in den Reichsgrenzen von 1937) gewesen waren, von den Sozialversicherungsanstalten vielfach weiterhin abgelehnt. So erhielt eine sudetendeutsche Vertriebene aus der Tschechoslowakei, die 1947 bei der sächsischen Sozialversicherungsanstalt einen Rentenantrag stellte, den brüskten Bescheid, »sie müßte erst 15 Jahre eingezahlt haben und das bei den Tschechen würde nicht anerkannt«. Erst als der Gatte der Antragstellerin mit Einschaltung der SED drohte, zeigte sich die Sozialbürokratie entgegenkommender.⁷¹ Die in dieser Streitfrage einbezogene Umsiedler-Zentralverwaltung erwirkte im Mai 1947 bei der zonalen Sozialverwaltung die grundsätzliche Bestätigung, dass Sozialversicherungsanstalten der Länder »nicht berechtigt« seien, »Umsiedlern Anträge auf Rentenzahlungen abzulehnen mit dem Bemerkten, daß nur diejenigen in den Genuß derselben gelangen, die wenigstens 15 Jahre ihre Beiträge im Altreich bezahlt« hätten. Mit Erreichen des Rentenalters hätten Umsiedler »selbstverständlich – genau wie die Alteingesessenen – ein Recht, Rente zu beziehen«. ⁷² Doch als sich die ZVU wenig später an die Berliner Versicherungsanstalt wandte, zeigte deren Antwort, dass die Landesversicherungsanstalten Ansprüche volksdeutscher Vertriebener weiterhin abblockten.⁷³ Und das waren nicht wenige – stammte doch jeder fünfte Vertriebene in der SBZ 1947 aus der Tschechoslowakei. Erst nachdem Anfang der 1950er Jahre ein Abkommen zwischen der DDR und der Tschechoslowakischen Republik den von dort stammenden DDR-»Neubürgern« die Möglichkeit eröffnet hatte, Versicherungsnachweise aus der alten Heimat zur Einlösung ihrer Rentenansprüche in der DDR zu erhalten,

wurde im Frühjahr 1952 ein vergleichbares Abkommen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen geschlossen. Damit sollte nicht nur das Problem volksdeutscher Antragsteller endlich gelöst werden, die DDR-Regierung wollte vor allem das seit 1950 in der DDR allgemein gültige Nachweisverfahren für Rentenansprüche ablösen, das im Falle des Nichtvorhandenseins eindeutiger Belege eidestattliche Erklärungen zweier glaubwürdiger, mit dem Antragsteller nicht verwandter Zeugen erforderte. Nach Einschätzung des DDR-Innenministeriums hatte diese Vorschrift nämlich die politisch unerwünschte Nebenfolge, »daß ein großer Teil der ehemaligen Umsiedler auf der Suche nach solchen Zeugen in seiner Assimilation gehemmt wird«. ⁷⁴ Das Nachweisverfahren ließ offenbar durch die Suche nach Zeugen viele alte Bindungen unter Vertriebenen wieder aufleben, obschon die offizielle Assimilationspolitik des SED-Regimes das Gegenteil intendierte.

In der politisch gewollten »Assimilation« gehemmt wurden viele alte Vertriebene in den 1950er Jahren allerdings auch durch allzu niedrige Rentenleistungen nach ihrer Inklusion in die DDR-Sozialversicherung. Der Unterschied zwischen einst und jetzt war oft gravierend. Wenn man es freundlich formuliert, darf »die Entlastung der Sozialfürsorge durch andere Systeme der sozialen Versorgung [...] in der SBZ/DDR als gering eingestuft werden«. ⁷⁵ In etlichen Fällen blieben die Renten für Vertriebene derart minimal, dass die Betroffenen weiterhin ergänzend auf Sozialunterstützung angewiesen waren. Im November 1947 befanden sich unter 996.000 Sozialunterstützten des Landes Sachsen, die fast zur Hälfte Vertriebene waren, über 76.000 Rentempfänger, die einen Sozialfürsorge-Zuschuss benötigten – ein klares »Indiz dafür, daß die Höhe der Rentenzahlungen für einen Teil der Empfänger unzureichend war«. ⁷⁶ Dies war ein langfristiges Strukturproblem, an dem sich nach Gründung der DDR nichts änderte. Unter den Problemfeldern des »derzeitigen Stand[es] der Umsiedlung«, über die das thüringische Innenministerium der Sowjetischen Kontrollkommission im April 1950 Bericht erstattete, rangierte weiterhin die »sehr geringe Sozialrente« von Vertriebenen, die sich häufig nur zwischen 65 und 85 DM (Ost) im Monat bewegte. Die thüringische Regierung wies darauf hin, dass das Rentenrecht der DDR auf die strukturelle Nachweisunfähigkeit vieler Vertriebener keine Rücksicht nahm. ⁷⁷ Infolge dieser Lebensumstände am Existenzminimum (oder darunter) beobachtete man besonders unter älteren Vertriebenen anhaltende Rückkehrhoffnungen in die alte Heimat, was dem SED-Re-

gime nach der 1950 vollzogenen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze besonders unangenehm war.⁷⁸ In sächsischen Grenzkreisen nahe der Tschechoslowakei herrschten, wie das Dresdner Innenministerium den Sowjets berichtete, im Sommer 1950 ausgeprägte Rückkehrhoffnungen insbesondere unter solchen Vertriebenen, die wenig Anlass hatten, ein besseres Leben in der DDR zu erwarten – in der alten Generation, unter Arbeitslosen und unter Angehörigen früherer Oberschichten, die einen entsprechend tiefen sozialen Absturz durch die Vertreibung erfahren hatten.⁷⁹ Und auch im mecklenburgischen Rostock wies man sowjetische Ansprechpartner 1950 darauf hin, dass es unter den »ehemaligen Umsiedlern« eine große Zahl sozial Zurückgebliebener gab, deren Kluft zu den bereits integrierten Vertriebenen sich vertiefte – darunter zahlreiche alte Menschen, Arbeitsunfähige und alleinerziehende Frauen.⁸⁰

Ein am unteren Rand der DDR-Gesellschaft lebendes altes Vertriebenen Ehepaar in den Siebzigern hatte zur selben Zeit – im Frühjahr 1950 – die Politikparolen über das sich ständig verbessernde Leben der »ehemaligen Umsiedler« in der DDR gründlich satt. Seine Wut äußerte der alte Mann in einem Schreiben an jene Partei, der er sich bislang verbunden gefühlt hatte – die Ost-CDU, die damals weitgehend SED-konform gleichgeschaltete christdemokratische Blockpartei der DDR. Als Kriegsbeschädigter des Ersten Weltkrieges hatte dieser Vertriebene in seinem schlesischen Heimatort mit seiner Frau bis 1945 126 RM Rente pro Monat erhalten; fünf Jahre nach Kriegsende und Vertreibung kamen die beiden alten Leute in der DDR nur auf 110 DM (Ost). Schon das nominelle Gefälle vermochte der Vertriebene nicht als Gleichstellung zu empfinden. Hinzu kam, dass die zwischen 1945 und 1947 im polnisch verwalteten Schlesien erlittenen mehrjährigen Rentenverluste durch die DDR nicht ersetzt (sprich: nachträglich ausgezahlt) wurden. Die vom SED-Regime gewünschte Assimilation konnte unter solchen Umständen nicht entstehen, denn angesichts ungeschmälerter Besitzverhältnisse der Einheimischen und des Ausbleibens einer gerechteren Verteilung der Kriegsfolgelasten glaubten diese Vertriebenen, »zu Zaungästen des Lebens« geworden zu sein. Zusätzlich musste das auf Erwerbstätige abzielende Leistungs- und Aufbaupathos der DDR-Arbeitsgesellschaft die am Rande lebenden alten Menschen sozialpsychologisch ausgrenzen:

»Man darf bloß mal in eine Zeitung sehen, da stößt man schon auf das Wort *werktätig*. Wir alten Leute waren auch mal werktätig, haben auch

unsere Steuern bezahlt. Uns heute von staatswegen [sic!] die Kalorien zumessen zu lassen, was in der *niedrigen* Rente zum Ausdruck kommt, während andere kraft ihres Einkommens die [besser ausgestatteten] HO-Läden bevölkern, [...] wirkt auf uns so aufreizend, daß man mit der Peitsche die dafür Verantwortlichen züchtigen könnte. Wenn wir Alten bloß als unnütze Brotesser angesehen werden, dann ist es uns lieber, man schlägt uns tot, als [uns] langsam durch Not und Entbehrung umzubringen.«

Der Ruf nach einem Lastenausgleich, nach Entschädigung für Vertreibungsverluste, war unüberhörbar. »Wir Alten und total Geschädigten haben lange genug gewartet. Oder: Liegt etwa Methode im Versäumnis? daß man wartet, bis so und so viel alte Menschen vorher der Teufel geholt hat, um dadurch sich entlasten zu können?«⁸¹ Vermutlich reagierten nicht wenige der seit ihrer Flucht oder Vertreibung sozial marginalisierten alten Menschen mit Verbitterung auf die kalkulierten Ungleichheiten der sozialistischen Arbeits- und Leistungsgesellschaft. Denn insbesondere die alte Generation der Vertriebenen wurde – neben Arbeitsunfähigen und alleinerziehenden Frauen – eindeutig zu kollektiven Verlierern des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit. Nicht nur die Wirtschaft, auch die Sozialpolitik der SBZ und der frühen DDR begünstigte eindeutig die arbeitsfähigen Generationen.⁸²

Ausgrenzung im Umsiedlergesetz: Kreditangebot statt Lastenausgleich

Gegen die eigene Altersgruppe gerichtete Mord-Phantasien, die zugleich hochgradige Hoffnungslosigkeit und ein schlimmes mentales Erbe des NS-Regimes ausdrückten, lassen sich unter Vertriebenen der ältesten Generation in deren Kommunikation mit DDR-Behörden des Öfteren finden. Im Herbst 1950 erklärte ein im thüringischen Kauern lebender vertriebener Rentner den Propagandisten der »Nationalen Front« resigniert und provozierend zugleich: »Die Rentner sind heute zu nichts mehr nütze, als Fortschaffen und mit dem Maschinengewehr erschießen!« Die SED-Aktivisten erklärten dies in ihrem Bericht flugs zu einer Einzelstimme, denn die Mehrheit der Rentner begrüße die jüngste Rentenerhöhung der DDR-Regierung. Allerdings hatte auch

jener negativ gestimmte »Umsiedler« erklärt: »Natürlich freue ich mich über die Erhöhung der Renten; aber es reicht trotzdem noch nicht, um anständig leben zu können. Schön war es nur vor 1914 und seitdem nicht wieder, und das kommt auch nicht wieder.«⁸³ Hier sprach jemand, der zwei Weltkriege und die damit verbundenen Verluste des Lebensstandards miterlebt hatte.

Resignative, skeptische oder gar rundheraus ablehnende Haltungen waren unter Vertriebenen der Rentnergeneration von 1950 keine Einzelfälle. Nicht wenige alte Menschen misstrauten grundsätzlich der Politik und auch dem neuen SED-Regime, dessen Zukunftsverheißungen ersichtlich an ihnen vorbeigingen. So enthielt das im September 1950 proklamierte DDR-Umsiedlergesetz zwar ein Sonderprogramm zur Berufsqualifizierung der Vertriebenen-Jugend und diverse Subventionsprogramme für bestimmte Gruppen erwerbstätiger Vertriebenen, ignorierte jedoch durchweg die Bedürfnisse der alten Menschen (sowie anderer Gruppen von arbeitsunfähigen Vertriebenen). Die einzige Hilfsmaßnahme des Gesetzes, die theoretisch auch alten Menschen offenstand, war der sogenannte »Wohnbedarfkredit«, ein zinsloser staatlicher Kredit von bis zu 1.000 DDR-Mark zum zweckgebundenen Erwerb von Möbeln und Hausrat. So mancher vertriebene Rentner, der »alles verloren« hatte und sich »von den paar Kröten Rente [...] keine Möbel kaufen« konnte, wagte auf diesen neuen Kredit erst gar nicht zu hoffen: »Wir möchten auch gern wieder unser eigenes Heim. Ich denke aber, daß man uns kein Geld geben wird, weil ich nicht die Möglichkeit habe, es wieder zurückzahlen zu können. Oder glauben Sie, daß der Staat uns etwas schenken wird?«⁸⁴

Dies hatte der SED-Staat in der Tat nicht vor. Im Gegenteil: Der *Kreditcharakter* der staatlichen Ausstattungshilfe hatte auf Bezieher niedriger Einkommen, zu denen vertriebene Rentner oder Fürsorgeempfänger zwangsläufig gehörten, automatisch eine abschreckende und ausschließende Wirkung.⁸⁵ Zwar erhielten rund 45 Prozent der Vertriebenenhaushalte bis 1953 über 400 Millionen Mark an solchen Wohnbedarfkrediten – doch alte Menschen waren offenbar nur unterdurchschnittlich unter den Kreditnehmern vertreten. Dies ergab jedenfalls eine Stichprobe der sächsischen Landesregierung über die soziale Schichtung der Kreditnehmer, die im März 1952 in fünf Gemeinden des Kreises Dresden vorgenommen wurde. Der Grund für den tendenziellen Ausschluss der Alten sei »zweifellos [...] in den Schwierigkeiten



SBZ 1946/1949. Die Bildbeschriftung der Zeitschrift »Neue Heimat« lautet: »Von der Stelle, wo einst der Freiherr auf seinen ausgedehnten Park blickte, schaut heute der Umsiedler Franz Samper auf das Land, das seine Schicksalsgefährten aus der Bodenreform erhalten haben.«

der Rückzahlung zu suchen«, konstatierte das Dresdner Innenministerium.⁸⁶ Auf sozial schwache vertriebene Rentner, die die Wohnbedarfkredite von vornherein gar nicht zu beantragen wagten, wirkte die Bewilligung von Höchstkrediten für gutverdienende erwerbstätige Vertriebene nach Wahrnehmung des DDR-Innenministeriums vom Februar 1951 ausgesprochen »kraß«.⁸⁷ Manche mit der Kreditgewährung beauftragten Sparkassen der DDR wiesen – wie etwa im thüringischen Schleiz im Oktober 1950 – Rentner und Sozialunterstützte sogar prinzipiell als nicht antragsberechtigt zurück, da »von vornherein keine Aussicht bestehen würde, daß eine Rückzahlung der Summe erfolgen könnte«.⁸⁸

Diejenigen Vertriebenen-Rentner, die eine Kreditaufnahme trotz allem gewagt hatten, litten in der Folge häufig unter der »untragbare[n] Belastung« durch die Tilgungsraten.⁸⁹ Die DDR-Regierung gewährte in Härtefällen zwar Stundung, bestand jedoch auf der Rückzahlung der Kredite und verweigerte die von vielen Vertriebenen erhoffte Umwandlung des Wohnbedarfkredits in eine nicht rückzahlbare staatliche Leistung, wie es sie ähnlich mit der »Hausrathilfe« im ab 1952 einsetzenden westdeutschen Lastenausgleich gab. Als der Vorsitzende der Ost-CDU, der stellvertretende DDR-Ministerpräsident Otto Nuschke, sich im Herbst 1951 für »Sonderregelungen für Rentner« einsetzte und »kleinstmögliche Rückzahlungsraten« regierungsintern ins Gespräch

brachte, wurde er vom SED-geführten Finanzministerium mit dem Hinweis auf schon praktizierte Möglichkeiten der Kreditstundung und der Verlängerung von Rückzahlungsfristen abgespeist. Ein Schuldenerlass für sozial Schwache, etwa für vertriebene Rentner, aber komme keinesfalls in Frage, da er »unerwünschte Auswirkungen auf die Zahlungsmoral der übrigen Kreditnehmer, die ihren Verpflichtungen regelmäßig nachkommen, zur Folge haben« könnte. Zur selben Zeit wies das thüringische Innenministerium die kommunalen Verwaltungen an, auf Fürsorge- und Rentenempfänger unter den vertriebenen Kreditnehmern keinen Rückzahlungszwang auszuüben, da sich deren Einkommen zu meist am Existenzminimum bewegten. Zugleich beobachtete man in der Erfurter Landesregierung, »daß die Arbeiter und auch die Rentner größtenteils ihre Raten zahlen« würden, während Angehörige der Mittelschichten größte Probleme bei ihrer Zahlungsmoral aufwiesen. Auch im Innenministerium von Sachsen-Anhalt hielt man es für »erstaunlich, daß gerade die Rentner am meisten bemüht« seien, »ihren Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen«. Trotz ihrer finanziellen Not war dies für viele vertriebene alte Menschen offenbar eine Frage der Selbstachtung.⁹⁰

Ehemalige Selbständige: Dauerhaft Deklassierte und »Republikflucht«

Viele, die vom SED-Staat wenig zu erhoffen hatten, entwickelten gar keine Erwartungshaltung, sondern hatten sich längst abgewandt. Als DDR-Polizeiorgane 1950 im thüringischen Kreis Hildburghausen die Verbreitung illegaler »Umsiedlerzeitschriften« aus Westdeutschland zu verhindern trachteten, erklärte eine 71-jährige Schlesierin ebenso freimütig wie verbittert:

»Wir haben soviel [sic!] durchgemacht, mir kann nichts mehr imponieren, und ich soll mit der Oder-Neiße-Grenze einverstanden sein, wenn ich meine Heimat liebe. Ich kümmere mich um nichts mehr und sage auch heute zu nichts mehr etwas. Ich habe die Kultur der Polen gesehen und kennengelernt. Mir braucht keiner etwas zu erzählen.«

Ein 79-jähriger Sudetendeutscher, der bis zur Vertreibung ein gutsituierter Fabrikant gewesen war und in der DDR von 112 Mark Monatsrente und der Erwerbstätigkeit seiner Ehefrau leben musste, erklärte feindselig:

»Ich kümmere mich nicht um Marxismus und will auch nichts damit zu tun haben. Ich bin 79 Jahre und habe das Recht, meinen Lebensabend so zu gestalten, wie ich es will. Ich gehe sowieso bald zu meiner Tochter nach dem Westen. Was ich für eine Gesinnung habe und wie ich innerlich denke, das geht keinen etwas an.«

Gleichwohl hielt er mit seiner politischen Meinung dann nicht zurück: »Ich [...] sage es ganz offen, daß ich mich nicht an den politischen Geschehnissen in der Zone beteiligen werde und auch damit nicht einverstanden bin.«⁹¹ Solch ablehnende Äußerungen von vertriebenen Rentnern bürgerlicher Herkunft musste das SED-Regime des Öfteren registrieren.⁹²

Dass in der SBZ/DDR die finanzielle Entlastung der Sozialfürsorge durch die Rentenversicherung im Hinblick auf Vertriebene »gering« blieb⁹³, hatte nicht nur materielle Folgen. Von Sozialunterstützung abhängig geworden zu sein, bedeutete für die meisten Betroffenen eine schwere Demütigung: soziale Stigmatisierung und persönliche Entehrung. Der mit der Vertreibung verbundene soziale Absturz von Millionen Menschen hatte bewirkt, dass etliche, die zuvor selbst aus sicherer Bürgerlichkeit heraus an der Stigmatisierung von Fürsorgeempfängern teilgehabt hatten, plötzlich selbst in diese soziale Randlage geraten waren. Das Vertriebenenenschicksal wurde jedoch als persönlich unverschuldet empfunden; umso mehr erwarteten die Vertriebenen von Politik und Mehrheitsgesellschaft, sie so bald wie möglich aus der verachteten Armenfürsorge zu befreien. Ähnliches hatte die deutsche Sozialpolitik während des Ersten Weltkrieges erlebt, wo die soziale Absicherung der Familien von Kriegsgefallenen zum Massenproblem geworden war und der Staat mit der Einrichtung einer privilegierten »Kriegsfürsorge« reagiert hatte, die von der traditionellen Armenpflege strikt getrennt wurde.⁹⁴ In der Bundesrepublik trug ab 1949 die Einrichtung einer Soforthilfe- und Lastenausgleichspolitik für Vertriebene (und andere Kriegsfolgeschädigte) diesem Bedürfnis nach sozialpsychologischer Wiederaufwertung bewusst Rechnung.⁹⁵ Die SED-Politik jedoch vermochte just diese *sozialpsychologische* Bedeutung einer Sonderren-

te für Vertriebene – insbesondere für vertriebene frühere Selbständige, die nie in eine Rentenversicherung eingezahlt hatten, sondern mit ihrem Immobilienbesitz oder völlig entwerteten Ersparnissen ihre gesamte Alterssicherung verloren hatten – nicht nachzuvollziehen. Lediglich die oben erwähnte Inklusion in die Rentenversicherung bot eine Chance für sozialpsychologische Stabilisierung; tendenziell begünstigte diese Regelung jedoch überwiegend früher abhängig Beschäftigte, überließ dagegen frühere Selbständige (Unternehmer, Gewerbetreibende, Landwirte) weiterhin der Sozialfürsorge. Es war kein Zufall, dass die Liberaldemokratische Partei (LDPD) als klassische Klientelpartei von Selbständigen in der DDR 1952 im sächsischen Landtag den Antrag stellte, vertriebene Fürsorgeempfänger grundsätzlich zu Rentenempfängern aufzuwerten.⁹⁶ Diese beantragte Integration von nichtversicherten Vertriebenen in die DDR-Rentenversicherung kam einem verdeckten Lastenausgleich für Selbständige gleich. Bezeichnenderweise war die SED zu einer solchen Lösung nicht bereit und profilierte sich damit beinhaltet als für vertriebene Mittelstandsinteressen unzugängliche Arbeiterpartei.⁹⁷

Ein Teil der solcherart Fallengelassenen nutzte nach Inkrafttreten des westdeutschen Lastenausgleichs die bis 1961 gegebene Chance, aus der ungeliebten DDR in die Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln. Als Beispiel führte das DDR-Innenressort 1955 ein älteres Umsiedler-Ehepaar aus dem Kreis Neustrelitz an: »Trotzdem es ihm, wie es selbst äußerte, in der DDR gut gegangen ist«, wolle es »nach Westdeutschland übersiedeln, weil es dort als ehemalige Umsiedler [...] eine Entschädigung erhalte«.⁹⁸ Zwar überwogen unter Vertriebenen, die »republikflüchtig« wurden, nach Beobachtung der DDR-Sicherheitsapparate eindeutig jüngere Menschen, namentlich Facharbeiter oder bürgerliche Mittelständler. Doch auch einige alte Menschen nahmen den erneuten Ortswechsel auf sich, vor allem dann, wenn Verwandte im Westen eine Anlaufstelle bildeten und Entschädigungsleistungen aus dem Lastenausgleich einen weiteren Neuanfang zu erleichtern versprachen. Für das Jahr 1954 beobachtete die DDR-Regierung, die wichtigsten Ursachen für das Verlassen des SED-Staates seien gezielte »Abwerbungen von Spezialisten und Facharbeitern [...] durch westdeutsche Konzerne« und »organisierte Abwanderungen ehemaliger Umsiedler auf Grund des Lastenausgleichs in Westdeutschland«. Auch ältere »ehemalige Umsiedler« würden durch die Aussicht auf »eine Entschädigung« zur Übersiedlung bewo-

gen. Die SED-Funktionäre kommentierten empört: »Durch falsche und lügnerische Versprechungen, die sich auf Wohnungseinrichtungen, geldliche Zuwendungen und arbeitsmäßige Zusagen richten, werden diese Umsiedler nach dem Westen gelockt.«⁹⁹

An dieser Situation änderte sich bis zum Mauerbau im August 1961 wenig. Im September 1960 analysierte das DDR-Innenministerium, dass seit dem Vorjahr Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren und erwachsene Arbeiter das Gros der »Republikflüchtigen« gebildet hätten, ergänzt durch Bauern, Ingenieure, Ärzte, Lehrer und sonstige Angehörige des Mittelstandes. Eine weitere Ursache aber sei gerade »bei ehemaligen Umsiedlern« das westdeutsche Lastenausgleichsgesetz mit seinen Entschädigungsangeboten für vertreibungsbedingt verlorenes Eigentum: »In vielen Fällen ist den ehemaligen Umsiedlern bekannt, daß in Westdeutschland derartige Zahlungen vorgenommen werden.« In der Gemeinde Trebnitz/Seelow kursiere das Gerücht, ein republikflüchtig gewordener Bauer habe im Westen »40.000 DM erhalten«. Daraufhin seien allein aus dieser Gemeinde »nacheinander in diesem Jahr 36 ehemalige Umsiedler, die alle aus dem Gebiet Schlochau stammen, republikflüchtig« geworden, und »ähnliche Erscheinungen« hätten »in vielen anderen Gemeinden festgestellt werden« können.¹⁰⁰ In der DDR gab es – von wenigen Ansätzen, wie insbesondere der Beteiligung von Vertriebenen als »Umsiedler-Neubauern« an der »Bodenreform« genannten Enteignung des agrarischen Großgrundbesitzes einmal abgesehen – keine Entschädigung von Vertriebenen für ihr verlorenes Eigentum und somit kaum etwas, was sich mit dem bundesdeutschen Lastenausgleich vergleichen ließe.¹⁰¹ Gegen dessen Anziehungskraft erwies sich die SED-Propaganda als hilflos.

Ausblick: Randständige Vertriebene – auch in der Erinnerung?

Was die langfristig in der DDR verbliebenen älteren Vertriebenen betrifft, so verlief das Leben dieser Menschen – trotz schrittweiser Anhebungen der Monatsrenten, die aber von der grundlegenden westdeutschen Rentenreform von 1957 massiv in den Schatten gestellt wurden¹⁰² – oft dauerhaft am Rande des Existenzminimums. Gerade am Schicksal alter vertriebener Frauen lässt sich dieses Strukturproblem der DDR-Gesellschaftsgeschichte aufzeigen. Das Gesicht der ersten Rentnergenera-

tion der DDR war überwiegend weiblich: Erhöhte sich die Zahl der Personen im Rentenalter zwischen 1950 und 1960 von zweieinhalb auf drei Millionen, so stieg deren ohnehin hoher Frauenanteil von 67,2 auf 69,2 Prozent ebenfalls weiter an. Viele alleinstehende alte Frauen, die nur eine Mindestrente erhielten, sahen sich im Alter »zur Weiterarbeit gezwungen«. ¹⁰³ Sie hatten am langsamen Anstieg des Lebensstandards in der Wiederaufbau-Gesellschaft der frühen DDR den geringsten Anteil. Selbst die durchschnittliche Altersrente lag 1959 bei nur 134 Mark pro Monat. Als die SED-Sozialpolitikerin Käthe Kern den zehnten Jahrestag der Gründung der DDR feierte, belegte sie ihre Behauptung, dass auch die sozial Schwächsten Anteil am unterdessen steigenden Lebensstandard hätten, mit der bemerkenswerten Feststellung, »dass niemand es nötig hat, bei uns zu betteln«. ¹⁰⁴

Die »Flucht wider Willen – auch eines der Stichworte, auf die ein Leben sich festlegen ließe«, sinnierte die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf 1976 in ihrem epochemachenden Roman »Kindheitsmuster« über das von ihr als Kind miterlebte millionenfache Schicksal der Flucht und Vertreibung. ¹⁰⁵ Vor allem die alte Generation der Vertriebenen, so machte Wolf sich drei Jahrzehnte nach den Geschehnissen bewusst, habe »den Auszug aus der Heimat nicht unbeweint« gelassen. ¹⁰⁶ »Auch daß die Leiden der Älteren von denen der Jungen scharf getrennt« waren, bezeugte diese Autorin: Die alten Vertriebenen seien »vollkommen überflüssig« geworden, »eine Last für die anderen«, sie hätten sich aufgegeben und seien entweder schon auf der Flucht oder bald danach einfach weggestorben. Währenddessen hätten die Jüngeren einfach weitergelebt, denn »es gab keinen, der nicht selber litt, und darum gibt es heute keinen zuverlässigen Zeugen.« ¹⁰⁷

Zwar finden sich durchaus zeitgenössische Zeugnisse für die marginalisierten Lebenssituationen dieser schwer, womöglich am schwersten getroffenen Opfergruppe der Vertreibung. Doch in die offizielle Erinnerungspolitik unserer Gesellschaft, die immer noch allzu sehr geprägt wird von pauschalisierenden Erfolgserzählungen über gemeinsamen Wiederaufbau und gelungene Integration, hat das verstörende Gruppenschicksal so vieler alter Menschen bislang kaum Eingang gefunden.

Anmerkungen

- ¹ Krone, Heinrich: Tagebücher. Bd. 1: 1945-1961, bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 1995, S. 38f.
- ² Ebd., S. 42.
- ³ Ebd., S. 49.
- ⁴ Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003, S. 944.
- ⁵ Ferrara, Antonio; Pianciola, Niccolò: L'Età delle Migrazioni Forzate. Esodi e deportazioni in Europa 1853-1953, Bologna 2012, S. 278; Schwartz, Michael: Ethnische »Säuberungen« in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013, S. 527f.
- ⁶ Heidemeyer, Helge: Vertriebene als Sowjetflüchtlinge, in: Hoffmann, Dierk; Krauss, Marita; Schwartz, Michael (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 237-249.
- ⁷ Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008.
- ⁸ Lemberg, Eugen: Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen. Untersuchungen zum Strukturwandel von Land und Leuten unter dem Einfluß des Vertriebenen-Zustromes, Würzburg 1950, S. 71.
- ⁹ Engelhardt, Michael von: Generation und historisch-biographische Erfahrung – Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung im Generationenvergleich, in: Hoffmann; Krauss; Schwartz (Hg.): Vertriebene in Deutschland, 2000, S. 331-358, insb. S. 357f.
- ¹⁰ Schwartz, Michael: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2004, S. 1195.
- ¹¹ Weizsäcker, Richard von: Reden und Interviews. Band 1: 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985, Bonn 1986, S. 288.
- ¹² Mitscherlich, Alexander; Mitscherlich, Margarethe: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1968², S. 191.
- ¹³ Engelhardt: Bewältigung, 2000, S. 335 u. 338.
- ¹⁴ Zitiert nach: Fürth, Henriette: »Die Ungleichheit vor dem Tode«, in: *Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik*, Bd. 5, 1928, S. 172-178, insb. S. 172 u. 175f.
- ¹⁵ Terpitz, Werner: Wege aus dem Osten. Flucht und Vertreibung einer ostpreußischen Pfarrersfamilie, bearbeitet von Michael Schwartz, München 1997, S. 148; vgl. auch ebd., S. 149f., 201f. u. 208.

- ¹⁶ Zitiert nach: Kossert, Andreas: *Flucht. Eine Menschheitsgeschichte*, München 2020, S. 213.
- ¹⁷ Bundesarchiv, Abt. Berlin (im Folgenden: BAB), DO 2/28, Bl. 3-6, Magistrat Berlin, Abt. Ausgewiesene und Heimkehrer, »Bericht über die Entwicklung des Problems der Ausgewiesenen«, 20.8.1945.
- ¹⁸ BAB, DO 2/29, Bl. 162-210, Bl. 167, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU), Protokoll der Sitzung mit den Regionalverwaltungen am 26.10.1945, o.D.
- ¹⁹ BAB, DO 2/58, Bl. 302, Paul S. an ZVU, 10.11.1947, sowie Bl. 303-306, insb. Bl. 304, ders., »Schlußbericht über die Umquartierungsaktion der gemell.[ändischen] Fischer und Bootsbauer an die Ostseeküste nach Mecklenburg«, o.D. [November 1947].
- ²⁰ BAB, DO 2/25, Bl. 52ff., insb. Bl. 53f., Landeskommission für Neubürger Thüringen, Bericht »über die eigenmächtige Abschiebung von Umsiedlertransporten aus Mecklenburg nach Thüringen«, 14.9.1946.
- ²¹ Zitiert nach: Benser, Günter; Krusch, Hans Joachim (Hg.): *Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland – Reihe 1945/1946*, Bd. 2 – Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees KPD Juli 1945 bis Februar 1946, München e.a. 1994, S. 423.
- ²² BAB, DO 2/89, Bl. 76-79, insb. Bl. 77, ZVU, Hauptabteilung Sanität, Dr. Dr. Radmann, an Internationales Rotes Kreuz, Berlin-Dahlem, 2.5.1947.
- ²³ Klemperer, Victor: *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1959*, Bd. 1, Berlin 1999, S. 411.
- ²⁴ Ebd., S. 350.
- ²⁵ Reingruber wurde 1948 zum Leiter der DWK-Hauptverwaltung für Verkehr berufen und amtierte zwischen 1949 und 1953 als erster DDR-Verkehrsmi-nister.
- ²⁶ Bruyn, Günter de: *Zwischenbilanz. Eine Jugend in Berlin*, Frankfurt a. M. 1994, S. 295.
- ²⁷ Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin (Ost) 1957, S. 68f.
- ²⁸ Vgl. ebd., S. 96.
- ²⁹ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv [im Folgenden: SAPMO], NY 4243/23, Bl. 1f., Johann St., Bitterfeld, an ZVU, 4.4.1947, Brief Nr. 2.
- ³⁰ Meinicke, Wolfgang: *Probleme der Integration der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone*, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde*, Bd. 35, 1992, S. 1-31, insb. S. 7.
- ³¹ BAB, DO 2/14, Bl. 1ff., insb. Bl. 96ff., ZVU, Jahresbericht 1947, o.D.
- ³² SAPMO, FDGB Büro A 309, FDGB, Aktennotiz über Besprechung bei DVAS am 3.9.1946, o.D., S. 3.

- ³³ BAB, DO 2/31, Bl. 284, Protokoll der Minister- und Direktorenkonferenz am 21.10.1947.
- ³⁴ BAB, DO 2/59, Bl. 89, Ministerium für Arbeit und Sozialwesen Brandenburg, Schwob, an DVdI, Hauptabteilung Umsiedler, 22.9.1948.
- ³⁵ BAB, DO 2/34, Bl. 151, Protokoll der Arbeitstagung in Mecklenburg am 12./13.1.1948.
- ³⁶ Zitiert nach: Kossert: Flucht, 2020, S. 263.
- ³⁷ BAB, DO 2/30, Bl. 18ff., insb. Bl. 32, ZVU, Protokoll der Arbeitskonferenz am 1.2.1946, o.D.; vgl. auch Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 91.
- ³⁸ BAB 2/30, Bl. 59ff., ZVU, Protokoll der Sitzung am 12.2.1946, o.D.
- ³⁹ BAB, DO 2/1, Bl. 136ff., insb. Bl. 145f., ZVU, Chwalczyk an Vogt, 13.5.1948.
- ⁴⁰ BAB, DO 2/35, Bl. 9ff., insb. Bl. 17, Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. Arbeit und Soziales, Fischer, Protokoll der Umsiedlerarbeitstagung in Potsdam am 26.6.1946, o.D.
- ⁴¹ BAB, DO 2/58, Bl. 62, Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt, Abt. Umsiedler, an DVdI, Abt. Bevölkerungspolitik, 6.4.1949.
- ⁴² Vgl. ebd., Bl. 67, DVdI, Hauptabteilung Verwaltung, Malz, an Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Arbeit und Soziales, Litke, 5.5.1949.
- ⁴³ BAB, DO 1/33283, Ministerium des Innern DDR, Abt. Bevölkerungspolitik, Heinze, an Parteivorstand SED, Plenikowski, 21.2.1950; Ministerium des Innern Brandenburg, Abt. Bevölkerungspolitik, Kuhn, an Mdi Sachsen-Anhalt, 10.2.1950; Ministerium des Innern Brandenburg, Abt. Bevölkerungspolitik, Kuhn, an Ministerium des Innern DDR, 10.2.1950.
- ⁴⁴ BAB, DO 2/93, Bl. 7, Chwalczyk, G.: »Lösung der Umsiedlerfrage«, in: *Berliner Zeitung* Nr. 272, 20.11.1946.
- ⁴⁵ BAB, DO 2/85, Bl. 24-43, insb. Bl. 37 u. 27, ZVU, Abt. Organisation, Chwalczyk, Denkschrift über »Umsiedler und Sozialfürsorge«, 16.1.1947; der Notlage der alten Vertriebenen sollte insbesondere durch »Schaffung von Invaliden- und Altersheimen« abgeholfen werden, die zugleich eine Entlastung der zahlreichen Frauen mittleren Alters von Versorgungspflichten gegenüber Pflegebedürftigen bewirken sollte; dies wurde zugleich für Kinderkrippen und Kinderheime gefordert.
- ⁴⁶ BAB, DO 2/49, Bl. 100-128, insb. Bl. 116, Deutsche Wirtschaftskommission, Denkschrift über »Die Einbürgerung der Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik«, o.D. (Eingangsstempel 28.4.1950).
- ⁴⁷ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden: SÄHStA), Landesregierung Sachsen (im Folgenden: LRS), Mdi 2208, [Ministerium des Innern Sachsen], Protokoll der Arbeitstagung am 23.10.1950, 25.10.1950; SÄHStA, LRS, Mdi 2186, Ministerium des Innern Sachsen, Abt. Bevölke-

- rungepolitik, Vorlesung an der Landesverwaltungsschule Dr. Kurt Fischer, Frankenberg/Sa., 5.7.1951, S. 8f.
- ⁴⁸ SAPMO, DY30/IV2/13/388, Ministerium des Innern DDR, Abt. Bevölkerungspolitik, »Auszug aus der Anweisung der SKK Thüringen Juni 1950 (Landesvorstand SED)«, 24.6.1950; BAB, DO 1/33267, Ministerium des Innern DDR, Abt. Bevölkerungspolitik, Aktennotiz über Telefonat mit ZK-Mitarbeiter Wolf, 22.8.1950.
- ⁴⁹ Vgl. Hoffmann, Dierk: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945-1956, München 1996, S. 159.
- ⁵⁰ BAB, DO 2/85, Bl. 47, Deutsche Verwaltung für Arbeit und Soziales an ZVU, 27.2.1947.
- ⁵¹ Ebd., Bl. 69, ZVU, Büttner, Aktennotiz v. 28.4.1947.
- ⁵² Hoffmann: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR, 1996, S. 164f.
- ⁵³ BAB, DO 2/85, Bl. 44ff., insb. Bl. 45f., ZVU, Abt. Organisation, Chwalczyk, Denkschrift über »Die soziale Eingliederung der Umsiedler«, 1.2.1947.
- ⁵⁴ Hoffmann: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR, 1996, S. 45.
- ⁵⁵ Ebd., S. 47.
- ⁵⁶ Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin (im Folgenden: MLHA), Ministerium für Sozialwesen 15, Ministerium für Sozialwesen Mecklenburg, Hauptabteilung Umsiedler, »Bericht über den Werdegang der Umsiedlerabteilung«, 25.6.1948, S. 22.
- ⁵⁷ Springer, Philipp: Da konnt' ich mich dann so'n bißchen entfalten. Die Volkssolidarität in der SBZ/DDR 1945-1969, Frankfurt a. M. 1999, S. 78.
- ⁵⁸ SÄHSTA, LRS, Ministerium für Arbeit 921, Bl. 82-91, insb. Bl. 82f., Landesverwaltung Sachsen, »Rechenschaftsbericht der Abteilung Soziale Fürsorge im Ressort Wirtschaft und Arbeit auf die Zeit vom 1.7.1945 bis 30.6.1946«, 18.7.1946.
- ⁵⁹ Ebd., Bl. 85.
- ⁶⁰ Klemperer berichtet im März 1946 von der Witwe eines gefallenen Studienrats, die zwei Kinder zu versorgen und bislang »600 M Witwenpension + 100 M. Militärrente erhalten« habe, »jetzt« jedoch nur noch »66 M Fürsorge« im Monat bekomme; vgl. Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Bd. 1, 1999, S. 208.
- ⁶¹ Wichtig war der Zusatz, dass die damit verbundene Kostensteigerung von monatlich 1,4 Millionen RM »ohne Schwierigkeit aufgebracht werden« könne, da ein erheblicher Anstieg der Sozialversicherten durch Produktionssteigerung der sächsischen Wirtschaft erfolgt sei; vgl. SÄHSTA, LRS, Ministerium für Arbeit 921, Bl. 82-91, insb. Bl. 87f., Landesverwaltung Sachsen, »Rechenschaftsbericht der Abteilung Soziale Fürsorge im Ressort Wirtschaft und Arbeit auf die Zeit vom 1.7.1945 bis 30.6.1946«, 18.7.1946.
- ⁶² Vgl. zu letzterem Boldorf, Marcel: Fürsorgeunterstützung in Deutschland unter dem Einfluß der Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit (1945-

- 1952), in: Hoffmann, Dierk; Schwartz, Michael (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 233-246, insb. S. 241.
- 63 BAB, DO 2/81, Bl. 78, SMAD, Kommandantur-Dienstverwaltung, Abt. für Zivilsachen und Zivilangelegenheiten, Statistik und Verteilung der deutschen Umsiedler, an ZVU, 30.5.1946.
- 64 Vgl. ebd., Bl. 41, ZVU, Heinze, Aktennotiz v. 17.7.1946.
- 65 Windelen, Heinrich: Die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, in: Blüm, Norbert; Zacher, Hans F. (Hg.): Vierzig Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1989, S. 701-717, insb. S. 711.
- 66 Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (im Folgenden: ThüHStA), Ministerium des Innern 3809, Bl. 43, Pfarrer Franz R., Aschara bei Langensalza, an Ministerium des Innern Thüringen, Busse, 17.4.1947.
- 67 BAB, DQ 2/511, SMAD, Abteilung Arbeitskraft, an Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Arbeit und Soziales, Brack, 29.10.1948.
- 68 ThüHStA, Ministerium des Innern 3701, Bl. 5, Landeskommission für Neubürger Thüringen, Ressel, an SED, Landesvorstand Thüringen, Eggerath, 14.5.1946.
- 69 BAB, DO 2/81, Bl. 39, ZVU, Rdschr. v. 25.6.1946.
- 70 Vgl. ebd., Bl. 40, Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. Arbeit und Sozialwesen, an ZVU, 16.7.1946.
- 71 BAB, DO 2/81, Bl. 37, Hugo und Hermine R., Leipzig, an SED Sachsen, 30.3.1947.
- 72 Ebd., Bl. 35, ZVU, Sozialreferat, an SED, Landesvorstand Sachsen, Referat Heimkehrer / Umsiedler / OdF, 17.5.1947.
- 73 Ebd., Bl. 60, Versicherungsanstalt Berlin, Hauptabteilung Renten, an ZVU, 10.7.1947.
- 74 THüHStA, Ministerium des Innern 3823, Bl. 304, Ministerium des Innern DDR, Abt. Bevölkerungspolitik, Heinze, Rdschr. v. 7.5.1952.
- 75 Boldorf: Fürsorgeunterstützung in Deutschland, 1999, S. 241.
- 76 Hoffmann: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR, 1996, S. 164f.
- 77 BAB, DO 1/33276, Ministerium des Innern Thüringen, Abt. Bevölkerungspolitik, Apel, an Ministerium des Innern DDR, Abt. Bevölkerungspolitik, 29.6.1950, Anl. 1: Ministerium des Innern Thüringen, Abt. Bevölkerungspolitik, Apel, an Sowjetische Kontrollkommission Thüringen, »Bericht über den derzeitigen Stand der Umsiedlung«, 20.4.1950, S. 3.
- 78 ThüHStA, Ministerium des Innern 3817, Bl. 74-77, insb. Bl. 77, Ministerium des Innern Thüringen, Abt. Bevölkerungspolitik, Apel, »Bericht über den derzeitigen Stand der Umsiedlung«, 20.4.1950.
- 79 Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 150.
- 80 Ebd., S. 148.

- ⁸¹ Archiv der Christlich-Demokratischen Politik St. Augustin, 03/033/0096, Amandus J., Prützke / Brandenburg, an CDU [Ost], 8.6.1950.
- ⁸² Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 1178.
- ⁸³ ThüHSTA, SED-Landesleitung AIV2/13/185, Nationale Front des demokratischen Deutschlands, Kreisstelle Greiz, Politische Analyse v. 24.9.1950, S. 3.
- ⁸⁴ THüHSTA, Büro Ministerpräsident 231, Ministerpräsident Thüringen, Amt für Information, Bericht v. 14.9.1950.
- ⁸⁵ Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 1089.
- ⁸⁶ SähHSTA, LRS, Ministerium des Innern 3040, Bl. 17-27, insb. Bl. 23 u. Bl. 26, Ministerium des Innern Sachsen, Abt. Bevölkerungspolitik, an Ministerium des Innern DDR, Abt. Bevölkerungspolitik, 13.5.1952.
- ⁸⁷ Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 1026.
- ⁸⁸ Ebd., S. 1033.
- ⁸⁹ SähHSTA, LRS, Ministerium des Innern 2188, Ministerium des Innern Sachsen, Hofmann, an Ministerpräsident Sachsen, Kanzlei Ministerpräsident, 19.1.1952, S. 4.
- ⁹⁰ Schwartz: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«, 2004, S. 1085.
- ⁹¹ THüHSTA, Büro Ministerpräsident 235, Bl. 96-99, Ministerpräsident Thüringen, Amt für Information, Bericht Nr. 719 v. 15.12.1950.
- ⁹² THüHSTA, Büro Ministerpräsident 238, Ministerpräsident Thüringen, Amt für Information, Abschlussbericht zur Volksbefragung, 6.6.1951, S. 8.
- ⁹³ Boldorf: Fürsorgeunterstützung in Deutschland, 1999, S. 241.
- ⁹⁴ Vgl. Ritter, Gerhard A.: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1991², S. 104f.
- ⁹⁵ So im Rückblick von 1974 der langjährige Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium, Peter Paul Nahm; zitiert nach: Schraut, Sylvia: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945-1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt, München 1995, S. 397.
- ⁹⁶ SähHSTA, LRS, Ministerium des Innern 3040, Bl. 28-31, insb. Bl. 30, Ministerium des Innern Sachsen, Hofmann, an Kanzlei Ministerpräsident Sachsen, 18.4.1952.
- ⁹⁷ Ebd.
- ⁹⁸ BAB, DO 1-8/396, Bl. 5-28, insb. Bl. 10, Ministerium des Innern DDR, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, Abt. Bevölkerungspolitik, Jahresbericht über die Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht, 9.2.1955.
- ⁹⁹ Ebd., Bl. 7-9, Ministerium des Innern DDR, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, Abt. Bevölkerungspolitik, Jahresbericht über die Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht, 9.2.1955.

- ¹⁰⁰ SAPMO DY30/IV2/13/401, Ministerium des Innern DDR, Abt. Innere Angelegenheiten, Informationsbericht über die Methoden der Abwerbung von Bürgern der DDR, 30.9.1960, S.1 u. 4f.
- ¹⁰¹ Vgl. Schwartz, Michael: Lastenausgleich: Ein Problem der Vertriebenenpolitik im doppelten Deutschland, in: Krauss, Marita (Hg.): Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945, Göttingen 2008, S. 167-193.
- ¹⁰² Vgl. Hoffmann, Dierk: Sozialistische Rentenreform? Die Debatte über die Verbesserung der Altersversorgung in der DDR 1956/57, in: Fisch, Stefan; Haerendel, Ulrike (Hg.): Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland. Beiträge zur Entstehung, Entwicklung und vergleichenden Einordnung der Alterssicherung im Sozialstaat, Berlin 2000, S. 293-309.
- ¹⁰³ Helwig, Gisela: Altenpolitik, in: Hoffmann, Dierk; Schwartz, Michael: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1949, Bd. 8: 1949-1961. Deutsche Demokratische Republik – Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Baden-Baden 2004, S. 549-551, insb. S. 549f.
- ¹⁰⁴ Hoffmann, Dierk; Schwartz, Michael: Gesellschaftliche Strukturen und Sozialpolitische Handlungsfelder, in: Hoffmann; Schwartz: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1949, Bd. 8, 2004, S. 73-157, insb. S. 107.
- ¹⁰⁵ Wolf, Christa: Kindheitsmuster, Berlin/Weimar 1976, S. 354.
- ¹⁰⁶ Ebd., S. 369.
- ¹⁰⁷ Ebd., S. 386.

II. Der »Umsiedler«- Diskurs in der DDR

Der »Umsiedler«-Diskurs in der DDR in Staat, Kultur und Gesellschaft 1949 bis 1989

Heike Amos

Der geheimpolizeiliche Blick auf die »Umsiedler«

Zum Ende des Zweiten Weltkriegs mussten zwölf bis fünfzehn Millionen geflüchtete, vertriebene oder umgesiedelte Deutsche – die genaue Zahl lässt sich nicht mehr ermitteln – Aufnahme finden innerhalb der von den vier alliierten Siegermächten bestimmten neuen Grenzen des sogenannten Potsdam-Deutschlands. 1949/50 lebten in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 66,5 Millionen Menschen, darunter waren zwölf Millionen Vertriebene. Gemessen an der deutschen Gesamtbevölkerung machten diese 18 Prozent aus. Sie verteilten sich aber nicht gleichmäßig auf die Territorien der beiden deutschen Staaten: Die Bundesrepublik nahm bis 1950 7,9 Millionen vertriebene Deutsche auf, in die DDR kamen bis 1949 4,3 Millionen. Bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961, der Grenzschießung zwischen Ost- und West-Berlin, verließen rund 2,8 Millionen DDR-Bürger das Land in Richtung Bundesrepublik, darunter befanden sich etwa 800.000 Vertriebene. Damit lebten in den 1960er Jahren noch rund 3,4 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR, das heißt, jeder fünfte DDR-Bürger war 1961 ein Vertriebener.¹

In den Nachkriegsjahren bis 1952 bestand die DDR-Vertriebenenpolitik zum Ersten aus sozialpolitisch-integrativen Maßnahmen wie die Bereitstellung von Wohnraum, Hausrat, die Beschaffung von Arbeit, finanziellen Zuwendungen, Zahlungen von minimalen Renten für Alte und Kranke – alles mit dem Ziel, diese Menschen schnell wirtschaftlich, beruflich und sozial zu integrieren. Die Ost-Berliner Regierung erklärte 1952 die »Integration der Umsiedler« für abgeschlossen, was

jedoch nicht der tatsächlichen Lage vieler Betroffener entsprach. Trotzdem wurde das Vertriebenenproblem in der kontrollierten Öffentlichkeit der DDR nicht mehr thematisiert.² Zum Zweiten sah die DDR in den Flüchtlingen und Vertriebenen ein sicherheitspolitisches Risiko mit innenpolitischer Auswirkung, konnten sie – ihrer Ansicht nach – doch als mögliches Unruhepotenzial innerhalb der Gesellschaft wirken. Dazu galten sie als potentiell Problem mit außenpolitischer Dimension, das heißt als möglicher Störfaktor in den ohnehin schwierigen Nachkriegsbeziehungen zu den unmittelbaren Nachbarstaaten Polen und ČSR.³ Die DDR-Vertriebenenpolitik wirkte zum Dritten von Anfang an auch repressiv. Diese Seite zeigte sich vor allem in zwei Bereichen: Alle Versuche der Vertriebenen, sich auf ein Rückkehr- oder Heimatrecht zu berufen, wurden bis 1948 durch Maßnahmen der politischen Beeinflussung und »Umerziehung« bekämpft, ab 1948/49 dann kriminalisiert, polizeilich verfolgt und juristisch geahndet. Die DDR-Regierung hatte im Juli 1950 mit der Volksrepublik Polen das Abkommen über die Oder-Neiße-Linie als »Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen« abgeschlossen. Sie akzeptierte damit die Vertreibungen und die neue Grenzregelung. Bis Anfang 1950 wurden die »Umsiedler« in der Frage der Akzeptanz der deutsch-polnischen Grenze agitiert, dann setzte mit ganzer Schärfe die geheimpolizeiliche und strafrechtliche Verfolgung der Kritiker und Gegner dieser Grenze ein.⁴ Eine nächste repressive Seite der DDR-Vertriebenenpolitik bezog sich auf das strikte Verbot jeglicher landsmannschaftlicher Zusammenschlüsse und Treffen. Die DDR und ihr Sicherheitsapparat bezeichneten Versuche von Vertriebenen-Selbstorganisationen und Treffen, die es durchaus gegeben hatte, als friedens- und staatsgefährdend. Jegliche Aufnahme von Kontakten zwischen »DDR-Umsiedlern« mit landsmannschaftlich organisierten Vertriebenen in der Bundesrepublik, die nach ihrem Verbandsstatut die Oder-Neiße-Linie nicht als deutsche Ostgrenze anerkannten, wurde als »kriegstreibende Hetze« geheimpolizeilich und strafrechtlich verfolgt.⁵

Obwohl die DDR-Regierung es 1950 untersagt hatte, Sonderstatistiken über Heimatvertriebene zu erheben,⁶ hielt sich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Gegensatz zu allen anderen DDR-Behörden nicht daran. Es erstellte zwischen 1955 und 1959 auf der Ebene seiner Kreisdienststellen konkrete und detaillierte »Umsiedlerstatistiken«.⁷ Ein typischer MfS-Bericht zur »Umsiedlerkonzentration« in einem Ort im Norden der DDR las sich folgendermaßen: »In der Gemeinde

Seehausen lebten im Februar 1959 von insgesamt 542 Einwohnern 361 Umsiedler (67 Prozent), die vormalig aus Fraustadt (Niederschlesien) stammten. Sie kamen 1945 geschlossen nach Seehausen, waren vorwiegend Einzelbauern und fast durchweg Katholiken. Verbindungen zu westdeutschen Vertriebenenorganisationen seien bisher nicht feststellbar; jedoch sei der Einfluss der katholischen Kirche groß. Teilnahmen an Umsiedlertreffen in Westberlin und Zusammenkünfte auf dem Gebiet der DDR erfolgten nicht. Der Umsiedler [N.N.]⁸ trat offen gegen die Oder-Neiße-Grenze auf; die anderen äußerten ihre Meinung dazu nicht. In der Gemeinde besteht noch keine LPG. Es wird von den Umsiedlern und den ehemaligen Landarbeitern des Dorfes aktiver Widerstand bei der Gründung einer LPG geleistet. Die Gemeinde Seehausen ist durch vier geheime Mitarbeiter [des MfS] abgesichert.⁹ Der Bericht spiegelte indirekt wider, woran die Staatssicherheit Interesse hegte: 1. an der Zahl und der Herkunft der »Umsiedler« und ob sie sich organisierten und trafen; 2. ob Verbindungen zu organisierten Vertriebenen in Westdeutschland oder West-Berlin existierten und 3. welche Einstellung die »ehemaligen Umsiedler« zur Oder-Neiße-Grenze zum Ausdruck brachten.

Das Ministerium für Staatssicherheit verfügte Ende der 1950er Jahre über aktuelle Vertriebenenstatistiken für die DDR und hatte sich ein erstes sehr grobes Netz von »Geheimen Mitarbeitern«, das heißt MfS-Spitzeln, zur Informationsbeschaffung aus und zur Kontrolle über »Umsiedlerkreise« geschaffen.¹⁰ Es kann davon ausgegangen werden, dass das Ministerium pro Bezirk¹¹ über rund 300 Spitzel in »Umsiedlerkreisen« verfügte, die selbst auch Flüchtlinge und Vertriebene gewesen waren. Vorsichtig auf die gesamte DDR hochgerechnet hieß das: Das MfS unterhielt etwa 4.500 Spitzel in Vertriebenenkreisen. Bei 3,4 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen waren dies nur 0,1 Prozent.¹²

In den 1960er/70er Jahren konzentrierte sich die Geheimpolizei auf das Beobachten und Überwachen von Kontakten zwischen »Umsiedlern« aus der DDR und Vertriebenen aus der Bundesrepublik. Zwischen 1956 und 1965 erstellten die MfS-Bezirksverwaltungen namentliche Listen von »ehemaligen Umsiedlern«, die an Vertriebenentreffen in West-Berlin und in der Bundesrepublik teilnahmen oder teilgenommen hatten und nach 1961 Brief- oder weiterhin persönliche Kontakte zu Vertriebenenorganisationen unterhielten. Da diese von der Größenordnung her unbedeutend und vorwiegend verwandtschaftlicher Art waren

oder von älteren »Umsiedlern« unterhalten wurden, beließ es die Staatsicherheit bei der Beobachtung dieser Verbindungen.¹³ Im Jahr 1965 kamen die MfS-Bezirksverwaltungen zu der recht glaubhaften Bilanz: Im jeweiligen Bezirk »hat der Einfluss der revanchistischen Landsmannschaften [Westdeutschlands] keine umfassende Wirksamkeit. Die Untersuchungen ergaben, dass der zum Teil erreichte Einfluss vorrangig festzustellen ist bei Bürgern im Rentenalter und bei solchen Personen, die Besitzungen in der Volksrepublik Polen oder in der ČSSR«¹⁴ zurücklassen mussten. Der DDR-Repressionsapparat hatte ausreichende Kontrolle über die »ehemaligen Umsiedler«; es gingen keine wie auch immer gearteten politischen Gefahren von sogenannten Umsiedlerkonzentrationen, Umsiedlertreffen oder Kontakten von »Umsiedlern« zu Vertriebenen in der Bundesrepublik aus. Die innere politische Stabilität der DDR war durch diese spezifische Bevölkerungsgruppe nicht gefährdet, die »ehemaligen Umsiedler« lösten keine Irritationen in den Beziehungen der DDR zur VR Polen und der ČSSR aus.

Trotz aller staatlichen Verbotsmaßnahmen sah sich die DDR-Führung immer wieder mit dem Stattfinden kleinerer und auch größerer Vertriebenentreffen konfrontiert. Die Größenordnung dieser landsmannschaftlichen Zusammenkünfte konnte zwischen einigen wenigen bis zu einigen hundert Personen variieren. Zu einer ungewöhnlichen Demonstration von Selbstbehauptung und Selbstbewusstsein von Vertriebenen in der DDR wurden die fast jährlich stattfindenden Vertriebenentreffen, zunächst im Zoologischen Garten von Halle und dann im Gartenrestaurant des Zoos von Leipzig.¹⁵ Hier kamen zu bestimmten Zeiten zwischen 500 und 2.000 DDR-»Umsiedler« zusammen. In den Akten der Polizei- und MfS-Behörden sind diese Treffen von 1950 bis 1969 dokumentiert.¹⁶ Es gilt als sicher, dass diese »Umsiedlertreffen«, vor allem im Leipziger Zoo, auch in den 1980er Jahren noch stattfanden. Obwohl die Polizei- und MfS-Organen mehrfach gegen diese Zusammenkünfte vorgingen – unter anderem mit Polizeieinsätzen, Verhaftungen, Vorladungen der teilnehmenden »Umsiedler« bei der Staatssicherheit und so weiter –, konnte der SED-Staat diese »Umsiedlertreffen« über Jahrzehnte hinweg letztlich nicht verhindern. Größere Gruppen von Vertriebenen machten dem DDR-Staat punktuell und erfolgreich die Herrschaft und Kontrolle über den öffentlichen Raum streitig. Auch in den 1970er/80er Jahren versammelten sich Vertriebene in kleineren Gruppen, zu einigen Dutzend, privat, in Gaststätten, in Ausflugslokalen

oder bei als privat getarnten Feierlichkeiten. Die Staatssicherheit ging gegen diese »Umsiedlertreffen« nicht vor, die Teilnehmer blieben unbehelligt, wenn diese bereits älter waren, keine Besucher aus der Bundesrepublik bei den Veranstaltungen auftauchten, und wenn es auf den Treffen zu keinen negativen Äußerungen über den Staat, die SED und den Vertreibungs Vorgang kam.¹⁷ Der SED und den Staatssicherheitsbehörden in der DDR gelang es nie, private Erinnerungen der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, ihren persönlichen Schmerz über den Verlust der Heimat, auszulöschen. Gelungen war es ihnen hingegen, die Vertriebenenidentität zu privatisieren sowie die landsmannschaftliche Gruppenidentität der Vertriebenen zu unterdrücken.¹⁸

Bundesdeutsche Vertriebenenverbände im Blick der DDR-Staatssicherheit

In den westlichen Besatzungszonen, später dann in der Bundesrepublik, konnten sich trotz eines zunächst ausgesprochenen alliierten Verbots ab 1948/49 Heimatvertriebene und Flüchtlinge in Verbänden organisieren. Bis 1950 entstanden so 20 ostdeutsche Landsmannschaften und zwei Vertriebenen-übergreifende Organisationen. Bis Dezember 1958 schlossen sich diese Verbände zu einem Dachverband – dem Bund der Vertriebenen (BdV) – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände – in West-Berlin zusammen.¹⁹ Der Organisationsgrad der einzelnen Vertriebenen-Volksgruppen in den jeweiligen Landsmannschaften war insgesamt gesehen relativ gering, er lag zwischen 10 und 20 Prozent.²⁰

Wie und warum gerieten die organisierten Vertriebenen in West-Berlin und in Westdeutschland in den Blick des DDR-Staatssicherheitsdienstes? Der SED-Führung und den Behörden des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit fielen die Verbände der Flüchtlinge und Vertriebenen in West-Berlin und Westdeutschland zum ersten Mal Anfang 1951 auf. MfS-Staatssekretär Erich Mielke forderte im April 1951 von den fünf MfS-Landesverwaltungen und der von Ost-Berlin Auskunft über »illegale Umsiedlerorganisationen« in der DDR, über Verbindungen von »Umsiedlern« aus der DDR zu Vertriebenen in der Bundesrepublik und über die »feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften« in West-Berlin und Westdeutschland in Richtung DDR. Außer-

dem erwartete Mielke Meldungen über Zahl und Einsatz »Geheimer Mitarbeiter« in »Umsiedler-« und Vertriebenenkreisen.²¹ In den 1950er Jahren spielte West-Berlin mit der offenen Grenze zu Ost-Berlin und zur DDR für das MfS eine zentrale Rolle bei der »Abwehr von landsmannschaftlichen Verbindungen zwischen den organisierten Vertriebenen im Westen und den ›Umsiedlern‹ in der DDR«. Die Staatssicherheit war darauf aufmerksam geworden, dass ein reger Besucherverkehr von DDR-»Umsiedlern« zu landsmannschaftlichen Zusammenkünften in West-Berlin stattfand. Daher gerieten ins geheimpolizeiliche Visier des MfS: 1. die monatlich stattfindenden Landsmannschaftstreffen in West-Berlin; 2. die zentrale jährliche Vertriebenen-Großveranstaltung zum »Tag der Heimat« in der West-Berliner »Waldbühne« – einer großen Freilichtbühne; 3. die Zentrale der organisierten Vertriebenen in West-Berlin – das »Haus der ostdeutschen Heimat«.²²

Die Staatssicherheit hatte zutreffend beobachtet, dass bei den monatlich stattfindenden Landsmannschaftstreffen in West-Berlin etwa 30 Prozent der Besucher aus der DDR kamen. Das waren zirka 10.000 DDR-»Umsiedler«, die jeden Monat diese Treffen aufsuchten. Zur zentralen, jährlich im September stattfindenden Großveranstaltung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der West-Berliner »Waldbühne« fanden sich rund 22.000 Teilnehmer ein, davon 8.000 aus der DDR. Das »Haus der ostdeutschen Heimat« in West-Berlin besuchten täglich zwischen 100 und 200 DDR-»Umsiedler«, um dort Auskünfte einzuholen, Veranstaltungen zu besuchen und materielle Unterstützungen zu beantragen.²³ Diese Tatsache beunruhigte SED und Staatssicherheit. Sie befürchteten, die »Heimatgefühle der Umsiedler« würden benutzt, um diese gegen den DDR-Staat und die SED-Herrschaft aufzuwiegeln. So ging die Staatssicherheit ab dem Sommer 1958 aktiv gegen die West-Berliner Veranstaltungen der Vertriebenen vor.²⁴ Dazu bediente sie sich verschiedener Mittel und Taktiken. Ihre Tätigkeit richtete sich gegen die Großveranstaltung in der »Waldbühne« und gegen das »Haus der ostdeutschen Heimat«. Das SED-Regime wollte die Vertriebenenveranstaltungen mittels sogenannter Desinformationskampagnen stören und die Besucherströme von Ost- nach West-Berlin unterbinden. Mittels Flugblättern und Postwurfsendungen wurden kompromittierende Materialien über West-Berliner Vertriebenenfunktionäre, deren Wahrheitsgehalt zweifelhaft war, verbreitet. Betroffen waren davon 1958 zum Beispiel der Vorsitzende des West-Berliner Landesverbands

der Heimatvertriebenen und die Geschäftsführer der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Bundes der Danziger in West-Berlin. Um besonders »scharfe« Vertriebenenfunktionäre in Angst und Unruhe zu versetzen, wurden diese von offensichtlichen SED-Gremien zu Vortragsveranstaltungen über beispielsweise die »neuen westpolnischen Gebiete« oder »Erfolge der Umsiedlerpolitik im Ost-West-Vergleich« nach Ost-Berlin eingeladen. Damit signalisierte man ihnen, dass sie im Fokus von SED-Staat und MfS standen. Die Desinformationsstrategie der Staatssicherheit umfasste auch, nachgedruckte Programme zum »Tag der Heimat« oder großen Landsmannschaftstreffen in Umlauf zu bringen, die falsche Angaben über Ort und Zeit der Veranstaltungen enthielten, um ein organisatorisches Chaos anzurichten. Sogenannte SED- oder FDJ-Dreiergruppen statteten in West-Berlin den Inhabern der Lokale, die ihre Gasträume für Heimatkreistreffen von Landsmannschaften zur Verfügung stellten, Besuche ab, um diese so stark unter Druck zu setzen, dass sie ihre Vermietung rückgängig machten. Zu den Treffen der Landsmannschafts-Heimatkreise in West-Berlin wurden des weiteren geschulte SED-Kader, »ausgerüstet mit der Ideologie der Arbeiterklasse«, gesandt, die dort offensiv für die Oder-Neiße-Grenze, die Akzeptanz der deutschen Gebietsverluste als Folge der Niederlage des verbrecherischen Hitlerkriegs und für die DDR-Friedenspolitik warben. Kannte die Staatssicherheit die Personalien von DDR-»Umsiedlern«, die zu Vertriebenentreffen nach West-Berlin fuhren, wurden diese zu einem »klärenden Gespräch« bei MfS-Dienststellen vorgeladen. Auch verschärften MfS und Transportpolizei die Kontrollen an den Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin zu Zeiten von größeren Vertriebenentreffen.²⁵

Den Besucherstrom im »Haus der ostdeutschen Heimat« im Westteil Berlins beobachtete das MfS kontinuierlich durch professionelle Geheimdienstmitarbeiter, die in gegenüberliegenden konspirativen Wohnungen einquartiert waren. Die hauptamtlichen Mitarbeiter der West-Berliner Vertriebenenzentrale waren dem MfS durch eigene Recherchen bekannt. Man suchte ständig nach Anhaltspunkten für die Spitzelanwerbung aus diesem Personenkreis. So gelang es mit teilweisem Erfolg, zeitweilig männliche Angestellte aus dem »Haus der ostdeutschen Heimat« durch »Anschleusung weiblicher Geheimer Informanten« als Spitzel zu gewinnen. Alle vorhandenen »Geheimen Mitarbeiter« in »Umsiedler«- beziehungsweise Vertriebenenkreisen waren

angewiesen, jede sich nur bietende Gelegenheit zu nutzen, das »Haus der ostdeutschen Heimat« aufzusuchen, um alle möglichen Informationen für Ost-Berlin in Erfahrung zu bringen.²⁶ Den Besucherstrom von DDR-»Umsiedlern« zu den Vertriebenentreffen in West-Berlin konnte das MfS nicht stoppen. Dieser endete erst mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961.

Literatur und das Thema »Umsiedler« und Flüchtlinge

Der Versuch des DDR-Staates, Flucht, Vertreibung, Heimatverlust nachträglich zu entdramatisieren, herunterzuspielen, zu verschweigen, gelang in Kunst und Kultur nur unzureichend. In Prosa und Lyrik, in Theaterstücken und Filmen²⁷ wurde diese Thematik immer wieder aufgegriffen.²⁸ Gerade Schriftstellerinnen und Schriftsteller thematisierten den dramatischen und Opfer fordernden Verlauf von Flucht und Vertreibung, den Schmerz über den Verlust der Heimat sowie in der Schilderung von Einzelschicksalen das Nicht-Ankommen in der neuen Heimat oder die Auseinandersetzungen mit der alteingesessenen Bevölkerung. An je einem Beispiel aus dem Bereich der Literatur soll dies für jedes Jahrzehnt der DDR-Existenz exemplarisch illustriert werden.

1950/1953 veröffentlichte Anna Seghers (1900-1983), namhafte Exilautorin und Kommunistin, einen Zyklus von sechs Erzählungen – »Friedensgeschichten« genannt.²⁹ Seghers Erzählungen waren deshalb interessant, da sie gerade zu einer Zeit veröffentlicht wurden, als das »Umsiedler«-Thema SED-gewollt aus der Öffentlichkeit verschwinden sollte. In den Erzählungen werden der Heimatverlust, die Schrecken der Flucht und der Schock der Ankunftserfahrungen zur Sprache gebracht. Die Kurzerzählung »Die Umsiedlerin« beginnt mit dem Satz: »Eine Frau namens Anna Nieth, die Ende des Krieges beim Einzug der Polen aus ihrer Provinz mit vielen Schicksalsgefährten nach Westen gezogen und schließlich in dem kleinen Dorf Lossen hängengeblieben war, fühlte sich dort nach drei Jahren noch ebenso schlecht wie am ersten Tag.«³⁰ Dieser erste Satz zeigt einen DDR-typischen Umgang mit Flucht und Vertreibung – thematisieren, verschweigen, ungenau bleiben. Woher kamen Anna Nieth und ihre sogenannten Schicksalsgefährten – aus dem deutschen Osten – Schlesien, Ostpreußen, Pommern, aus Polen? Wer

zog – Polen oder die Rote Armee – und warum wohin ein? Seghers problematisierte das gespannte Verhältnis zwischen der Altbevölkerung und den Flüchtlingen sowie die auch drei Jahre nach der Ankunft nicht in Ansätzen erfolgte Integration der »Umsiedler«. Schaut man ausschließlich auf die Erzählung »Die Umsiedlerin« könnte schnell die Meinung entstehen, Seghers habe eine konforme Literatur zur offiziellen SED-»Umsiedlerpolitik« publiziert.³¹ Aber in vier der sechs Kurzerzählungen kam die Autorin immer wieder auf das Thema zurück. Nimmt man die Sammlung der Geschichten insgesamt ins Blickfeld, so wird deutlich, dass Anna Seghers nicht tabuisierte. So hieß es deutlicher in der Kurzerzählung »Der Kesselflicker«: »Franz Bandusch«, der Kesselflicker, [...] »hat außer dem Bein auch seine Heimat verloren. Er besaß vor dem Krieg eine Klempterei in Schlesien [...]«³². Das Grauen der Flucht wird im Text »Das Erntedankfest« knapp aber deutlich angemerkt: »Zerfetzt und verdreht, mit zerrissenen Schuhen und blutenden Füßen, im Innern von Angst, Verzweiflung und Lügen vergiftet, so daß es ihn juckte und brannte [...], kam Anton Bandusch mit seiner zu Tode erschöpften Frau bei Kriegsende nach dem Dorf Hagewald in Brandenburg.«³³

Als ein Beispiel für die 1950er und beginnenden 1960er Jahre steht der in Tilsit/Ostpreußen geborene Lyriker Johannes Bobrowski (1917-1965), der sich des Themas »Heimat und Vertreibung« annahm. In seinen Gedichten brachte er seine tiefe Verbundenheit zu seiner ostpreußischen Heimat zum Ausdruck und schilderte das jahrhundertelange Zusammenleben von Deutschen, Litauern, Polen, Russen und Juden im memelländischen Grenzgebiet. 1961 erschien sein erster Gedichtband »Sarmatische Zeit«, 1962 »Schattenland Ströme«, 1964 der Roman »Levins Mühle« und 1966 die Erzählung »Litauische Claviere«.³⁴ Ins Visier der Staatssicherheit geriet Bobrowski wegen der Inhalte seiner Gedichte. In MfS-Unterlagen³⁵ von 1964 war zu lesen: »Viele Gedichte widmet Bobrowski seiner einstigen Heimat; er zeichnet schöne, von sanfter Trauer beschattete Bilder. Hierbei erhebt sich – bei allem Verständnis für die Liebe zum Land seiner Kindheit – die Frage: warum in unserer Zeit eine Veröffentlichung dieser Gedichte? [...] Besteht nicht die Gefahr, bei den Umsiedlern nutzlose Gefühle zu schüren und in gewisser Weise die Demagogie und Heuchelei [...] der sogenannten Vertriebenenverbände zu unterstützen?«³⁶ Die Furcht, Bobrowskis Lyrik könnte die »Heimatsehnsucht der Umsiedler« wieder wachrufen und den Vertriebenenverbänden in der Bundesrepublik politisch in

die Hände spielen, wehrten letztlich SED-Kulturfunktionäre mit dem Argument ab: Bobrowskis Gedichte würden »wegen ihrer ausgesprochenen Massen-Unwirksamkeit keine ernste Gefahr«³⁷ darstellen. Das Publikationsverbot unterblieb.

Der Roman »Kindheitsmuster«³⁸ von Christa Wolf (1929-2011) aus dem Jahr 1976 wurde zu einem bedeutenden Vertreibungsroman der DDR erklärt, obwohl er dies im engeren Sinn nicht war. Trotzdem rührte die Schriftstellerin mit vielen Sätzen, Aussagen und ganzen Textpassagen am Flucht- und Vertreibungstabu. Wolf hinterfragte die SED-Sprachregelung »Umsiedler« kritisch, sie reflektierte über den Heimat-Begriff und forderte ein Zulassen von »Heimweh« und »Trauer« über den Verlust der Heimat. Im Roman hieß es: »Die Flucht« zum Beispiel – wenig beschrieben. Warum? [...] Weil dem Gegenstand etwas Heikles anhängt? Allein das Wort [...] Es verschwand später. Aus Flüchtlingen wurden Umsiedler – ein Ausdruck, der zu Recht« jene erst nach Kriegsende »aus den polnischen und tschechischen Gebieten Ausgesiedelten bezeichnet, die nicht geflohen waren. Nelly [die Romanheldin] aber und ihre Verwandten näherten sich fluchtartig Schwerin – nannten sich noch Jahre nach dem Krieg »Flüchtling« – und glaubten zu wissen, wovor sie flohen. Bloß dem Russen nicht in die Hände fallen [...]«³⁹ Christa Wolf streifte zurückhaltend das heikle Vergewaltigungsthema, indem sie die diesbezügliche Verdrängungsbereitschaft der Flüchtlinge anklingen ließ: »Der Vorrat an Vergessenem wuchs.«⁴⁰ Sie thematisierte die inzwischen bekannte These in der Geschichtswissenschaft, dass die Flucht- und Vertreibungserfahrung von den betroffenen Generationen verschieden erlebt und »bewältigt« wurde: »Die Alten damals, die wußten, wie bald sie vergangen [...] sein würden, verhielten sich [...] still. Ihre Söhne und Töchter fühlten sich als die eigentlich Betroffenen und die eigentlichen Verlierer, und daraus leiteten sie das Recht her, zu jedermann ungerecht zu sein, besonders aber zu den Alten, die ihr Leben gelebt, und zu den Jungen, die es noch vor sich hatten. Sie aber, sie hatten sich das Leben sauer verdienen müssen, aus dem man sie nun vertrieb[!].«⁴¹

Die große Anzahl an Leserbriefen in Reaktion auf das Erscheinen des Buches Mitte der 1970er Jahre war für Christa Wolf überwältigend und spiegelte das Bedürfnis der Betroffenen wider, darüber öffentlich reden zu können.⁴² Eine Leserin schrieb 1977 in einem Brief, der in einer Literaturzeitschrift abgedruckt wurde: »Viele wichtige Worte sind

heute kaum noch im Gebrauch [...] Deutschland bzw. [der] Begriff der alten deutschen Heimat. [...] Beim Lesen dieses Buches empfand ich erleichternd, daß darüber gesprochen wurde, ohne Sentimentalität [wurde eingestanden], daß es ein Gefühl wie Heimweh gab. [...] Wir Nichtbetroffenen sind betroffen, wenn diese [...] Worte [...] im Sprachgebrauch wieder auftauchen: Der junge Pole damals [...] sprach zu mir von der ›alten deutschen Stadt Breslau‹, ohne Ironie, während ich mir die Zunge am Wrocław verdrehte.«⁴³

Auch in die 1970er Jahre gehörten verschiedene Romane des Oberschlesiers Werner Heiduczek (1926-2019), die sich zum Teil autobiografisch auf das Flucht- und Vertreibungsgeschehen bezogen.⁴⁴ Der Autor schilderte ungeschönt die Vergewaltigungen, Hassgefühle und Grausamkeiten der sowjetischen Soldaten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung. »In der Nacht darauf wurde Ellen zum zweiten Mal vergewaltigt. An der Elbe hatten uns sowjetische Soldaten gefaßt. Sie bedeuteten uns [...] mit auf die Kommandantur zu kommen [...], wo wir ein Dokument erhalten sollten. [...] Aber sie logen. [...] In der Nacht holten sie Ellen heraus und noch zwei andere. [...] Mit dem, was in der Nacht und am folgenden Morgen auf diesem Bauernhof geschah, bin ich all die Jahre über nicht fertig geworden. [...] Ellen war zwei oder drei Stunden fort. Sie kam beim frühen Licht des Tages. [...] Ellen hatte den Gang, den Frauen nach so etwas haben: ein wenig plattfüßig, die Knie nach auswärts gebogen, den Körper aufgerichtet, ein Hohlkreuz. Sie gehen durch die Welt, die alle Farben verloren hat, eckig, wie schlecht geführte Marionetten. [...]«⁴⁵

Die Veröffentlichung von Heiduczeks Roman »Tod am Meer« 1977 zog einen politischen Eklat nach sich. Der sowjetische Botschafter in der DDR, Pjotr A. Abrassimow, protestierte offiziell beim SED-Politbürochef Erich Honecker wegen der Erlaubnis der DDR-Behörden, das Buch zu veröffentlichen. Über den »Vorfall Heiduczek« hielt ein Spitzelbericht des MfS im Juli 1978 fest: »In einer der letzten Politbürositzungen, in der Mitglieder des Präsidiums des Schriftstellerverbandes anwesend waren, habe Honecker sich erheblich [über das Erscheinen des Buches in der DDR ...] aufgeregt und erklärt, ihm sei in 28 Jahren Mitgliedschaft im Politbüro niemals so etwas vorgekommen, daß es wegen eines Buches, eines schöngeistigen Buches, eine offizielle Demarche der Sowjetunion gebe, und wie das möglich sei. Er habe eine Einschätzung dieses Buches verlangt [...].«⁴⁶

Im Jahr 1985 erschien von Ursula Höntsch-Harendt (1934-2000) der Roman »Wir Flüchtlingskinder«.⁴⁷ Die Autorin widmete sich der Vertreibungsthematik, aber noch intensiver der Schilderung des Neuanfangs junger Vertriebener in der SBZ und frühen DDR. Deutlicher als andere DDR-Autoren zuvor versuchte Höntsch, sich dem SED-Postulat von der »totalen Assimilierung der Umsiedler« mit ihren Erinnerungen zu widersetzen. Die Autorin leitete ihren Roman mit diesen Worten ein: »Die Geschichte, die hier erzählt werden soll, ist die Geschichte der Familie Hönow aus dem Schlesischen. Sie trug sich zu während der Völkerwanderung unseres Jahrhunderts, als über zehn Millionen Menschen auf der Suche waren nach einer neuen Heimat, westlich von Oder und Neiße. Vierzig Jahre ist das her! Was damals geschah und damals schmerzte, ist überwunden, aber nicht vergessen. [...] Wovon ich erzählen will, ist auch ein Stück Geschichte meines Volkes [...].«⁴⁸ Der vom Mitteldeutschen Verlag Halle, Leipzig, beigegebene Klappentext war noch deutlicher: »Die Hönows gehen auf die Flucht vor der heranrückenden Roten Armee, gezwungen von den Faschisten. Sie lassen alles zurück. [...] Als sie [nach Kriegsende] in die Heimatstadt zurückkehren, finden sie nichts Heimatliches mehr vor: die Nachbarn nicht, nicht Hausrat und Spielzeug [...] Verträge werden geschlossen, die auch die Hönows betreffen: Die Grenzen verlaufen jetzt an Oder und Neiße [...].«⁴⁹

Mit ihrem Roman bewies sie auch, dass es dem Staat und der SED nicht gelungen war, private Erinnerungen der Flüchtlinge und Vertriebenen, ihren persönlichen Schmerz und Verlust, auszulöschen. Ein politisch wichtiger Satz dazu lautete im Buch: »Niemand von den Hönows hat die Aussiedlung vergessen, weil kein Mensch vergißt, woher er gekommen ist.«⁵⁰

Höntsch brach mit weiteren Tabus, die sich auf vereinfachte Erklärungen, auf ideologische Rechtfertigungen und Halbwahrheiten der SED-Führung zum Vertreibungsthema bezogen. Nach dem Motto – Tatsachen müssen wahrhaftig benannt werden – ließ sie ihre Romanfiguren, besonders die älteren Vertriebenen, in verschiedenen Episoden zu Wort kommen – wie beispielsweise: »Ja, [...] Deutschland hat den Krieg angezettelt und [...] viel Schuld auf sich geladen. [...] Und [man] verstünde, wenn die Besatzungsmächte auf Jahrzehnte in Deutschland blieben, [...] aber den Verlust eines ganzen Viertels deutschen Grund und Bodens, nein, den könne [man] nicht verstehen.«⁵¹ Und eine – hier

letztgenannte – Episode aus dem Buch glich einer Erfahrung, die viele Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR machen mussten: »Vater mußte einen Personalbogen [im Betrieb] ausfüllen und schrieb als Geburtsort »Reichenbach in Schlesien«, was ihm übel ausgelegt wurde, weil es Schlesien ja nicht mehr gäbe. Nach langem Hin und Her einigte man sich auf »ehemals Schlesien«, was Vater aber auch noch kränkte.«⁵²

Was Ursula Höntsch 1985 ihre Romanfiguren aussprechen ließ, stand in keinem DDR-Geschichtsbuch. Ihr Buch enthielt mehr historische Fakten und Wahrheiten als in der wissenschaftlichen historischen Literatur bis 1989 nachzulesen war.

In den 1980er Jahren konnte in der Öffentlichkeit der DDR-Gesellschaft beobachtet werden, dass das Tabuthema Flucht und »Umsiedlung« immer mehr zur Sprache kam. Dies betraf zum einen die individuellen Schrecknisse der Vertreibungserfahrung und zum anderen das Trauma des tiefgreifenden Konflikts zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und den vertriebenen Fremden. Die Erinnerung an Flucht, Vertreibung und frühere deutsche Ostgebiete schien vorsichtig und ansatzweise ein legitimer Teil der DDR-Geschichte zu werden. Inhaltsschwere Worte wie »Flüchtlinge« und »Vertreibung«, landsmannschaftliche Identitäten oder Vertreibungsverbrechen wurden allmählich aus dem Bannkreis des Verschweigens entlassen. Das SED-Tabuisierungsgebot galt hingegen ungebrochen weiter für jede laut ausgesprochene Überlegung oder gar Diskussion über den Sinn und die Rechtmäßigkeit der Vertreibungen der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges und danach. Ein nachträgliches Infragestellen von Ziel und Zweck des Vertreibungsgeschehens oder gar eine Problematisierung von Grenzfragen – zum Beispiel zwischen Polen und der UdSSR oder zwischen Polen und der DDR – waren und blieben bis 1989 absolutes Tabu.

DDR-Revanchismuskampagnen⁵³ gegen den Bund der Vertriebenen und seine Funktionäre

Die Politik der SED bezüglich der Bundesrepublik umfasste als strategisches Ziel, die Bundesrepublik zu destabilisieren, eine revolutionäre Umwälzung herbeizuführen und die Wiedervereinigung Deutschlands zu östlichen Bedingungen zu befördern. In der politischen Praxis verschob sich seit Beginn der 1960er Jahre die Priorität hin zur Einfluss-

nahme auf die Bundesrepublik, um die staatliche Anerkennung der DDR zu befördern. Je näher die SED diesem Ziel aber kam, umso energischer versuchte sie, die historischen, kulturellen und verwandtschaftlichen Westbindungen der DDR-Bevölkerung zu erschweren oder zu unterbinden. Hierzu zählten auch die deutsch-deutschen Kontakte, die auf landsmannschaftlichem Zusammenhalt basierten. Mit dem Grundlagenvertrag von 1972 fanden beide Seiten ein geregeltes Nebeneinander. Die Bundesrepublik akzeptierte die DDR als zweiten deutschen Staat, ohne ihn völkerrechtlich anzuerkennen. Auf diese völkerrechtliche Anerkennung arbeitete die SED bis 1989 hin, letztlich vergeblich. In der Bundesrepublik verstanden sich der Bund der Vertriebenen und die ostdeutschen Landsmannschaften als Avantgarde in der nationalen Frage. Ihre grundlegenden politischen Ziele lauteten zusammengefasst in vier Punkten:

1. keine Anerkennung der DDR und kein Sonderstatus für West-Berlin,
2. keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, keine Annullierung des Münchner Abkommens,
3. Wiederherstellung eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 und
4. friedliches Rückkehrrecht für die Vertriebenen in die alten ost- und sudetendeutschen Gebiete.⁵⁴

Im Wirken der Vertriebenenverbände sah die SED-Führung einen Angriff auf die Existenz der DDR, auf deren staatliche Souveränität und auf ihren politischen Führungsanspruch. Für die SED und das MfS gehörten sie zu den Organisationen in der Bundesrepublik, die sie als »Führungszentren der politisch-ideologischen Diversion« bezeichneten und der politischen Unterwanderung der DDR, mit dem Ziel ihrer »Liquidierung«, bezichtigten.

Zwischen 1960 und 1963 begannen im SED-Auftrag die Dienststellen des MfS damit, das Führungspersonal des BdV und der ostdeutschen Landsmannschaften systematisch nach möglichen politischen Verstrickungen in das NS-System zu überprüfen. Ziel und Zweck der Recherche bestand von Anfang an darin, nachzuweisen, dass die Funktionäre der Vertriebenenverbände durchweg eine »faschistische Vergangenheit« besaßen und der Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten im Bund der Vertriebenen und in den Landsmannschaften umfassend



Propagandafoto einer »Umsiedlerfamilie«, Januar 1957. In der Original-Bildbeschreibung der Agentur ADN heißt es: »Der jetzt 28jährige Erhard Schmidt siedelte vor einigen Jahren aus der CSR in die DDR über und arbeitete in der Landwirtschaft. 1950 begann er seine Arbeit als Richthelfer im Stahl- und Walzwerk Riesa [...]. Durch gute Arbeit und seine Zuverlässigkeit wurde er dann als Betriebskontrolleur eingesetzt. [...] So fand der ehemalige Umsiedler, der mit seiner Familie heute ein Haus der Arbeiterwohnungsbau-Genossenschaft mit Garten bewohnt, eine neue Heimat und eine gesicherte Existenz in der Deutschen Demokratischen Republik. Abends hilft Eduard Schmidt oftmals noch seiner Tochter Elvira bei den Hausaufgaben.«

war.⁵⁵ Die SED-Propagandakampagnen richteten sich unter anderem gegen den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer⁵⁶, den BdV-Präsidenten Hans Krüger oder gegen den Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Walter Becher.⁵⁷

In diesen Kampagnen, die durchaus Wirkung in der westdeutschen und internationalen Öffentlichkeit erzielten, machten sich SED und MfS nicht immer die Mühe, bei der tatsächlich vorhandenen NS-Belastung von Vertriebenenfunktionären zwischen Angepassten, Opportunisten, Mitläufern, Schreibtischtätern und aktiven Tätern zu unterscheiden. Für die Beschuldigung und Diskreditierung dieser Funktionäre und den gegen sie gerichteten »Faschismusvorwurf« reichte unterschiedslos der Nachweis einer Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SS oder einer

anderen nationalsozialistischen Gliederung aus.⁵⁸ Die Veröffentlichung des DDR-Braunbuches 1965⁵⁹ – das maßgeblich von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS erarbeitet wurde – stellte sich als Propagandaerfolg für die SED heraus. Allein bis 1968 sollen nach Angaben der SED »mehr als 300 Nazi- und Kriegsverbrecher in der BRD ihren Posten« niedergelegt haben. Auf dem Höhepunkt des Kampfes um die staatliche Anerkennung der DDR 1969/70 zeichnete die SED-Propaganda das nicht falsche, aber vereinfachte Bild von einer »Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen, der zweitgrößten Massenorganisation der Bundesrepublik, mit Nazis«. Vertriebenenpolitiker, die klare Gegner der NS-Diktatur gewesen waren oder Distanz zum Regime gewahrt hatten, wurden hingegen nie erwähnt. Der BdV mit seinen 14 Spitzenfunktionären in Vorsitz und Präsidium wies 1969 fünf politisch Unbelastete auf. Von den formal NS-verstrickten neun belasteten Spitzenfunktionären müssen mindestens vier nach heutigem Kenntnisstand als überzeugte Nationalsozialisten bezeichnet werden. Der Anteil von NSDAP-Mitgliedern in der BdV-Führung war im Vergleich zur Gesamtgesellschaft und zur Gruppe der Vertriebenen überdurchschnittlich hoch. Die von der SED vorgebrachten und vom MfS recherchierten Sachverhalte gegen die Funktionäre der Vertriebenenverbände waren im Kern zutreffend, wenngleich die ostdeutsche Seite Fakten und Zusammenhänge pauschalisierte und übertrieb.⁶⁰ Doch das eigentliche Kapital der SED war die Tatsache, dass die politischen Eliten in der Bundesrepublik und auch die Vertriebenenverbände jahrzehntelang nicht sehen wollten, welche Hypothek sie mit sich trugen. So haben bis in die Gegenwart hinein die ostdeutschen Landsmannschaften kaum die Verstrickungen ihrer Spitzenfunktionäre in das NS-System tatsächlich aufgearbeitet.⁶¹

Die Suche nach der NS-Vergangenheit von Vertriebenenpolitikern blieb eine bis 1989 andauernde Aufgabe der Staatssicherheit. Unter diesem Vorzeichen wurden Personendossiers über die Vertriebenenpolitiker Waldemar Kraft, Linus Kather, Alfred Gille, Heinrich Windelen, Johann Baptist Gradl, Herbert Hupka⁶² oder Herbert Czaja geführt. Noch im Juli 1988 hieß es bei der zuständigen MfS-Recherche-stelle: »Ein Nachweis, daß Dr. Czaja [BdV-Präsident] Angehöriger der SS war, konnte bisher nicht erarbeitet werden.«⁶³

SED und MfS unterstellten der CDU/CSU-Bundesregierung unter Konrad Adenauer, dann unter Ludwig Erhard, per se Vertreter einer

»revanchistischen Eroberungspolitik« zu sein. Es war ein Anliegen der SED-Führung, der SPD gleiche »revanchistische Ziele« vorzuwerfen. So machte die SED in ihrer Revanchismuspropaganda keinen Unterschied zwischen den bundesdeutschen Parteien CDU/CSU und SPD. Die SED-Spitze erklärte, dass die Vertriebenenfunktionäre in SPD-Führungskreisen ebenso »eifrig Kalte Krieger« seien wie die in der CDU/CSU. Ost-Berlin schreckte in diesem Zusammenhang nicht davor zurück, den Sozialdemokraten Wenzel Jaksch, Präsident des BdV von 1964 bis 1966 und nachweislich ein Gegner des Nationalsozialismus, der während der NS-Zeit emigrieren musste, mit einer diffamierenden Kampagne zu überziehen. Die SED-Agitatoren verunglimpften den SPD-Politiker und Vertriebenenfunktionär mit unglaublichen Vorwürfen und Titeln wie »Heim-ins-Reich-Krieger« und »Volk-ohne-Raum-Ideologe«, das heißt sie beschimpften ihn als »Nazi«. ⁶⁴

Revanchismuskampagnen betrieben SED und Staatssicherheit nicht nur gegen Vertriebenenfunktionäre, sondern auch gegen die Vertriebenenverbände insgesamt. ⁶⁵ In martialischer Kalter-Krieger-Manier verleumdete man öffentlich zum Beispiel die großen Landsmannschaftstreffen der Schlesier, Pommern, Sudetendeutschen oder Ost- und Westpreußen jedes Jahr zu Pfingsten als kriegsvorbereitende Aufmärsche gegen die DDR, Polen, die ČSSR und die Sowjetunion. Diese ihre Wirkung nicht verfehlende Verbreitung der Revanchismusvorwürfe gegen den Bund der Vertriebenen blieb eine stete Aufgabe des MfS und der SED-Propaganda bis 1989. ⁶⁶

Anmerkungen

¹ Vgl. Amos, Heike: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, München 2009, S. 11-32; Hoffmann, Johannes; Wille, Manfred; Meinicke, Wolfgang: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, in: Dies. (Hg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, S. 12-26, hier: S. 19; Schwartz, Michael: Kriegsfolgelasten und »Aufbaugesellschaft«. Vertriebene, Bombengeschädigte und Kriegsbeschädigte in den langen fünfziger Jahren der DDR, in: Hoffmann, Dierk et al. (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003, S. 165-189, hier: S. 185f.; Ders.: Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR

- und in der Bundesrepublik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 56. Jg. (2008), S. 101-151; Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 41-48, 62-68; Zusammenstellung der Heimkehrer und Umsiedler, 9. Januar 1950, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Berlin); SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/392, Bl. 4, 5.
- 2 Vgl. Wille, Manfred: SED und »Umsiedler« – Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt, in: Hoffmann, Dierk; Schwartz, Michael (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 91-104, hier: S. 94-96; Schwartz, Michael: Apparate und Kurswechsel. Zur institutionellen und personellen Dynamik von »Umsiedler«-Politik in der SBZ/DDR 1945-1953, in: Hoffmann; Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? 1999, S. 105-135.
 - 3 Vgl. Schwartz, Michael: Tabu und Erinnerung. Zur Vertriebenen-Problematik in Politik und literarischer Öffentlichkeit der DDR, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 51. Jg. (2003), S. 85-101, hier: S. 87; Ders.: Apparate und Kurswechsel, S. 128f.
 - 4 Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 25-28; Schwartz: Apparate und Kurswechsel, 1999, S. 128f.; Vorschläge zur Arbeit der Abteilung Bevölkerungspolitik des Ministeriums des Innern, 27. September 1952, in: SAPMO-BA DY 30 IV2/13/392, Bl. 80-82; Richtlinien und Argumente zur Ausstellung über die Westgebiete Polens, August 1948, in: Ebd., DY 30 IV 2/9.02/59, Bl. 93-95.
 - 5 Vgl. Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 24-26; Wille, Manfred: Die Vertriebenen und das politisch-staatliche System der SBZ/DDR, in: Hoffmann, Dierk; Krauss, Marita; Schwartz, Michael (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000, S. 203-217, hier: S. 216f.; Abdruck des Gesetzes in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950, S. 1199f.
 - 6 Vgl. DDR-Staatssekretär für Inneres an die Hohe Kommission der UdSSR in Deutschland, 20. Oktober 1953, in: Bundesarchiv Berlin (BAB) DO 2/49.
 - 7 MfS-Staatssekretär an MfS-Verwaltung von Groß-Berlin, 10. April 1951, in: Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin, (BStU) MfS BdL/Dok.003671, Bd. 1; Umsiedlerkonzentrationen im Bezirk Neubrandenburg, Dezember 1955, in: Ebd., MfS BV Neubrandenburg XX 264, Bl. 2-19, 36, 49-51; Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 50-54.
 - 8 Name aus Personenschutzgründen geschwärzt.
 - 9 MfS-Kreisdienststelle Prenzlau, 26. Februar 1959, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 260, Bl. 138.
 - 10 Vgl. Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 49-54.

- 11 Die DDR gliederte sich territorial in 14 Bezirke und Ost-Berlin.
- 12 Vgl. Vorhandene Geheime Informanten, die Umsiedler sind, März 1959, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 235, Bl. 61; Inoffizielle Mitarbeiter, die Umsiedler sind, Februar 1959, in: Ebd., Bl. 67.
- 13 Vgl. Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 66-68; Analyse auf dem Sachgebiet Umsiedler und Landsmannschaften, Dezember 1961, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 234, Bl. 78-85; Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und in Westdeutschland, Ende 1960, in: Ebd., MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 107-137.
- 14 Bericht: Revanchistische Landsmannschaften und ihre Einrichtungen, 25. Juni 1965, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 235, Bl. 78.
- 15 Vgl. Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 32-42; Schwartz, Michael: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategie in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2004, S. 535-537. Vgl. dazu auch den Beitrag von Gundula Bavendamm und Carl Bethke im vorliegenden Band.
- 16 Vgl. Informationen und Teilergebnisse auf dem Arbeitsgebiet ehemalige Umsiedler, 1965; Zwischenbericht Kriminalakte »Schneefest«, 30. November 1966 in: BStU MfS HA XX 12700 (gesamte Akte).
- 17 Vgl. Information über geplante »Heimattreffen«, April 1975, in: BStU MfS Ast. Cottbus AKG 3888, Bl. 289-292; Treffen ehemaliger Bürger aus Triebel, jetzt VR Polen, Juli 1975, in: BStU MfS Ast. Cottbus AKG 4907, Bl. 105-107; Treffen ehemaliger schlesischer Bürger, April 1975, in: Ebd., AKG 4891, Bl. 41.
- 18 Vgl. Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 249; Schwartz: Tabu und Erinnerung, 2003, S. 85, 95f.
- 19 Vgl. Amos, Heike: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989, München 2011, S. 7-24; Steinert, Johannes Dieter: Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie. Westdeutschland 1945-1949, in: Bade, Klaus J. (Hg.): Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, München 1990, S. 61-80, hier: S. 68-78; Weiß, Hermann: Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursache, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a. M. 1995, S. 244-264, hier: S. 248f.
- 20 Vgl. Stickler, Matthias: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzung der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2002, S. 37; Handbuch. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Bonn 1996, S. 31-144; Übersicht über revanchistische Tätigkeit der Landsmannschaften in der Bundesrepublik, 1959, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 417-430. In der Landsmannschaft der Ungarndeutschen waren z. B. um 1955

rund 19.000 von insgesamt 169.000 vertriebenen Ungarndeutschen organisiert, d. h. etwa 10 Prozent.

- 21 Vgl. Staatssekretär Mielke an MfS-Verwaltung Groß-Berlin, 10. April 1951, in: BStU MfS BdL/Dok. 003671, Bl. 1; Feindliche Tätigkeit der Umsiedlerlandmannschaften, 7. Juni 1951, in: Ebd., MfS AOP 11315/64, Bl. 401.
- 22 Vgl. Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 44-58; Plan zur Vorbereitung massenpolitischer Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL, Juli und September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 385-393.
- 23 Vgl. Plan zur Vorbereitung massenpolitischer Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL, Juli und September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 385-387; Landmannschaftstreffen, September 1958, in: Ebd., MfS AOP 11315/64, Bd. 2, S. 164-168.
- 24 Vgl. Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 65-84.
- 25 Vgl. Maßnahmeplan zum »Tag der Heimat« in Westberlin, 25. Juli 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 276-280; Einsatz von IMs zum »Tag der Heimat«, 3. September 1961, in: Ebd., MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 281; MfS-Minister: Revanchistentreffen, 4. September 1960, in: Ebd., MfS BdL/Dok. 000658, Bl. 1-4; Stand der Auswertung zum Revanchistentreffen, September 1960, in: Ebd., MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 242, 243.
- 26 Vgl. Plan zur Koordinierung auf der Linie Landmannschaften, 1. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 133-138.
- 27 Beispiele: DDR-Fernsehserien von Helmut Sakowski »Wege übers Land« (DDR 1968) und »Daniel Druskat« (DDR 1976). Beide Filme/Serien erschienen auch als Romane. Vgl. Sakowski, Helmut: Wege übers Land, Berlin (Ost) 1984; Ders.: Daniel Druskat, Berlin (Ost) 1976; Dokumentarfilm von Thomas Grimm: Umsiedler. Versuch eines filmischen Protokolls (DDR 1986).
- 28 Vgl. Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 232-249, 268-270.
- 29 Vgl. Seghers: Friedensgeschichten: »Das Urteil«, »Die Umsiedlerin«, »Der Traktorist«, »Der Kesselflicker«, »Der Landvermesser«, »Das Erntedankfest«, in: Erzählungen 1945-1951, Berlin (Ost) 1981, S. 271-292.
- 30 Seghers: Die Umsiedlerin, in: Erzählungen 1945-1951, S. 272-278, hier: S. 272.
- 31 Vgl. Mehnert, Elke: Ankunft in Deutschland: Vertriebene versus Umsiedler. Ostdeutsche Perspektiven auf ein Kapitel gesamtdeutscher Nachkriegsgeschichte, in: Kroll, Franz-Lothar (Hg.): Ost-westliche Spiegelungen. Beiträge zur deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts, Berlin 2005, S. 95-104, hier: S. 97f.; Hähnel-Mesnard, Carola: Narrative der Flucht, Vertreibung und Integration in der DDR-Literatur der 1950er Jahre, in: Das Treibhaus. Jahrbuch für die Literatur der fünfziger Jahre, Bd. 4, München 2009, S. 121-143; zu Seghers Erzählung schon bei Schwartz: Tabu und Erinnerung, 2003, S. 88f.

- ³² Seghers: Der Kesselflicker, in: Erzählungen 1945-1951, S. 282.
- ³³ Seghers: Das Erntedankfest, in: Erzählungen 1945-1951, S. 291.
- ³⁴ Vgl. Bobrowski, Johannes: Gesammelte Werke in sechs Bänden, Berlin (Ost) 1987.
- ³⁵ Bobrowski, 1962, in: BStU MfS AOP 766/68, Bd. I, Bl. 102; Sachstandsbericht »Ahornkreis« – Materialsammlung zur Erhärtung des Verdachts der staatsgefährdenden Hetze und Propaganda, 18. August 1964, in: Ebd., Bl. 191-200.
- ³⁶ Einschätzung Johannes Bobrowski, 1. September 1964, in: BStU MfS AOP 766/68, Bd. II, Bl. 67.
- ³⁷ Ebd.
- ³⁸ Vgl. Wolf, Christa: Kindheitsmuster, Berlin (Ost)/Weimar 1976.
- ³⁹ Ebd., S. 417.
- ⁴⁰ Ebd., S. 419; vgl. auch Schwartz: Tabu und Erinnerung, 2003, S. 94.
- ⁴¹ Wolf: Kindheitsmuster, 1976, S. 388.
- ⁴² Vgl. die etwa 160 Briefe an Wolf 1976, 1977, in: Archiv der Akademie der Künste (AdK), Christa-Wolf-Archiv Nr. 203, 351, 352.
- ⁴³ Helmecke, Monika: Kindheitsmuster, in: *Sinn und Form. Beiträge zur Literatur*, H. 3, 1977, Berlin (Ost), S. 680.
- ⁴⁴ Vgl. Heiduczek, Werner: Abschied von den Engeln, Berlin (Ost) 1968; Ders.: Tod am Meer, Halle a. d. Saale 1977.
- ⁴⁵ Heiduczek: Tod am Meer, 1977, S. 76-79.
- ⁴⁶ Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1996, S. 534f.
- ⁴⁷ Höntsch-Harendt, Ursula: Wir Flüchtlingskinder, Halle a. d. Saale/Leipzig 1985.
- ⁴⁸ Ebd., S. 7.
- ⁴⁹ Ebd., Klappentext.
- ⁵⁰ Ebd., S. 152.
- ⁵¹ Ebd., S. 193.
- ⁵² Ebd., S. 222.
- ⁵³ Vgl. Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 119-134; Dies.: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 187-211.
- ⁵⁴ Vgl. Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED, 2009, S. 187; Dies.: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 95-97; Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition, MfS-Ausarbeitung von 1982, in: BStU MfS ZKG 3520.
- ⁵⁵ Vgl. Jahresbericht 1960 über die Agitationstätigkeit des MfS, in: BStU MfS SdM 599, Bl. 83; Vertriebenenfunktionäre und Landsmannschaften, 1962-1964, in: Ebd., MfS ZAIG 9704, Bl. 42-57, 82-91, 149-218.

- ⁵⁶ Vgl. Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Oberländer 1905-1998. Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt a. M. 2000.
- ⁵⁷ Vgl. Rechercheunterlagen über Bonner Revanchistenführer, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bd. 2; zu Walter Becher, in: BStU MfS AP 8616/72.
- ⁵⁸ Vgl. Schwartz, Michael: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das »Dritte Reich«, München 2012.
- ⁵⁹ Vgl. Podewin, Norbert (Hg.): Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft, Berlin 2002 (Reprint der Ausgabe von 1968, Berlin (Ost)).
- ⁶⁰ Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2006, S. 84f.
- ⁶¹ Vgl. Aly, Götz: Zuverlässig. Lob des antifaschistischen Rentners. Reprint des Braunbuches, in: *Süddeutsche Zeitung*, München, 9. August 2002; Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit, 2012.
- ⁶² Zu Herbert Hupka, in: BStU MfS HV A 1047.
- ⁶³ Zu Herbert Czaja, 1988, in: BStU MfS ZAIG 24033, Bl. 116.
- ⁶⁴ Vgl. Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 136-144; Wenzel Jaksch. Ein Arbeiter-Verräter, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488; Jauernig, Edmund: Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde, Berlin (Ost) 1968, S. 10-15; Personalablage zu Jaksch 1960-1964, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 749-783.
- ⁶⁵ Vgl. Stöver, Bernd: Pressure Group im Kalten Krieg. Die Vertriebenen, die USA und der Kalte Krieg 1947-1990, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 53. Jg. (2005), S. 897-911.
- ⁶⁶ Vgl. Revanchistische Tätigkeit der Landsmannschaften in Westdeutschland 1965-1970, in: BStU MfS ZAIG 9705; Dokumentation 1984: Organisierter Revanchismus in der BRD. Arsenal, Rolle und Ziele der Landsmannschaften in der Gegenwart, in: Ebd., MfS HV A 1043.

Heimatvertriebene Christen in der SBZ und DDR – Biografische Schlaglichter zur geistlichen und lebenspraktischen Bewältigung des Vertreibungsschicksals in einem vertriebenen- und kirchenfeindlichen Umfeld

Tilman Fischer

Mit der SBZ/DDR kamen heimatvertriebene Christen aus dem deutschen Osten nicht nur in ein politisches Gebilde, dessen Führung ihr spezifisches Kriegsfolgenschicksal als Vertriebene leugnete und konsequent gegen deren öffentliche Sichtbarkeit als einer der größten Opfergruppen vorging; hiervon zeugt dieser Sammelband in seiner Gänze. Vielmehr handelte es sich zugleich um ein solches Gebilde, das sich der kirchenfeindlichen Lesart des Marxschen Diktums von der Religion als »Opium des Volkes« verpflichtet wusste. Diese führte – zumal in den Staaten des realexistierenden Sozialismus – dazu, dass das »Verhältnis zur Religion und den Gläubigen [...] rein taktisch den jeweiligen Machtressourcen untergeordnet: mal gelitten, mal verfolgt, mal auszurotten versucht [wurde]«. ¹ Was dies im Falle der DDR bedeutete, hat Gerhard Besier umfänglich erforscht und dargestellt. ² Somit fanden sich ostdeutsche Protestanten und Katholiken in einem Umfeld wieder, das gleich zwei ihrer je individuell ausgeprägten Persönlichkeitsmerkmale negierte: sowohl die biografische Zäsur des Heimatverlusts als auch ihr religiöses Bekenntnis und ihre damit zusammenhängende Frömmigkeit. Die Verbindung dieser beiden Negationen ist – im Wortsinne – inhuman. Denn neben die offizielle Leugnung eines subjektiv erfahrenen Schicksals trat der Bruch mit einer Einsicht, die spätestens durch die Aufklärungstheologie etabliert worden war: dass es sich nämlich – in den Worten Johann Joachim Spaldings – bei Religion um eine

»Angelegenheit des Menschen«³ handelt. Wo hingegen Religion als »Opium des Volkes« bekämpft wird, richtet sich dieser Kampf letztlich gegen eine menschliche Veranlagung, der in den Worten Friedrich Schleiermachers eine eigene »Provinz im Gemüthe« zukommt.⁴ Dies ist im Falle der Heimatvertriebenen umso tragischer, als gerade der Religion ein nicht zu unterschätzendes Potenzial für die Bewältigung persönlicher und kollektiver Schicksalsschläge zukommt.

Es bedarf nur eines Blicks auf die Kirchenmitgliedschaftsstatistik der östlichen Bundesländer, um zu zeigen, dass das Projekt einer Entfremdung der Menschen von der Religion verhältnismäßig »erfolgreich« war. Dies könnte nahelegen, der Frage, welche Bedeutung dem christlichen Glauben bei der Bewältigung des Vertreibungsschicksals in der SBZ/DDR zukam, erst gar nicht sonderliche Beachtung zu schenken. Doch nicht zuletzt der Beitrag der Kirchen zur Überwindung der kommunistischen Gewaltherrschaft in Ostmitteleuropa sowie zur Friedlichen Revolution in der DDR verweist auf die Bedeutung und Wirkmächtigkeit, die der persönliche Glaube sowie die kirchliche Bindung für diejenigen annahmen, die am Glauben festhielten. Daher geht diesem Aufsatz die Grundentscheidung voraus, sich eben doch der Gruppe christlicher Heimatvertriebener in der DDR gerade in ihrer doppelten Marginalisierung zuzuwenden – und darin die »»Religion in ihrer Zugehörigkeit zum Menschsein« ernst zu nehmen«, wie sie die liberale Theologie im Anschluss an Spalding bis heute akzentuiert.⁵ Anhand dreier Profile christlicher Theologen – eines katholischen, zweier protestantischer beziehungsweise zweier systemkritischer und eines systemkonformen – soll gefragt werden, welche Bedeutung in dieser Situation Frömmigkeit und Kirche für die Bewältigung des Vertriebenenschicksals zukam und wie wiederum ebendieses Schicksal auf Kirche und Frömmigkeit zurückwirkte. Letzterer Fragerichtung ist zudem ein an die drei Profile anknüpfender schlaglichtartiger Ausblick auf die Frömmigkeitskultur vertriebener Katholiken im Norden der DDR gewidmet.

Joachim Kardinal Meisner – Diasporakatholizismus und schlesische Identität

Die Rahmenbedingungen, unter denen vertriebene Christen aus dem Osten in der SBZ/DDR eine neue Heimat fanden, sind Gegenstand

kirchen- und profangeschichtlicher Forschungen zur Vertriebenenintegration, auf die hier nur verwiesen werden kann.⁶ Freilich sind jedoch einige grundlegende Faktoren zu benennen, die für das Gesamtverständnis erforderlich sind. Dies gilt in besonderer Weise für die Lage der katholischen Flüchtlinge. Sie kamen mit der SBZ in einen geografischen Raum, der – mit wenigen Ausnahmen wie dem Eichsfeld – protestantisch dominiert war. Somit fanden sie sich mit Blick auf das gesamte Gebiet der SBZ beziehungsweise der späteren DDR in der Diaspora wieder. Wo sie sich jedoch ansiedelten, konnten sie dennoch die konfessionelle Landkarte nicht unwesentlich beeinflussen. So kam es etwa durch die Ansiedlung katholischer Flüchtlinge zu einem »regelrechten Neubeginn des Katholizismus seit der Reformation in Norddeutschland«⁷, waren doch etwa mit Stand vom Oktober 1946 in Mecklenburg-Vorpommern etwa 80 Prozent der dortigen Katholiken Flüchtlinge und Vertriebene.⁸

Einer der späteren Kirchenführer, die 1945 als Kinder von Flüchtlingsfamilien in die SBZ kamen, war der Berliner Bischof und Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner. Seine unlängst posthum veröffentlichten Lebenserinnerungen bilden eine wichtige Quelle zur Geschichte des Diasporakatholizismus in der DDR – und reihen sich zugleich in die autobiografische Erinnerungsliteratur deutscher Heimatvertriebener ein. Bereits in seinen Ausführungen zu den Kindheits- und zugleich Kriegsjahren in Schlesien stellt Meisner eine für sein Selbstverständnis entscheidende Beziehung zwischen landsmannschaftlicher und konfessioneller Identität heraus: »Die Schlesier waren dem christlichen Glauben und seiner Tradition gegenüber besonders positiv eingestellt. Jedes Kind wurde darin groß.«⁹ Inwiefern die Erinnerung an Kirchgänge, Kirchenmusik und Maiandachten ihm im Rückblick vielleicht gerade vor dem Kontrast zum atheistischen – und protestantischen – Umfeld der späteren Jugendjahre nach 1945 besonders eindrücklich erscheinen, tut der Tatsache keinen Abbruch – vermag sie womöglich eher gar zu erhellen –, dass Schlesiertum und Katholizismus bei Meisner in einer geradezu symbiotischen Beziehung erscheinen. In jedem Fall scheinen es die Kriegs- und Fluchterfahrungen gewesen zu sein, die zu einer Intensivierung der eigenen Religiosität beigetragen haben. Hiervon zeugt der eindrückliche Bericht eines Mariengebetes, welches die Mutter mit ihren Kindern in hoffnungsloser Lage nach Ankunft im thüringischen Körner anstimmte.¹⁰ Das gemeinsame Bekenntnis zur

schlesischen wie katholischen Identität stellt gewissermaßen den *cantus firmus* von Meisners Erinnerungen an die Jahre als Schüler, Seminarist und Priester in der SBZ und DDR dar, die für das theologische Profil des späteren Bischofs und Kardinals prägend waren. Aus ihm erklären sich sowohl Spitzen gegen den dominierenden Protestantismus¹¹ als auch die dezidierte Ablehnung des realexistierenden Sozialismus¹².

Entscheidender ist jedoch die Bedeutung, die Meisner einzelnen katholischen Persönlichkeiten beimisst, die mit ihrem Zeugnis in der Diaspora seinen eigenen Glauben prägten und wachsen ließen. Zu diesen Personen, die für Meisners Jugend- und frühe Erwachsenenjahre in spiritueller oder lebenspraktischer Weise entscheidend waren, gehören gerade solche, bei denen er auf die Herkunft aus Vertreibungsgebieten, vor allem aus Schlesien, verweist.¹³ Eine von ihnen ist die aus dem Ermland vertriebene Großmagd »Tante Anna«, von deren Begräbnis Meisner berichtet, es hätten »acht Priester teilgenommen, die sie als eine wahre Glaubenszeugin kannten und schätzten.«¹⁴ Er selbst hebt ihren resoluten Glauben hervor, der sich nicht nur im Einsatz für die Diasporagemeinde in Körner – und dabei insbesondere auch deren Nachwuchs –¹⁵, sondern für Meisner gerade auch in einem ausgeprägten Konfessionalismus ausdrückte: »Jeder wusste: Wenn einer wagte, etwas über die katholische Kirche zu sagen, schlug Tante Anna auf den Tisch, dass die Federn flogen.«¹⁶ Gleich mit mehreren Anekdoten über einen Aufenthalt Annas in einem staatlichen Krankenhaus in Erfurt verdeutlicht Meisner *pari pro toto* den Kontrast zwischen Katholizismus und Säkularismus – wir begnügen uns hier nur mit einer: »Nach der Operation wanderte sie stets betend über die Krankenhausflure, einen großen Rosenkranz in ihren Händen. Als einer der Ärzte sie fragte, was sie denn da in der Hand halte, meinte sie nur, dass es ganz traurig sei, dass er das nicht kennen würde.«¹⁷ Die Glaubenszeugen, die Meisner beschreibt, verdeutlichen für das Milieu heimatvertriebener Katholiken die Beobachtung, die Reinhard Marx für die Bildung des persönlichen Glaubens formuliert hat: »Glauben ist [...] nicht nur eine individuelle Suchbewegung, sondern schaut aus nach denen, die diesen Weg [des Glaubens; TAF] in der Vergangenheit und Gegenwart gegangen sind und gehen.«¹⁸ Der christliche Glaube entstehe in diesem Sinne, so Marx, »in einem kommunikativen Prozess.«¹⁹ Diesen Prozess für die Wirksamkeit von Glaubenserfahrungen innerhalb der Überlieferungsgemeinschaft heimatvertriebener Christen nachzuvollziehen, wäre eine

eigenständige Untersuchung wert. Hier kann lediglich auf ihre Bedeutung für das Beispiel Joachim Meisners hingewiesen werden.

Oskar Brüsewitz – ein heimatloser Märtyrer

In anderer Weise mag es die – zukünftig noch weiter zu untersuchende – Bedeutung von Vertreibungserfahrungen für Leben und Wirken hier- von betroffener Theologen in der DDR unterstreichen, dass sie gerade bei demjenigen Pfarrer hervortritt, der wie kein anderer für die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche unter dem SED-Regime steht: Oskar Brüsewitz. Ohne der auf eine teils unrühmliche Tradition zurückblickenden Psychologisierung – und damit Pathologisierung – seines Schicksals²⁰ das Wort reden zu wollen, ist es durchaus plausibel, die über Flucht und Vertreibung weit hinausreichende Erfahrung der Heimatlosigkeit als prägenden Faktor für den Lebensweg dieses Märtyrers des 20. Jahrhunderts zu benennen.

Das Kriegsende brachte für den 1929 im ostpreußischen Willkischken geborenen Brüsewitz nicht nur den Abbruch seiner dort bereits begonnenen Kaufmannsausbildung sowie – als an der Front eingesetzter HJ-Junge – traumatisierende Gewalterfahrungen mit sich.²¹ Es scheint so, als wenn diese biografische Zäsur dazu geführt habe, ihm dauerhaft die Fähigkeit zu einer Neubeheimatung zu nehmen: Im sächsischen Burgstädt erlernte er das Schuhmacherhandwerk, in dem er nach Übersiedlung (also einer weiteren räumlichen Veränderung) der Familie ins niedersächsische Melle seinen Meister abschloss, wo er 1951 seine ebenfalls aus einer Vertriebenenfamilie stammende Partnerin heiratete und im Folgejahr Vater wurde.²² Wie Wolfgang Stock in seinem gemeinsam mit Helmut Müller-Enbergs und Heike Schmolll verfassten Buch »Das Fanal« schreibt, zerschlugen sich jedoch die Hoffnungen, in Arbeit, Familie und kirchlichem Ehrenamt »nach den unruhigen Jahren eine neue Heimat« zu finden: »Das junge Paar, geprägt durch die Erlebnisse des Krieges und der Flucht und überbeansprucht durch die Anforderungen von Beruf und Kind, fanden keinen Weg, die angestaute Problemlast gemeinsam abzutragen.« – Nun in Gestalt der Scheidung folgte, nachdem kurz zuvor seine Eltern verstorben waren, ein erneuter Heimatverlust: »Unfähig, seinen Beruf auszuüben, wurde er zum Wanderer, unentschlossen zu weiteren Plänen.«²³ 1954 fand sich Brüsewitz

in der DDR wieder und es folgten wechselvolle Jahre, die von Tätigkeiten als Schuhmacher und Schuhverkäufer, erheblichen gesundheitlichen Beschwerden, einer zweiten Eheschließung, vor allem aber von einer Hinwendung zu evangelikal orientierten Gemeinden geprägt waren, was immer wieder Auseinandersetzungen mit dem Staat nach sich zog; am Ende stand schließlich 1964 der Weg an die Predigerschule in Erfurt und 1969 ins Pfarramt im Kreis Zeitz.²⁴

Die Biografie des Pfarrers Brüsewitz ab 1969, deren Fluchtpunkt letztlich die öffentlichkeitswirksame Selbstverbrennung 1976 sein sollte, ist hinlänglich bekannt. Und zuallermeist stellt dabei das »Fanal von Zeitz« – aufgrund der Fokussierung auf den kirchenpolitischen Kontext – den hier skizzierten Weg des Heimatlosen Oskar Brüsewitz in den Schatten. Dabei ist durchaus fraglich, inwieweit die innere, von einem entschiedenen Christentum geprägte Haltung, die ihn letztlich zur Selbsttötung führte, ohne die Erfahrungen innerweltlicher Heimatlosigkeit sowie der wahrscheinlich umso stärker empfundenen Beheimatung in Glauben und Kirche verstanden werden kann. Immerhin markiert auch Friedrich-Wilhelm Bäumer, 1976 Probst der Probstei Magdeburg, zu der Brüsewitz Gemeinde gehörte, im Rückblick die Prägekraft der biografischen Erfahrungen seines Amtsbruders, den er »als einen Menschen kennengelernt [habe], der deutlich spüren ließ, wie ihn durch eine bewegte Lebensgeschichte hindurch der Ruf Gottes erreicht und nicht wieder losgelassen hat«:

»Die Stationen seines Weges bis zum Eintritt in die Predigerausbildung in Erfurt hatten ihn durch sehr wechselvolle Versuche und Erfahrungen geführt, die ihn – nicht zuletzt durch die treue Begleitung glaubender Menschen und besonders seiner Frau – in dem Wunsch bestärkt haben, sich ganz für die Verkündigung des Evangeliums einzusetzen.«²⁵

Auch die Art und Weise, in der er sich wiederum in den Dienst der Kirche und des Evangeliums stellte, scheint die Rastlosigkeit eines (innerweltlich) Heimatlosen zu spiegeln. In diese Richtung darf man wohl die Überlegungen lesen, die Dieter Ziebarth über seinen Freund und Kollegen Oskar Brüsewitz, ausgehend von dessen letzten Worten an ihn – »Ich werde dann gehen«²⁶ –, zwei Tage vor seiner Selbstverbrennung angestellt hat. »Ich muss gehen!« – das sei »eine Grundstruktur seines Wesens« gewesen:

»Ich muss gehen!«, diese Selbstanforderung bestimmte seine letzten Lebenstage, aber sie war zugleich das Motto seines Lebens. So lernte ich ihn kennen, als einen von einer inneren Unruhe getriebenen, stets aktiven und immer unterwegs befindlichen Menschen, ständig auf der Suche nach neuen Ideen, das Evangelium zu verkündigen, täglich unterwegs zu den Menschen in seiner Gemeinde, ein eifriger, ja über-eifriger Arbeiter im Weinberg des Herrn, vielleicht von der Ahnung getrieben, dass ihm nicht mehr viel Zeit blieb.«²⁷

In seinem Abschiedsbrief schrieb Brüsewitz: »Nach meinem Leben habe ich es nicht verdient, zu den Auserwählten zu gehören. Meine Vergangenheit ist des Ruhmes nicht wert. Umso mehr freue ich mich, daß mein Herr und König und General mich zu den Geliebten Zeugen berufen hat.«²⁸ Sein Leben, das war eben gerade von Heimatlosigkeit geprägt. Musste sich für ihn da nicht die Gewissheit, »zu den Geliebten Zeugen berufen« zu sein, umso mehr mit der Hoffnung auf die himmlische Heimat verbinden, von der Paulus schreibt: »Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir« (Hebr 13,14)?

Heinrich Fink – »eine für mich bis dahin noch nicht erlebte Gemeinschaft«

Auch wenn dieser Beitrag per se nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, gehört zumindest zu einer ansatzweisen Vervollständigung des biografischen Mosaiks der Hinweis darauf, dass die Themen von Flucht, Vertreibung und Eingliederung nicht nur für systemkritische Theologen und Laien in der DDR bedeutsam waren. Dies mag ein Blick auf den dem SED-Regime – zumal als IM der Staatssicherheit – verbundenen früheren Theologieprofessor Heinrich Fink verdeutlichen. In einem 1992 in Buchform erschienenen Interview vermag er eindringlich über die Aussiedlung seiner Familie aus Bessarabien 1940, die Ansiedlung im Posener Land sowie vor allem über die Erlebnisse der Flucht im Winter 1945 zu berichten, die die Familie nach Brandenburg führte. Seine Traumatisierung durch die Kriegserlebnisse kommt dabei ebenso zur Sprache wie sein Wissen darum, im Falle eines Verbleibs in Bessarabien nach Sibirien oder Zentralasien deportiert werden zu können.²⁹ Dabei scheint sich für Fink die eigene beschwerliche Inte-

gration – neben einem gelingenden schulischen Bildungsweg – gerade mit der bewussten Hinwendung zu Glaube und Kirche zu verbinden:

»Ab 1949 konnte ich sogar auf die Oberschule nach Brandenburg gehen. Das war für mich nach so viel Dunkel ein Lichtpunkt. In dieser Zeit fand ich Zugang zur Jungen Gemeinde. Das Jahr 1953 mit seinen Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche brachte für mich erstmals politische Konflikte.«³⁰

Die in dieser Konfliktlage getroffene »persönliche Entscheidung, Christ sein zu wollen«, die letztlich zur Wahl des Theologiestudiums führte, begründet Fink wie folgt: »Eine große Bedeutung spielten dabei Mitschüler meiner Oberschulklasse, der Pfarrer der Gemeinde und Mitglieder der Jungen Gemeinde, die mir eine für mich bis dahin noch nicht erlebte Gemeinschaft boten.«³¹ Warum, so ließe sich fragen, entwickelte Fink, dessen Neubeheimatung nach Aussiedlung, Flucht und Ankunft in Brandenburg offensichtlich eng mit seiner kirchlichen Sozialisation zusammenhing, und der gerade aus dieser Erfahrung heraus sich Anfang der 1950er Jahre im Konflikt zwischen Staat und Kirche für letztere entschied, dennoch eine solche Nähe zum SED-Regime? Zumindest ein Indiz bietet seine Deutung der Jahre zwischen seiner Kindheit in Bessarabien und den ersten Jahren in Brandenburg, die von der Kategorie der Herrschaftsverhältnisse her formuliert ist:

»Volksdeutsche in Bessarabien waren die Herren der Russen, nach unserer Aussiedlung hatten wir nur Volksdeutschen den Reichsdeutschen zu gehorchen. In Polen angesiedelt, wurden wir Volksdeutsche wieder zu Herren über die ›Pollacken‹ gemacht. Nach der Flucht, angekommen im ›Reich‹, hießen wir Flüchtlinge, und meine Eltern wurden Knecht und Magd bei Brandenburgischen Bauern und wurden auch so behandelt. Sie werden verstehen, daß Deutschsein für mich eine Summe von widersprüchlichen Erfahrungen ist, die keineswegs auf eine Antwort-Formel gebracht werden kann. Die Ossi-Wessi-Erfahrungen haben bei mir lebhaftere Kindheitserfahrungen geweckt.«³²

Auch wenn natürlich in Rechnung gestellt werden muss, dass es sich bei einer solchen, rund 40 Jahre später ex post formulierten Darstellung immer auch um eine Rückprojektion inzwischen angeeigneter poli-

tisch-weltanschaulicher Deutungsmuster handelt, muss Fink zugebilligt werden, dass seiner Hinwendung zur Kirche aufgrund der in Kindheit und Jugend gemachten Erfahrungen von Heimatlosigkeit die Hinwendung zum Sozialismus aufgrund anders gelagerter Wahrnehmungen in jungen Jahren nicht an Plausibilität nachsteht.

Persönliche Frömmigkeit und Frömmigkeitskultur

Die für diesen Aufsatz gewählte Perspektive birgt freilich das Risiko, die Frage der Bewältigung des Vertreibungsschicksals im Raum von Glauben und Kirche derart zu individualisieren, dass deren kulturelle Prägekraft aus dem Blick gerät. Daher soll an dieser Stelle abschließend zumindest ein Ausblick auf die institutionalisierten Formen des Umgangs mit dem unsichtbaren Fluchtgepäck der heimatvertriebenen Christen als einem Teil des Erfahrungsschatzes der Kirche gegeben und damit die Brücke zwischen persönlicher Frömmigkeit und Frömmigkeitskultur geschlagen werden. Als Beispiel dient dabei die in der frühen Nachkriegszeit etablierte Vertriebenenwallfahrt zur Kapelle »Maria Meeresstern« in Sellin auf Rügen. Diese sowie weitere solcher Wallfahrten entstanden unmittelbar aus dem persönlichen Verlangen heimatvertriebener Katholiken, an die »Traditionen eines pulsierenden Wallfahrtslebens« ihrer Heimatregionen anzuknüpfen.³³

»Wir müssen unserer Gottesmutter auch hier in der Zerstreung ein Heiligtum schaffen«, zitiert Martin Holz eine aus Schlesien nach Demmin vertriebene Hedwigsschwester, deren Worte die wesentliche Motivation dazu umschreiben, die 1912 auf Betreiben katholischer Badegäste unmittelbar an der Steilküste errichtete Kapelle »Maria Meeresstern« ab 1945 als geistlichen Ort und Halt für die Vertriebenen zu etablieren. Dass die erste dortige Wallfahrt 1951 nicht nur ein »religiöse[s] Gemeinschaftserlebnis«, sondern zudem eine »Landnahme, ein erstes gemeinsames Kennenlernen einer bisher fremden Landschaft« darstellte, verdeutlicht Holz wiederum mit einem Zitat aus den Reihen der Hedwigsschwestern: »Still und ruhig lag die gewaltige See vor uns, und wir ließen Gottes unendliche Majestät und Größe erst einmal ruhig auf uns wirken. Ja, Gott ist wunderbar in seinen Werken! Wer das noch nicht erfaßt hat, muß es hier begreifen.«³⁴

Insofern kann in Wallfahrten wie derjenigen in Sellin ein wesentlicher Schritt zur geistlichen Beheimatung gesehen werden, da es gelang, ein für die Frömmigkeitskultur der Herkunftsgebiete zentrales Element in die Landschaft der neuen Heimat zu integrieren, und sich diese im Zuge dessen performativ anzueignen. Damit prägten die Vertriebenen zugleich auch ihr neues kirchliches Umfeld, da eine »in der alten, vor allem sudetendeutschen und schlesischen Heimat geprägte Tradition [...] in eine kulturell und mentalitätsmäßig fremde Umgebung verpflanzt [wurde], in der es seit der Reformation keine Wallfahrten mehr gegeben hatte«, auch wenn sich diese Tradition in der DDR nicht in derselben Intensität wie in der Bundesrepublik etablieren konnte.³⁵

Eine Anmerkung verdient der sinnfällige Sachverhalt, dass der Bau der Kapelle »Maria Meeresstern« sich just der Hartnäckigkeit von keinem anderen als Maximilian Kaller verdankte, der die Errichtung seit 1907 mit großer Energie vorangetrieben hatte.³⁶ Der schlesische Priester war nach einer kurzen Zeit als Kaplan im oberschlesischen Groß-Strehlitz von 1905 bis 1917 als Pfarradministrator und Pfarrer auf Rügen tätig, bevor er eine Pfarrei in Berlin übernahm, später zunächst Apostolischer Administrator der Prälatur Schneidemühl wurde und dann als letzter deutscher Bischof das Bistum Ermland führen sollte. War Kaller nunmehr durch seine unterschiedlichen Wirkungsstätten in vielfältiger Weise mit dem ostelbischen Diasporakatholizismus verbunden, so wurde er zudem nach Kriegsende als päpstlicher Sonderbeauftragter mit den Fragen der Flüchtlinge in Deutschland betraut. Dass gerade die von ihm in Sellin errichtete Kapelle vier Jahre nach seinem Tod im Jahre 1947 Ziel der ersten und in Folge weiterer Vertriebenenwallfahrten werden sollte, ist daher durchaus von symbolischem Wert.

Schlussbetrachtung

Gerade das Beispiel der Vertriebenenwallfahrten macht deutlich, wie persönliche, individuelle Frömmigkeit kulturelle Prägekraft entfalten kann. Exemplarisch zu zeigen, welche Bedeutung dieser Frömmigkeit im Kontext der Lebensläufe christlicher Vertriebener in der DDR zukommt, war die Zielsetzung des vorliegenden Aufsatzes, der am Ende weniger abschließende Antworten gibt, als vielmehr Anstoß für weitere und vor allem systematische, breit angelegte Forschungen sein will. Verschiede-

ne Muster sind deutlich geworden: Erfahrungen in der alten Heimat – der schlesische Katholizismus sowie ökonomische Machtverhältnisse in Bessarabien und Polen – wirken weit über die Vertreibung hinaus identitätsstiftend. Glaubenszeugen und andere Persönlichkeiten prägen mit ihrem Beispiel und konkreter Hilfe kirchliche Bindung sowie Frömmigkeit. Welche Tiefe und Kompromisslosigkeit diese beiden dabei gewinnen können, zeigt letztlich das tragische Beispiel von Oskar Brüsewitz.

Anmerkungen

- ¹ Meves, Helge: Alles nur Opium, alles nur Seufzer, alles nur Protestation? In: Ramminger, Michael; Segbers, Franz (Hg.): »Alle Verhältnisse umzuwerfen... und die Mächtigen vom Thron zu stürzen.« Das gemeinsame Erbe von Christen und Marx, Hamburg 2018, S. 158-169, hier: S. 159.
- ² Vgl. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche, 3 Bde., Berlin u. a. 1993-1995.
- ³ Spalding, Johann Joachim: Religion, eine Angelegenheit des Menschen (1798), hg. v. Wolfgang Erich Müller, Darmstadt 1997.
- ⁴ Schleiermacher, Friedrich D. E.: Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern, in: Ders.: Kritische Gesamtausgabe, Bd. I/2: Schriften aus der Berliner Zeit 1796-1799, hg. v. Günter Meckenstock, Berlin 1984, S. 204.
- ⁵ Gräß, Wilhelm: Vom Menschsein und der Religion. Eine praktische Kulturtheologie, Tübingen 2018, S. 310.
- ⁶ Grundlegend: Bendel, Rainer (Hg.): Vertriebene finden Heimat in der Kirche. Integrationsprozesse im geteilten Deutschland nach 1945, Köln 2008.
- ⁷ Holz, Martin: Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene in Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1961 am Beispiel der Insel Rügen, Schwerin 2004, S. 54.
- ⁸ Vgl. ebd., S. 56.
- ⁹ Joachim Kardinal Meisner: Wer sich anpasst, kann gleich einpacken. Lebenserinnerungen, Freiburg i. Br. 2020, S. 20.
- ¹⁰ Vgl. ebd., S. 28.
- ¹¹ Vgl. ebd., S. 33f.
- ¹² Vgl. ebd., S. 40 u. 50f.
- ¹³ Vgl. ebd., S. 31f., 49, 58, 60-64, 73, 79f., 80f. u. 87f.
- ¹⁴ Ebd., S. 38.
- ¹⁵ Vgl. ebd., S. 35f.
- ¹⁶ Ebd., S. 35.

- ¹⁷ Ebd., S. 37.
- ¹⁸ Marx, Reinhard: glaube! München 2013, S. 49.
- ¹⁹ Ebd., S. 51.
- ²⁰ Vgl. Silomon, Anke: Oskar Brüsewitz (1929-1976), in: Hummel, Karl-Joseph; Strohm, Christoph (Hg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts, Leipzig 2000, S. 439-458, hier: S. 456; Krampitz, Karsten: Der Fall Brüsewitz. Staat und Kirche in der DDR, Berlin 2016, S. 223f.
- ²¹ Vgl. Müller-Enbergs, Helmut; Schmoll, Heike; Stock, Wolfgang: Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz und die evangelische Kirche, Frankfurt a. M. 1993, S. 43f.
- ²² Vgl. ebd., S. 45.
- ²³ Ebd., S. 46.
- ²⁴ Vgl. ebd., S. 46-55.
- ²⁵ Bäumer, Friedrich-Wilhelm: Das einsame Zeichen, in: Schultze, Harald (Hg.): Das Signal von Zeitz. Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976. Eine Dokumentation, Leipzig 1993, S. 91-93, hier: S. 91.
- ²⁶ Ziebarth, Dieter: »Ich werde dann gehen...« Erinnerungen an einen Kollegen und Freund, in: Krampitz, Karsten et al. (Hg.): Ich werde dann gehen. Erinnerungen an Oskar Brüsewitz, Leipzig 2006, S. 25-39, hier: S. 25.
- ²⁷ Ebd., S. 26.
- ²⁸ Müller-Enbergs et al.: Das Fanal, 1993, S. 264.
- ²⁹ Vgl. Maleck, Bernhard; Fink, Heinrich: »Sich der Verantwortung stellen«, Berlin 1992, S. 9f. Interessant ist gleichfalls Finks – vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen einer vertriebenen Bauernfamilie – nicht unkritische Einschätzung der Politik von Bodenreform und Zwangskollektivierung in der SBZ/DDR. Vgl. ebd., S. 11f.
- ³⁰ Ebd., S. 9.
- ³¹ Ebd., S. 10.
- ³² Ebd., S. 8f.
- ³³ Holz: Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene, 2004, S. 56; vgl. S. 57. Grundsätzlich untersucht hat dieses Phänomen anhand von Beispielen aus dem westdeutschen Raum bereits 1968: Schroubek, Georg R.: Wallfahrt und Heimatverlust. Ein Beitrag zur religiösen Volkskunde der Gegenwart, Marburg an der Lahn 1968.
- ³⁴ Holz: Evakuierte, Flüchtlinge, Vertriebene, 2004, S. 56.
- ³⁵ Ebd., S. 57; vgl. S. 58f.
- ³⁶ Vgl. Bendel, Rainer; Karp, Hans-Jürgen: Bischof Maximilian Kaller 1880-1947. Seelsorger in den Herausforderungen des 20. Jahrhunderts, Münster 2017, S. 60-63.

III. Die Heimatverbliebenen in der VRP und der ČS(S)R

Die deutsche Bevölkerung in der Volksrepublik Polen

Irena Kurasz

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fand sich die deutsche Bevölkerung – ohne ihre Häuser zu verlassen – in einem fremden Land wieder. Dies geschah als Folge der Verschiebung der polnischen Grenzen nach Westen, wodurch sich diese Menschen, die in Schlesien, dem Lebusener Land, in Pommern, Ermland und Masurien lebten, nunmehr mit großer Ungewissheit bezüglich ihres zukünftigen Schicksals innerhalb der Grenzen des polnischen Staates befanden. Ihr Schicksal wurde während der Potsdamer Konferenz bestimmt, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 stattfand und auf der die Anführer der Anti-Hitler-Koalition Josef Stalin (UdSSR), Harry Truman (USA) und Winston Churchill (Großbritannien) beschlossen, alle Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn auszusiedeln.¹ Diese Entscheidung ist auf die Überzeugung zurückzuführen, dass es für Vertreter von Nationen, die gegeneinander Krieg führten, unmöglich ist, miteinander zusammenzuleben. Darüber hinaus sahen die Anführer in der Existenz einer großen deutschen Minderheit in Osteuropa eine Bedrohung für den Frieden, da diese Bevölkerungsgruppe vor 1939 paramilitärische Gruppen gebildet hatte und mit den Nazis kollaborierte. Ein weiterer Grund für die Entscheidung, die Deutschen auszusiedeln, war der Wunsch der Kommunisten, innerhalb ihres Einflussbereichs Länder mit einer einheitlichen nationalen Struktur zu schaffen.

Den staatlich organisierten Aussiedlungen von Deutschen aus Polen gingen Evakuierungen und Fluchten² vor der bevorstehenden Front³, Deportationen durch die polnische Armee⁴ und freiwillige Ausreisen⁵ voraus. Der Durchmarsch der Front war für die zu Hause gebliebene deutsche Bevölkerung – insbesondere für deutsche Frauen – eine traumatische Erfahrung. Dies zeigt die folgende Erinnerung:

Frau, Breslauerin, 80 Jahre⁶

»Wissen Sie, ich [war] ja nur mit den Deutschen, ich hatte kein Problem damit, dass mich jemand von den Polen gehänselt hätte, nur meine Mutter wurde 1945 von den Russen getötet. Sie gingen herum, sie vergewaltigten viel, sie vergewaltigten viel. 1945 nahm die Mutter das Geheimnis ihres Todes mit, denn sie war nur drei Tage lang krank, und ich war zehn Jahre alt, und ich wusste nicht, dass meine Mutter sterben würde, weil solche Kinder [dachten – Anm. IK] Mutter war krank, krank, aber sie wird wieder gesund, nicht jeder Mensch starb daran, obwohl damals Menschen furchtbar an Typhus starben.

B: Sie starb also an Vergewaltigung?

R: Ja! Gewiss! Ich glaube schon, denn ich weiß, dass meine Tante, weil wir am Stadtrand wohnten, jetzt heißt es Złotniki, und meine Tante wohnte hier in der Stadt, und eines Tages hatten sie sich verabredet, und an dem Tag, an dem sie sich verabredet hatten, war meine Mutter bereits tot. Und meine Tante, als sie kam, sagte sie: »Was hast du mir angetan, was hast du mir angetan, du hast mir zwei Kinder hinterlassen, schon wieder!« Denn bevor, noch vor Kriegsende, hat meine Mutter mich, mich und meinen Bruder dort gelassen, wir schliefen bei meiner Tante im Keller, das war noch während des Krieges. Später brannte dieses Haus ab, meine Mama war in Złotniki, weil die Russen bereits einmarschiert waren, weil Breslau bereits von der Armee besetzt war, also ging meine Mutter nach Złotniki, die Sachen zu holen und kam zurück, und das Haus lag in Trümmern, weil wir flohen und das Haus brannte. Meine Mutter ließ mich und meinen Bruder bei meiner Tante und kam zurück, um Sachen zu holen. Und meine Tante quälte sich mit mir, ihrem Sohn und meinem kleinen Bruder. Und als meine Mutter tot lag, ging ein Russe rein und einer raus, einer rein und einer raus, und ich wusste noch nicht, was hier vor sich ging, denn ich war noch ein Kind und ich weiß, dass meine Mutter sich das Leben genommen haben muss, oder was....

Ich weiß nicht, wie Mutter gestorben ist. »Was hast du Józia getan, etwas hast du getan!«, klagte sie [Die Tante – Anm. IK] und ging von Wand zu Wand, »du hast mir zwei Kinder hinterlassen«. Ich war zehn Jahre alt, mein Bruder war vier, aber ich hatte noch drei andere Brüder,

einer war in der Hitlerjugend, die Russen erschossen ihn, es gibt sogar seinen Namen in Gross Nadlitz (Nadolice), sein Geburts- und sein Todesjahr. Und ein Bruder war auf dem Land, denn es war während des Krieges, es herrschte Armut, es gab nichts zu essen, es war alles gegen Marken, eine Schuhe für den Winter, eine Schuhe für den Sommer, also alles gegen Marken und ein Bruder war auf dem Land. Und gerade als Mutter noch lebte, ging der ältere Bruder auf die Suche nach dem jüngeren, um zu sehen, ob dieser noch am Leben war. Und zu dieser Zeit starb Mutter, und es gab nicht einmal jemanden, der Särge anfertigte, weil es keine Männer gab, weil sie im Krieg starben, weil die russische Armee hier war und wir Mutter in einem Schrank, einem zweitürigen Schrank, beerdigten. Und auf dem Karren brachten wir Mutter zum Friedhof, meine Tante zog und ich schob den Karren, also begruben wir Mutter und wir wissen nicht, was mit meiner Mutter passiert ist. Aber meine Tante, weil ich noch zu jung war, meine Mutter erzählte mir nicht, was mit ihr passiert war, dann erzählte mir meine Tante erst, als ich erwachsen war: »Weißt du Hela, ich glaube, entweder wurde deine Mutter vergiftet oder die Russen haben sie so vergewaltigt, weil sie nur drei Tage krank war, vielleicht war sie mit einem Russen schwanger und Papa kam nicht aus dem Krieg zurück, er war in Österreich in Gefangenschaft, und weißt du, damals, als eine Frau schwanger war und ihr Mann nicht da war, war es eine Schande. Jetzt ist es normal, aber vielleicht würde Papa verstehen, dass sie Mutter vergewaltigt haben, es waren so schwere Zeiten, schrecklich schwere Zeiten waren es... Und es gab keine Arzneimittel und gar nichts...«

Die von der polnischen Verwaltung organisierten regelmäßigen Aussiedlungen begannen in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 und dauerten bis 1949.⁷ Sie lassen sich in zwei Hauptphasen unterteilen: Die erste Phase fällt auf die Jahre 1945 bis 1947, als der größte Teil der deutschen Bevölkerung ausgesiedelt wurde; in der zweiten Phase der Aussiedlungen, in den Jahren 1948 bis 1949, waren die durchgeführten Transporte nicht so zahlreich und umfassten Kriegsgefangene, Menschen, die bisher in Gefängnissen inhaftiert waren, Volksdeutsche, sowie in der Industrie beschäftigte Fachleute. Die ausgesiedelten Deutschen wurden hauptsächlich in die sowjetische und britische Besatzungszone geleitet. Schließlich verließen etwa 3 bis 3,5 Millionen Deutsche während der gesamten Aussiedlungsaktion Polen.⁸

Eine Gruppe von mehreren Zehntausend Deutschen, die eine für die Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft nützliche berufliche Qualifikation hatten, wurde von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen. Vor allem im Bergbau, in der Textil-, Energie- und Metallindustrie fehlte es an Arbeitskräften für die Herstellung von Glas und Porzellan. Die Deutschen waren auch billige Arbeitskräfte für die in Polen stationierte Sowjetarmee.⁹ Die polnischen Behörden stellten Personen mit bestimmten beruflichen Qualifikationen und ihren Familien Reklamationsscheine aus, die sie vor Aussiedlung schützten. Nach dem Willen der Behörden sollten sie nur so lange in Polen bleiben, bis die polnische Bevölkerung, die nach und nach aus dem östlichen Grenzgebiet – das heißt den polnischen Gebieten, die nach dem Zweiten Weltkrieg der UdSSR zugesprochen wurden – kam, für bestimmte Berufe umgeschult worden war. Jedoch kam die polnische Bevölkerung nicht in der erwarteten Zahl, abgesehen davon, dass sie auch nur sehr bedingt bereit war, in Bereichen zu arbeiten, in denen die Behörden dies erwarteten.¹⁰ Daher änderten die polnischen Behörden ihre Politik gegenüber dieser Gruppe von Deutschen und versuchten (ungeschickt), sie zu ermutigen, dauerhaft in Polen zu bleiben.¹¹

»Ethnische« Deutsche, Einheimische und Volksdeutsche

Man sollte an dieser Stelle anmerken, dass die nationale Politik der Behörden der Volksrepublik Polen gegenüber der deutschen Bevölkerung in verschiedenen Regionen Polens im Zeitraum von 1945 bis 1989 vielfältig und unstimmig war, weil sie zum einen von pragmatischen und zum anderen von ideologischen Erwägungen beeinflusst wurde.

Diese Politik unterschied »ethnische« Deutsche, auch als »anerkannte« Deutsche bezeichnet, die in Gebieten lebten, die früher zum Dritten Reich und nie zum polnisch-deutschen Grenzgebiet gehörten (Niederschlesien, Lebusener Land, Pommern). Das Deutschtum dieser Bevölkerungsgruppe wurde nicht in Frage gestellt und es wurde nicht versucht, diese Personen als Polen zu verifizieren.¹² Sie wurden nicht durch administrative Methoden gezwungen, die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen, und es wurde ihnen nicht verboten, Deutsch zu sprechen. Sie besaßen die deutsche Staatsbürgerschaft, obwohl sie in Polen als staatenlos behandelt wurden. Bis 1950 hatten sie keine Rechte

und keinen geregelten Status.¹³ Dieser Gruppe von Deutschen wurde später erlaubt, Bildungs-, kulturelle und organisatorische Aktivitäten in ihrer eigenen Sprache durchzuführen, worauf später im Text eingegangen wird.

Völlig anders war die Behandlung der einheimischen Bevölkerung, die das Gebiet von Oberschlesien, Ermland und Masuren bewohnte, die von den kommunistischen Behörden in ihren Propaganda-Thesen a priori als ursprünglich polnische Bevölkerung betrachtet wurde, welche sich jahrhundertlang in germanischer »Gefangenschaft« befand und nach 1945 zum »Vaterland« zurückkehrte.¹⁴ Die Realität war jedoch komplexer, und diese Bevölkerung manifestierte als Grenzlandbevölkerung verschiedene nationale Optionen – von der polenfreundlichen über die gleichgültige bis hin zu der deutschen.¹⁵ Daher kontrollierten die Behörden der Volksrepublik Polen alle Aktivitäten der Bevölkerung in diesen Regionen strengstens und diskriminierten diejenigen, die ihre Sympathie für Deutschland bekundeten. In den von Einheimischen bewohnten Gebieten war der Gebrauch der deutschen Sprache auch in den eigenen vier Wänden verboten, alle Spuren des Deutschtums im Bereich der materiellen Kultur wurden verwischt (deutsche Inschriften auf Gebäuden, Grabsteinen oder Denkmälern). Es durften keine Organisationen oder Medien gegründet werden, die einen Einfluss auf die Stärkung der deutschen Gesinnung der einheimischen Bevölkerung hätten haben können. Daher konnten die Behörden im Namen akzeptierter politischer Doktrinen die Existenz der deutschen Minderheit in Polen nicht anerkennen, und so war es auch bis zum politischen Durchbruch im Jahre 1989.¹⁶

Die dritte Kategorie der Deutschen in Polen waren die Volksdeutschen¹⁷, also Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation durch die Unterzeichnung der sogenannten deutschen Volksliste erklärten und auf diese Weise Sanktionen vermieden oder einen gewissen Vorteil im Vergleich zur Stellung der polnischen Bevölkerung genossen, und die für diese Tat nach Kriegsende Ächtung, Repressionen und sogar eine Gefängnisstrafe auf sich nehmen mussten.¹⁸

Die Lage der Deutschen in Polen

Die soziale und wirtschaftliche Lage der nach dem Kriegsende in Polen verbliebenen »ethnischen« Deutschen war schwierig, unterschied sich aber in dieser Hinsicht nicht wesentlich von den anderen Bevölkerungsgruppen. Am schwierigsten war ihre Situation im rechtlichen Bereich, da sie ohne die polnische Staatsbürgerschaft keinerlei Rechtsschutz genossen.¹⁹ Nach Meinung der Behörden hätte die Gewährung von Rechten für diesen Teil der Bevölkerung die Legalisierung der Gruppe in Polen bedeutet, und dies widersprach der politischen Doktrin über die Nichtexistenz einer deutschen Minderheit in Polen, so dass in den ersten Nachkriegsjahren das Problem in dem Glauben ignoriert wurde, dass es sich bald, durch die Auswanderung aller Deutschen aus Polen, von selbst lösen würde. 1946 wurde ein Dekret erlassen, das den Deutschen ihr Eigentum zugunsten der Staatskasse²⁰ entzog. Es wurden Richtlinien angeordnet, die Ämter und Arbeitgeber dazu verpflichteten, Deutsche an ihren Arbeitsplätzen zu diskriminieren, indem sie ihnen eine Reihe von Regeln auferlegten, sie von der Sozialfürsorge ausschlossen, ihnen Führungspositionen verwehrten, ihnen die niedrigsten Lohnsätze auferlegten und sie mit einer 25-prozentigen Steuer für den Wiederaufbau des zerstörten Landes belasteten.²¹ Den Deutschen war es verboten, sich frei im Land zu bewegen, sie mussten sich registrieren lassen, und wenn sie einen Polen oder eine Polin heiraten wollten, mussten sie erst die Erlaubnis des Woiwoden einholen.

Völlig anders stellte sich die Situation der einheimischen Bevölkerung (Oberschlesien, Ermland und Masuren) dar, die in den ersten Nachkriegsjahren der nationalen Überprüfung unterlag und wie die polnische Bevölkerung behandelt wurde, weshalb sie nicht in die Statistik über die in Polen lebenden Deutschen aufgenommen wurde. Durch die Überprüfung der Nationalität sollte denjenigen Personen oder Familien die polnische Staatsbürgerschaft verliehen werden, die ihre polnische Herkunft vor der Prüfungskommission nachweisen oder eine Loyalitätserklärung gegenüber der polnischen Nation und dem polnischen Staat abgeben konnten.²² Die Aktion der Überprüfung der Nationalität wurde auf verschiedene, manchmal chaotische Weise durchgeführt, viele Deutsche wurden als Polen verifiziert, aber auch verifizierte Polen sprachen sich in späteren Jahren für das Deutschtum aus. Eine genaue Aufteilung der Grenzbevölkerung in Polen und Deutsche war

nicht möglich, weil viele Menschen gemischte Wurzeln hatten oder national indifferent waren. Die einheimische Bevölkerung hatte auch ein unterschiedliches Nationalbewusstsein, das sich oft im Laufe der Zeit veränderte. Neben ideologischen und nationalen Fragen spielten bei der Überprüfung auch materielle oder psychologische Faktoren eine bedeutende Rolle. Einige Menschen stimmten zu, die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen, weil sie zweisprachig waren und es für sie kein Problem war, sich in der neuen Realität wiederzufinden, andere wollten ihren Besitz behalten oder glaubten an eine baldige Rückkehr der alten Grenzen und zogen es vor, in ihren eigenen vier Wänden zu bleiben.²³ Diejenigen, die blieben, wurden polnische Staatsbürger und von den kommunistischen Behörden wie Polen behandelt.

Die Lage der Volksdeutschen nach dem Krieg war unterschiedlich, je nachdem, welche Kategorie sie auf der sogenannten Volksliste erhielten. Im Grunde wurden diese Menschen, polnische Staatsbürger, die die deutsche Staatsangehörigkeit erklärten, in vier Kategorien eingeteilt: *Volksdeutsche* – bereits vor dem Krieg waren sie als Deutsche aktiv, *Deutschstämmige* – als Deutsche betrachtet, aber nicht beteiligt, *Ein-gedeutschte* – Menschen unklarer Nationalität, *Rückgedeutschte* – von den Nazis als polonisierte Deutsche betrachtet.²⁴ Es gab Regionen in Polen, in denen die Einträge in die Volksliste freiwillig waren, an anderen Orten wurden Personen während der Besatzungszeit unter Androhung von Zwangsarbeit oder Einlieferung in ein Konzentrationslager in die Liste eingetragen. Einige Menschen traten in die Liste ein, um Repressionen zu vermeiden, andere, um ihr Leben zu verbessern und davon zu profitieren. Für viele war die Eintragung in diese Liste die einzige Möglichkeit, einen Platz im System des Dritten Reiches zu finden, weshalb die Volksdeutschen einen schlechten Ruf genossen und als »Verräter der polnischen Nation« behandelt wurden.²⁵ Während des Krieges gab es von ihnen etwa 2,5 Millionen und 1946 sind in Polen noch etwa 450.000 geblieben.²⁶ Nach Kriegsende wurde festgelegt, in welchen Regionen Polens der Eintrag in die Volksliste unter Zwang vollzogen wurde. Die in den Kategorien 3 und 4 dieser Liste eingetragenen Personen konnten die polnische Staatsangehörigkeit wiedererlangen, auch wenn sie im Rahmen einer gerichtlichen Rehabilitierung den Nachweis erbrachten, dass sie die Volksliste unter Zwang unterschrieben hatten, während strafrechtliche Sanktionen nur diejenigen Personen betrafen, die freiwillig ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation erklärten – ihnen

wurde die polnische Staatsangehörigkeit entzogen, sie mussten Polen verlassen und ihr Eigentum wurde beschlagnahmt.²⁷ Auch ihren Kindern und Ehepartnern wurde die Staatsbürgerschaft aberkannt, wenn sie Polen verlassen wollten. Kinder konnten ihre Staatsbürgerschaft jedoch behalten, wenn ein Elternteil oder ein Kind selbst, das über 13 Jahre alt war, den Wunsch äußerte, in Polen zu bleiben.²⁸ Diejenigen, die in Polen blieben, hatten ein großes Problem mit der Eingliederung in ihr soziales Umfeld, denn die Gesellschaft stand den Volksdeutschen, die sie als Nazi-Kollaborateure ansahen, feindselig gegenüber. Freundschaften mit ihnen wurden gebrochen, und es war für sie schwierig, sich mit dem polnischen Staat zu identifizieren.²⁹

Das Görlitzer Abkommen und seine Folgen für die Deutschen in Polen

Die Veränderung der Lage der Deutschen in Polen wurde beeinflusst durch den Abschluss des Grenzvertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik in Görlitz/Zgorzelec am 6. Juli 1950. Dafür gab es mehrere Gründe. Zunächst einmal erkannten die Behörden, dass die Deutschen gute, geschätzte Arbeitskräfte waren, deren Massenabwanderung der polnischen Wirtschaft schaden würde, und so beschlossen sie, solche Lebensbedingungen für sie zu schaffen, dass sie dauerhaft im Land bleiben konnten.³⁰ Zweitens war es wichtig, eine sozialistische DDR zu gründen, denn das Bild des Deutschen, der nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs eindeutig mit einem Faschisten und Revisionisten in Verbindung gebracht wurde, was durch die Propagandahetorik, nach der jeder Deutsche »ein ewiger Feind der polnischen Nation« sei, noch gestärkt wurde, konnte nun durch das Bild des »guten Deutschen aus der DDR«, der den Sozialismus aufbaut und den Weltfrieden liebt, ausgeglichen werden. So erreichten die Behörden im Namen der Zusammenarbeit der »Brüdervölker« – nach dem Motto »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« – in der Volksrepublik Polen eine Legitimität für ihre positive Einstellung gegenüber den Deutschen. Jede Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen (zwischen denen in Wirklichkeit lange Zeit Feindseligkeiten bestanden) wurde als ein Beweis der polnisch-deutschen Freundschaft dargestellt, wobei sich die Freundschaft nur auf die DDR bezog, die der

feindlichen – weil kapitalistischen und revisionistischen Bundesrepublik Deutschland – gegenüberstand. Die Anerkennung der neuen Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße durch die DDR vermittelte ein Gefühl der Stabilisierung der internationalen Lage, zumindest innerhalb der Ostblockstaaten.

Von daher änderte sich die Lage der Deutschen in Polen nach dem Abschluss des Görlitzer Abkommens auf eine für sie spürbare Weise. Nur wenige Tage danach, am 20. Juli 1950, wurde ein Gesetz zur Aufhebung der Beschränkungen für die Volksdeutschen verabschiedet,³¹ und ein halbes Jahr später, am 8. Januar 1951, erließ man ein Gesetz über die polnische Staatsbürgerschaft, das den Deutschen die Erlangung der polnischen Staatsbürgerschaft ermöglichte.³² Auch die Arbeitsbedingungen und Gehälter der Deutschen entsprachen nun denen der Polen, man erlaubte ihnen, je nach Qualifikation, Führungspositionen zu übernehmen, und gewährte ihnen die Privilegien eines Bergmannsausweises. Von diesem Zeitpunkt an wurden die Deutschen in das System der sozialen Fürsorge aufgenommen, Kinder durften sich weiterbilden und Erwachsene erhielten eine Berufsausbildung.³³

Deutsches Schulwesen

Kurz nach Abschluss des Görlitzer Abkommens erließ der Kultusminister am 26. Juli 1950 eine Verordnung über die Eröffnung von Kindergärten und Schulen mit Deutsch als Unterrichtssprache.³⁴ Sie betraf Niederschlesien und Vorpommern (die damaligen Woiwodschaften Breslau, Köslin und Stettin), das heißt Gebiete, die von »ethnischen« Deutschen bewohnt waren. In diesen Schulen wurden alle Fächer in deutscher Sprache unterrichtet, mit Ausnahme der Fächer Polnisch, Verfassung, Sport und der militärischen Vorausbildung. Der Lehrplan ähnelte dem der polnischen Schulen, während die Schulbücher aus der DDR kamen. Eltern schickten ihre Kinder nicht ohne Besorgnis auf die de facto polnischen Schulen – allerdings mit Deutsch als Unterrichtssprache – weil sie die politische Indoktrinierung ihrer Kinder oder Versuche, sie auf diese Weise in Polen halten zu wollen, befürchteten. Ihre Befürchtungen waren richtig, denn es haben sich Dokumente erhalten, die belegen, dass das Ziel dieser Schulen darin bestand, »junge Menschen im Geiste des Internationalismus zu bewussten Erbauern der

Volksrepublik Polen zu erziehen«. ³⁵ Auf der anderen Seite gab es eine große Nachfrage nach Bildung, denn man darf nicht vergessen, dass seit Kriegsende fünf Jahre vergangen waren, was eine zu lange schulfreie Zeit im Leben eines Kindes ist.

So war trotz der geschilderten Befürchtungen das Interesse an Schulausbildung groß; bereits 1952 wurden auf nationaler Ebene 134 Schulen mit 7.760 Schülern eröffnet (allerdings nur in den in der Verordnung angegebenen Woiwodschaften). Der Höhepunkt der Entwicklung des deutschsprachigen Schulwesens in Polen fällt auf das Schuljahr 1953/1954, in dem 140 Schulen mit 7.330 Schülern existierten; in den folgenden Jahren sanken diese Zahlen aufgrund der Massenabwanderung von Deutschen aus Polen während der politischen Tauwetterperiode in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre. So gab es im Schuljahr 1955/1956 nur noch 127 Schulen mit 5.701 Schülern. ³⁶ Die Auflösung des deutschsprachigen Schulwesens in Polen erfolgte nicht als Konsequenz politischer Entscheidungen, sondern als Folge des Schülermangels aufgrund der Auswanderung der Mehrheit der damals in Polen lebenden Deutschen.

Kulturelle Aktivitäten der Deutschen

Die Tätigkeit der deutschsprachigen Schulen trug in der Folge zur Gründung von künstlerischen Amateurgruppen bei. Grund dafür waren Elterntreffen in den Schulen, die durch die Präsentation von Sketchen, das Rezitieren von Gedichten und Aufführungen von Musik-, Tanz- und Chorgruppen begleitet wurden. Solche gesellschaftlichen Begegnungen mit künstlerischen Elementen waren sehr beliebt, was dann zu weiteren kulturellen Aktivitäten »ethnischer« Deutscher in Polen führte. ³⁷ Die Zahl der spontan gebildeten künstlerischen Gruppen war so groß, dass sie bald damit begannen, Wettbewerbe zu organisieren, bei denen sie miteinander konkurrierten. Sie traten an den Orten auf, wo die Deutschen am häufigsten vertreten waren, vor allem in Gemeindezentren, in der Nähe von Kohlebergwerken oder Grundschulen. Das Repertoire dieser Gruppen war in der Regel nicht anspruchsvoll, obwohl es auch einige wenige Gruppen von hohem künstlerischen Niveau gab, wie zum Beispiel das Gesangs- und Tanzensemble »Przyjaźń« (Freundschaft) aus Szczawno Zdrój (Bad Salzbrunn), den Deutschen Volkschor

aus Breslau oder das Theater- und Musikensemble »Nowe Niemcy« (Neues Deutschland, auch bekannt als »Czerwone Trzewiki« – Die roten Stiefel) aus Schweidnitz (Świdnica).³⁸ Zwei bedeutende kulturelle Zentren »ethnischer« Deutscher in Polen waren das Kulturzentrum Bergbau in Waldenburg und das Kulturzentrum der Deutsch-Polnischen Freundschaft in Stettin (Szczecin), letzteres war das einzige Zentrum kulturellen Lebens in Westpommern. Die Tätigkeit der Gemeindezentren bestand in der Organisation von Treffen, die der deutsch-polnischen Freundschaft gewidmet waren, Abenden mit ostdeutschen Filmen, Ausstellungen und gelegentlichen Akademien. Beide Gemeindezentren verfügten über eigene Zweigstellen, ausgestattet mit Bibliotheken, mit deutschsprachiger Literatur aus sowjetischen Verlagen sowie mit Pressezeugnissen aus der DDR.³⁹

Deutsche Presse

Auch die »ethnischen« Deutschen in Polen hatten ihre eigene Presse.⁴⁰ Die beliebteste Zeitschrift, die in den Jahren 1951 bis 1958 veröffentlicht wurde, war die Wochenzeitschrift »Arbeiterstimme«. Sie wurde zunächst in Waldenburg veröffentlicht, ab der 17. Ausgabe wurde sie nach Breslau verlagert; der ursprüngliche Herausgeber war die Bergarbeitergewerkschaft und später die RSW PRASA (Akronym: Robotnicza Spółdzielnia Wydawnicza PRASA – Verlagsgenossenschaft der Arbeiter PRASA).⁴¹ Die Zeitschrift entsprach dem Informationsbedarf der deutschen Bevölkerung, die der polnischen Sprache nicht mächtig war, über die Region und die Welt. Sie lobte die Errungenschaften der Bergwerke und Industrieanlagen und widmete den Problemen des deutschen Bildungswesens viel Raum, während sie sich wenig mit den wirklichen Problemen der in Polen lebenden Deutschen befasste. Sie hatte, wie auch andere Zeitschriften zu dieser Zeit, einen ideologischen Charakter und betonte den Konflikt zwischen Ost- und Westeuropa, wobei sie den fortschrittlichen Charakter der DDR lobte, während die Bundesrepublik in ein negatives Licht geriet und als Nachfolger der faschistischen Ideologie dargestellt wurde.⁴² Diese Propaganda fiel jedoch nicht auf fruchtbaren Boden, denn die in Polen lebenden Deutschen pflegten regelmäßige Kontakte zu ihren Familien in der Bundesrepublik Deutschland und bildeten sich auf dieser Grundlage ihr eigenes Bild über das Land.⁴³

1955 erfuhr die Zeitschrift bedeutende Veränderungen: Sie wurde zu einer Tageszeitung, und ein Jahr später, als die Zensur während des politischen Tauwetters gelockert wurde, erschien eine Artikelserie von Julian Bartosz mit dem Titel *Betrachtungen über Gleichberechtigung*, in der zum ersten Mal die wirklichen Probleme der deutschen Bevölkerung in Polen umfassend erörtert wurden, wie zum Beispiel die Fragen des polnischen und deutschen Nationalismus, die Schwierigkeiten, in die Bundesrepublik Deutschland und die DDR auszuwandern beziehungsweise dort einen Besuch abzustatten, oder die Lage der Einheimischen in Oberschlesien. Im Jahr 1956 widmete die Zeitung den Bemühungen der Deutschen, einen eigenen Verein in Polen zu gründen, viel Aufmerksamkeit, doch bald darauf – in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre – verlor sie aufgrund der Massenabwanderung ihrer Leser in die Bundesrepublik und in die DDR ihre Zielgruppe, woraufhin sie im Dezember 1958 eingestellt wurde.⁴⁴

Organisation

Seit Anfang der 1950er Jahre versuchten die Deutschen, einen deutschen Verein nach dem Vorbild der bereits zum damaligen Zeitpunkt agierenden Vereinigungen von Juden, Russen, Griechen und Tschechen zu gründen.⁴⁵ Lange Zeit standen die polnischen Behörden diesen Bemühungen negativ gegenüber, da eine Organisation, die nur Deutsche versammelte, den politischen Absichten der Behörden im Wege stehen würde, die Deutschen durch gemeinsame Klassenaktivitäten innerhalb der Gewerkschaften, der PZPR (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei), des Polnischen Jugendverbandes oder der Frauenliga in die polnische Gesellschaft zu integrieren. Außerdem würde die Gründung einer Organisation von Deutschen in Polen die Nichtexistenz einer deutschen Minderheit in Polen in Frage stellen.⁴⁶ Die Entscheidung der Behörden in dieser Frage änderte sich wegen der massiven Auswanderungen der Deutschen während der politischen Tauwetterperiode in den Jahren 1956 bis 1958, und die Vereinbarung zur Gründung der Deutschen Sozial- und Kulturellen Gesellschaft (DSKG) in Waldenburg (Wałbrzych) mit vielen Zweigstellen in ganz Niederschlesien sollte ein Versuch sein, die Deutschen im Land zu halten. So nahm die DSKG Waldenburg am 14. April 1957 ihre Tätigkeit auf und an ihrer Eröffnung nahmen pro-

minente Vertreter der DDR teil - der Konsul aus Breslau und der Presseattaché der DDR-Botschaft in Warschau sowie Vertreter des polnischen Innenministeriums, der örtlichen Behörden und Journalisten.⁴⁷ Das satzungsgemäße Ziel der DSKG war die Popularisierung der deutschen Kultur, Bildung und Kunst sowie der Kulturaustausch mit fortschrittlichen Organisationen in der DDR. Darüber hinaus sollte sie dazu beitragen, Probleme im Bereich Ausbildung und Beruf der deutschen Jugend zu lösen, sich an staatliche Institutionen in Fragen der Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung zu wenden und die Beziehungen zwischen den Brudervölkern – Polen und Deutschen – zu stärken. Letztlich blieben die Absichten der Behörden, Deutsche unter anderem dank der DSKG auf Dauer in Polen festzuhalten, aber erfolglos, da sich diese Organisation vor allem bei der Vorbereitung der mit der Ausreise der deutschen Bevölkerung verbundenen Formalitäten als hilfreich erwies. Die Deutschen identifizierten sich nur in geringem Maße mit diesem Verein, da er wie alle anderen Organisationen zu dieser Zeit der Zensur und politischen Kontrolle unterlag.

Für kurze Zeit wurde eine ähnliche Vereinigung gegründet – die DSKG in Köslin (Koszalin), die am 2. April 1957 entstand. Aufgrund der Auswanderung ihrer Anführer und Mitglieder aus Polen löste sich der Verein jedoch noch zum Ende desselben Jahres selbst auf.⁴⁸

Die lang erwartete Möglichkeit für die Ausreise der Deutschen nach Deutschland zeigte sich, nachdem das Deutsche Rote Kreuz im Dezember 1955 ein Abkommen mit dem Polnischen Roten Kreuz unterzeichnet hatte. Es betraf die Erlaubnis für Menschen und Familien, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs getrennt wurden, aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland auszureisen. Ein Jahr später, im Dezember 1956, wurde ein ähnliches Abkommen zwischen den Regierungen der Volksrepublik Polen und der DDR unterzeichnet, das den Deutschen die Ausreise auch in die DDR erlaubte. Ein zusätzlicher Impuls für die deutsche Bevölkerung, Polen zu verlassen, war das »Wirtschaftswunder« in der Bundesrepublik, das es der ineffizienten sozialistischen Wirtschaft Polens unmöglich machte, mit der deutschen Wirtschaft zu konkurrieren: In den Westen zu gehen, bedeutete eine Verbesserung der Existenz. Darüber hinaus waren die Deutschen in Polen frustriert über die mangelnde Regelung wegen des ihnen nach Kriegsende weggenommenen Eigentums, junge Männer wollten der Wehrpflicht entkommen, und – neben allem anderen – verließen damals so viele Deutsche Polen,

dass auch diejenigen, die keine Familie mehr in Deutschland hatten, aus sozialen Gründen weggingen, weil sie nicht allein in einem nun fremden Land bleiben wollten. Schließlich verließen zwischen 1956 und 1958 im Rahmen der Familienzusammenführung 253.134 Deutsche Polen, davon gingen 216.083 in die Bundesrepublik Deutschland und 37.051 in die DDR.⁴⁹

Zeit der Stagnation

Nach der Massenauswanderung von Deutschen aus Polen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre war die Tätigkeit der einzigen verbliebenen Organisation der Deutschen in Polen, der DSKG Waldenburg, für die nächsten drei Jahrzehnte, bis 1989, von Stagnation gekennzeichnet. Während dieser Zeit führte die Gesellschaft nur symbolische Aktivitäten durch, die sich auf die Unterstützung älterer Vereinsmitglieder in verschiedenen Lebensfragen, Organisation von Vorträgen und die Verteilung von aus der DDR importierten Zeitschriften beschränkten.⁵⁰

Gleichzeitig versuchten die Einheimischen im Oppelner Schlesien – nach dem Vorbild der Deutschen in Niederschlesien – einen eigenen kulturellen und sozialen Verein zu gründen. Man hoffte, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen durch die Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe von 1965 mit den Worten »Wir vergeben und bitten um Vergebung« verbessern würden. Auch von der Unterzeichnung eines Abkommens über die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen durch die Regierungen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland am 7. Dezember 1970 erwarteten die Deutschen in der Region Oppeln, dass es ihnen das Erreichen ihres Zieles erleichtern werde. Leider blieben bis 1989 alle Versuche, eine deutsche Organisation im Oppelner Schlesien anzumelden (zwischen 1984 und 1989 waren es insgesamt 14), erfolglos. Alle bei den zuständigen Behörden eingereichten diesbezüglichen Anträge wurden abgelehnt.⁵¹ Die deutsche Bevölkerung hatte in dieser Angelegenheit auch keine Hilfe seitens des polnischen Episkopats. Kardinal Jozef Glemp erklärte in einem Interview für »Die Zeit«, dass »die Erörterung der Sache der deutschen Minderheit in Polen, all dieses revisionistische Geschwätz, nur Schaden anrichtet und Anlass zur Sorge wird.«⁵² Bis 1989 hatten die polnischen Behörden eine ähnliche Einstellung gegenüber

den deutschen Bestrebungen, die sie verharmlosten, indem sie darauf hinwiesen, dass der Grund für die Ausreise der Polen nach Deutschland nicht in der Identität, sondern nur in materiellen Gründen liegen würde.

Politische Wende 1989

Das Jahr 1989 war ein Wendepunkt nicht nur für die Lage der Deutschen, sondern für alle nationalen Minderheiten in Polen. Die Demokratisierung des politischen Systems führte zu dem politischen Willen, die Rechte und Freiheiten nicht nur der Bürger, sondern auch der nationalen Minderheiten in Polen zu respektieren. Der NSZZ (Unabhängiger Selbstverwalteter Gewerkschaftsverband) »Solidarność«, der damals an die Macht kam, hatte bereits im Dezember 1988 eine Kommission für nationale Minderheiten⁵³ gegründet, die die polnische Gesellschaft auf die Probleme nationaler Minderheiten aufmerksam machen und sie als ein politisches Thema darstellen sollte. Das Ergebnis der Arbeit dieser Kommission war ein Dokument mit Zielen, die die neue polnische Regierung nach der Machtübernahme der demokratischen Kräfte erfüllen sollte, um nationalen Minderheiten die Möglichkeit zu garantieren, ihre eigene nationale Identität, Kultur, Sprache und Tradition zu entwickeln. Diese Forderungen bezogen sich auf die Gewährleistung der Freiheit, Vereinigungen zu gründen und sie der Kontrolle des Innenministeriums zu entziehen, die Gewährung verfassungsmäßiger Rechte für nationale Minderheiten, die Möglichkeit, die Größe jeder Minderheit auf der Grundlage einer freien Erklärung in der nationalen Volkszählung zu bestimmen, die Einführung der Zweisprachigkeit in historischen Wohngebieten nationaler Minderheiten, die Freiheit, Bildungseinrichtungen und Privatschulen zu gründen, und es sollte der Zugang zu Archiven des Innenministeriums, die nationale Minderheiten betrafen, ermöglicht werden.⁵⁴ All diese Forderungen wurden in die Arbeit der 1989 gegründeten und bis heute tätigen Parlamentarischen Kommission für nationale und ethnische Minderheiten aufgenommen.

Auch der Anführer der NSZZ »Solidarność«, der spätere Präsident der Dritten Republik Polen, Lech Wałęsa, forderte 1989 unter Berufung auf Johannes Paul II. den »praktischen Respekt für nationale Minderheiten«, so wie die polnische Bevölkerung Respekt für die nationale Identität von Millionen im Ausland lebender Polen erwarte.⁵⁵

Die Haltung der polnischen Gesellschaft gegenüber den Deutschen hat sich in dieser Zeit merklich verändert, einige von ihnen erinnern sich an die Zeit so:

Mann, Bewohner von Oels, 79 Jahre⁵⁶

»Diese Haltung der Polen änderte sich radikal, vielleicht nicht von heute auf morgen [...] aber es wurden uns keine Probleme gemacht, man fühlte sich wie zu Hause. Bei den Menschen, mit denen Sie sprechen, hatten Sie nicht mehr das Gefühl, dass sie unterschiedlicher Meinung über Ihre Herkunft sind. Wir trafen uns sogar, da fragten sie uns, wie es da, zu deutschen Zeiten war, aber Gott bewahre, dass da etwas nicht stimmte.... Ich kann nichts Schlechtes dazu sagen.«

Die neuen demokratischen Machthaber erkannten, dass die Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat, auch derer nicht-polnischer Nationalität, nicht durch administrativen Zwang erreicht werden kann, sondern nur durch die Schaffung von Bedingungen für ihre selbstständige Entwicklung, die ihnen die Möglichkeit zu freien Entscheidungen in verschiedenen Lebensbereichen garantieren.⁵⁷

Deshalb wurde bereits im selben Jahr, am 7. April 1989, ein Vereinsgesetz verabschiedet, das die unregelmäßige Registrierung neuer Organisationen ermöglichte.⁵⁸ Unmittelbar nach seinem Inkrafttreten kam es zu einem sprunghaften Anstieg der deutschen Organisationen in Polen (innerhalb kurzer Zeit stieg die Zahl von sieben Minderheitenorganisationen auf etwa 120 im nationalen Maßstab). Auch die Minderheit nutzte diese Gelegenheit, und Anfang der 1990er Jahre gab es bereits etwa 100 neue deutsche Minderheitsvereinigungen.⁵⁹ Bald, am 15. September 1990, wurde eine Dachorganisation geschaffen, welche die Aktivitäten aller deutschen Vereine in Polen koordinierte. Sie trug zunächst den Namen »Zentralrat Deutscher Gesellschaften«, der dann in »Verband Deutscher Sozial-Kultureller Gesellschaften in Polen« mit Sitz in Oppeln, umgewandelt wurde.⁶⁰

Die Deutschen erhielten auch den lang ersehnten Status einer deutschen Minderheit in Polen. Dieser Begriff wurde zum ersten Mal im Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit

verwendet.⁶¹ Die Rechte nationaler Minderheiten wurden auch in das Grundgesetz aufgenommen – die polnische Verfassung (Artikel 35), die seit 1989 vorbereitet wurde und am 2. April 1997 in Kraft trat.⁶² Im Wahlgesetz von 1993⁶³ gab es Erleichterungen für nationale und ethnische Minderheiten, deren Wahlausschüsse von der Erreichung der Wahlschwelle ausgenommen wurden. Die deutsche Minderheit genießt dieses Privileg seit 1993 ununterbrochen und hat bis heute eine eigene Vertretung im Parlament, sie gestaltet auch die Kommunalverwaltungen in der Region Oppeln mit. Breite rechtliche Garantien für nationale Minderheiten in Polen wurden auf der Ebene eines separaten Gesetzes geschaffen, was in Europa nicht üblich ist. Am 5. Januar 2005 wurde das Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten und die Regionalsprache⁶⁴ verabschiedet. Andere Fragen nationaler Minderheiten, die nicht durch das oben genannte Gesetz abgedeckt sind und verschiedene Aspekte des gesellschaftlichen Lebens betreffen, wurden in gesonderten Rechtsakten geregelt, zum Beispiel im Gesetz über das Bildungssystem, im Rundfunk- und Fernsehgesetz oder im Charta-Kodex. Die nach 1989 erlangten, umfangreichen rechtlichen Garantien bedeuten nicht, dass die deutsche Minderheit im heutigen Polen frei von Sorgen und Herausforderungen ist, aber nach mehr als 40 Jahren der Nichtanerkennung ihrer Existenz hat sie endlich Selbstständigkeit und rechtliche Instrumente gewonnen, um ihre Zukunft im heutigen Polen bewusst zu gestalten.

Schlussfolgerungen

Die Geschichte der Deutschen in Polen in den Jahren 1945 bis 1989 beweist die Inkohärenz der von den Behörden der Volksrepublik Polen gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe verfolgten nationalen Politik. Diese Inkohärenz drückt sich in unterschiedlichen Funktionierungsbedingungen der einheimischen Bevölkerung, der »ethnischen« Deutschen und der Volksdeutschen aus, obwohl hier hinzugefügt werden sollte, dass die Schicksale der beiden letztgenannten Gruppen bei der Darstellung der allgemeinen Geschichte der Deutschen in Polen aufgrund ihrer geringeren Größe, im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung, oft übersehen werden. Die Unterschiede in der Einstellung der Behörden der Volksrepublik Polen gegenüber diesen drei Kategorien

von Deutschen resultierten aus dem Zusammenprall der Annahmen der politischen Doktrin und der Realität des Alltagslebens, mit der sie zu kämpfen hatten. Die Absicht, einen »einheitlichen Nationalstaat« aufzubauen, scheiterte trotz der Aussiedlung der Deutschen aus Polen, weil die Behörden aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen waren, einen Teil der Deutschen, entgegen ideologischer Annahmen, in Polen zu belassen. Auch das Ziel, einen »mononationalen Staat« mit dem Mittel des Versuchs zu errichten, »ethnische« Deutsche zu assimilieren und sie auf der Grundlage einer Klassengemeinschaft in die polnische Bevölkerung zu integrieren, wurde nicht erreicht.

Auf der anderen Seite pflegte die einheimische Bevölkerung, obwohl sie die polnische Staatsbürgerschaft nach 1945 annahm, ein Gefühl kultureller Besonderheit, das in den 1950er, 1970er und 1980er Jahren zu Bestrebungen, einerseits Polen zu verlassen, andererseits zur Gründung deutscher Organisationen in den 1980er Jahren führte. Die Mehrheit der Volksdeutschen verließ Polen – oder war dazu gezwungen – in den ersten Nachkriegsjahren, während diejenigen, die nach der Rehabilitation die polnische Staatsbürgerschaft wieder annahmen, zahlenmäßig unbedeutend waren und sich in die polnische Gesellschaft eingegliedert haben. Wahrscheinlich schlossen sich einige von ihnen nach 1989 der deutschen Minderheit an, als diese ihre Strukturen aufbaute.

In Anbetracht der Bestrebungen der polnischen Behörden und der der deutschen Bevölkerung lässt sich feststellen, dass diese in der Regel zeitlich auseinandergingen. Zu einer Zeit, als die polnische Verwaltung kurz nach Kriegsende alle Deutschen aussiedeln wollte, bemühten sich diese, in ihren Häusern zu bleiben, um ihr Eigentum zu bewahren. Als nach einigen Jahren die polnischen Behörden ihre Haltung gegenüber den »ethnischen« Deutschen änderten und beschlossen, sie in die polnische Gemeinschaft zu integrieren und so dauerhaft in Polen zu belassen, verloren die Deutschen die Hoffnung auf die Rückkehr der alten Grenzen und eine Verbesserung ihrer Existenz in Polen, und in ihnen reifte die Entscheidung, Polen zu verlassen. Die Behörden, die einerseits die Vergeblichkeit ihrer Versuche, die Deutschen in Polen zu integrieren und andererseits die Entschlossenheit dieser Gruppe, aufgrund neuer Richtlinien der Liberalisierung des kommunistischen Systems aus Polen auszuwandern, erkannten, erlaubten in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre den Deutschen die Ausreise.

Man kann sagen, dass die »ethnischen« Deutschen in den Jahren 1950 bis 1958 bessere Existenzbedingungen genossen, weil sie über ein eigenes Schulsystem und eigene Presse verfügten sowie ein kulturelles und organisatorisches Leben entwickeln konnten. Dies veranlasste sie jedoch nicht, in Polen zu bleiben, wie von den polnischen Behörden erwartet. Die Sehnsucht nach der Familie, deutsch-polnische Animositäten, die ineffiziente zentral gesteuerte Wirtschaft der Volksrepublik Polen (zur Zeit des »Wirtschaftswunders« in der Bundesrepublik) sowie die allgegenwärtige politische Indoktrination waren die Gründe dafür, Polen zu verlassen.

Während der Zeit, in der die »ethnischen« Deutschen ihre Aktivitäten ausüben konnten, blieb die einheimische deutsche Bevölkerung untätig, da sie unter ständiger Aufsicht der Behörden stand. Selbstständige Aktivitäten als Minderheit waren erst in den 1980er Jahren möglich (obwohl sie zu diesem Zeitpunkt immer noch illegal waren), in der Zeit des Aufbaus oppositioneller Strukturen in Polen. Erst die politische Wende in Polen im Jahre 1989 schuf die Voraussetzungen dafür, dass sich seitdem alle Gruppen von Deutschen in einem demokratischen Staat frei zusammenschließen dürfen und ihre nationale Identität, Kultur und Muttersprache pflegen können.

Anmerkungen

- ¹ Browarek, Tomasz: *Ludność niemiecka w polityce państwa polskiego w latach 1945-1989*, Lublin 2015, S. 15-25.
- ² Laut Bernadetta Nitschke betrafen Evakuierung und Flucht sechs Millionen Deutsche: Nitschke, Bernadetta: *Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945-1949*, Zielona Góra 1999, S. 60f.
- ³ Hytrek-Hryciuk, Joanna: »Rosjanie nadchodzą!« *Ludność niemiecka a żołnierze Armii Radzieckiej (Czerwonej) na Dolnym Śląsku w latach 1945-1948*, Wrocław 2010, S. 50-62.
- ⁴ Jankowiak, Stanisław: *Wysiedlenie i emigracja ludności niemieckiej w polityce władz polskich w latach 1945-1970*, Warszawa 2005, S. 89f.; Browarek: *Ludność niemiecka*, 2015, S. 103.
- ⁵ Ociepka, Beata: *Niemcy na Dolnym Śląsku w latach 1945-1970*, Wrocław 1992, S. 19f.
- ⁶ Eigene Forschungen im Rahmen eines Projektes des Forschungszentrums der deutschen Minderheit in Oppeln von 2016; Kurasz, Irena: *Obcy, choć*

- »tutejsi«. Refleksje nad historią Niemców na Dolnym Śląsku po II wojnie światowej w świetle wyników badań jakościowych, in: Gładkowski, Krzysztof; Kurasz, Irena (Hg.): »Tutejsi« czy obcy? Niemcy w Polsce po 1945 roku. »Einheimische« oder Fremde? Deutsche in Polen nach 1945, Olsztyn 2018, S. 97.
- ⁷ Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 20-22; Kurasz, Irena: Mniejszość niemiecka na Dolnym Śląsku. Studium socjologiczne, Kraków 2015, S. 68f.
- ⁸ Lippóczy, Piotr; Walichnowski, Tadeusz: Przesiedlenie ludności niemieckiej z Polski po II wojnie światowej w świetle dokumentów, Warszawa-Łódź 1982, S. 57; Madajczyk, Piotr: Niemcy polscy 1944-1989, Warszawa 2001, S. 19.
- ⁹ Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 22f.
- ¹⁰ Romanow, Zenon: Ludność niemiecka na ziemiach zachodnich i północnych w latach 1945-1957, Słupsk 1992, S. 30.
- ¹¹ Madajczyk: Niemcy polscy, 2001, S. 28-32.
- ¹² Ebd., S. 24; Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 6; Kurcz, Zbigniew: Niemiecka diaspora na Śląsku, in: Mniejszość niemiecka w Polsce, Bd. 2: Niemcy w rozproszeniu, Seria: Polska-Niemcy, Heft 4, Warszawa 1999, S. 20; Dobrosielski, Marian: Mniejszość niemiecka w Polsce, in: Mniejszość niemiecka w Polsce. Historia i teoria, Seria: Polska-Niemcy, Heft. 1, Warszawa 1995, S. 63.
- ¹³ Madajczyk: Niemcy polscy, 2001, S. 24-32.
- ¹⁴ Ebd., S. 38; Urban, Thomas: Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1994, S. 12.
- ¹⁵ Madajczyk: Niemcy polscy, 2001, S. 38.
- ¹⁶ Ebd., S. 38-64; Bahr, Ernst; König, Kurt: Ostdeutschland unter fremder Verwaltung, Bd. 5: Niederschlesien, Frankfurt am Main u. a. 1967, S. 39f.
- ¹⁷ Nitschke, Bernadetta: Niemcy, in: Dudra, Stefan; Nitschke, Bernadetta (Hg.): Mniejszości narodowe i etniczne w Polsce po II wojnie światowej, Kraków 2010, S. 46-48; Jankowiak: Wysiedlenie i emigracja, 2005, S. 32.
- ¹⁸ Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 7.
- ¹⁹ Madajczyk: Niemcy polscy, 2001, S. 75; Jankowiak: Wysiedlenie i emigracja, 2005, S. 36.
- ²⁰ Browarek: Ludność niemiecka, 2015, S. 28.
- ²¹ Nitschke: Niemcy, 2010, S. 42; Browarek: Ludność niemiecka, 2015, S. 29f.; Kurasz: Mniejszość niemiecka na Dolnym Śląsku, 2015, S. 69f.
- ²² Madajczyk: Niemcy polscy, 2001, S. 43.
- ²³ Ebd., S. 45.
- ²⁴ Ebd., S. 32.
- ²⁵ Nitschke: Niemcy, 2010, S. 46; Jankowiak: Wysiedlenie i emigracja, 2005, S. 32.

- ²⁶ Madajczyk: Niemcy polscy, 2001, S. 32f.
- ²⁷ Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 7; Bielak, Feliks: Niemiecka grupa narodowa w Polsce, Warszawa 1990, S. 18.
- ²⁸ Ebd.
- ²⁹ Madajczyk: Niemcy polscy, 2001, S. 36.
- ³⁰ Ebd., S. 82f.; Jankowiak: Wysiedlenie i emigracja, 2005, S. 64f.; Nitschke: Niemcy, 2010, S. 50.
- ³¹ Browarek: Ludność niemiecka, 2015, S. 153.
- ³² Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 56.
- ³³ Madajczyk: Niemcy polscy, 2001, S. 82f.; Jankowiak: Wysiedlenie i emigracja, 2005, S. 64f.; Nitschke: Niemcy, 2010, S. 50.
- ³⁴ Ebd., S. 56; Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 105; Jankowiak: Wysiedlenie i emigracja, 2005, S. 74-76; Urban: Deutsche in Polen, 1994, S. 87f.; Kurasz: Mniejszość niemiecka na Dolnym Śląsku, 2015, S. 130.
- ³⁵ Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 106.
- ³⁶ Browarek: Ludność niemiecka, 2015, S. 199; Nitschke: Niemcy, 2010, S. 39.
- ³⁷ Jankowiak: Wysiedlenie i emigracja, 2005, S. 77f.; Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 118f.
- ³⁸ Ebd.
- ³⁹ Browarek: Ludność niemiecka, 2015, S. 211.
- ⁴⁰ Kurasz, Irena: Media ludności niemieckiej Dolnego Śląska na tle przeobrażeń politycznych, społecznych i demograficznych w latach 1950-2013, in: *Studia humanistyczne AGH*, 2014, Band 13/3, Kraków 2014, S. 84f.
- ⁴¹ Bahr; König: Ostdeutschland unter fremder Verwaltung, 1967, S. 299; Urban: Deutsche in Polen, 1994, S. 88; Jankowiak: Wysiedlenie i emigracja, 2005, S. 76f.; Nitschke: Niemcy, 2010, S. 40; Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 124.
- ⁴² Ebd., S. 124-129.
- ⁴³ Kurasz: Mniejszość niemiecka na Dolnym Śląsku, 2015, S. 137.
- ⁴⁴ Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 130; Urban: Deutsche in Polen, 1994, S. 88; Jankowiak: Wysiedlenie i emigracja, 2005, S. 76f.
- ⁴⁵ Pudło, Kazimierz M.: Dom różnych narodowości, in: *Kalendarz wrocławski* 1987, S. 62.
- ⁴⁶ Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 134-145.
- ⁴⁷ Ebd.
- ⁴⁸ Matelski, Dariusz: Mniejszość niemiecka w Polsce w latach 1945-2015, in: Nijakowski, Lech M. (Hg.): Niemcy, Warszawa 2016, S. 62; Browarek: Ludność niemiecka, 2015, S. 253.

- ⁴⁹ Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 40-42; Browarek: Ludność niemiecka, 2015, S. 268; Kurasz, Irena: Migracje w doświadczeniach dolnośląskich Niemców w latach 1945-1959, in: Adamczyk, Anita; Sakson, Andrzej; Trosiak, Cezary (Hg.): Między tolerancją a niechęcią. Polityka współczesnych państw europejskich wobec migrantów i mniejszości, Poznań 2017, S. 388f.
- ⁵⁰ Ociepka: Niemcy na Dolnym Śląsku, 1992, S. 141; Nitschke: Niemcy, 2010, S. 56; Jankowiak: Wysiedlenie i emigracja, 2005, S. 84.
- ⁵¹ Matelski: Mniejszość niemiecka, 2016, S. 64f.
- ⁵² Dialog ku porozumieniu, wywiad z kard. Józefem Glempem [Dialog für Verständigung, Interview mit Kardinal Józef Glemp, I. K.], *Życie Katolickie* 1985, Bd. IV, Nr. 9, S. 113.
- ⁵³ Nitschke, Bernadetta: Niemcy, in: Dudra, Stefan; Nitschke, Bernadetta (Hg.): Stowarzyszenia mniejszości narodowych, etnicznych i postulowanych w Polsce po II wojnie światowej, Kraków 2013, S. 42.
- ⁵⁴ Szczepański, Tomasz: Mniejszości narodowe w myśli politycznej opozycji polskiej w latach 1980-1989, Toruń 2008, S. 35-46.
- ⁵⁵ Ebd.
- ⁵⁶ Eigene Forschungen im Rahmen eines Projektes des Forschungszentrums der deutschen Minderheit von 2019; Nummer des Interviews: WP_19_D_03.
- ⁵⁷ Madajczyk, Piotr: Polityka III Rzeczypospolitej wobec mniejszości niemieckiej, in: Sakson, Andrzej (Hg.): Polska, Niemcy, mniejszość niemiecka w Wielkopolsce. Przeszość i teraźniejszość, Poznań 1994, S. 158.
- ⁵⁸ Madajczyk: Niemcy polscy, 2001, S. 338; Nitschke: Niemcy, 2013, S. 44.
- ⁵⁹ Madajczyk: Niemcy polscy, 2001, S. 337.
- ⁶⁰ Ebd., S. 338; Wittek, Monika: Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen, in: Wittek, Monika (Hg.): Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen 1991-2007, Opole 2007, S. 13.
- ⁶¹ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (poln. GBl. von 1992, Nr. 14, Pos. 56).
- ⁶² Grundgesetz der Republik Polen vom 2. April 1997 (poln. GBl. von 1997, Nr. 78, Pos. 483).
- ⁶³ Gesetz über den Rechtsrahmen für die Parlamentswahlen der Republik Polen vom 28. Mai 1993 (poln. GBl. von 1993, Nr. 45, Pos. 205).
- ⁶⁴ Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten und die Regionalsprache vom 6. Januar 2005 (poln. GBl. von 2005, Nr. 17, Pos. 141).

Die deutschsprachige Bevölkerung in der Tschechoslowakei nach der Zwangsaussiedlung

Matěj Spurný

Die Zwangsaussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg hat die demografischen, sozialen und die Eigentumsverhältnisse, vor allem in den Böhmisches Ländern, auf Dauer radikal verändert. Das, was im tschechischen Diskurs lange Jahrzehnte euphemistisch als »Abschub« und in der deutschen Erinnerungskultur pauschal als »Vertreibung« bezeichnet wird, wurde in der Nachkriegstschechoslowakei als ein Akt der Wiedergutmachung des »Münchner Verrats« ausgegeben. Diese »Wiedergutmachung« gründete auf der Vorenthaltung bürgerlicher Rechte für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung. Die Nachkriegssituation wurde von der Mehrheit der Bevölkerung und von den führenden Politikern nicht nur als eine unerlässliche Lösung für eine Weiterexistenz und innere Stabilität des tschechoslowakischen Staates gesehen, sondern gleichzeitig als einmalige Möglichkeit, eine ethnisch homogene Gesellschaft aufzubauen. Die Tschechoslowakei hätte aus der Asche der »Stunde Null« als ein reiner Nationalstaat auferstehen sollen. Doch dieses Ziel wurde nicht ganz erreicht.

Die Neugewinnung des tschechischen Grenzlandes für eine slawische Bevölkerung und eine ethnische Homogenität der dort neu entstehenden Gesellschaft, die mit sozialer Homogenisierung einhergehen sollte, waren schon wegen der heterogenen Herkunft der neuen Grenzlandbevölkerung nicht zu erzielen. Neben Tschechen aus dem Inneren des Landes kamen Zehntausende Remigranten aus Wolhynien, Jugoslawien oder Rumänien, arbeitssuchende Roma und Zehntausende ungarisch sprechende Zwangsumgesiedelte aus der Süd- und Ostslowakei. Später, nach dem verlorenen Bürgerkrieg, kamen sogar Familien Tau-

sender griechischer Kommunisten. Auch Interessenkonflikte tschechischer Altsiedler und Neusiedler sorgten für alles andere als eine Idylle einer einheitlichen Gesellschaft. Darüber hinaus sind im Grenzland etwa 170.000 Deutsche verblieben, die vor allem aus pragmatischen Gründen nicht ausgesiedelt wurden. Weitere Zehntausende Familien der hier Altangesessenen waren schwer ethnisch und national einzuordnen, denn oft war ein Teil dieser formell tschechischen – oder wie man damals zu sagen pflegte, »gemischten« – Familien sprachlich und kulturell deutsch geprägt. Wie genau, also in Folge welcher Kriterien, die neue und radikal reduzierte deutschsprachige Minderheit entstand, welche Politiken ihr gegenüber in den Nachkriegsjahren praktiziert wurden und wie sie sich im Laufe der folgenden Jahre und Jahrzehnte verändert hat, ist das Thema dieser Studie.

Bleiben dürfen. Oder müssen?

Während die radikalsten tschechischen »Patrioten« die ausnahmslose Aussiedlung aller Deutschen verlangten, ohne auf das Verhalten des Einzelnen während des Krieges oder auf Mischehen Rücksicht zu nehmen, sahen die Dekrete des Präsidenten der Republik Ausnahmen von der allgemeinen Regel (also des Verlustes jeglicher Rechte und der anschließenden »Abschiebung«) insbesondere für deutsche Antifaschisten vor.¹ Diese Aufweichung des Prinzips der unerbittlichen ethnischen Säuberung sollte ein Schritt des Entgegenkommens gegenüber jenen sein, die in den schweren Jahren dem Nationalsozialismus die Stirn geboten hatten und gegenüber der Tschechoslowakei loyal geblieben waren, womit sie den Verlust des Arbeitsplatzes, ihres Besitzes und vielfach auch ihres Lebens riskiert hatten. Jedoch konnten die meisten Deutschen im Land, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft oder unter seinem Terror gelitten hatten, in der Praxis nur unter der Voraussetzung als Antifaschisten anerkannt werden, dass sie unter etwas würdigeren Bedingungen als die übrigen Deutschen die Tschechoslowakei verließen. Unter den zurückgebliebenen knapp 170.000 Deutschen fielen die 5.000 anerkannten Antifaschisten dagegen kaum ins Gewicht. Weitaus stärker vertreten waren die sogenannten unverzichtbaren Fachkräfte – in Wirklichkeit meist einfache Arbeiter in Bergwerken und Fabriken. Im Endeffekt setzte sich so gegenüber dem nationalen Fana-

tismus, wie auch gegenüber dem Anschein einer trügerischen Gerechtigkeit (die Antifaschisten mussten ihre Unschuld und ihre Loyalität zur Tschechoslowakei aktiv beweisen, was im Widerspruch zu den Prinzipien des Rechtsstaats steht), wenigstens bis zu einem gewissen Grad ein pragmatisches wirtschaftliches Kalkül durch.

Neben mehreren Zehntausenden ursprünglich zum »Transfer«² vorgesehenen Deutschen, die nach der Einstellung der Transporte nicht mehr ausgesiedelt werden konnten, sollten gerade die unverzichtbaren deutschen Arbeiter künftig die größte Gruppe der Zurückgebliebenen bilden. Im Gegensatz zu den Antifaschisten handelte es sich in beiden Fällen um Personen der unterschiedlichsten politischen Ausrichtungen. Die »Unverzichtbaren« wollten außerdem in Anbetracht ihrer Lage am Ende meist das Land verlassen, was ihnen jedoch verwehrt blieb. Das Unzufriedenheitspotential war somit gerade unter ihnen relativ hoch. Für ein weiteres Zusammenleben von Tschechen und Deutschen herrschten daher nicht gerade ideale Voraussetzungen.

Die Existenzbedingungen der meisten verbliebenen Deutschen (mit Ausnahme der anerkannten Antifaschisten und deutschen Frauen tschechischer Männer) hingen mit der Tatsache zusammen, dass auch sie, genauso wie die Zwangsausgesiedelten, in der Regel die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und ihre Eigentumsrechte, also Haus, Grund und größtenteils auch ihr bewegliches Habe, verloren hatten. In Kombination mit einem zwanzigprozentigen Lohnabzug bedeutete dies einen dramatischen Einbruch ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung. Aus den Familien oft wohlhabenderer qualifizierter Facharbeiter sowie aus den Angehörigen der Mittelschicht wurden die Parias der neuen Gesellschaft. Neben ihren Besitzrechten wurden ihnen wenigstens bis 1948 – und in vielen Fällen sogar bis zum Beginn der Fünfzigerjahre – auch alle übrigen bürgerlichen Rechte vorenthalten, so dass sie jederzeit an einen beliebigen Ort umgesiedelt oder zu einer Arbeit verpflichtet werden konnten, an der sie nicht interessiert waren; sie durften nicht heiraten, geschweige denn studieren. Vielleicht noch gravierender war die Tatsache, dass sich diese Menschen, abgesehen von manchen grenznahen Gebieten im Nordwesten, wo die Deutschen noch immer einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von mehr als 20 Prozent hatten, in einer ihnen fremden Umgebung wiederfanden. Selbst wenn sie sich nur zu Hause aufhielten, hatten sie doch ihre Nachbarn und alle weiteren bisherigen sozialen Bindungen verloren und waren

somit ganz auf sich allein gestellt, umgeben von einer Gesellschaft, die ihnen feindselig oder zumindest misstrauisch begegnete.

Im Wirbel der Segregations- und Deportationspolitiken der ersten Nachkriegsjahre

Die allgemein sehr schwierige Ausgangssituation einer überwiegenden Mehrheit der verbliebenen Deutschen wurde in den Jahren 1947 bis 1948 durch die Staatspolitik der »Zerstreuung« oder des sogenannten »inneren Abschubs« vertieft. Einerseits betrieb der tschechoslowakische Staat bis Ende der 1940er Jahre gegenüber den verbliebenen Deutschen eine Segregationspolitik, die durch das Verbot von Eheschließungen zwischen Tschechen und Deutschen und durch eine weiterhin sehr restriktive Staatsbürgerschaftspolitik markiert wurde, gleichzeitig aber wollten die Machteliten (auch unter Druck von tschechischen Siedlern) das Fortbestehen von deutschen Enklaven verhindern. Dort, wo dies drohte, wurden Deutsche zwangsläufig in das tschechische Inland umgesiedelt. Die erste Umsiedlungswelle dauerte von Mai bis November 1947. Auch nach der Durchführung der Aktion bestand weiterhin in den Grenzgebieten wie auch bei den Prager Behörden eine Unzufriedenheit angesichts dieses ethnisch nicht ausreichend homogenen Gebietes. Daher schloss sich noch eine zweite Welle der »Umsiedlung und Zerstreuung« der Deutschen an. So verloren 30.000 bis 40.000 in der Tschechoslowakei verbliebenen Deutsche ihre Heimat (und oft auch ihre ursprüngliche Beschäftigung), als sie im Landesinnern »zerstreut« wurden. In der Regel hatten sie anschließend schwere Arbeiten in der Landwirtschaft zu leisten.³ Wenngleich in der Beamtenrhetorik und noch mehr in den öffentlichen Verlautbarungen oft das Motiv einer vollständigen Säuberung der Grenzregion von den Deutschen auftauchte, betraf die Zerstreuung in der Praxis hauptsächlich jene Deutsche, deren Zwangsaussiedlung in den amerikanischen Sektor Deutschlands durch die ablehnende Haltung der amerikanischen Seite nicht mehr möglich gewesen war. Jedoch wurden auch einige Deutsche ins Landesinnere verbracht, die über eine Legitimation als Fachkraft verfügten (sofern sich nicht die lokalen Nationalausschüsse oder Betriebe erfolgreich für ihr Bleiben einsetzten). Weiter wurde viel über gemischte Familien diskutiert und auch die Gruppe der Antifaschisten war aufgrund

der mehrfachen Revisionen ihrer Legitimationen nicht vollständig vor einer Umsiedlung geschützt.

Die Antwort auf die Frage nach den Motiven und den zeitgenössischen Rechtfertigungen dieser Umsiedlungsaktion ist durchaus nicht trivial. So reproduzierte die Rhetorik, welche die Umsiedlungen begleitete, die erbarmungslose Logik einer endgültigen ethnischen Säuberung der Grenzgebiete. Der rechtliche Rahmen jedoch, auf dessen Grundlage die »Zerstreuung« stattfand, weist ebenso wie zahlreiche interne Behördendokumente die gesamte Aktion als ein darauf gerichtetes Vorhaben aus, Arbeitskräfte für die Regionen im Landesinneren zu gewinnen. Dies stellt in einer Zeit, in der gleichzeitig Werk­tätige für die Grenzgebiete angeworben wurden, einen der denkbaren Gipfel des *Social Engineering* dar; Tschechen ohne Grundbesitz und gelernten Beruf sollten in den Grenzgebieten zu Eigentum und einem höheren gesellschaftlichen Status gelangen, während die einstigen deutschen Besitzer der Anwesen umgekehrt im Landesinneren als Hilfskräfte dienen sollten. Im Rahmen der pragmatischen Bemühungen um eine Marginalisierung der verbliebenen Deutschen, aus denen die Parias der neuen tschechischen Gesellschaft werden sollten, erscheint eine solche Politik in gewissem Maße durchaus als zweckdienlich. Angesichts des dauerhaften Arbeitskräftemangels in den Grenzregionen musste jedoch das rein ökonomische Argument bewusst die Probleme ignorieren, welche der Wegzug der Deutschen aus diesen Gebieten verursacht hatte. So konnten etwa die in den Grenzregionen in der Landwirtschaft tätigen Deutschen im Grunde nur noch durch Bürger von ähnlich niedrigem Status ersetzt werden, die gleichfalls keine Möglichkeit hatten, über ihren Aufenthaltsort oder ihre Beschäftigung zu entscheiden – wie etwa die Ungarn aus der Südslowakei, Roma aus dem Osten der Slowakei oder verarmte tschechische Rückwanderer aus Rumänien. Das Argument einer Substitution der Arbeitskräfte im Landesinnern hätte zwar ein gewisses Legitimationspotential im Kampf um die Wählerstimmen der dortigen Bauern haben können, deren Knechte und Mägde oft ins Grenzland gingen, gleichzeitig weckte es jedoch in vielen dieser Menschen Erwartungen, die sich nicht erfüllen ließen; statt einzelner Arbeitskräfte kamen nämlich ganze Familien samt Greisen und Kindern. Aus der Sicht der Einwohner⁴ im Landesinnern war das Ergebnis somit bestenfalls widersprüchlich.⁵

Zu Bürgern der sozialistischen Tschechoslowakei

Durch die Strategie einer Ethnisierung der Bürgerrechte⁶ werden Gruppen von Menschen erschaffen und erhalten, für die aufgrund ihrer Ethnizität nicht die gleichen Rechte wie für die übrige Bevölkerung gelten. Diese Strategie, auf deren Grundlage die tschechoslowakischen Behörden akribisch darüber wachten, dass die verbliebenen Deutschen in einer Position der Nicht-Bürger oder Bürger zweiter Klasse verharrten, geriet nach der kommunistischen Machtergreifung 1948 in offenen Widerspruch zur herrschenden internationalistischen Ideologie. Es handelte sich darüber hinaus nicht nur um ein ideologisches Problem; die deutschen Arbeitskräfte bildeten in manchen Bezirken einen wichtigen Pfeiler für das Funktionieren der Wirtschaft, und die Frage ihrer Loyalität dem sozialistischen Staat gegenüber war auch im Hinblick auf ihre möglichen Kontakte über die Westgrenze hinweg von außerordentlicher Wichtigkeit. Die aus diesen Gründen initiierte Wandlung der Politik gegenüber der deutschen Minderheit, deren Konstruktion, Isolation und Diskriminierung die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KSČ) in den ersten Nachkriegsjahren größtenteils unterstützt hatte, trug in sich jedoch gleichzeitig das Risiko einer Bedrohung der Legitimität, da durch sie das Bild der KSČ als einer treibenden Kraft der nationalen Revolution nach dem Krieg in Frage gestellt wurde. Gerade die Bemühung um eine ideologisch konsistente und ökonomisch rationale Lösung, welche gleichzeitig auch das populäre Bild der KSČ als Trägerin nationaler Traditionen unbeschadet ließ, prägte die oft widersprüchliche Politik des tschechoslowakischen Staats gegenüber der deutschen Minderheit nach 1948.⁷

Die überwiegende Mehrzahl jener Personen, denen aus unterschiedlichen Gründen die Zwangsaussiedlung erspart geblieben war, hatte bis Ende der 1940er Jahre noch nicht die erneute Zuerkennung ihrer Staatsbürgerschaft erreicht.⁸ Ohne diese war es im Grunde unmöglich, eine Ehe zu schließen, die Rückgabe unrechtmäßig beschlagnahmten Eigentums zu verlangen oder sich gegen die Willkür der Behörden und der staatlichen Politik in Gestalt von Zwangsarbeit oder der erzwungenen Umsiedlungen zur Wehr zu setzen. Bereits seit Ende 1947 wurde den Staatsorganen, anders als dem Großteil der tschechischen Gesellschaft, jedoch zunehmend klarer, dass die Tschechoslowakei nicht auf unbegrenzte Zeit als Staat mit zwei Bevölkerungskategorien – der

Bürger und der rechtlosen Nichtbürger – würde erhalten bleiben können. Einen wirklichen Durchbruch in der Beziehung des tschechoslowakischen Staats zur Staatsbürgerschaft der verbliebenen Deutschen brachte die Verordnung der bereits kommunistischen Regierung vom November 1949, die alle komplizierten Bedingungen für den Rückwerb der Staatsbürgerschaft aufhob und offen gestand, es sei im Interesse des »Aufschwungs des Staates, dass die Anträge der deutschen Werk tätigen und in erster Linie der zuverlässig und mit vollem Einsatz arbeitenden Fachkräfte der verschiedenen Industriezweige beschleunigt und mit endgültiger Wirksamkeit erledigt werden.«⁹ Anders als erwartet oder erhofft, gaben nun Zehntausende Deutsche zu erkennen, dass sie an dem auf den ersten Blick großzügigen Angebot nicht mehr interessiert waren.¹⁰ Unter den Bedingungen des Kalten Krieges und in Anbetracht der eigenen Verelendung, die sie in den vorausgegangenen Jahren hatten erleben müssen, hegten nunmehr Tausende der verbliebenen Deutschen den Wunsch, ihren Verwandten nach Deutschland zu folgen. Die »Nichtbürger« nahmen eine mögliche Ausweisung nicht mehr als Bedrohung wahr; im Gegenteil stand bei vielen von ihnen gerade die theoretische Möglichkeit, in den Westen zu gelangen, hinter der Entscheidung, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft jetzt abzulehnen. Seit dem Frühjahr 1949 hatte es keine offenen Repressionen und keine weiteren erzwungenen Migrationen der deutschsprachigen Einwohner ohne Staatsbürgerschaft mehr gegeben, und es deutete nichts darauf hin, dass sich derartige Ereignisse nochmals wiederholen würden. Nach und nach wurden auch die Deutschen ohne Staatsbürgerschaft sozial gleichgestellt. Somit konnte die Staatsbürgerschaft höchstens noch in einzelnen Fällen bei der Aufhebung früher stattgefundener Enteignungen hilfreich sein, wengleich freilich unter den Bedingungen der sozialistischen Diktatur nur selten Vermögenswerte zurückerstattet wurden, und sie konnte zum Beispiel Eheschließungen vereinfachen.

Vor allem aufgrund des Mangels am Interesse vieler Verbliebener, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft anzustreben, erblickte schließlich zur Jahreswende 1952/53 eine Idee das Licht der Welt, die noch wenige Jahre zuvor völlig absurd angemutet hätte – die kollektive Einbürgerung aller Deutschen, die ihre Staatsbürgerschaft aufgrund des Verfassungsdokrets Nr. 33 vom 2. August 1945 verloren hatten und die gleichzeitig nach wie vor ihren Wohnsitz in der Tschechoslowakischen

Republik hatten. Die zwangsweise Erteilung der Staatsbürgerschaft kann man als eine Manifestation des integrativen Charakters der sozialistischen Diktatur gegenüber der deutschen Minderheit interpretieren, sie lässt sich jedoch gleichzeitig als Zeichen der Ratlosigkeit eines Staats wahrnehmen, der es nicht geschafft hatte, die Bewohner seines Territoriums auf andere Weise zu der Loyalität zu bewegen, welche die Annahme der Staatsbürgerschaft symbolisiert.

Ob bereits als Bürger oder noch nicht, änderte sich die Position der Deutschen gegenüber dem tschechoslowakischen Staat während der ersten Jahre nach 1948 maßgeblich. Aus außenpolitischen, wirtschaftlichen sowie ideologischen Gründen bemühte sich die kommunistische Macht um die Integration der deutschsprachigen Bevölkerung in die Mehrheitsgesellschaft. Das angebotene Maß an Freiheiten und Bürgerrechten war gleichwohl durch den autoritären Charakter des Systems beschränkt. Auch wenn die Abschaffung der diskriminierenden Legislative der Nachkriegsjahre von vielen Deutschen mit gewisser Dankbarkeit angenommen wurde, sorgte die Mischung von Fürsorge und Kontrolle eher für Enttäuschung und das Fortbestehen von Unsicherheit, selbst in den Reihen der relativ Loyalen.

Von zentraler Bedeutung ist gerade der in vielen Dokumenten unablässig gebrauchte Begriff der »Fürsorge«, durch welchen die Beziehung zu den Deutschen außerhalb der üblichen Dichotomie Integration versus Assimilation steht. Diese brachte den Deutschen schon in den Fünfzigerjahren eine gewisse Förderung ihres kulturellen Lebens, also – wie man damals zu sagen pflegte – »sich kulturell in ihrer Muttersprache auszuleben«, jedoch nur dann, wenn dieses »sich Ausleben« die »freundschaftliche Zusammenarbeit«¹¹ beförderte. Die Angst der Machteliten vor einer Autonomie oder einer möglichen Isolation der deutschsprachigen Bevölkerung führte gleichzeitig dazu, dass jegliche von dieser Gruppe ausgehende Initiative mit Argwohn betrachtet wurde. Daher gerieten die Repräsentanten der deutschen Kultur, deutsche Journalisten oder Schauspieler deutscher Theaterensembles relativ oft mit den Funktionären in Konflikt, die mit der Aufsicht über die deutschsprachigen Bürger betraut waren.¹² Aus Sicht des sozialistischen Staates waren die Deutschen nur als fleißige Arbeiter vorstell- und hinnehmbar, für deren Bedürfnisse Gewerkschaften und sonstige Organisationen Sorge trugen, nicht jedoch als selbständig handelnde Angehörige einer intellektuellen und kulturellen Elite.

Zu den drängendsten Problemen vieler deutscher Familien gehörte seit Beginn der Fünfzigerjahre die Wohnungsfrage. Auch jene Deutsche, denen die erzwungene Umsiedlung ins Landesinnere erspart geblieben war, hatten vielfach in den Jahren 1945-1948 ihr Dach über dem Kopf verloren, erfreuten sich doch ihre Häuser oder attraktiven Wohnungen bei den tschechischen Neusiedlern großer Beliebtheit. So hatten denn, wie sogar die offiziellen Berichte eingestehen, in etlichen Gegenden gerade die Deutschen unter den weitaus schlechtesten Wohnverhältnissen zu leiden.¹³ Die sozialen Nachwirkungen der Enteignung und Diskriminierung nach dem Krieg beeinflussten das Leben der meisten verbliebenen Deutschen wahrscheinlich tiefgreifender und langfristiger als ihre politisch gesteuerte Marginalisierung.

Trotz der Zwangsaussiedlung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und dem, was die verbliebenen Deutschen im Zusammenhang mit Enteignungen, Zwangsarbeit, der »Zerstreuung« ins Landesinnere und ihrer allgemeinen Marginalisierung ertragen mussten, ist es ein überraschender Befund, dass ein großer Teil dieser Gemeinschaft die Existenz eines wiedererstandenen tschechischen Nationalstaats und seiner staatssozialistischen Ordnung nicht nur als Tatsache hinnahm, mit der man sich abfinden musste, sondern dass viele verbliebene Deutsche ihre Loyalität zu diesem Staat in unterschiedlicher Form zum Ausdruck brachten, statt sich vor ihm in abgeschlossenen Kreisen zu verstecken oder gar gegen sie zu rebellieren. Dies hatte jedoch erklärbare Gründe, darunter auch einige, die sich spezifisch auf die Gruppe der Deutschsprachigen beziehen.

Die meisten der verbliebenen Deutschen gehörten der Schicht qualifizierter Arbeiter an. Angesichts der engen Verbundenheit des sozialen Umfelds und der politischen Orientierung in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit können wir davon ausgehen, dass sie bis in die Mitte der Dreißigerjahre zu den Wählern der Sozialdemokraten oder der Kommunisten gezählt hatten. Mit Sicherheit lässt sich dies von den mehreren Tausend deutscher Antifaschisten behaupten, die sogar Mitglieder oder Funktionäre dieser politischen Parteien gewesen waren. Etliche deutsche Kommunisten, darunter auch der Mitbegründer der KSČ, Karl Kreibich, gehörten auch nach 1945 zu den wichtigen Funktionären der Partei. Als die KSČ nach 1948 ihre Rhetorik ebenso wie ihre Politik gegenüber den Deutschen änderte und aus der treibenden Kraft der ethnischen Säuberung wiederum die internationalistische, um

die Integration ethnischer Minderheiten bemühte Partei wurde, muss es etlichen Deutschen gar nicht schwergefallen sein, den in sie gesetzten Erwartungen zu entsprechen und eine relativ loyale Haltung anzunehmen. Die Bergleute, die in den Dreißigerjahren um ihre Arbeit und ihre Existenz hatten bangen müssen und in den Vierzigerjahren von politischer Verfolgung bedroht gewesen waren (erst durch die Nationalsozialisten, anschließend durch den tschechoslowakischen Staat), konnten nunmehr – auch wenn vielleicht paradoxerweise – eine gewisse Dankbarkeit für die ihnen gebotene existenzielle Sicherheit empfinden.

Deutsche waren zwar in den Fünfziger- und Sechzigerjahren nicht in führenden Positionen des Landes vertreten, doch ansonsten fanden sich Angehörige ihrer Volksgruppe auf allen Ebenen der politischen Szene. Besonders viele waren in der Gewerkschaftsbewegung aktiv; noch in den Sechzigerjahren gab es allein im Nordböhmischen Kreis 1.200 Gewerkschaftsfunktionäre deutscher Nationalität, und es gab dort 15 gewerkschaftliche Kulturgruppen der Deutschen. Deutsche figurierten auch in verschiedenen Aktivistengruppen, selbstverständlich in Kommissionen, die für die Umsetzung der Nationalitätenpolitik zuständig waren, und traditionell auch unter den besten Arbeitern.¹⁴

Zwischen freiwilligem Wegzug und gewählttem Deutschtum

Allen Versuchen des von der KSČ gesteuerten tschechoslowakischen Staates zur Integration der Deutschen, ihren hohen Arbeitsleistungen und anderen Loyalitätsbezeugungen zum Trotz, erwog ein immer größerer Teil der verbliebenen deutschsprachigen Bevölkerung die Auswanderung und bemühte sich ab der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre aktiv darum, dieses Ziel zu erreichen. Die Ursachen hierfür waren vielfältig und die konkreten Motive setzten sich offenbar bei jedem Einzelnen unterschiedlich zusammen. Da die weitaus meisten derjenigen, die das Land verlassen wollten, die Auswanderung in den westlichen Teil Deutschlands anstrebten, ist es natürlich naheliegend, hinter den Emigrationsbemühungen politische und wirtschaftliche Gründe zu vermuten, die im Übrigen auch andere als die deutschen Bürger der Tschechoslowakei zur Übersiedlung in den Westen bewegten. Es scheint jedoch, dass der wichtigste Grund hinter der Entscheidung eines großen Teils der Deutschen, die Tschechoslowakei zu verlassen,

der Verlust ihres sozialen Umfelds war. Die Glücklicheren unter ihnen konnten zwar in ihren ursprünglichen Wohnungen und Häusern bleiben, die ihnen jedoch keine Heimat mehr boten. Freunde und Verwandte waren ausgesiedelt worden, dafür waren unbekannte Menschen gekommen, die die Beziehung der alteingesessenen Bevölkerung zu ihrem Landstrich nicht teilten.

Von den 140.000 Bürgern der Tschechoslowakei, die sich Anfang der Sechzigerjahre zur deutschen Nationalität bekannten, reichten rund 50.000, also mehr als ein Drittel, in jener Zeit einen Antrag auf Ausbürgerung ein. Gestattet wurde die Übersiedlung bis 1965 nur 7.500 Personen. In der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre wurde die Haltung des Staates zur Auswanderung der Deutschen deutlich liberaler, und es verließen (teils auch infolge der Besetzung der Tschechoslowakei im August 1968 und der einsetzenden, sogenannten »Normalisierung«) rund 40.000 Deutsche das Land.¹⁵ Die Emigration setzte sich auch in den Jahren der »Normalisierung« fort; allein in den Siebzigerjahren beantragten etwa 25.000 Personen ihre Ausbürgerung, in 10.000 Fällen wurde dem Antrag stattgegeben.¹⁶

Die Wende von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren markierte in der Geschichte der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei in vielerlei Hinsicht einen grundlegenden Umbruch. Beim Blick auf die handfesten geschichtlichen Fakten, also die Zahlen, Ereignisse und Institutionen, werden zwei gegenläufige Erscheinungen erkennbar. Einerseits errangen die Deutschen erstmals seit 1945 gewisse Kollektivrechte, das heißt eine eigene Kulturorganisation nach dem Vorbild der übrigen nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei.¹⁷ Andererseits ging ihre Zahl massiv zurück, da sich zum langsam fortschreitenden Assimilierungsprozess eine massenhafte Auswanderung gesellte. Diesen Trend bestätigte die nächste Volkszählung im Jahr 1980, als sich nur noch wenig mehr als 60.000 Einwohner zur deutschen Nationalität bekannten¹⁸ – der Rückgang war dabei in jenen Regionen am markantesten, die nach 1945 als Hochburgen der Deutschen gelten konnten – also im Westen und Norden Böhmens und in Nordmähren.

Eine noch wichtigere Rolle als diese quantitativen Faktoren spielte der Generationenwandel und damit die allmähliche Veränderung der Beziehung zum Deutschtum und allgemein zur ethnischen Herkunft. Beginnend mit jener Generation, die während des Krieges in deutschsprachigen Familien geboren wurde und in den Sechzigerjahren das

produktive Alter erreichte, begegnen wir mehr und mehr Menschen ohne objektive äußere Zeichen ihrer deutschen Herkunft – zu Hause sprachen sie zwar vielfach noch deutsch, doch absolvierten sie bereits tschechische Schulen und waren meist voll in die tschechische Gesellschaft integriert. Diese Menschen hatten bereits eine ganz reale Möglichkeit, sich für die deutsche oder die tschechische Identität zu entscheiden, wenngleich sie sich wegen ihrer Eltern und der Umgebung ihrer Kindheit überwiegend entschieden, Deutsche zu bleiben.

Die Generation derer, die erst in den Siebziger- oder Achtzigerjahren die Volljährigkeit erreichten, wuchs bereits von Beginn an zweisprachig heran, wobei die Zahl jener zurückging, bei denen beide Elternteile deutsch waren. Auch falls in der Familie nur deutsch gesprochen wurde, wuchsen diese Menschen mit zwei Sprachen und zwei Identitäten auf. Die tschechische Sprache war dabei das Kommunikationsmittel für den öffentlichen Raum. Die deutsche Minderheit der Siebziger- und Achtzigerjahre ist somit nicht nur eine geographisch weit verstreute, sondern auch eine in ihrem Inneren stark fragmentierte Gruppe. Sie ist nicht mehr scharf abgegrenzt, und ein großer Teil jener Personen, die sich (noch) zu ihr bekennen, schwankt zwischen der tschechischen und der deutschen Identität.

Der Begriff der deutschen Minderheit beschreibt zum Ende der Achtzigerjahre bereits keine klar gegebene, objektiv definierbare Gruppe mehr. Es handelt sich eher um ein Konstrukt, das zur Unterstützung, Erhaltung oder Entwicklung der deutschen Identitätsschicht in Böhmen und Mähren dienen soll; um ein Symbol, zu dem man sich aufgrund des sozialen und kulturellen Umfelds der Eltern oder Großeltern bekennen kann. Die Integrationsfähigkeit dieses gewählten Deutschtums ist begrenzt, und so kann es nicht verwundern, dass innerhalb der »Minderheit« die verschiedensten Widersprüche andauern und sich womöglich sogar vertiefen; in der Loyalität ihrer Mitglieder zur sozialistischen Tschechoslowakei oder umgekehrt zu Westdeutschland, in ihrer Akzeptanz oder Nichtakzeptanz der kommunistischen Ideologie jener Zeit auf der einen Seite oder der konservativen Ideologie der sudetendeutschen Landsmannschaft auf der anderen, in ihrer Beziehung zur tschechischen Identität und Kultur und in vielen weiteren Bereichen.

Abschließende Betrachtungen

Die politischen Repräsentanten der Nachkriegs-Tschechoslowakei hatten sich zum Ziel gesetzt, die deutsche Minderheit im Land – um es mit dem von Edvard Beneš geprägten Wort zu sagen – »auszuliquidieren«, also nur so viele Deutsche im Land zu belassen, dass sie langfristig nicht zur Reproduktion der deutschen Identität in der Lage sein würden. Es sollte eine so kleine und geographisch derart zerstreute Minderheit sein, die sich innerhalb weniger Generationen unweigerlich assimilieren würde. Beim Blick auf die Entwicklung der verbliebenen deutschen Gemeinschaft können wir nur feststellen, dass die damaligen Politiker ihr Ziel erreicht haben. Die deutsche Minderheit als eine traditionelle und kontinuierlich existierende Gemeinschaft, die über Jahrhunderte hinweg die Kultur in Böhmen und Mähren mitprägte, steht seit den Achtzigerjahren vor dem Untergang.

Im Unterschied zu den treibenden Kräften der tschechischen und tschechoslowakischen Politik in der Ära nach dem Zweiten Weltkrieg betrachten wir heute diese Entwicklung als alles andere als einen Triumph. Die »chirurgische Lösung« des Nationalitätenproblems in der Tschechoslowakei der unmittelbaren Nachkriegszeit zeigt eine gewisse, wenn auch indirekte, Fortsetzung in der Teilung des Staates nach 1989 oder auch in der Angst von den Migrationsbewegungen der Gegenwart. Der Imperativ der kulturellen Geschlossenheit wurde zu einem zentralen Wert, auf dem bis heute die Legitimität des – nun nur noch tschechischen – Staates fußt. Verheerende Folgen hatte die Zwangsausiedlung und die de facto Beseitigung der deutschen Minderheiten darüber hinaus in den Regionen, in denen sie bis in die Vierzigerjahre eine deutliche Mehrheit bildeten. Die dort lebenden Deutschen wurden nach dem Krieg enteignet, aber, rückblickend betrachtet, wurden auch wir, als Gesellschaft und als Land, dadurch nicht reicher. Wir haben alle viel verloren. Wie jedoch viele Initiativen der letzten Jahrzehnte zeigen, bleibt uns die Möglichkeit offen, in gewisser Hinsicht zurückzukehren: also daran zu erinnern und daran anzuknüpfen, was die Deutschen in den Böhmisches Ländern zurückgelassen haben.

Anmerkungen

- ¹ Siehe dazu Brandes, Detlef: Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum »Transfer« der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2001.
- ² Dieser Begriff wurde von Edvard Beneš, vor allem aber in den internationalen Dokumenten und Verhandlungen zur Aussiedlung der Deutschen aus Ostmitteleuropa häufig benutzt.
- ³ Adrian von Arburg nennt 28.701 Personen, bei denen sich exakt ihre Anwesenheit in stattgefundenen Transporten nachweisen lässt, 88 weitere Transporte, bei denen die Namenslisten fehlen (ausgehend von der üblicherweise im Rahmen eines Transports beförderten Personenzahl dürfte es sich um rund 4.600 Personen handeln), sowie 6.478 Personen, die umgesiedelt werden sollten, bei denen jedoch nicht feststellbar ist, ob der betreffende Transport tatsächlich stattgefunden hat. Siehe Arburg, Adrian von: Zwischen Vertreibung und Integration. Die tschechische Deutschenpolitik 1947-1953. Dissertation, Sozialwissenschaftliche Fakultät der Karls-Universität, Praha 2004, S. 344.
- ⁴ Nationalarchiv, Landesamt des Arbeitsschutzes (ZÚOP), Karton 17, Bericht zur Umgehung der Vorschriften bei der Beschäftigung von Slowaken im tschechischen Landesteil, Mladá Boleslav, 6. August 1947.
- ⁵ Mehr zur Umsiedlung der verbliebenen Deutschen in den Jahren 1947 bis 1949 in Dvořák, Tomáš: Vnitřní odsun 1947-1953. Závěrečná fáze »očisty pohraničí« v politických a společenských souvislostech poválečného Československa [Innerer Abs Schub 1947-1953. Die Endphase der »Säuberung des Grenzlands« im politischen und gesellschaftlichen Kontext der Nachkriegstschechoslowakei], Brno 2012.
- ⁶ Siehe dazu Gosewinkel, Dieter; Spurný, Matěj: Staatsbürgerschaft und Eigentumsentzug in der Tschechoslowakei nach 1918 und 1945, in: Gosewinkel, Dieter; Holec, Roman; Řezník, Miloš (Hg.): Eigentumsregime und Eigentumskonflikte im 20. Jahrhundert, Essen 2018, S. 305-321.
- ⁷ Genauer zu dieser ideologischen und politischen Wandlung der KSČ, als auch zu weitreichenden Zusammenhängen der Politik gegenüber der deutschen und anderen ethnischen Gruppen in der Nachkriegstschechoslowakei siehe Spurný, Matěj: Der lange Schatten der Vertreibung. Ethnizität und Aufbau des Sozialismus in tschechischen Grenzgebieten (1945-1960), Wiesbaden 2019.
- ⁸ Bis zum 1. März 1950 wurde im tschechischen Landesteil nur 36.409 Personen deutscher Nationalität die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verliehen. Zur gleichen Zeit wurden 97.064 Deutsche als »Personen ohne Staatsangehörigkeit«, die übrigen entweder als Personen fremder oder unklarer Staatsbürgerschaft betrachtet. Siehe: Sčítání lidu a soupis domů a bytů v republice Československé ke dni 1. března 1950, díl I. Nejdůležitější výsledky sčítání lidu a soupisu domů a bytů za kraje, okresy a města (Čs.

statistika, řada A, sv. 3) (Volkszählung und Erfassung der Häuser und Wohnungen in der Tschechoslowakischen Republik zum 1. März 1950, Teil I. Wichtigste Ergebnisse der Volkszählung und der Erfassung der Häuser und Wohnungen für die Kreise, Bezirke und Städte (Tschechoslowakische Statistik, Reihe A, Bd. 3)), Praha 1957. Erst im Laufe des Jahres 1950 erhielten die meisten Personen deutscher Nationalität im tschechischen Landesteil die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zurück, wobei rund 40.000 weiterhin ohne Staatsbürgerschaft blieben. Vgl. Arburg: Zwischen Vertreibung und Integration, 2004, S. 499.

- ⁹ Nationalarchiv, Bestand 315/1, Amt des Regierungsvorsitzenden, Karton 725, Signatur 762/1/4a, Regierungsverordnung Nr. 252 Slg. vom 29.11.1949, über die Rückgabe der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität und begründender Kommentar zu der Verordnung.
- ¹⁰ Erste Signale für den Unwillen der Deutschen, die Staatsbürgerschaft zu beantragen, registrierten die tschechoslowakischen Behörden bereits im Sommer und Herbst 1949, insbesondere unter den Fachkräften in den westböhmisches Bezirken. Siehe z. B. die Berichte über die politische Arbeit in der Region Cheb (Eger) und die Berichte der einzelnen Betriebe (September bis Oktober 1949), Nationalarchiv, Archiv des Zentrallausschusses der KSČ, Bestand 100/45 (Kopecký), Bd. 11, Archiveinheit 198.
- ¹¹ Nationalarchiv, Archiv des Zentrallausschusses der KSČ, Bestand 05/3 (Ideologieabteilung), Bd. 35, Archiveinheit 252, Entwurf der Grundsätze des Politbüros des Zentrallausschusses der KSČ für die Arbeit mit der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakischen Republik, 19. November 1956.
- ¹² Als Beispiel können die Probleme des Theaterensembles F. Schiller Ende der Fünfzigerjahre dienen, siehe: Nationalarchiv, Archiv des Zentrallausschusses der KSČ, Bestand 05/3 (Ideologieabteilung), Bd. 35, Archiveinheit 258, Bl. 37-41, 81-83.
- ¹³ Nationalarchiv, Archiv des Zentrallausschusses der KSČ, Bestand 05/3 (Ideologieabteilung), Bd. 34, Archiveinheit 270, Bl. 2-4, Vladimír Černý – Bericht von der Dienstreise nach České Budějovice, 31. Januar 1957.
- ¹⁴ Siehe Staněk, Tomáš: Německá menšina v českých zemích 1948-1989 (Die deutsche Minderheit in Böhmen und Mähren 1948-1989), Praha 1993, S. 151-153.
- ¹⁵ Hier besteht ein recht grundlegender Unterschied zwischen der tschechoslowakischen Statistik (die von etwa 30.000 Personen spricht) und der Statistik der Bundesrepublik Deutschland, die etwa 47.000 deutsche Immigranten aus der Tschechoslowakei zählt. Für genauere Angaben siehe: Staněk: Německá menšina v českých zemích 1948-1989, 1993, S. 147f.
- ¹⁶ Ebd., S. 174.

- ¹⁷ Am 14. Juni 1969 wurde – nach einer längeren Vorbereitungsphase in den Jahren 1968 bis 1969 – der deutsche Kulturverband gegründet. Obwohl er mit etwa 5.000 Gründungsmitgliedern zwar nur eine relativ kleine Minderheit der Deutschen in der Tschechoslowakei vereinte, trug er mit seinen regionalen Zweigstellen dennoch deutlich zur Organisation von kulturellen Aktivitäten der Deutschsprachigen bei, aber zum Beispiel auch zur Unterstützung der deutschen Werktätigen. Gleichzeitig verursachte die Existenz des Verbandes eine gewisse Spaltung in den Reihen der verbliebenen Deutschen, denn bei vielen wurden seine Aktivitäten kritisch als eine unzulässige Loyalitätserklärung an den sozialistischen Staat betrachtet.
- ¹⁸ Nach der Volkszählung vom 1. November 1980 lebten in der Tschechoslowakei 61.129 Personen, die sich zur deutschen Nationalität bekannten, davon 58.211 im tschechischen Landesteil.

IV. Die Bedeutung der Vertriebenen heute

»Nur der Himmel ist geblieben, sonst ist das ein anderes Land.« – Die Rolle der Vertriebenen am Beispiel der deutsch-polnischen Verständigung

Bernard Gaida

Ich bin kein Wissenschaftler und deswegen wird mein Beitrag auch keinen wissenschaftlichen Charakter haben. Wenn wir über Vertreibung und Vertriebene sprechen, sprechen wir von einer zweiseitigen Medaille: Heimatvertriebene und Heimatverbliebene. Die sind natürlich im Laufe der Zeit immer unterschiedlicher geworden, weil sie von Generation zu Generation unter ganz anderen Umständen gelebt haben, aber sie haben auch etwas Gemeinsames: die Heimat. Der Einfachheit halber kann man die Heimatverbliebenen als Deutsche Minderheit bezeichnen. Als Vorsitzender der Dachorganisation der Deutschen in Polen und der AGDM vertrete ich die Gemeinschaften der Heimatverbliebenen, das heißt Menschen, die zwar die Heimat nicht verlassen haben oder mussten, aber seit Generationen in einer total veränderten Heimat leben. Ein Allensteiner hat mir vor Jahren gesagt: »Nur der Himmel ist geblieben, sonst ist das ein anderes Land.« Früher benutzte ich gerne die Aufteilung in Heimatvertriebene und Heimatverbliebene, um damit zu zeigen, dass wir Teil des Volkes sind, das durch den Krieg und seine Folgen zerrissen wurde. Jedoch sollte ich heute sagen, dass sowohl die einen als auch die anderen Heimatverlorene sind. Diejenigen, die in Schlesien, Pommern, West- oder Ostpreußen geblieben oder dorthin nach den Kriegswirren zurückgekehrt sind, haben sich schnell davon überzeugen müssen, dass auch ihre Heimat fortgegangen ist. Die neue Heimat mussten sie manchmal schmerzhaft aufs Neue erlernen. Denn wie konnte man ein Land als Heimat bezeichnen, in dem man für die Nutzung der Muttersprache bestraft wurde, wo auf Grabmälern und in Kirchen jedes deutsche Wort herausgemeißelt wurde, wo Denkmäler,

welche den während des Ersten Weltkrieges gefallenen Vorfahren gewidmet waren, umgestürzt wurden, wo Paul Paweł und Neumann Nowak heißen mussten. Auch wenn sie nicht die Worte von Wilhelm von Humboldt kannten »Die wahre Heimat ist eigentlich die Sprache«, so mussten sie am eigenen Leib den Wahrheitsgehalt des zweiten Teils seines Gedankens erfahren, dass »die Entfernung vom Heimischen immer durch die Sprache am schnellsten geht«. Ja, sie waren in der Heimat, aber mit jedem Vertriebenen, mit jedem Spätaussiedler, mit jedem Schuljahr ohne Deutschunterricht, wurde die Heimat immer fremder. Auch wir sind vertrieben.

Thema dieses Buches sind die Vertriebenen in der DDR. In diesem Zusammenhang möchte ich von folgendem Beispiel berichten: Als Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) pflegen wir seit 25 Jahren eine Partnerschaft mit dem BdV in Thüringen. Und Thüringen lag in der DDR. Das, was im Leben der Vertriebenen in der DDR eine sehr große Bedeutung hatte, war bestimmt auch bei unseren Freunden sehr entscheidend. Sowohl sie als auch wir lebten bis zur Wende 1989/90 in undemokratischen Verhältnissen, welche die Betrachtung der Nachkriegszeit, der Grenzverschiebung, der sowjetischen Einflüsse und das gesellschaftliche Leben insgesamt geprägt haben. Das Wichtigste, was uns von westlichen Gesellschaften unterschied, war die sanktionierte Verlogenheit, die auch jegliches öffentliche Gespräch über die Vertreibung verboten hat. Lassen sie mich abschweifen und erzählen, dass ich im Frühjahr 2019 in Lugau, in Sachsen, zur Beerdigung meines Onkels war, der in Niedersalzbrunn (Szcawienko) bei Waldenburg (Wałbrzych) geboren war. Bei ihm konnte ich erleben, wie sehr man immer aufgepasst hat, dass nur hinter der verschlossenen Tür über Schlesien gesprochen wurde. Auch meine nach der Flucht in Chemnitz gebliebene Verwandtschaft war für mich von klein auf ein Beweis, dass ich zu dem gleichen Volk gehöre. Aber dank ihnen und ebenso in Lugau konnte ich erleben, wie trotz dieser Umstände die Liebe zur Heimat lebendig geblieben ist. Diese Umstände haben aber, paradoxerweise, das Verständnis der DDR-Bürger gegenüber uns Heimatverbliebenen verbessert, denn sie haben das verstanden, was viele Deutsche (auch Vertriebene) im Westen nicht verstehen konnten und können. Sie wussten, was es den Menschen bedeutet, wenn ihre Freiheit begrenzt ist, was Indoktrination durch Schulen heißt, was ein totalitärer

Staat durch Unterdrückung der Bürger erreichen kann. Genauso haben sie verstanden, dass es dem staatlichen Apparat, durch kulturelle und sprachliche Diskriminierung, möglich war, die deutsche Sprache unter uns Schlesiern fast auszurotten. Sie haben auch schnell verstanden, dass das Verständnis nur die eine Seite ist und dass man, wenn man die Lage erfasst hat, nach Möglichkeit aktive Unterstützung leisten soll. Und genau das haben sie in den letzten 25 Jahren getan. Sie haben zusammen mit uns, der Deutschen Minderheit, sowie mit Schulen und Lehrern nach Möglichkeiten gesucht, die uns nicht nur die Sprache, sondern auch das deutsch-schlesische Kulturerbe näherbringen könnten. Nach so langer Zeit der Verlogenheit und des Verschweigens der deutschen Kultur haben die aktiven Mitglieder des BdV Thüringen taktvoll versucht, uns wieder bekannt zu machen. So haben sie viele Freunde, nicht nur in der deutschen Volksgruppe Polens, gefunden.

Mein Thema, welches sehr schwierig und umfangreich ist, lautet: Die Rolle der Vertriebenen am Beispiel der deutsch-polnischen Verständigung. Dieses Thema muss in unterschiedliche Kapitel geteilt werden: die Rolle vor und nach dem Fall der Berliner Mauer, aber auch die Rolle der Verbände der Vertriebenen, mit ihrer politischen Aktivität und die Rolle der einfachen Menschen, die vertrieben worden waren, in Anbetracht der Perzeption in Polen. Ein anderes Thema ist die deutsch-polnische Verständigung selbst. In den Jahrzehnten nach 1945 muss sie differenziert in unterschiedlichen Etappen und verschiedenen Geschehnissen auf der Zeitachse betrachtet werden. Für einen kurzen Beitrag ist das unmöglich. Lassen sie mich nur grob dazu sagen, dass die gesamte Entwicklung der Rolle der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland, die Hartmut Koschyk in seinem Buch »Heimat, Identität, Glaube« in dem Kapitel »Die Heimatvertriebenen im Spannungsfeld des Kalten Krieges und der verschiedenen Phasen des Ost-West-Konflikts«¹ beschrieben hat, im Prinzip in Polen instrumentalisiert und als Stolperstein für jegliche deutsch-polnische Verständigung dargestellt wurde. Das hat natürlich mit dem Bedarf, die Notwendigkeit des Schutzes seitens der Sowjetunion zu begründen, zu tun gehabt, sowie mit der Sicherheit der neuen Westgrenze Polens. So wie Herr Koschyk schrieb: »Die Heimatvertriebenen waren sich bewusst, dass organisatorische Verbandstrukturen der Vertriebenen nicht nur dazu beitragen, gemeinsam die Erinnerung an die verlorene Heimat wach zu halten, sondern auch, dass in der bundesrepublikanischen Gesellschaft

und Politik das Unrecht der Vertreibung nicht vergessen wird und das ›Recht auf die Heimat‹ eine breite Unterstützung findet«. ² So hielt auch schon die Regierung Adenauers am Rechtstitel der Grenzen von 1937 fest, womit das Recht auf Heimat einen offiziellen Charakter bekam. In Polen wurde das nur als revanchistisch und revisionistisch bezeichnet. Dass man im sozialistischen Polen das Thema nicht in den Kategorien der Menschenrechte oder auch in moralischer Hinsicht betrachtet hat, kann nicht verwundern. Leider war das eine Sichtweise, die so verbreitet war, dass auch die katholische Kirche die staatliche Rhetorik völlig übernommen hat. Die wichtigen Inhalte der ›Charta der deutschen Vertriebenen‹, in der sich die Vertriebenen zu einem Wiederaufbau Deutschlands und Europas verpflichtet und gleichzeitig Abstand von Krieg und Gewalt, das heißt von Rache und Vergeltung, genommen haben, konnte keine Verbesserung der Meinung erreichen.

Auch die letzten Jubiläen der Charta sind in den polnischen Medien und der polnischen Politik meistens nur kritisch betrachtet worden. Sogar der Verzicht auf Rache und Vergeltung im Hinblick auf den von Deutschland begonnenen Krieg wird als eine Art Frechheit dargestellt. Man sollte nicht vergessen, dass das Prinzip der Kollektivschuld immer noch die deutsch-polnischen Verhältnisse belastet.

Seit dem Besuch von Willy Brandt in Warschau im Jahre 1970 spricht man von einer aktiven Verständigungspolitik. Jedoch – wenn wir nicht nur über Politik reden – dann ist Verständigung eine wesentliche Zielsetzung der Kommunikation mit anderen Menschen und bedeutet »das gegenseitige Verstehen« durch Wahrnehmung. Aber angesichts einer solchen Last der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts zwischen Polen und Deutschland kann eine Verständigung ohne Versöhnung nicht tief sein. Und die fehlt. Keiner Politik und keinen Ideen irgendwelcher Rechtsansprüche gelang es, diesen Kreis aufzubrechen. Das konnte man nur mit den christlichen Werten. Anders ist es nicht darstellbar. Die Versöhnungsarbeit der Kirche war das A und O, auch für die Politiker, die sich in fast allen Reden auf dieses eine Ereignis berufen und immer wieder aus dem Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965 zitieren: »Wir vergeben und bitten um Vergebung«. ³ Wäre es nicht dazu gekommen, wäre es auch für viele Politiker schwieriger gewesen, der Bevölkerung – in Polen wie in Deutschland – klarzumachen, dass wir uns verständigen und versöhnen müssen. Aber müssen heißt nicht tun.

Die Versöhnung hat nicht wirklich begonnen: Damals war das im politischen Sinne ein Skandal. Die polnischen Bischöfe erregten Anstoß mit dem, was sie taten. Und nicht nur die Partei war dagegen, sondern auch das Volk, weshalb damals die Botschaft in Polen nicht wirklich aufgearbeitet wurde. Und das ist sie bis heute nicht. Auch nach der Wende hat es kein Oberhaupt des Volkes gewagt, die Versöhnung und Vergebung wirklich auszusprechen, auch wenn Minister Bartoszewski nicht weit davon entfernt war. Er sagte: »Das uns angetane Böse, auch das Größte, ist (...) keine Rechtfertigung (...) für das Böse, dass wir selbst anderen zugefügt haben.«⁴ Die Symbole, wie das Friedenszeichen in Kreisau,⁵ sind zwar schön und wichtig, aber wie man heute deutlich sieht – ohne die notwendige, den Prozess der Versöhnung und Verständigung jahrelang begleitende Aufarbeitung – nicht stark genug. Dagegen haben deutsche Politiker schon so oft um Verzeihung gebeten – ohne eine Antwort zu erhalten –, dass hier schon eine Devaluation des Inhaltes droht.

Wie schwierig es mit der Aufarbeitung ist, zeigen die 2005 gemeinsam von den polnischen und deutschen Bischöfen gefundenen Worte:

»Die Gabe der Versöhnung wird uns nur geschenkt, wenn wir uns ehrlich der ganzen Wahrheit stellen, Reue für die begangenen Verfehlungen empfinden und uns Vergebung gewährt wird. Wir rufen in diesem Zusammenhang das Gemeinsame Wort der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz vom Dezember 1995 in Erinnerung: »Nur die Wahrheit kann uns frei machen, die Wahrheit, die nichts hinzufügt und nichts weglässt, die nichts verschweigt und nichts aufrechnet« (vgl. Joh. 8,32). In Anbetracht des verbrecherischen Angriffskriegs des nationalsozialistischen Deutschlands, des tausendfachen Unrechts, das in der Folge den Menschen in Polen durch Deutsche zugefügt wurde, und des Unrechts, das vielen Deutschen durch Vertreibung und Verlust der Heimat angetan wurde, wiederholten wir in diesem Geiste gemeinsam die Worte von 1965: Wir vergeben und bitten um Vergebung.«⁶

Andererseits hat mir Kardinal Walter Kasper in Groß Stein (Kamień Śląski) bewusst gemacht, dass die längste Auseinandersetzung zwischen den Bischöfen über die Verwendung des Terminus »Vertreibung« stattfand. In der polnischen Begrifflichkeit hat man bis dahin nur über Umsiedler gesprochen. Hier möchte ich Frau Erika Steinbach in Erinne-

rung rufen, weil ich den Eindruck habe, dass wir es auf indirekte Weise ihrer Person zu verdanken haben, dass in der polnischen Wahrnehmung der Begriff »Vertreibung« in den Gebrauch gekommen ist. Leider können wir nicht wirklich vermeiden zu erwähnen, dass die antideutsche Karte auf die eine oder andere Art und Weise immer gern von manchen Politikern genutzt wurde und wird. In diesem Spiel sind die Vertriebenen natürlich stets ein wichtiges Blatt. So prahlte zum Beispiel einer der bekannten polnischen Politikberater, Piotr Tymochowicz, mit der Schaffung eines negativen Bildes der ehemaligen BdV-Vorsitzenden. In dem Aufsatz von Marek Żmigrodzki und Łukasz Wojciechowski »Negative political advertising in Poland«⁷ wurde gesagt, dass er sich in den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 als Berater von Marian Krzaklewski (AWS – Solidarność) sehr bemüht hat, die damals in Polen völlig unbekannte Bundestagsabgeordnete Steinbach als Gefahr darzustellen, welche die Entschädigung der deutschen Vertriebenen verlangt und dass dieser vermutlich unter Aleksander Kwaśniewski zugestimmt werden würde. So schafften sie in den Umfragewerten eine Steigerung um zehn Prozent, obwohl das am Ende immer noch nicht ausreichend war. Leider verlängerte diese Entwicklung den schlechten Ruf des Bundes der Vertriebenen weit über die Wende von 1989 hinaus.

Es ist aber klar, dass die Wende in Bezug auf die Heimatvertriebenen und die Deutsche Minderheit in Polen an erster Stelle die Unterzeichnung der beiden deutsch-polnischen Verträge bedeutet: der Grenz- und dann der Vertrag über die gute Nachbarschaft. Natürlich wurde die Weigerung von 23 Bundestagsabgeordneten, den Grenzvertrag zu unterzeichnen, in Polen breit und kritisch kommentiert. Das ist wiederum mit der Rolle der Vertriebenen in der deutsch-polnischen Verständigung verbunden. Aber dennoch: Die Deutsche Minderheit erreichte eine Anerkennung und vertragliche Verankerung so wie die Heimatvertriebenen indirekterweise die Möglichkeit bekamen, in Polen offen aufzutreten. Eine sehr symbolische Veranstaltung hat im Juli 1990 in Lubowitz vor dem Eichendorff Schloss (eher eine Ruine des Schlosses) stattgefunden. Neben über 20.000 Menschen und zahlreichen Vertretern der vertriebenen Schlesier hat auch Herbert Hupka teilgenommen. Das war eine Revolution in Anbetracht des Rufes, den er und Herbert Czaja in Polen jahrzehntelang hatten, denn die sozialistische Propaganda hat aus diesen beiden Politikern fast »Polenfresser« gemacht. Ich habe damals als neu gewählter Vorsitzender des Stadtrates Guttentag

(Dobrodzień) die Ehre gehabt, die Herren Hupka und Bernd Posselt in meinem Ort begrüßen zu dürfen, weshalb ich in Lubowitz (Łubowice) nicht persönlich anwesend war. Meine Gespräche mit der damaligen Bürgermeisterin Frau Kalicka waren sehr interessant, weil ich dadurch erkennen konnte, wie die Propaganda auch aus den Köpfen der polnischen Gesellschaft langsam verschwand. Innerhalb kurzer Zeit geschah ein weiteres symbolisches Ereignis, das unterschiedlich kommentiert wurde. Der bereits erwähnte, früher verhasste deutsche Politiker Herbert Hupka erhielt in Ratibor (Racibórz) den Titel des Ehrenbürgers.

Nach der Wende haben die Landsmannschaften damit begonnen, in Polen unter eigenem Namen tätig zu sein und diese Tätigkeit ist an unterschiedlichen Stellen und in vielen Bereichen sichtbar: Sie erstreckt sich von den Hilfsangeboten der neu gegründeten Vereine und Verbände der Deutschen in Polen über karitative Tätigkeiten, die sowohl durch die Caritas als auch durch die Johanniter geleistet werden, bis zur breiten Anwesenheit der Vertriebenen in der alten Heimat. Die zahlreichen Studienreisen der Landsmannschaften waren eine Bereicherung in den Deutschen Freundschaftskreisen (DFK), man hat Bücher gebracht, man hat Zeit zusammen verbracht, man hat Vorträge gehalten. Auch die Gründung von Städtepartnerschaften geschah fast immer unter Beteiligung der Vertriebenen. Es ist wichtig zu erwähnen, dass trotz guter und reger Kontakte der neustrukturierten Deutschen Minderheit zu den Landsmannschaften von Anfang an Klarheit herrschte, dass politisch gesehen, die Strukturen unabhängig sind und die Organisationen der Heimatverbliebenen sowohl gegenüber der polnischen als auch der deutschen Regierung alleinverantwortlich sind.

Es irrt sich jedoch derjenige, der denkt, dass die Vertriebenen sich erst nach der Wende in Polen gezeigt haben. Manche haben schon viel früher angefangen, den Kontakt mit Polen zu suchen. Als dem Premierminister Mazowiecki gesagt wurde, dass ich aus Guttentag in Oberschlesien stamme, erzählte er mir, dass er einen Guttentager als Freund in Deutschland hatte und mit ihm schon in den 1950er und 1960er Jahren von Krakau aus Kontakt zum Zentralkomitee der deutschen Katholiken gehalten habe. Gemeinsam mit dem Geschäftsführer Vincens Lissek organisierten sie Besuche im KZ Auschwitz als Gebetsveranstaltungen und Friedenszeichen. Das passierte höchstwahrscheinlich ohne Zusammenarbeit mit der politischen Vertretung der Vertriebenen in Deutschland, aber nicht ohne die besondere Anteilnahme der einzel-

nen vertriebenen Gläubigen, die sich durch die Initiativen der beiden Kirchen für Verständigung engagierten.

Als in den 1980er Jahren in der Zeit des Kriegsrechtes massenhaft christliche Hilfe aus Deutschland nach Polen geleistet wurde, standen die Vertriebenen sehr oft in den ersten Reihen. Ich habe schon viele davon in Posen und später in Schlesien getroffen oder auch dank Briefen, die in den Paketen versteckt waren, kennengelernt. Oft haben sie bei der Vorstellung ihre Herkunft aus dem ehemaligen Ostdeutschland erwähnt. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Das war damals nicht nur eine Hilfe an Deutschstämmige, sondern einfach an Pfarr- oder Gemeindeglieder und damit eine der wichtigsten Formen der Verständigung, welche die Vorurteile am nachhaltigsten beseitigt und am längsten gehalten haben.

In der jetzt wieder schwierigeren Lage der offiziellen deutsch-polnischen Verhältnisse haben die menschlichen Kontakte eine besondere Bedeutung. Alle möglichen Partnerschaften, die auch dank der Deutschen Minderheit und der Vertriebenenverbände unter Gemeinden, Schulen, Vereinen entstanden sind, müssen erhalten bleiben. Neulich sagte Professor Klaus Bachmann, dass trotz des politischen Wirrwarrs aufgrund der Reparationsforderungen, der Euroskepsis, der Krise am Runden Tisch, Nord Stream II und so weiter, die in den letzten Jahren so verbesserte Einstellung der polnischen Gesellschaft gegenüber den Deutschen erstaunlich konstant bleibt.⁸

Alles, was die Landsmannschaften heute für die partnerschaftlichen Beziehungen tun, ist sehr wertvoll. Und das sind immer viele Initiativen, zum Beispiel der vor ein paar Wochen stattgefundene Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Allenstein oder die von der Landsmannschaft Schlesien organisierte Schulung für die studentische Jugend in Ziegenhals. Sehr viele Aktivisten der Landsmannschaften pflegen seit der Wende gute Kontakte mit der polnischen Selbstverwaltung in ihren Heimatorten und tun das unabhängig von der politischen Orientierung der Kommunalpolitiker. Hier muss ich wieder die Ostpreußische Landsmannschaft loben.

Dass die Beziehungen sich verbessert haben, beweisen viele Studien aus den letzten Jahren. Eine davon ist die Analyse des Allensbacher Instituts für Demoskopie von 2015.⁹ Unter vielen Aspekten finden wir dort eine Frage nach der Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Während sie im Jahr 2006 auf beiden Seiten der Grenze von

60-70 Prozent der Befragten als »gut« bezeichnet wurde, wird sie im Jahr 2015 schon von 80-90 Prozent als »gut« bewertet. In den ehemaligen deutschen Ostgebieten haben 82 Prozent der befragten Polen die Verständigung als »gut« bezeichnet, während in Polen insgesamt 71 Prozent sie als »gut« empfanden. Leider haben nur 35 Prozent der Polen in den letzten fünf bis sechs Jahren einen persönlichen Kontakt mit Deutschen gehabt. Ich kann hier keine tiefere Analyse der Studie durchführen, aber ich darf behaupten, dass nur die oben genannten Daten schon zeigen, wie wichtig die Kenntnis der anderen Menschen für eine Verständigung und gute Beziehungen ist.

Schon als eine etwas traurige Anekdote muss ich hier erwähnen, dass in polnischen Berichten über diese Studie überraschenderweise betont wird, dass 65 Prozent der Deutschen in der Ausstellung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« auch Informationen über die Vertreibung der polnischen Bevölkerung in den Jahren des Zweiten Weltkrieges finden möchten. Überraschenderweise, weil in der polnischen Öffentlichkeit immer noch die Version vorherrscht, dass die Deutschen durch diese Ausstellung die eigene Schuld relativieren möchten, was manche Publizisten und Politiker ständig noch zu instrumentalisieren versuchen.

Also alles, was zu einer Steigerung der Kenntnisse über Deutschland und die Deutschen in Polen führt, ist wünschenswert. Dies wissen wir und als Deutsche Minderheit fördern wir das seit Jahren. Alle unserer fast 500 Einrichtungen organisieren Konferenzen, Projekte, Feste. Die meisten Gemeinden, Schulen, Vereine in den Gebieten, wo unsere Verbände tätig sind, haben schon seit den 1990ern mehrschichtige Partnerschaften mit deutschen Partnern geknüpft, was gerade zu den erwähnten persönlichen Kontakten führt. Und um letzteres bemühen sich auch die Vertriebenen und ihre Verbände sowie Kulturinstitutionen wie zum Beispiel die Kulturstiftung des Bundes der Vertriebenen.

Anmerkungen

¹ Koschyk, Hartmut: Heimat. Identität. Glaube. Vertriebene – Aussiedler – Minderheiten im Spannungsfeld von Zeitgeschichte und Politik, St. Ottilien 2018.

² Ebd., S. 141.

- ³ Konferencja Episkopatu Polski: Orędzie biskupów polskich do biskupów niemieckich, 18.11.1965. URL: https://opoka.org.pl/biblioteka/W/WE/kep/oredzie-niem_18111965.html; letzter Zugriff: 24.09.2020. Vgl. Regente, Vincent: Flucht und Vertreibung in europäischen Museen. Deutsche, polnische und tschechische Perspektiven im Vergleich, Bielefeld 2020, S. 171f.
- ⁴ Rede von Władysław Bartoszewski im Deutschen Bundestag am 28.04.1995, URL: <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/bartoszewski/bartoszewski-197062> (letzter Zugriff: 24.09.2020).
- ⁵ Vgl. Regente: Flucht und Vertreibung in europäischen Museen, 2020, S. 177f.
- ⁶ Gemeinsame Erklärung der Deutschen und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 40. Jahrestages des Briefwechsels von 1965, 21.09.2005, URL: https://opoka.org.pl/biblioteka/W/WE/kep/pl_niemcy_de_20050924.html; letzter Zugriff: 24.09.2020.
- ⁷ Żmigrodzki, Marek; Wojciechowski, Łukasz: Polityczna reklama negatywna w Polsce. [Negative political advertising in Poland], *Zeszyty Naukowe WSEI seria Administracja* 1 (1/2011), S. 101-117.
- ⁸ Vgl. dazu das Interview von Klaus Bachmann mit dem Sender *TVN 24* im Jahr 2019: URL: <https://tvn24.pl/magazyn-tvn24/prof-bachmann-zjednoczenia-niemiec-nie-bylo,243,4197>; letzter Zugriff: 26.11.2020.
- ⁹ Vgl. für eine Zusammenfassung der von der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung beauftragten Allensbach-Studie: URL: https://issuu.com/hartmutkoschyk/docs/zusammenfassung_allensbach_studie_s/10; 18.10.2015; letzter Zugriff: 26.11.2020.

Verspäteter Neuanfang – Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektive

Jens Baumann

Prolog

»Aus den Randgebieten der Tschechoslowakei sind schon viele hunderttausende deutsche Umsiedler in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands gekommen. Weitere folgen nach. Das Tempo des Wiederaufbaus und der Rückkehr zu einem normalen friedlichen Leben hängt wesentlich von der Zahl der zur Verfügung stehenden fachlich ausgebildeten Arbeitskräfte und ihrer Leitung ab. Die Umsiedler helfen uns, den Mangel an Arbeitskräften zu überwinden, ja noch mehr, sie bringen notwendige Facharbeiter mit, die eine Bereicherung für unsere deutsche Industrie darstellen und selbst solche Industriezweige erreichen können, die vordem in Deutschland nicht sehr verbreitet waren. In der sächsischen TEXTILINDUSTRIE wurden in den letzten Wochen mehrere tausend Textilarbeiter eingestellt, die aus der nordböhmischen Textilindustrie kommen. Trotzdem besteht noch Arbeitsmangel, Sachsen holt aus Gebieten der sowjetischen Besatzungszone noch süddeutsche Textilarbeiter, die bereits in anderen Provinzen der Zone untergebracht waren, da noch zehntausende von Textilarbeitern für die sächsische Industrie benötigt werden. Die METALLARBEITER unter den Umsiedlern sind über sämtliche Länder und Provinzen verteilt worden, weil Metallarbeiter überall gesucht sind. Eine größere Gruppe Umsiedler arbeitet im Eisenwerk Thale im Harz an den Schmelzöfen und im Walzwerk. BERGARBEITER aus dem Falkenauer und Teplitzer Revier wurden im thüringischen Erzbergbau untergebracht. In Bitterfeld und Mansfeld fördern Bergarbeiter aus Brüx und Aussig. Die Entwicklung

des deutschen Kohle- und Erzbergbaus erfordert die Einstellung weiterer Bergarbeiter, so dass noch viele Bergarbeiterumsiedler Beschäftigung finden können. Die böhmische GLASINDUSTRIE und die Gablonzer Schmuckindustrie haben Weltruf. Die Glasarbeiter, die aus dem Sudetenland kommen, sind Spezialisten und Künstler in ihrem Beruf. Mit ihrer Hilfe wird Deutschland auf dem Weltmarkt einen bedeutenden Platz im Export von KUNSTGLAS und GLASSCHMUCK erreichen. Es besteht der Plan, die Arbeiter und Fachleute der Gablonzer Schmuckindustrie im Wesentlichen in Thüringen zu konzentrieren, da dort die Glasindustrie heimisch ist. Aber auch die Provinzen Sachsen und Brandenburg bewerben sich um die sudetendeutschen Glasarbeiter. Die Provinzialverwaltung Sachsen stellt bereits einen Kredit von vier Millionen Mark an Umsiedler zum Aufbau einer Glasindustrie zur Verfügung, die ihr Zentrum in Quedlinburg haben soll. Die MUSIKINSTRUMENTENMACHER aus dem böhmischen Teil des Erzgebirges brauchen nicht weit umzusiedeln, wenn sie weiter Geigen, Cellos, Gitarren, Ziehharmonika und Blasinstrumente aus Blech oder Holz bauen wollen. In Jüterbog wird die Erzeugung KÜNSTLICHER BLUMEN eingerichtet. Die Fach- und Heimarbeiter dazu kommen aus den Gebieten von Schluckenau. Die SPITZENKLÖPPELEI, ein wichtiger Zweig der Heimindustrie, hat Zuflucht in Thüringen und im sächsischen Erzgebirge gefunden.«¹

Es ließen sich viele solche Meldungen aus dieser Zeit finden, die Mut machten, die Menschen willkommen hießen und sie als Bereicherung für die sich neu findende Gesellschaft sahen; natürlich kann man auch genauso viele oder noch mehr Meldungen entgegenhalten, die Klagen aufgrund von Mangel an Wohnraum und Verpflegung enthielten. Neue Menschenströme in Sachsen und anderswo – was hat das mit uns heute noch zu tun, wie geht der Freistaat Sachsen mit dieser Gruppe um?

Auftrag für Bund und Land

Bund und Länder haben nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG, ehemals Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz) die Aufgabe, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete (wie zum Beispiel Schlesien) in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten

deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten.² Den gleichen Auftrag enthält Paragraph 12 Sächsisches Spätaussiedlereingliederungsgesetz (SächsSpAEG).³ Hierzu zählen die Sicherung, Ergänzung und Auswertung der Bestände von Archiven, Museen und Bibliotheken sowie die Förderung von Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung. Wissenschaft und Forschung sind bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, zu fördern. Gleiches gilt für die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge. Darüber hinaus lässt Paragraph 12 SächsSpAEG zu, in den Vertreibungs- und Aussiedlungsgebieten Begegnungen sowie kulturelle oder wissenschaftliche Veranstaltungen zugunsten der deutschen Minderheit oder zur Pflege des Kulturgutes zu fördern, sofern die Maßnahmen der Völkerverständigung dienen.

Die Kulturförderung nimmt damit eine kulturelle Brückenfunktion zu den ostmitteleuropäischen Staaten ein und dient diesen bei der kulturellen Integration in die Europäische Gemeinschaft. Sie ist ein geeignetes Instrument, das in den Vertreibungs- und Aussiedlungsgebieten vorzufindende reiche deutsche Kulturerbe für die Zwecke einer gemeinsamen Zukunft aller in diesen Regionen siedelnden Menschen zu nutzen und insbesondere die nachfolgenden Generationen mit diesem Erbe vertraut zu machen. Bewahrung deutscher Kultur in unseren östlichen Nachbarstaaten und Integration dieser in die Europäische Union bedingen sich damit gegenseitig. Durch eine erfolgreiche Integration werden abgeschottete ethnische oder kulturelle Parallelgesellschaften verhindert. Diese Erkenntnis gilt ebenso für die nach Deutschland und Sachsen zuziehenden Spätaussiedler wie auch für weitere Bevölkerungsgruppen. Sie korrespondiert daher mit einer erfolgreichen Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und später der Spätaussiedler, die in Sachsen nicht nur ihre neue Heimat fanden, sondern unser Land auch mitgestalteten und -gestalten. Deshalb schließt die Förderung nach Paragraph 96 BVFG neben der Bewahrung des Kulturerbes und der grenzüberbrückenden Zusammenarbeit auch die Wertschätzung der Integrations- und Aufbauleistungen, mithin den Erhalt und Erwerb von Heimat, ein.

Der Freistaat Sachsen stellt sich seiner Verantwortung für die Förderung der Kultur der Spätaussiedler und Vertriebenen. Auch unterstützt er Vereinigungen, die Kultur und Tradition der Herkunftsländer pfl-

gen sowie mit diesen einen intensiven Kontakt halten. Diese Verantwortungsbereitschaft beruht auf einem gemeinsamen Wertekanon, der grundlegend geprägt und weitergegeben wird durch Kultur und Sprache, in denen auch die Identität der zuziehenden Bürger des Freistaates Sachsen verankert ist. Daher ist infolge zunehmender Migrationsbewegungen, durch die sich verstärkt Träger unterschiedlicher Kulturen im Freistaat Sachsen aufhalten werden, der Schwerpunkt auf die kulturelle Akzeptanz und beidseitige Integration aller Bürger zu legen. Integration ist damit keine pure Addition fachpolitischer Einzelmaßnahmen, sondern eine Querschnittsaufgabe, die nur auf der Grundlage eines bürgerschaftlichen ehrenamtlichen Engagements erfüllt werden kann.

Die Kulturförderung nach Paragraph 96 BVFG und Paragraph 12 SächsSpAEG macht im Rückblick deutlich, dass die Aufarbeitung der Vergangenheit vergleichbare Probleme in Gegenwart und Zukunft verhindern kann. Flucht, Vertreibung und Integration besitzen seit den Konflikten in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und den Fluchtbewegungen aus Afrika oder dem arabischen Raum eine hohe öffentlichkeitswirksame Aufmerksamkeit, teilweise auch Brisanz.

Kulturförderung nach Paragraph 96 Bundesvertriebenen-gesetz im Freistaat Sachsen

Mit einer gezielten Förderpolitik, die im Freistaat Sachsen beim Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler zusammenläuft, soll erreicht werden, dass Geschichte und Tradition als Chance für die Zukunft Europas gesehen werden. Eine solche Förderpolitik zielt vor allem auf die Sicherung der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen insbesondere auf lokaler Ebene (Subsidiarität stärken), auf eine Werteorientierung abseits von Nationalismus, Hass, Hetze, Gewalt, Schüren von Ressentiments gegen andere Völker und Fremdenfeindlichkeit, auf die Förderung der Bildung und Stärkung von Initiativen, die für ein weltoffenes Klima eintreten, sowie auf ein Angebot zu einem vorurteilsfreien Umgang mit den leidvollen Auswirkungen des Nationalsozialismus.

Das Förderinteresse des Freistaates Sachsen bezieht sich insbesondere auf Maßnahmen, die der Pflege und der Erhaltung deutscher Kultur der Vertreibungs- und Aussiedlungsgebiete dienen, die die Bürger des Freistaates Sachsen, besonders auch die junge Generation, einbe-

ziehen und grenzüberbrückenden Charakter haben. Die Kulturförderung in Zuständigkeit des Staatsministeriums des Innern, Einzelplan 03, erfuhr durch den Sächsischen Landtag eine stetige Wertsteigerung. Die regelmäßige Förderhöhe gemäß der Förderrichtlinie beträgt dabei 70 Prozent; durch die Hinzuwerbung von weiteren Drittmitteln, die Kofinanzierung des Bundes bei vor allem grenzübergreifenden Projekten und das große Engagement der organisierten Vertriebenen, aber auch anderer Vereine und Gemeinden, liegt der durchschnittliche Fördersatz jedoch deutlich darunter, was ein gutes Zeichen für die Verankerung dieser Aufgabe inmitten der Gesellschaft ist.

Repräsentanz in der Bevölkerung

Durch diese Förderung wird eine wichtige Bevölkerungsgruppe repräsentiert, deren Traumata jetzt vor allem in der Enkelgeneration fortleben. Es kann davon ausgegangen werden, dass im Freistaat Sachsen im Jahre 1995 etwa 350.000 Vertriebene ansässig waren (etwa acht Prozent der sächsischen Bevölkerung). Ganz exakte Zahlen lassen sich nicht ermitteln, da über den Vertriebenenstatus keine amtliche Statistik geführt wird. Sie sind dennoch gut belastbar, denn sie berechnen sich nach den gestellten Anträgen auf Leistungen nach dem Vertriebenen-zuwendungsgesetz.⁴ Organisiert im Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen / Schlesische Lausitz e. V. sind davon heute noch etwa 3.500 Bürger.⁵ Rückblickend auf das Jahr 1948 kann man für Sachsen von etwa einer Million Vertriebener ausgehen (etwa 20 Prozent der sächsischen Bevölkerung), heute dürfte der Bevölkerungsanteil bei etwa fünf Prozent liegen, mit den Spätaussiedlern zusammen bei etwa sieben bis acht Prozent. Damit wird deutlich, dass die Aufbauleistungen im Freistaat Sachsen ohne die Bevölkerungsgruppe der Vertriebenen undenkbar wären. Das Gleiche gilt für die geschätzt 75.000 bis 100.000 Spätaussiedler⁶ (in der Regel Deutsche aus Russland oder aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion), die auch heute noch wahrnehmbaren Nachzug erfahren. Eine Statistik über den Anteil dieser Gruppe in den einzelnen Landkreisen etc. existiert allerdings nicht, da die Deutschen aus Russland nach Art. 116 Abs. 1 GG Deutsche sind (§ 4 Abs. 3 Satz 1 Bundesvertriebenengesetz) und entsprechend Freizügigkeit genießen; zudem gibt es aus historisch gu-

ten Gründen keine Erfassung nach nationaler/ethnischer Abstammung (zum Vergleich: Gemäß der Protokollnotiz Nummer 14 zu Artikel 35 des Einigungsvertrages werden nach § 1 des Gesetzes über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen auch nicht die Sorben gezählt und auch nicht nach deren Selbstbekenntnis gefragt⁷).

Politische Wahrnehmung der Belange der Vertriebenen und Spätaussiedler

Die Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen haben unterschiedliche politische Anbindungsmechanismen. Verwiesen wurde bereits auf die seit 1992 gewährte Kulturförderung. Weiterhin sind zentrale – und sukzessive erweiterte – Elemente die Koalitionsverträge, der staatliche Gedenktag und die Ernennung eines Beauftragten; sie sollen hier kurz vorgestellt werden.

Die Thematisierung von Flucht, Vertreibung und Integration sowie die Wertschätzung von Heimat und die Intensivierung des grenzübergreifenden Miteinanders finden regelmäßig Eingang in die Koalitionsverträge. Dies gilt, stets unter dem Blickwinkel der kulturell-politischen Bildung auch außerhalb spezieller Einrichtungen (niederschwelliger Zugang), der Aufklärung geschichtlicher Zusammenhänge und damit der Abwehr extremistischer Einstellungen. Im Koalitionsvertrag 2019 zwischen CDU, Bündnis 90 Die Grünen und SPD heißt es:

»Wir werden die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedlerinnen und Aussiedler und Spätaussiedlerinnen und -aussiedler weiterhin unterstützen, ihre Kultur bewahren und die Verwendung der deutschen Sprache befördern. Wir setzen den Beirat für Vertriebenen-, Aussiedler- und Spätaussiedlerfragen wieder ein.⁸ Flucht und Vertreibung, die ihre Ursache in den Verbrechen des Nationalsozialismus haben, werden wir stärker zum Gegenstand von Veranstaltungen machen und durch außerschulische Projekte, wie zum Beispiel im Rahmen von Schulfahrten zu Gedenkstätten, befördern. Wir wollen die Erfahrungen und Leistungen sowie die Fähigkeit der Vertriebenen und Spätaussiedler als Brückenbauer zu den deutschen Minderheiten und den Regionen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa bewahren. Dem werden wir durch eine außerschulische Bildungs- und Begegnungsstätte ›Transferraum Heimat‹

in Hoyerswerda Rechnung tragen. Die Entscheidung des Bundesrates, mit der die Bundesregierung zur Prüfung der rentenrechtlichen Situation der Spätaussiedlerinnen und -aussiedler und zur Beseitigung von Benachteiligungen bei der Rentenberechnung aufgerufen wird, unterstützen wir weiterhin.«⁹

Weil dieses Thema auch gerade heute mit Blick auf die Erlebnissgeneration, das Interesse der Jugend an der Geschichte ihrer Großeltern, die Diskussion um den Wert von Heimat und die Voraussetzungen bürger-schaftlichen Engagements sowie das wachsende Miteinander mit unse- ren Nachbarregionen relevant ist, hat der Freistaat Sachsen als einziges neues Bundesland (in den Altbundesländern geschah dies bisher nur in Bayern und Hessen) 2014 den Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung etabliert.¹⁰ In der Proklamation heißt es:

»Entsprechend dem Landtagsbeschluss zum Antrag DS 5/14580 in der 98. Plenarsitzung am 18. Juni 2014 und dem Beschluss des Kabinetts vom 12. August 2014 erkläre ich den zweiten Sonntag im September, beginnend ab dem Jahr 2014, zum jährlichen ›Sächsischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung«. Mit diesem Gedenktag wird die gelungene Integration und Aufbauleistung der Heimatvertriebenen und Aussiedler in Sachsen gewürdigt. Sachsen war mit über einer Million von Vertriebenen und Flüchtlingen ein wich- tiges Aufnahmeland und wurde vielen von ihnen zur neuen Heimat. So haben auch heute noch viele sächsische Bürger eine Verbindung zu dem Thema Flucht und Vertreibung. Die Vertriebenen haben nicht nur sich eine neue Heimat aufgebaut, sondern zugleich mitgeholfen, die zerstörten Städte, Dörfer und Landschaften wie auch gesellschaftli- chen Strukturen neu zu gestalten. Sie haben damit unser Land bis heu- te nachhaltig mitgeprägt. Mit ihrem Willen zum Neuanfang und ihrer Bereitschaft zur Versöhnung haben sie unserem Land wichtige soziale, wirtschaftliche und kulturelle Impulse gegeben. Sie sind damit zugleich Brückenbauer zwischen Sachsen und seinen östlichen Nachbarn. Der Freistaat Sachsen sieht sich deshalb in der Pflicht, die Erinnerung an das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen und an ihren Leistungs- willen im Gedächtnis unseres Landes und seiner Menschen wach zu halten, das kulturelle Erbe grenzüberbrückend zu bewahren und ent-

sprechendes Engagement tatkräftig zu unterstützen. Dies gilt umso mehr, als die Vertriebenen sich erst nach der Friedlichen Revolution zu ihrer Geschichte bekennen konnten; die DDR hat diese Menschen verharmlosend als ›Neubürger‹ und ›Umsiedler‹ bezeichnet und ihr Schicksal konsequent verleugnet. Der Tag relativiert nicht das Gedenken an andere Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkrieges. Er ist vielmehr ein Tag der Erinnerung und der Mahnung zur Wahrung der Menschenrechte. Er ruft auf, für Frieden und Freiheit jederzeit einzutreten, und er erinnert daran, dass Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung kein Mittel der Politik sind und geächtet bleiben müssen. Zugleich ist er auch Anlass, den Blick nach vorn auf eine grenzüberbrückende Zusammenarbeit, auf ein Europa der Regionen zu richten. Ich rufe dazu auf, diesen Tag jedes Jahr in würdiger Weise gemeinsam mit den Heimatvertriebenen und Aussiedlern in Sachsen zu begehen.

Dresden, den 18. August 2014 – Der Ministerpräsident Stanislaw Tillich.«

Dieser Gedenktag wird von der Betroffenenengruppe zentral ausgestaltet und vom Freistaat kostendeckend gefördert, wobei auch verschiedene Kommunen sich dieses Themas angenommen haben. In der Regel findet er im Plenarsaal des Sächsischen Landtages unter prominenter politischer Beteiligung statt.¹¹

Am 19. Juni 2018 wurde dann durch den Sächsischen Staatsminister des Innern, Prof. Dr. Roland Wöllner, im Beisein von Herrn Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und dem Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbner, im Sächsischen Landtag erstmals ein Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler beim Sächsischen Staatsministerium des Innern berufen. Der Innenminister führte hierzu aus: »Wir haben uns in der Staatsregierung dazu entschlossen, einen Ansprechpartner in herausgehobener Stellung für die Interessen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zu installieren. Diese Menschen haben unser Land nachhaltig geprägt, ihm wirtschaftliche, kulturelle und soziale Impulse gegeben. Ich bin mir sicher, dass ihre Belange bei Dr. Baumann in guten Händen sind und er die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ressorts und Verbänden intensiv koordiniert«¹²; angesiedelt wurde diese Funktion direkt beim Staatssekretär. Auch nach

der Wahl 2019 und der Berufung der neuen Staatsregierung am 20. Dezember 2019 wurde hier Konstanz eingehalten. Einen solchen Beauftragten gibt es bisher sonst nur in Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Die Beauftragten korrespondieren in einem Teil ihrer Tätigkeit mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten; dies ist seit April 2018 Prof. Dr. Bernd Fabritius.

Beide Maßnahmen, Gedenktag und Einsetzung eines Beauftragten, fanden und finden positiven Anklang auch über die sächsischen Grenzen hinaus. Im Folgenden sollen die hauptsächlichen Tätigkeitsbereiche des Beauftragten und ihre Wirkung innerhalb der Schnittmenge Gesellschaft – Verwaltung – Politik skizziert werden.

- a) Zum einen ist der Beauftragte Ansprechpartner und Koordinator innerhalb der Verwaltung für Anliegen der Vertriebenen und Spätaussiedler, er sichert ihnen dort einen eigenständigen Platz und öffentliche Relevanz sowie Aufmerksamkeit. Vornehmlich handelt es sich bei anstehenden Fragen um solche der Entschädigung und den Ersatz von Personaldokumenten; wohlgemerkt Probleme, die entweder abschließend als erledigt gelten (Entschädigung) oder für die es anderweitig Regelungen gibt – aber diese Probleme werden eben hier vorgetragen und entsprechend bearbeitet oder koordiniert. Den Spätaussiedlern, die zwischenzeitlich der Staatsministerin für Integration und Gleichstellung Petra Köpping zugeordnet und dort unter den Sachbereich »Migration« subsummiert worden waren, wurde durch die Einführung eines Beauftragten überhaupt erst wieder ein »politisches Gesicht« gegeben, da sie nunmehr dadurch mittelbar als politische Gruppe – zum Beispiel im Haushaltsplan – erwähnt werden. Eine erste Maßnahme war hier übrigens der Einsatz für eine verbesserte Fremdreute der Spätaussiedler, die die sechs Landesbeauftragten gemeinsam mit dem Bundesbeauftragten für Aussiedler und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, in den Fokus des Bundesrates (Drucksache 461/18) und damit von dort als Arbeitsauftrag an die Bundesregierung rückten. Eine endgültige Lösung wurde noch nicht getroffen.
- b) Eine zentrale und umfängliche Aufgabe ist die Förderung nach Paragraph 96 BVFG von Verbänden der Vertriebenen und Spätaussied-

ler, des diesbezüglichen Landesverbandes, anderer Vereine, die sich des Themas angenommen haben, sowie von Kommunen und Museen. Gerade diese Breite zeigt die Verankerung des Themas weit über die Erlebnisgeneration hinaus. Unterstützung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, welches erst wirklich Heimat vermittelt (denn nur der, der sich engagiert vor Ort, fühlt sich diesem verbunden), ist dem Freistaat Sachsen von jeher ein zentrales Anliegen. Insbesondere der »Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz e. V.«, die Stiftung »Erinnerung Begegnung Integration – Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen« wie auch die »Stiftung Schinesisches Museum zu Görlitz« nehmen Aufgaben wahr, die im besonderen Interesse des Freistaates Sachsen liegen; beispielhaft seien hier die Sammlung (Archivierung) wie auch die Bildungsarbeit und die Durchführung öffentlicher Gedenktage genannt.

- c) Der Freistaat Sachsen befördert und fördert das ehrenamtliche Engagement. Er lebt zugleich eine von gemeinsamen Werten und Verbundenheit getragene grenzübergreifende Zusammenarbeit. Dies gilt auch für dieses Fördergebiet: Wie schon die Zahlen oben zeigen, war Sachsen ein bevorzugtes Ziel der Flüchtlinge und Vertriebenen, nicht zuletzt natürlich damals in der Hoffnung, wieder zurück zu können, später (so im Zittauer Zipfel) dann, um wenigstens die verlorene Heimat noch sehen zu können. Auch ist Sachsen das einzige Bundesland, welches quasi (auch wenn dies nur im Zusammenhang mit den Festlegungen des Wiener Kongresses gilt) noch einen Restzipfel Schlesiens sein Eigen nennt. Auf dieser historischen Verbundenheit¹³ ruhend, mit einer relativ großen Anzahl von Vertriebenen und Flüchtlingen, die schnell ab 1990 zu Brückenbauern wurden (so fußt beispielsweise die Städtepartnerschaft Freiberg und Waldenburg/Wałbrzych auf dem Engagement des BdV Kreisverbandes Freiberg), und nicht zuletzt dem Interesse beiderseits der Grenze geschuldet, entwickelte sich rasch eine Vielzahl von Projekten, die mit dem Freistaat Sachsen und der Woiwodschaft Niederschlesien, mittlerweile auch der Woiwodschaft Oppeln, eng verbunden sind. So fördert der Freistaat Gedenkfahrten nach Tost/Toszek (NKWD-Lager mit vor allem Häftlingen aus Bautzen), die mit polnisch-deutschen Podiumsdiskussionen verbunden sind. Weiter ist er engagiert bei den beiden

Gerhart-Hauptmann-Häusern im Riesengebirge und verleiht seit 2019 gemeinsam mit der Riesengebirgshochschule in Jelenia Gorá den Riesengebirgspreis für Literatur (der erste Preisträger war der polnische Journalist und Fotoreporter Filip Springer [Kupferberg]; seine Übersetzerin Lisa Palmes erhielt einen Sonderpreis). Weiterhin unterstützt Sachsen seit Jahren vielfältige Aktivitäten im Tal der Schlösser und Gärten (Schlesisches Elysium), wie auch das internationale renommierte Schlesienseminar im Schloss Groß Stein bei Oppeln/Opole; ebenso wird mit Mitteln über Paragraph 96 BVFG ein jährliches Begabenseminar polnischer und deutscher Schüler der Abiturstufe in der Stiftung Kreisau auf dem ehemaligen Gut der Familie von Moltke durchgeführt. In die grenzübergreifende Zusammenarbeit ist der Beauftragte eng eingebunden und vernetzt sowie fördert solche gemeinsamen Projekte.

- d) Neben den kleineren, vor allem kommunal bezogenen Projekten hat sich in den letzten Jahren eine Art Dreiteilung vollzogen: örtliche Projekte der kommunalen Vereine, grenzüberbrückende Projekte insbesondere mit Polen und Tschechien sowie landesweite zentrale Projekte und Bildungsarbeit. Dies ist ein ganz wichtiges Element des Gesetzesauftrages: Aktives Bewahren, und zwar durch die Mitnahme neuer Interessentenkreise – das vierte Aufgabenfeld. Zu nennen sind hier mindestens alle zwei Jahre neu erstellte landesweite Wanderausstellungen insbesondere für Schulen und Verwaltungsdienststellen (Unsere neue Heimat – Sachsen, Integration durch Leistung, Was uns Trachten zu sagen haben, Prüfstein des Gewissens. Sächsische Spuren zum 20. Juli 1944, Heimatwechsel. Sachsen und Russland – Deutsche aus Russland in Sachsen. Nation und Minderheit in Europa), ebenso zweijährlich stattfindende – mittlerweile vier – trinationale Schülerwettbewerbe (hier liegt die Beteiligung bei jeweils um die 400 Schüler; so erschien die Publikation »Geschichte(n) schreiben« und es gab Berichterstattungen in der Sendung »Campus« beim Deutschlandfunk), Minderheitenprojekte und vieles mehr. Insbesondere die Ausstellungen sind ein wichtiges Vermittlungsmedium. »Unsere neue Heimat – Sachsen« macht auf die gewaltige Aufbauleistung aufmerksam, an der auch maßgeblich die Vertriebenen, damals etwa ein Fünftel der Bevölkerung in Sachsen, ihren Anteil haben. »Integration durch Leistung« zeigt an unterschiedlichen Gruppen zu unterschiedlichen Zei-

ten, wie Integration beidseitig, sowohl aus Sicht der Ansässigen als auch der Zuziehenden, gelingt. Das Ausstellungsprojekt »Nation und Minderheit in Europa« greift hingegen sein Thema aus gesamteuropäischer Perspektive heraus auf und thematisiert den Mehrwert von Minderheiten wie auch die Gefahr eines überbordenden Nationalismus wie bei Bestrebungen nach ethnisch »reinen« Staaten. »Heimatwechsel. Sachsen und Russland – Deutsche aus Russland in Sachsen« lenkt den Blick auf eine spezielle Gruppe, nämlich die Spätaussiedler, deren Zuzug, wenn auch geringer, so doch ungebrochen ist und die ihre ganz eigene Geschichte als Deutsche gemäß des Grundgesetzes haben. Ebenso werden nahezu vergessene Phänomene thematisiert – wie vertriebene Sachsen. Aus einem etwa 145 Quadratkilometer großen Gebiet östlich der Lausitzer Neiße mit 22 Gemeinden wurden am 22. Juni 1945 rund 25.000 Einwohner im Zuge der »Wilden Vertreibungen« ausgewiesen, von denen sich die meisten links der Neiße ansiedelten. In einer im Rahmen der Krobinitzer Gespräche durch den Beauftragten initiierten Tagung »Vertreibung – Neuansiedlung – Integration. Migrationsprozesse rechts und links der Neiße nach 1945« wurde auf deren Schicksal aufmerksam gemacht, ein Tagungsband¹⁴ entstand und später eine tiefgründige wissenschaftliche Studie¹⁵, die vor allem die Erlebnisgeneration selbst zum Sprechen brachte und deren Drucklegung ebenfalls durch den Beauftragten gefördert wurde.

- e) Als letztes gehören zum Aufgabengebiet (neben der noch zu erwähnenden Betreuung des sorbischen Kommunalprogrammes zur Aktivierung der sorbischen Sprache für alle 42 Kommunen im deutsch-sorbischen Siedlungsgebiet in Sachsen) die Öffentlichkeitsarbeit, die Mitarbeit an der Verbandszeitung »Vertriebene und Spätaussiedler in Sachsen«, das Publizieren, die Organisation von Podiumsdiskussionen, die Mitwirkung bei Ausstellungseröffnungen und Gedenkveranstaltungen wie die aktive Mitgestaltung beim Sächsischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung und bei ähnlichen Anlässen.

Gerade in diesem Aufgabenbereich der Förderung von Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten hört man oft die Frage: Warum immer noch? Wie weiter? Vielen erscheint dies aus der Zeit gefallen, manchem als ewiggestrig.

Sucht man eine Antwort und damit einen Sinn, fällt wohl zuallererst auf, dass es auch noch heute, und zwar seit Jahrzehnten, Zuzug von Spätaussiedlern gibt.¹⁶ Dies ist also nicht abgeschlossen und auch nicht mit der weltweiten Migration und schon gar nicht mit der Flüchtlingskrise seit 2015 gleichzusetzen. Spätaussiedler sind Deutsche nach dem Grundgesetz und haben andere Integrationsbedürfnisse als es der Überbegriff »Flüchtling« heute intendiert.

Auch die Vertriebenen gibt es noch zahlreich und wenn man sich die obigen Zahlen anschaut, lässt sich unschwer erkennen, dass durch die familiäre Einbindung natürlich weit mehr Menschen in unserem Land mit solchen Fragen und auch Belastungen¹⁷ verbunden sind, als es die reine Anzahl der organisierten Vertriebenen angibt. Im Übrigen gilt dies ja unabhängig vom Sachgebiet: Es ist unredlich, egal wo, nur auf die Anzahl der fest eingeschriebenen Mitglieder zu schauen, denn diese nehmen nur eine Zeigerfunktion und Interessensvertretung für den großen Kreis nichtorganisierter, aber an der jeweiligen Sache interessierter Menschen wahr (zählte man nur aktive Umweltschützer, wäre Umweltschutz ein Nebenthema; zählte man nur die aktiven Mitglieder extremistischer Vereinigungen, bräuchte sich die Gesellschaft viel weniger Sorgen zu machen, als es angezeigt ist).

Denkt man jetzt in Generationen, dann wird es natürlich in einem überschaubaren Zeitraum bald keine Menschen mehr geben, die die Vertreibung 1945/1948 am eigenen Leib erlebt haben. Auch hier gilt allgemein, dass irgendwann alle Zeitzeugen aussterben. Die Erinnerung an historische Epochen ist dann aber nicht nur der Geschichtswissenschaft anheimgestellt, sondern weiterhin der Gesellschaft insgesamt. Ein Thema bleibt über lange Zeiträume hinweg virulent, wenn es sich in das historische Gedächtnis der Menschheit tief eingegraben hat und seine Folgen auch für die jeweilige Gegenwart, wie Werthaltungen und daraus folgende politische Entscheidungen, wichtig ist; dies darf man ohne Zweifel bei den Ereignissen und den Folgen des Zweiten Weltkrieges annehmen.

All das und weiteres wird im Einigungsprozess der zwei deutschen Staaten 1990/1991 gedanklich Pate gestanden haben, da der Paragraph 96 BVFG eben explizit weitergeführt wurde.¹⁸ Der Auftrag aus dem BVFG galt mithin nicht als erloschen, sondern auch als zukünftige Aufgabe, die sich zunehmend grenzüberbrückend wie in der Bildungsarbeit auswirkt. Gerade deshalb war und ist mit der Einrichtung des Beauf-

trugten (auch in anderen Ländern) neben dem oben Genannten gleichzeitig die Aufgabe gesetzt, das Erinnern und Bewahren zukunftsfest zu gestalten.

Aktivitäten in den Kommunen und die Etablierung einer landesweiten Einrichtung zu Flucht, Vertreibung und Integration

Vorstehend wurde eine Vielzahl von Projekten kurz angerissen, die auch einen landesweiten Anspruch haben und, wie zum Beispiel Wanderausstellungen sowie auch Schülerwettbewerbe, gut nachgefragt sind. Ebenso wurde das Schlesische Museum Görlitz schon erwähnt, welches von der Geschichte und Gegenwart Schlesiens und seiner vielschichtigen Bevölkerung ein umfassendes Bild zeichnet, bereichert durch begleitende Vorträge und Exkursionen: Schlesien wird präsent bleiben.

Auf der kommunalen Ebene haben sich die Städte Auerbach/Vogtland sowie Limbach-Oberfrohna des Themas der Vertriebenen in ihren Heimatmuseen mit eigenen Exponaten zu Flucht und Integration angenommen; jeweils gefördert durch die Landesmittel über Paragraph 96 BVFG. In Freiberg existiert ein eigener großer Vertriebenenfriedhof mit über 1.300 ermittelten Namen auf dazugehörigen Stelen, weil es hier ein entsprechendes Durchgangslager gab. Auch bei Hoyerswerda finden wir einen solchen Friedhof, der das Geschehen für das ehemalige, zunächst als Kriegsgefangenenlager (insbesondere für französische Kriegsgefangene) und später als Aufnahmelager fungierende Elsterhorst dokumentiert; besonders berührend sind die Erinnerungen an die zahlreichen hier verstorbenen Kinder, die den Weg in die Freiheit schafften, sie aber nicht mehr selbst erleben konnten. Ebenso unterstützt der Freistaat zahlreiche Gedenkstätten und Gedenksteine, die in den Kommunen errichtet wurden, auch in jüngster Vergangenheit: Lohsa, Torgau, Holzau, Pirna, Hinterhermsdorf, Heidenau, Chemnitz, Bad Brambach, Altenberg, Auerbach/Vogtl., Crimmitschau, Delitzsch, Deutschneudorf, Dresden, Freiberg, Freital, Nardt, Radeberg, Rübenau und bei der Lausche. Damit scheint es gesichert, dass dieses Kapitel unserer Geschichte sowohl hinsichtlich des Vertreibungsgeschehens als auch des Integrationswillens und -erfolges, besser die Mitwirkung am Aufbau unseres Landes, einen festen Platz im Gedächtnis der Bevölkerung behalten wird. Ganz wichtig ist in dem Zusammenhang, dass diese Initiativen in großem Maße



Enthüllung des Gedenksteines am 19. September 2020 in der Gemeinde Lohsa durch Bürgermeister Leberecht (r.) und Mitinitiator Kugler; Entwurf und Umsetzung: Wera Steinkunst – Martina Rohrmoser-Müller.

von den Betroffenen selbst ausgingen: So sind die Vertriebenen dafür immer wieder bei den Behörden vorstellig geworden, haben Mittel eingeworben und fungieren auch vielfach in diesen – aber auch in anderen – Gemeinden als Zeitzeugen, zum Beispiel an Schulen.

Zudem hatten sich im Zuge der Friedlichen Revolution nach 1989/1990 sieben Heimatstuben im Freistaat Sachsen gebildet. Diese waren zumeist nicht rein landsmannschaftlich geprägt, sondern vereinten Zeugnisse des gemeinsam erlittenen Schicksals. Allerdings kam hier zum Tragen, dass die Fülle an originalen Dokumenten und Erinnerungsstücken aus der Heimat selbst im Gegensatz zu den alten Bundesländern sehr beschränkt war. Dies war sicherlich dem langen Verschweigenmüssen der eigenen Herkunft und des erlebten Schicksals genauso geschuldet wie den nur geringen Möglichkeiten zum Austausch in die alten Heimatgebiete hinein sowie zum Ansammeln geeigneter Objekte. Jede dieser Heimatstuben zu fördern, beispielsweise hinsichtlich der Miete, verbot sich daher von Beginn an; sie waren

einfach inhaltlich zu wenig bestückt, um als Begegnungszentrum in der Kommune, zum Beispiel für den Schulunterricht, dienen zu können. Von daher wurde in einem gemeinsamen Papier die Gründung eines zentralen Hauses der Heimat vereinbart, in das dann alle Sammlungen übergehen sollten. Am 15. Oktober 2009 wurde in Reichenbach/O.L. in Gegenwart des Sächsischen Staatsministers des Innern, Markus Ulbig, des Bürgermeisters Andreas Böer, von Landtagsabgeordneten und weiteren Persönlichkeiten das Haus der Heimat (HdH), damals noch »Zentrale Heimatstube« genannt, eröffnet. Träger des HdH war zunächst der BdV-Kreisverband Freiberg. Er mietete von der Stadt Reichenbach am 01.09.2009 den Altbau des Rathauses sowie am 1. Oktober 2009 drei Räume im Nollau-Haus (gleich gegenüber; hier befindet sich auch das Nollau-Museum, welches die Auswanderergeschichte nach Amerika und den Pfarrer Nollau zum Thema hat; Nollau zählt zu den Mitbegründern der Unierten Kirche in den USA (UCC)). Damit die Arbeit jedoch auf eine breitere personelle Grundlage gestellt werden und sich auch alle BdV-Gliederungen angesprochen fühlen konnten, wurde, auch wegen eines damals fehlenden handlungsfähigen BdV-Landesverbandes, am 28. November 2009 der Verein »Erinnerung und Begegnung« (EuB) gegründet, der dann diese Aufgabe übernahm.

Die Ausstellungsfläche einschließlich genutzter Flure beträgt im Altbau des Rathauses 176 Quadratmeter und im Nollau-Haus 47 Quadratmeter. Insgesamt sind für Präsentationen also 223 Quadratmeter verfügbar. Weitere Räume werden genutzt als Büro und Archiv, Bibliothek sowie notwendige Nebenräume; die verfügbare Gesamtfläche beträgt 304 Quadratmeter. Miete und Nebenkosten für das HdH werden vom Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI) gefördert.

Neben dem Sammeln, Registrieren und Präsentieren von Kulturgut unter unterschiedlichen Fragestellungen wurde von Beginn an das Sammeln von Berichten über Flucht, Vertreibung und Neubeginn in Sachsen als eine wichtige Aufgabe wahrgenommen. Zum Ende des Jahres 2017 lagen bereits 217 schriftliche Berichte vor. Der Umfang dieser Berichte ist sehr unterschiedlich: von wenigen handgeschriebenen Seiten bis hin zu vielseitigen Broschüren. Häufig steigen sie unmittelbar in die Schilderung von Flucht oder Vertreibung ein, ohne Basisdaten (Heimatort, Zeit) voranzustellen. Bei Berichten, deren Verfasser inzwischen schwer krank oder verstorben sind, konnten diese für die Zuordnung wichtigen Daten erst durch eine aufwändige

Recherche indirekt erschlossen werden. Sie lagern, nach Herkunftsgebieten der Verfasser geordnet, in Archivkartons im Haus der Heimat. Gleichfalls wurden sie – unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen – der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht (Programm Midosa). Alle Berichte wurden digitalisiert. Zur Wahrung von Urheber- und Persönlichkeitsrechten waren Personennamen, aber teilweise auch Ortsnamen, zu schwärzen und um für Recherchen geeignet zu sein, musste jeder Bericht mit Schlagworten versehen werden. Seit Oktober 2017 steht das *Sächsische Zeitzeugenarchiv* im Internet allen Interessenten zur Verfügung¹⁹ und findet eine große Resonanz: Zum einen wird es für wissenschaftliche Untersuchungen genutzt und zum anderen hat es weitere Vertriebene animiert, ihre Erlebnisse aufzuschreiben und dem Archiv zu übergeben.

Zudem werden Vorträge und Exkursionen angeboten.²⁰ Ein wichtiges Anliegen ist es, Schülern Kenntnisse über die ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete sowie über Flucht und Vertreibung zu vermitteln. Aktiv angenommen wird dies zum Beispiel von der Gerhart-Hauptmann-Oberschule in Limbach-Oberfrohna als eine Folge der engen Kontakte, die der Vertriebene Kurt Weihe zu Schulleitung und Schülern pflegt (und insbesondere für dieses Engagement auch das Bundesverdienstkreuz erhielt). Seit 2014 besuchen jedes Jahr zwei Klassen dieser Schule das HdH. Aber auch Schulen aus dem Vogtland, aus Freiberg und aus Dresden nehmen dieses Angebot bisher wahr.

Die Stiftung Erinnerung, Begegnung, Integration – Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen als Erbe und Auftrag

Um eine dauerhafte Bewahrung des Sammlungsgutes zu gewährleisten, gründete der Verein EuB nach mehreren Gesprächen mit dem SMI im Herbst 2010 die Stiftung Erinnerung, Begegnung, Integration – Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen (im Folgenden EBI genannt). Wesentlichen Anteil daran hatte der BdV-Kreisverband Freiberg, indem er 10.000 Euro Eigenkapital einwarb, woraufhin, wie vorher vereinbart, das SMI die Stiftung dann mit fast 50.000 Euro förderte. Weitere Zustiftungen kamen von Privatpersonen, insbesondere von Mitgliedern des Vereins EuB; mittlerweile beträgt das Stiftungskapital knapp 120.000 Euro Barvermögen zuzüglich Sammlungsgut.

Als Träger des HdH war der Verein EuB zunächst auch Eigentümer des als Schenkung übergebenen Sammlungsgutes. Zum 22. Dezember 2011 übertrug der Verein das Eigentum am gegenständlichen Sammlungsgut der EBI. Die Stiftung ist mittlerweile ein Anliegen aller Vertriebenengruppen im Freistaat geworden und mit ihren Einrichtungen zunehmend auch der zentrale inhaltliche wie örtliche Anlaufpunkt; besonders sei hier der jährliche Tag der Heimat genannt, der immer im Juni gemeinsam mit einem Chöretreffen ganz verschiedener Chöre aus Sachsen und der Woiwodschaft Niederschlesien in der St.-Johannes-Kirche Reichenbach/O.L. stattfindet, dank der engagierten und aufgeschlossenen evangelischen Kirchengemeinde Meuselwitz-Reichenbach/O.L. und Herrn Pfarrer Christoph Wiesener.

Der EuB betreibt also das Haus der Heimat in Reichenbach/O.L., der Stiftung gehört das Sammlungsgut. Dieses wird ständig ergänzt; zuletzt erwarb sie den Nachlass des Malers Hardy Schneider-Sato und im Jahr 2020 konnte sie die nicht mehr handlungsfähige Stiftung Schlesische Heimatstuben auffangen. Das gesamte Kulturgut wird erfasst, bewertet und für Ausstellungen zugänglich gehalten; weitere Sammlungen und Nachlässe sind willkommen.

Jährlich verleiht die Stiftung zudem den ZukunftErbe-Preis (2020: Freya Klier, Sonderpreis an Dr. Jozef Zaprucki) sowie ein sechsmonatiges Stipendium. Ebenso erscheinen in unregelmäßigen Abständen Publikationen.²¹

Mittlerweile verfügt die Stiftung mit Unterstützung des SMI über das ehemalige rund 800 Quadratmeter große Empfangsgebäude der Energiefabrik Knappenrode (bei Hoyerswerda, das Museum Energiefabrik wurde am 15. Oktober 2020 feierlich in Anwesenheit der Staatsministerin für Kultur und Tourismus eröffnet). Dieses wird derzeit unter Leitung des Historikers Dr. Lars-Arne Dannenberg zu dem im Koalitionsvertrag beschlossenen außerschulischen Bildungs- und Begegnungszentrum »Transferraum Heimat« entwickelt. Dort soll den Besuchern der Wert der Heimat anhand von sechs ausgewählten Heimatregionen dargestellt werden. Im »Zwangsrundgang« folgt dann die Entwicklung in den 1920er und 30er Jahren, welche in einen Litfaßsäulentunnel (einem zentralen öffentlichen Vermittlungsmedium dieser Zeit) mündet, in dem der Besucher die Bedrückung der Machtergreifung des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkrieges und des Untergangs vor allem medial über Bilder, Filme und Interviews, die

bekanntes Wissen quasi im Geiste abrufen, erfährt. Aus dem Tunnel hinaustretend, findet sich der Besucher vor einem in das Gebäude halb innen und halb außen eingebauten Eisenbahnwaggon wieder, der ihn zur Flucht und Vertreibung aufnimmt. Mit Hilfe eines Virtual Reality-Filmes fährt er dann praktisch in einem solchen Transport mit. Angekommen im Lager Elsterhorst (welches unmittelbar bei Knappenrode/Hoyerswerda lag und noch heute als Friedhof von dieser Zeit kündigt), steigt der Besucher aus und wählt zwischen zwei Türen: Entweder gelangt er in die westlichen oder die östliche Besatzungszone. Zwischen beiden Gebieten entwickelt sich eine stetig undurchlässiger werdende Staatsgrenze (mit den entsprechenden Ausnahmen) und er erlebt die Aufnahme und Integration in den jeweiligen beiden deutschen Staaten. Am Ende der 1980er Jahre bricht die »Mauer« und damit das Regime durch den Bürgermut zusammen und ein neues Kapitel für die Vertriebenen, insbesondere aus dem Osten, beginnt – hinzu treten später neue Flüchtlinge, und auch ein anderer Umgang mit den deutschen Minderheiten in den ostmitteleuropäischen Staaten wird thematisiert. Einzelne Sonderausstellungs- und Vertiefungsbereiche bieten zusätzliche Vermittlungsmöglichkeiten. An einem runden Tisch kann der Besucher zuletzt seine Erfahrungen und Vorstellungen von Heimat, Flucht und Aufnahme in die systematische weitere Präsentation der Bildungsstätte einbringen. Der etwa 20 Fahrminuten entfernt liegende Geierswalder See bietet für angemeldete Besucher dann noch eine Rundfahrt mit dem letzten Tenderboot der versenkten Wilhelm-Gustloff; das dort ebenso entstehende Informationszentrum ist natürlich auch ohne Rundfahrt zugänglich. Die Teileröffnung ist für den Schuljahresbeginn 2021 geplant.

Mit dieser außerschulischen Bildungs- und Begegnungsstätte, getragen durch die Stiftung, soll eine breite Zielgruppe, insbesondere auch die Schulen in Sachsen und Niederschlesien (die Präsentation wird zwei- oder sogar dreisprachig sein) angesprochen und das Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen 1944/1948 aktuellen Entwicklungen aktiv zur Seite gestellt und damit dauerhaft zugänglich verankert werden.

Anmerkungen

- ¹ Umsiedler erhalten Arbeit, Neue Industriezweige entstehen. *Freie Presse*, Montag, 19. August 1946.
- ² »Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertriebungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlasste.«
- ³ »Im Zusammenhang mit der Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler und der Förderung der wissenschaftlichen Forschung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes kann der Freistaat Sachsen in den Aussiedlungsgebieten Begegnungsveranstaltungen, kulturelle oder wissenschaftliche Maßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit oder zur Pflege des Kulturgutes fördern, sofern die Maßnahmen der Völkerverständigung dienen.«
- ⁴ Der Vertriebenenstatus ist in § 1 BVFG festgelegt. Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 hatte und diesen in Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren hat. Hierunter zählen deutsche Staatsangehörige oder deutsche Volkszugehörige in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, der ehemaligen Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und China. Diese Mitbürger erhielten Leistungen nach dem Vertriebenenwendungsgesetz. Sie wurden als einmalige Zuwendung in Höhe von 4.000 DM denjenigen Vertriebenen ausgereicht, die nach ihrer Vertreibung ohne Unterbrechung ihren Wohnsitz bis zum 3. Oktober 1990 in der ehemaligen DDR hatten.
- ⁵ Im Landesverband zusammengeschlossen sind: BdV Vogtlandkreis, Regionalverband Leipzig, BdV Kreisverband Freiberg, BdV Kreisverband Dresden, BdV Stadtverband Hoyerswerda, Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Chemnitz, Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna, Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit den drei Ortsgruppen Chemnitz, Dresden Leipzig, Landsmannschaft Schlesien, Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Sudeten-deutsche Landsmannschaft Landesverband Sachsen e. V., Erinnerung und Begegnung e. V.

- ⁶ Berechnungsgrundlage: Diese Zahl entspringt vor allem einer überschlägigen Eigenberechnung der Landsmannschaft aufgrund der Verteilstatistik nach dem Königsteiner Schlüssel (Sachsen liegt da bei etwa fünf Prozent). Gemäß dem Mikrozensus als laufende Repräsentativstatistik in Form einer Flächenstichprobe, die einen Prozent aller Haushalte erfasst und der einen Jahresdurchschnittswert abbildet, käme man für 2015 auf knapp 40.000 Spätaussiedler. Das angewandte statistische Verfahren lässt bei geringen Fallzahlen (wie hier bezüglich der Eigenschaft Spätaussiedler), im Interesse der Ergebnissicherheit und um Fehlinterpretationen vorzubeugen, eine Aufschlüsselung auf Landkreise und kreisfreie Städte nicht zu.
- ⁷ ¹Zum sorbischen Volk gehört, wer sich zu ihm bekennt. ²Das Bekenntnis ist frei. ³Es darf weder bestritten noch nachgeprüft werden. ⁴Aus diesem Bekenntnis dürfen keine Nachteile erwachsen.
- ⁸ Anmerkung des Verfassers: Die Umsetzung ist angeregt, steht aber noch aus.
- ⁹ CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD: Gemeinsam für Sachsen. Koalitionsvertrag 2019 bis 2024, URL: https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/Koalitionsvertrag_2019-2024-2.pdf; letzter Zugriff: 26.11.2020.
- ¹⁰ Proklamation des Sächsischen Ministerpräsidenten zum Sächsischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung vom 18. August 2014, URL: <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/14094-Proklamation-Gedenktag-fuer-die-Opfer-von-Flucht>; letzter Zugriff: 26.11.2020.
- ¹¹ Der Sächsische Gedenktag ist auch ein Ergebnis der mehrjährigen bundesweiten Diskussion um einen zentralen Gedenkort (Sichtbares Zeichen) und einen Gedenktag anlässlich des 5. Augusts (Verabschiedung der Charta der Heimatvertriebenen 1950 in Stuttgart, die als das zentrale Friedens- und Verzichtsdokument seitens der Vertriebenen gesehen wird). Die lange Zeitspanne der Beratungen und Diskussionen führte letzten Endes dazu, dass sich einige Bundesländer selbst auf den Weg machten und einen eigenen Gedenktag proklamierten (Bayern, Hessen und Sachsen [hier durchgesetzt von der damaligen CDU/FDP-Koalition und dank der Hartnäckigkeit des CDU-Landtagsabgeordneten Frank Hirche]), bevor dann durch Beschluss der Bundesregierung am 27. August 2014 der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung eingeführt wurde, welcher ab dem Jahre 2015 jährlich am 20. Juni zeitgleich mit dem Weltflüchtlingstag stattfindet.
- ¹² Webseite des Sächsischen Staatsministerium des Innern: URL: <https://www.smi.sachsen.de/beauftragter-fur-vertriebene-und-spataussiedler-4126.html>; letzter Zugriff: 26.11.2020.
- ¹³ In der Verfassung nimmt bereits die Präambel hier Bezug. »Anknüpfend an die Geschichte der Mark Meißen, des sächsischen Staates und des niederschlesischen Gebietes ...«; zudem verweist auch Art. 2 Abs. 4 auf Niederschlesien: »Im Siedlungsgebiet der Sorben können neben den Landesfarben und dem Landeswappen Farben und Wappen der Sorben, im schlesischen

Teil des Landes die Farben und das Wappen Niederschlesiens, gleichberechtigt geführt werden.« (URL: <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/3975-Verfassung>; letzter Zugriff: 26.11.2020).

- ¹⁴ Baumann, Jens (Hg.): Vertreibung – Neuansiedlung – Integration. Migrationsprozesse rechts und links der Neiße nach 1945, Krobnitz 2017
- ¹⁵ Dannenberg, Lars-Arne; Donath, Matthias: Do hoan uns die Polen nausgetriebm. Vertreibung, Ankunft und Neuanfang im Kreis Zittau 1945-1950, Königsbrück 2020.
- ¹⁶ 1994 waren es über 17.000, 2004 über 3.800, 2015 knapp 300 für Sachsen (Siehe: Zuzug von Spätaussiedlern leicht erhöht – Begegnungstag in Bautzen, *Sächsische Zeitung*, 01.09.2016, URL: <https://www.saechsische.de/zuzug-von-spaetaussiedlern-leicht-erhoeht-begegnungstag-in-bautzen-3482009.html>; letzter Zugriff: 26.11.2020); hieran erkennt man auch die Grundlage und Haltbarkeit der Schätzung bei Fußnote 6.
- ¹⁷ Vgl. von der Bürgerstiftung Dresden die Erzählwerkstatt »Heimat verlieren – Heimat finden« mit etwa 14 Einzelschicksalen; vgl. auch die Studie von: Dickinson, David: Kinder und Enkelkinder der deutschen Vertriebenen in den neuen Bundesländern tragen das Gespür anderer Welten. Weshalb die Exploration der Vergangenheit zur Aufarbeitung posttraumatischer Belastung in der Psychotherapie unvermeidbar ist, Greifswald 2015 (die Arbeit ist abrufbar unter URL: https://epub.ub.uni-greifswald.de/frontdoor/deliver/index/docId/1872/file/diss_dickinson_david_1.pdf; letzter Zugriff: 26.11.2020).
- ¹⁸ Beispielsweise wurde ja die historische Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 (»Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.« (Bundesgesetzblatt, ausgegeben in Bonn am 23. Mai 1949, Nr. 1) mit der Wiedervereinigung geändert.
- ¹⁹ URL: <http://zeitzeugenberichte.vertriebene-in-sachsen.de/>; letzter Zugriff: 26.11.2020.
- ²⁰ So hielt am 21.06.2011 der Historiker Dr. Martin Sprungala, Dortmund, im HdH einen Vortrag mit dem Titel »Versöhnung von unten in Glogau und Fraustadt«. Am 12.04.2014 eröffnete Dr. Jörn Barfod im HdH die Ausstellung »Die große Flucht 1944/45 in grafischen Bildzeugnissen« als mehrwöchige Leihgabe des Ostpreußischen Landesmuseums. Eine weitere beeindruckende Leihausstellung mit dem Titel »Ein Künstler zieht Bilanz:

Eduard Bischoffs Holzschnittfolge Ostpreußen« eröffnete Dr. Barfod dort am 15.10.2016. Am 24.10.2015 fand im HdH eine zweiteilige Veranstaltung unter dem Titel »Sachsen und Polen gestern und heute« statt. Im ersten Teil eröffnete der Historiker Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, TU Chemnitz, eine unter seiner Leitung erarbeitete Ausstellung über die Personalunion von Sachsen und Polen im 17. und 18. Jahrhundert. Im zweiten Teil der Veranstaltung stellte die polnische Germanistik-Studentin Karolina Trzyna ihre an der Universität Poznań/Posen angefertigte Magisterarbeit »Vertreibungen in der deutschen und polnischen Erinnerungskultur« vor. Dies gilt aber nicht nur für den Standort Reichenbach/O.L.; das HdH ist ebenso in ganz Sachsen aktiv (so sprach am 21.10.2017 Dr. Barfod in Dresden zur »Künstlerkolonie Nidden« und Dr. Roland Müller, der sich seit vielen Jahren intensiv mit der Geschichte Breslaus und der Juden in Schlesien befasst, über »Breslau zwischen 1918 und 1933«).

- ²¹ Morgner, Mario; Baumann, Jens: Kulturregion Riesengebirge: Die Wiesenbaude. Ein kultur-historischer Streifzug durch das Riesengebirge mit den ehemaligen Bewohnern der Wiesenbaude, Norderstedt 2013; Baumann, Jens; Dannenberg, Lars-Arne; Donath, Matthias: Sagen, Mythen und Märchen aus dem Osten: Deutsches Kulturgut bewahren, Bernstadt a. d. Eigen 2016; auf Anregung des Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler entsteht und ist derzeit im Druck mit Stand 16.10.2020: »Lieder der Deutschen aus dem östlichen Europa«; daneben entstand 2014 im Rahmen des alljährlichen Chöretreffens eine Doppel-CD-ROM (»Melodien der Heimat«); zudem gibt der Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz e. V. halbjährlich eine Zeitung heraus.

V. Anhang

Abbildungsnachweis

Baumann, Jens: S. 207

Bundesarchiv: S. 33 (Bild 183-19958-0001 / Fotograf: Illner), 35 (Bild 183-09435-0005 / Fotograf: Heilig), 49 (Plak 100-014-018), 73 (DO 2 Bild-001), 82 (DO 2 Bild-002), 91 (DO 2 Bild-003), 121 (Bild 183-43545-0010 / Fotograf: Siegert),

SLUB / Deutsche Fotothek: S. 50 (Datensatz 70600144)

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: S. 28 (Objekt: Schenkung aus Privatbesitz)

Titelfoto: „Die Umsiedler Merker aus Erlin“

Das Foto von Gertrud und Paul Merker entstand 1974 im kleinen Dorf Erlin an der Muldenvereinigung unweit von Colditz in Sachsen. Zum Zeitpunkt der Aufnahme waren sie 76 Jahre alt.

Bis 1945 besaßen die Merkers einen kleinen Bauernhof im Ort Heinersdorf im Raum Breslau in Schlesien. Im Frühjahr 1945 flüchtete Gertrud Merker mit ihren beiden Kindern, zwei Pferden und einem Planwagen vor der anrückenden Roten Armee aus ihrem Heimatort bis nach Schönbach bei Colditz. Paul Merker war zu diesem Zeitpunkt noch in Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr erhielten die Merkers eine Neubauernstelle bei Oschatz/Wermsdorf, von wo aus sie später nach Erlin zogen.

Für die Fotoaufnahme legte das Ehepaar bewahrte Kleidungsstücke aus Schlesien an und setzte sich vor das Bild ihres einstigen Hofes. Das Gemälde hatte Paul Merker in Auftrag gegeben.

Fotografie und Text: Gerhard Weber (www.weber-photodesign.de)

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Heike Amos ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ).

Dr. Jens Baumann ist Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen.

Dr. Gundula Bavendamm ist Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung.

Dr. Carl Bethke ist Kurator bei der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung.

Dr. Stefan Donth ist Historiker bei der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und Stellvertretender Sprecher des Forschungsverbunds »Landschaften der Verfolgung«.

Prof. Dr. Bernd Fabritius ist Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Präsident des Bundes der Vertriebenen.

Tilman Asmus Fischer ist Historiker, Freier Autor und studiert im Zweitstudium evangelische Theologie.

Bernard Gaida ist Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN).

Hartmut Koschyk ist Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V. und war Mitglied des Deutschen Bundestages von 1990 bis 2017 sowie von 2014 bis 2017 Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Von 2009 bis 2013 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Dr. Irena Kurasz ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Internationale Studien der Universität Breslau.

Dr. Vincent Regente ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft e. V.

Prof. Dr. Michael Schwartz ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ) und apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der WWU Münster.

Doz. Dr. Matěj Spurný ist Assistenzprofessor am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Karls-Universität Prag sowie Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften.

Reinfried Vogler ist Vorsitzender des Vorstandes der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung

hat sich als überregionale Kultureinrichtung aller Vertriebenen seit der Gründung im Jahre 1974 der Aufgabe angenommen, im Sinne des Kulturparagraphen § 96 des Bundesvertriebenengesetzes das vielfältige Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein der Deutschen und des Auslands lebendig zu erhalten und das in seiner Tradition stehende kulturelle Schaffen zu fördern. Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen verwirklicht ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit universitären Einrichtungen, Institutionen und einzelnen Wissenschaftlern in Deutschland sowie den Nachbarländern im östlichen Europa. Seit 2020 bietet die Kulturstiftung, neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit, eine Beratung für die Betreiber ostdeutscher Heimatsammlungen sowie für Öffentlichkeitsarbeit, finanzielle Fördermöglichkeiten und grenzüberschreitende Zusammenarbeit für Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit nach § 96 BVFG an.

www.kulturstiftung.org

Die Deutsche Gesellschaft e. V.

ist der erste nach dem Fall der Mauer gegründete gesamtdeutsche Verein. Am 13. Januar 1990 wurde er von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Ost und West mit dem Ziel gegründet, die Teilung zu überwinden, das Miteinander in Deutschland und Europa zu fördern sowie Vorurteile abzubauen. Diesen Grundsätzen verpflichtet, organisiert die Deutsche Gesellschaft e. V. jährlich über 700 Veranstaltungen in den Bereichen Politik und Geschichte, Kultur und Gesellschaft sowie EU und Europa. In mehr als 20 europäischen Staaten setzt sie sich für Demokratie und Völkerverständigung ein. Die Deutsche Gesellschaft e. V. gehört damit zu den aktivsten überparteilichen Organisationen in Deutschland. In Foren, Gesprächskreisen, Seminaren, auf Konferenzen und Studienreisen, bei Austauschprogrammen, Lesungen und Ausstellungen bietet die Deutsche Gesellschaft e. V. interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zum offenen Austausch über aktuelle gesellschaftspolitische Themen. Für ihr Engagement zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals wurde die Deutsche Gesellschaft e. V. mit dem Nationalpreis ausgezeichnet.

www.deutsche-gesellschaft-ev.de

